

Arbeitsmarkt 2003

Amtliche Nachrichten
der Bundesagentur für Arbeit

52. Jahrgang, Sondernummer
Nürnberg, 15. Juli 2004



Bundesagentur für Arbeit

Sondernummer
der Amtlichen Nachrichten
der Bundesagentur für Arbeit
(ANBA): Arbeitsmarkt 2003 –
Arbeitsmarktanalyse für das Bundesgebiet insgesamt, West- und Ostdeutschland

Herausgeber und Verlag: Bundesagentur für Arbeit
90327 Nürnberg

Rückfragen an: Service-Haus, Arbeitsmarktanalytik und -reporting
Tel. (0911) 179 - 21 30

Erscheinungsweise: jährlich

Bezugspreis: 9,71 €
(einschließl. Versandkosten, keine MWSt-Pflicht)

Bestellungen/
Abbestellungen/
Reklamationen: Bundesagentur für Arbeit
Service-Haus
Geschäftsstelle für Veröffentlichungen
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg

Satz, Grafik und Druck: W. Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH
Gundelfinger Straße 20
90451 Nürnberg

Rechte: Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Versand: Zustellung erfolgt durch die Post.

Hinweis: Sie finden diese Sondernummer auch im Internet unter
www.arbeitsagentur.de → Presse und Statistik → Statistik → Link und Dateiliste

Arbeitsmarkt 2003

Amtliche Nachrichten
der Bundesagentur für Arbeit

52. Jahrgang, Sondernummer
Nürnberg, 15. Juli 2004

Abkürzungen und Zeichenerklärung

AA	Arbeitsamt
abh. ziv. ET	abhängige zivile Erwerbstätige
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AEZ	Arbeitsentgeltzuschüsse für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BGO	Bundesgebiet Ost
BGW	Bundesgebiet West
Bhi	Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose
BSM	Beschäftigung schaffende Maßnahmen (ABM + SAM)
EGS	Entgeltsicherung für Ältere
EGZ	Eingliederungszuschuss
EP	Erwerbspersonen
ESF	Europäischer Sozialfonds
ET	Erwerbstätige
EXGZ	Existenzgründungszuschuss
EZN	Eingliederungszuschuss bei Neugründungen
EZV	Einstellungszuschüsse bei Vertretung
FbW	Förderung beruflicher Weiterbildung
i. e. S.	im engeren Sinne
IAB	Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
LKZ	Lohnkostenzuschuss
PSA	Personal-Service-Agenturen
SAM	Strukturanpassungsmaßnahmen (= SAM OfW + Trad. SAM)
SAM OfW	Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen
SGB	Sozialgesetzbuch
ÜG	Überbrückungsgeld
Trad. SAM	Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

i	=	insgesamt
M	=	Männer
F	=	Frauen
MA	=	Monatsanfang
ME	=	Monatsende
MM	=	Monatsmitte
MS	=	Monatssumme
JA	=	Jahresanfang
JD	=	Jahresdurchschnitt
JE	=	Jahresende
JS	=	Jahressumme
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
•	=	kein Nachweis vorhanden
•••	=	Angaben fallen später an
×	=	Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick: Der Arbeitsmarkt im Jahr 2003	9
II. Hauptteil	
A. Kräfteangebot:	
1. Erwerbspersonenpotenzial	21
2. Bevölkerung	21
3. Erwerbsneigung	22
4. Wanderungen und Pendlerbeziehungen	23
5. Internationale Vergleiche	24
B. Kräftenachfrage:	
1. Erwerbstätigkeit	31
2. Arbeitszeit	34
3. Nicht realisierte Kräftenachfrage	35
4. Internationale Vergleiche	36
C. Arbeitslosigkeit:	
1. Bestand und Quote	47
2. Zugänge in Arbeitslosigkeit	53
3. Abgänge aus Arbeitslosigkeit	54
4. Dauer der Arbeitslosigkeit	54
5. Arbeitslosigkeit und Geldleistungen	55
6. Internationale Vergleiche	58
D. Ausgleichsprozesse:	
1. Bewegung am Arbeitsmarkt	75
2. Ausgleichsprozess über die Arbeitsämter	75
3. Laufzeit von Stellenangeboten	77
4. Arbeitnehmerüberlassung	78
5. Sperrzeiten	79
6. Bekämpfung illegaler Beschäftigung	83
E. Arbeitsmarktpolitik:	
1. Überblick	95
2. Berufliche Ausbildung	95
3. Berufliche Weiterbildung, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Sprachkurse	99
4. Förderung der Teilhabe behinderter Menschen	99
5. Förderung der Arbeitssuche	100
6. Beschäftigungsbegleitende Leistungen	100
7. Beschäftigung schaffende Maßnahmen	101
8. Freie Förderung	102
9. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft	102
10. Vorruhestandsregelungen	102
11. Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik	103
12. Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik	104
13. Eingliederungsbilanz	105
III. Tabellen-Anhang	115

Verzeichnis der Kästen

	Seite
I. 1 Darstellungsweisen der Entwicklung des Arbeitsmarktes	14
II.A. 1 Wesentliche Regelungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland	25
II.B. 1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung (Mini-Jobs)	33
II.C. 1 Arbeitslose – wesentliche Merkmale	48
2 Arbeitslosenquoten	48
3 Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	50
4 Stille Reserve	51
5 Dauer der Arbeitslosigkeit	55
6 Berechnung der Leistungsempfängerquoten	56
7 Zur Dauer des Leistungsbezugs	57
8 Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen	58
9 Erwerbslose und Erwerbslosenquote	59
II.D. 1 Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen	79
2 Stärkung der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit	80
3 Der „Virtuelle Arbeitsmarkt“	81
4 Zur Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit	81
5 Messziffern der Arbeitsvermittlung	82
6 Sperrzeiten	84
7 Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch	85
II.E. 1 Aktive Arbeitsmarktpolitik	96
2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2003	97
3 Frauenförderung	103

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
I.	
1 Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Nachfrage	9
2 Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland	10
3 Entwicklung des Arbeitsmarktes in West- und Ostdeutschland	13
II.A.	
1 Erwerbsquoten nach Geschlecht und Bundesgebiet	22
2 Erwerbsquoten im europäischen Vergleich	24
II.B.	
1 Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	31
2 Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen	32
3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Personengruppen	33
4 Arbeitsvolumen und jahresdurchschnittliche Arbeitszeit	34
5 Gemeldeter Stellenbestand	35
6 Beschäftigungsquoten im europäischen Vergleich	36
II.C.	
1 Arbeitslosenquoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen	47
2 Komponenten der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland	49
3 Arbeitslosigkeit nach Personengruppen	51
4 Arbeitslose und arbeitslose Leistungsbezieher	56
5 Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	58
6 Erwerbslosenquote im europäischen Vergleich	59
II.D.	
1 Die Rolle der Arbeitsämter im Ausgleichsprozess	76, 87

Verzeichnis der Tabellen

	Seite
I. Überblick	
1 Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2001 bis 2003	15, 16
2 Gesamtdeutscher Arbeitsmarkt	17
3 Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	18
4 Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes seit der Wiedervereinigung	19
II.A. Angebot an Arbeitskräften	
1 Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbspersonen und Arbeitslosenquoten	26
2 Erwerbsquoten nach Geschlecht	27
3 Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer	28
4 Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	29
5 Erwerbsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht	30
II.B. Nachfrage nach Arbeitskräften	
1 Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, Beamte sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	38
2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Personengruppen	39
3 Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen	40
4 Gemeldetes Stellenangebot	41
5 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU	41
6 Beschäftigungsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	42
7 Teilzeitquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	43
8 Arbeitszeit in den Ländern der EU nach Geschlecht	44
9 Beschäftigungsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht	45
II.C. Arbeitslosigkeit	
1 Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen	60
2 Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung	61, 62, 63
3 Kurzarbeiter	64
4 Zugang an Arbeitslosen nach ihrem erwerbswirtschaftlichen Status vor der Arbeitslosmeldung und Abgang an Arbeitslosen	65
5 Zugang an Arbeitslosen nach Herkunftsstruktur	66
6 Abgang an Arbeitslosen nach Abgangsgründen	67
7 Dauer der Arbeitslosigkeit	68
8 Anteil der Leistungsempfänger am Zugang in Arbeitslosigkeit	69
9 Anteil der Leistungsempfänger am Bestand der Arbeitslosen	70
10 Durchschnittliche Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen	71
11 Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	72
12 Erwerbslosenquote in den Ländern der EU nach Geschlecht	73
II.D. Ausgleichsprozesse	
1 Einschaltungsgrad der Arbeitsämter	88
2 Wiederbeschäftigungsquoten nach Geschlecht	88
3 Stellenabgang nach Strukturmerkmalen	89, 90, 91
4 Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung	91
5 Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung; neu begründete und beendete Arbeitsverhältnisse	92
6 Sperrzeiten	93

II.E. Arbeitsmarktpolitik

1	Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	107
2	Einsatz wichtiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente 2002 und 2003	108, 109, 110
3	Berufliche Weiterbildung	111
4	Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Strukturen	112
5	Arbeitnehmer in traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen nach Strukturen	113
6	Ausgaben der Bundesanstalt und des Bundes für Arbeitsmarktpolitik	114

III. Anhang (Tabellen)**III.A. Wirtschaftszweige**

1	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	115
2	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen	116, 117, 118
3	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe	119, 120, 121
4	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen	122, 123, 124
5	Zugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen	125
6	Bestand an Kurzarbeitern nach Wirtschaftszweigen	126
7	Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen	127, 128, 129

III.B. Regionen

1	Erwerbstätige am Arbeitsort nach Bundesländern	130
2	Beschäftigte und Arbeitslose nach Ländern	131
3	Wirtschaftszweigliche Struktur der Beschäftigung nach Ländern	132, 133
4	Arbeitslosenquoten nach Ländern sowie die jeweils kleinste und größte Quote eines Arbeitsamtsbezirks	134
5	Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ländern	134
6	Stellenangebot nach Ländern	135
7	Kurzarbeiter nach Ländern	135

III.C. Berufe und Qualifikationen

1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen	136, 137, 138
3	Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen	139, 140, 141
4	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach beruflichen Qualifikationen	142

III.D. Frauen und Männer

1	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nach Wirtschaftszweigen	143
2	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte: Männer und Frauen, Vollzeit und Teilzeit	144
3	Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Geschlecht	145
4	Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteile	146, 147, 148
5	Sozialversicherungspflichtige Teilzeitquoten nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht	149
6	Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte und Teilzeitarbeitslose nach Geschlecht	150

III.E. Problemgruppen

1	Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen	151, 152, 153
2	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter	154
3	Langzeitarbeitslosigkeit nach Strukturmerkmalen	155, 156, 157
4	Jüngere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	158
5	Ältere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	159
6	Schwerbehinderte in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	160
7	Langzeitarbeitslose in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	161
8	Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen	162, 163, 164
9	Ausländerbeschäftigung und Ausländerarbeitslosigkeit	165
10	Erwerbslosenquoten und Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Erwerbslosen in Ländern der EU	166

Allgemeine statistische Hinweise

Gemäß dem Dritten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt führt die Bundesanstalt für Arbeit ab 1.1.2004 den Namen „Bundesagentur für Arbeit“, die früheren Landesarbeitsämter heißen „Regionaldirektionen“ und die Arbeitsämter „Agenturen für Arbeit“. Da dieser Bericht den Arbeitsmarkt im Jahr 2003 beschreibt, wird generell an den für 2003 geltenden Bezeichnungen Bundesanstalt für Arbeit, Landesarbeitsamt und Arbeitsamt festgehalten.

Gesetzliche Änderungen, neue Erkenntnisse über Konsistenz und Zuverlässigkeit von Statistiken sowie neue EDV-Systeme erfordern die Fortentwicklung oder Revision von Statistiken. Einerseits wird dadurch die Genauigkeit der Zahlenwerke verbessert, andererseits ist durch die Umstellungen die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren teilweise eingeschränkt. Für den vorliegenden Bericht ist insbesondere folgendes zu beachten:

1. Die Bundesanstalt für Arbeit bereitet ihre in den Geschäftsprozessen anfallenden Daten seit Januar 2004 mit einer **neuen Informationstechnologie** auf. Aufgrund dessen wurden die Statistiken über Arbeitslose, Arbeitsuchende und gemeldete Stellen umgestellt. Wegen verbesserter Abfragemöglichkeiten und konzeptioneller Änderungen kommt es zu **Datenrevisionen**. Dabei sind die Abweichungen zwischen Alt- und Neuverfahren bei den allgemeinen Bestandszahlen marginal, bei den Zu- und Abgangszahlen zum Teil deutlich. So fällt der Zugang in und der Abgang aus Arbeitslosigkeit im Neuverfahren bundesweit für 2003 um 3 Prozent bzw. 6 Prozent kleiner aus, u.a. weil im Neuverfahren stornierte Abmeldungen und Fehleingaben besser erkannt werden können.
2. Um die Konsistenz mit aktuellen Auswertungen der BA sicherzustellen, wurden mit dem Neuverfahren die Arbeitsmarktdaten bei der Arbeitslosen- und Arbeitsuchendenstatistik rückwirkend bis 1998 und bei der Stellenstatistik zunächst bis 2001 neu ausgewertet; somit sind Vergleiche innerhalb dieser Zeiträume uneingeschränkt möglich.
3. Die Reform der Berliner Verwaltungsbezirke hatte eine mehrstufige Anpassung der Berliner Arbeitsamtsbezirke zur Folge. Infolgedessen wurden in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit dem „Bundesgebiet West“ (ehemalige Bundesrepublik einschl. Berlin-West) bzw. dem „Bundesgebiet Ost“ (ehemalige DDR einschl. Berlin-Ost) seit 1997 jeweils unterschiedliche Teile Berlins zugerechnet. Diese nur noch näherungsweise West-Ost-Zuordnung der Berliner Arbeitsämter führte insbesondere beim Gebietsteil Ost zu deutlichen Verzerrungen. Deshalb werden statistische Ergebnisse seit Januar 2003 generell nach folgendem Gebietsstand ausgewertet und veröffentlicht:

Westdeutschland = Alte Länder ohne Berlin(-West)

Ostdeutschland = Neue Länder und Berlin (insgesamt).

Die in dieser Publikation enthaltenen Zeitreihen wurden auf die neue Abgrenzung umgerechnet. Vorjahresvergleiche sind damit uneingeschränkt möglich.

4. Alle auf dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung basierenden Daten der **Beschäftigtenstatistik** sind seit Juni 1999 als **vorläufige Ergebnisse** anzusehen. Ergibt sich innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach dem jeweiligen Stichtag kein entscheidender Berichtigungsbedarf, erhalten diese automatisch den Status eines endgültigen Ergebnisses. Bei sämtlichen Angaben zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung handelt es sich im vorliegenden Bericht stets um die Zahl der voll **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**, d.h. geringfügig entlohnte Beschäftigte sind darin nicht enthalten.
5. Die **Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten** werden einmal jährlich aktualisiert. Dies geschieht üblicherweise ab Berichtsmonat April oder Mai; Rückrechnungen ab Jahresbeginn werden nicht vorgenommen. Seit dem Jahr 2000 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten als Teil der Bezugsgröße aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gewonnen. Dies führte rein rechnerisch zu verringerten Arbeitslosenquoten; damit ist die Vergleichbarkeit mit den Jahren zuvor eingeschränkt.
6. Eine Überprüfung durch den Bundesrechnungshof im Herbst 2001 in fünf Arbeitsämtern hat die **Zuverlässigkeit der Vermittlungszahlen** in Frage gestellt. Die Ursachen wurden analysiert und Maßnahmen zur Erhöhung der Richtigkeit umgesetzt. Das führte u.a. zu einem Einbruch bei den Vermittlungszahlen (vgl. Kasten II.D.2 „Zur Vermittlungsstatistik der BA“).
7. Änderungen des SGB III und des SGB IX, aber auch die Weiterentwicklung der Fachaufgaben haben die Einführung einer neuen Statistik über die **„Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“** mit Beginn des Jahres 2002 erforderlich gemacht. Wegen der damit verbundenen Änderungen sind Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.

Generell gilt für den vorliegenden Bericht:

- Bei den Zahlen zu Beständen handelt es sich grundsätzlich um **Jahresdurchschnittswerte**. Angaben zu Bewegungsgrößen werden dagegen i.d.R. als **Jahressummen** ausgewiesen.
- Ein Teil der Zu- und Abgänge entfällt auf technische Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit, insbesondere auf Ab- und Wiederzugänge infolge Krankheit oder Meldeversäumnis.
- Die Zahl der zu- und abgehenden Personen ist generell kleiner, weil sich einige von ihnen in einer Periode mehrmals arbeitslos melden bzw. abmelden können.
- Die Angaben von Eurostat beruhen auf den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung der Länder der Europäischen Gemeinschaft (EU-AKE), die in Deutschland in den nationalen Mikrozensus integriert ist. Abweichungen zu nationalen Statistiken ergeben sich aus unterschiedlichen Definitionen und Erhebungsmethoden (vgl. auch Kasten II.C.9 „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“).

I. Überblick

Der Arbeitsmarkt im Jahr 2003

Anhaltende Verschlechterung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat 2003 im dritten Jahr

in Folge stagniert. Im ersten Halbjahr war sie sogar leicht rezessiv. Die Binnenkonjunktur blieb ohne Schwung; insbesondere hat sich an der ausgeprägten Investitionsschwäche kaum etwas geändert. Der Konsum wurde u.a. durch rückläufige Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit gedämpft. Die Nachfrage des Auslands war – auch wegen der Euro-Aufwertung – insgesamt nicht stark genug, um größere Impulse zu geben. Erst in der zweiten Jahreshälfte hat die weltweite Belebung Deutschland erreicht und die Wirtschaft leicht wachsen

lassen. Alles in allem hat das reale Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresergebnis um 0,1% unterschritten, nach +0,2% und +0,8% in den beiden Vorjahren.

Die anhaltende ökonomische Schwäche hat erneut tiefe Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. So war – nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – die jahresdurchschnittliche Zahl der **Erwerbstätigen** mit 38,25 Mio um 425.000 oder 1,1% kleiner als vor einem Jahr. 2002 hatte sie sich nur gut halb so stark verringert (–240.000). Von 1998 bis 2001 war die Erwerbstätigkeit noch spürbar gestiegen (ausführlich Kapitel II.B).

Vom jüngsten Rückgang der Beschäftigung waren vor allem **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** betroffen. Ihre Zahl verringerte sich von Juni 2002 bis Juni 2003 um 616.500 oder 2,2% auf 26,95 Mio. Dagegen hat – vor allem infolge der

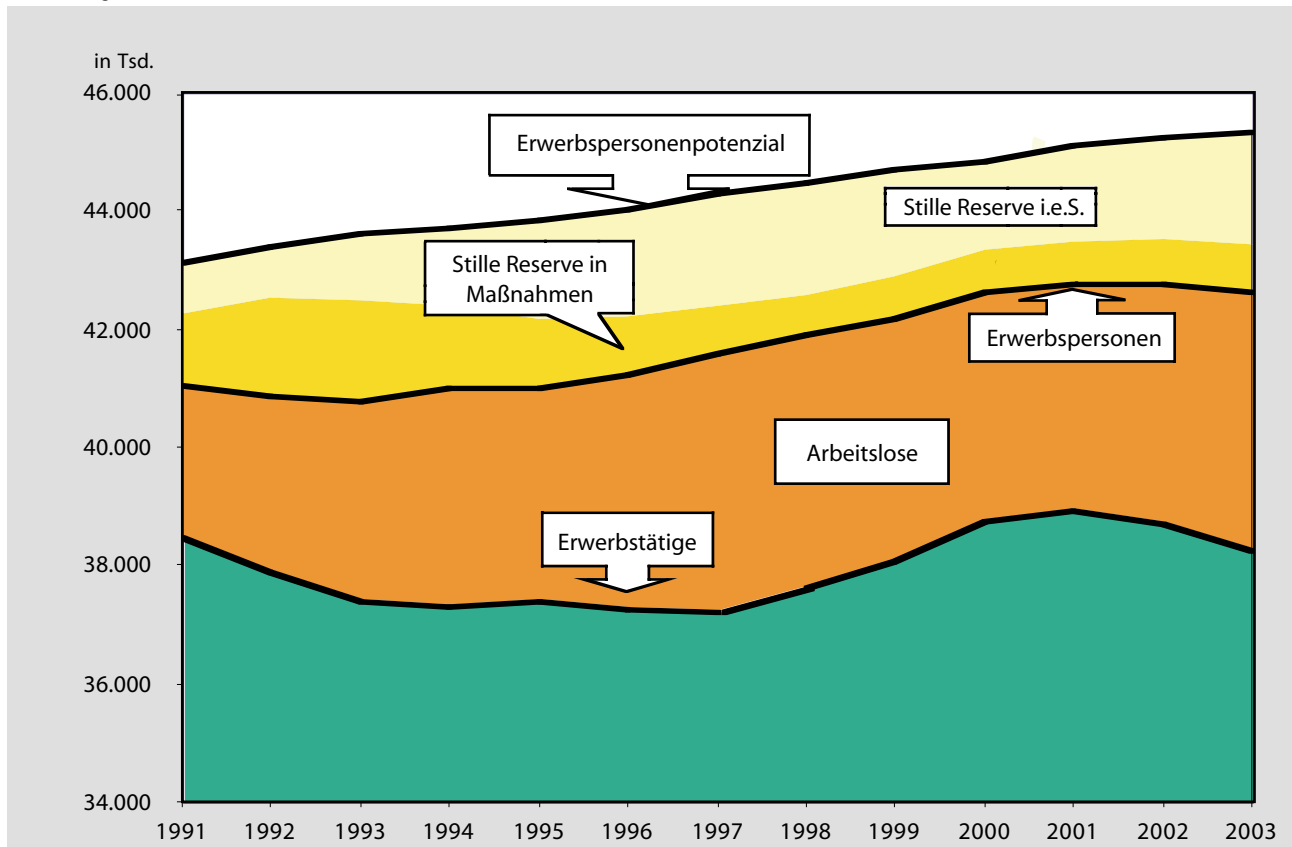
Abbildung I.1

Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfte nachfrage ¹⁾

Arbeits(kräfte)angebot, Erwerbs(personen)potenzial					
realisiert; Erwerbstätige, Beschäftigte			nicht realisiert; Beschäftigungslose		
Erwerbspersonenangebot				Stille Reserve ²⁾	
abhängig Beschäftigte			Selbstständige und Mithelfende	Arbeitslose ³⁾	Stille Reserve i.e.S.
sozialver- sicherung- pflichtig Beschäftigte	geringfügig/ sozialver- sicherung- freie Beschäftigte	Beamte, Richter, Soldaten			
den Arbeitsämtern nicht gemeldet	den Arbeitsämtern gemeldet				
nicht realisiert; unbesetzte Stellen		realisiert; besetzte Stellen			
Arbeits(kräfte)nachfrage					

- Das Schema stellt die in Deutschland überwiegend und im Bericht durchweg verwendete Terminologie dar (Bestandsgrößen). Zur z.T. unterschiedlichen Begrifflichkeit in der Schweiz vgl. Hans Wolfgang Brachinger, Sara Canazzi, Erwerbstätigkeitsstatistik. Geschlossene Darstellung der zentralen Begriffe, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 2/2000, S. 107 ff.
- Nicht erwerbstätige Personen, die Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert zu sein, oder die bei aufnahmefähigerem Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft anbieten würden (Stille Reserve insgesamt). Z.T. handelt es sich bei der Stillen Reserve um beschäftigungslose Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, als insbesondere in Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung (einschl. zur beruflichen Wiedereingliederung Behinderter und Deutsch-Sprachkursen) und im Vorruhestand oder ähnlichen Maßnahmen. Bereinigt man die Stille Reserve insgesamt um diese beschäftigungslosen Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, gelangt man zur (traditionellen) Stillen Reserve i.e.S. Vgl. Christian Brinkmann, Wolfgang Klauer, Lutz Reyher, Manfred Thon, Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 20. Jg. (1987), S. 387 ff.
- bzw. Erwerbslose, wobei sich beide Begriffe nicht ganz decken. Als Erwerbslose gelten z.B. im Mikrozensus alle nicht erwerbstätigen Personen, die sich nach eigenen Angaben um eine Arbeitsstelle bemühen bzw. dem Arbeitsmarkt innerhalb zwei Wochen zur Verfügung stehen, unabhängig vom Umfang der gesuchten Tätigkeit und unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Folglich ist der Begriff „Erwerbslose“ (Mikrozensus) im Vergleich zu „Arbeitslose“ einerseits regelmäßig weiter, da er vor allem auch nicht beim Arbeitsamt gemeldete Arbeitssuchende umfasst. Andererseits ist er wesentlich enger, da er z.B. Arbeitssuchende, die in der Berichtswoche wenigstens eine Stunde erwerbstätig waren, ausschließt, während sich „Arbeitslosigkeit“ mit einer Erwerbstätigkeit bis zu 15 Wochenstunden verträgt (ausführlicher: Kästen „Arbeitslose ...“ und „Erwerbslose ...“ in Kapitel II.C).

Abbildung I.2



gesetzlichen Neuregelung der sog. Mini-Jobs zum 1. April 2003 – die Zahl der **ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten** im gleichen Zeitraum um 206.200 oder 4,9% auf 4,38 Mio zugenommen. Zudem ist auch die Erwerbstätigkeit **Selbstständiger** (einschl. mithelfender Familienangehöriger) im Jahresdurchschnitt um 53.000 oder 1,3% auf 4,14 Mio gestiegen, kräftig unterstützt durch die Gewährung von Überbrückungsgeld und die neuen Existenzgründungszuschüsse.

Der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland war auch 2003 deutlich stärker als im Westen. Nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ belief sich die Zahl der Erwerbstätigen im Osten im Jahresdurchschnitt 2003 auf 7,16 Mio, dies sind 1,7% weniger als im Vorjahr. In Westdeutschland waren es 31,09 Mio, dies ist ein Minus von 1,0%. Auch der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung war im Osten größer (Juni 2003/02: –3,0%; Westen: –2,0%).

Das **Angebot an Arbeitskräften** in Deutschland ist weiterhin gestiegen, wenngleich erneut weniger als in den Jahren zuvor. Zwar sind – nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – auch 2003 wesentlich mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden als jüngere nachgerückt; aber diese demografische Komponente (jahresdurchschnittlich: –152.000) wurde durch größere Erwerbsneigung und Wanderungseffekte überkompensiert (+147.000 bzw. +91.000). Alles in allem hat sich im Jahr 2003 das Erwerbs-

personenpotenzial bundesweit jahresdurchschnittlich um 84.000 auf 45,32 Mio erhöht (ausführlich Kapitel II.A).

Diese Entwicklungen wurden nach wie vor von Westdeutschland dominiert. Hier ist das Kräfteangebot, besonders auf Grund zunehmender Erwerbsneigung von Frauen und Wanderungsgewinnen, um 104.000 auf 35,83 Mio gestiegen. In Ostdeutschland ermäßigte es sich um 20.000 auf 9,48 Mio, vor allem wegen andauernder Abwanderungen (Potenzialeffekt: –23.000).

Deutlich rückläufige Kräftenachfrage und leicht wachsendes Arbeitsangebot haben die **Arbeitslosigkeit** weiter spürbar steigen lassen. Im Jahresdurchschnitt 2003 waren 4.376.800 Personen arbeitslos gemeldet, 315.400 oder 8% mehr als im Vorjahr. Auch 2002 hatte die Arbeitslosenzahl zugenommen, und zwar um 208.800 oder 5%, nachdem sie in den Jahren zuvor z.T. nennenswert abgenommen hatte (ausführlich Kapitel II.C).

In Westdeutschland erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2003 um 254.700 oder 10% auf 2.753.100, in Ostdeutschland um 60.800 oder 4% auf 1.623.700. Der deutlich schwächere Anstieg im Osten beruht vor allem darauf, dass dort, infolge von Abwanderungen in den Westen, das Kräfteangebot abgenommen hat, während es in Westdeutschland, auch deshalb, gewachsen ist.

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2003 auf 10,5%, im Vergleich zu 9,8% im Vorjahr. Die auf Basis der abhängigen

zivilen Erwerbspersonen berechnete Quote erhöhte sich von 10,8% auf 11,6%. In Ostdeutschland waren die Quoten mit 18,5% bzw. 20,1% nach wie vor mehr als doppelt so groß wie im Westen mit 8,4% bzw. 9,3% (Vorjahr Ost: 17,7% bzw. 19,2%; West: 7,6% bzw. 8,5%).

Ohne die **Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik** wäre die Arbeitslosenzahl 2003 noch stärker gestiegen. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wurden von den Arbeitsämtern – unterstützt durch neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, die auf den ersten Arbeitsmarkt zielen – höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt, insbesondere die Arbeitsbereitschaft überprüft. Infolgedessen gab es deutlich mehr Abmeldungen in sonstige Nichterwerbstätigkeit, aber auch in Beschäftigung. Dabei haben sich vor allem Nichtleistungsempfänger – z.T. zumindest vorübergehend – vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Dementsprechend entfällt die Zunahme der Arbeitslosigkeit allein auf arbeitslose Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger. Deren Zahl hat sich jahresdurchschnittlich um 384.100 oder 12% auf 3,56 Mio erhöht; damit ist ihr Anteil an allen Arbeitslosen (Leistungsempfängerquote) um 3 Prozentpunkte auf 81% gestiegen.

Beträchtlich zugelegt haben insbesondere **arbeitsmarktpolitische Instrumente**, die die Arbeitsuche unterstützen und die Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt fördern (ausführlich Kapitel II.E). Zum Teil handelt es sich dabei um Einmalleistungen, wie die Erstattung von Bewerbungs- und Reisekosten, zum Teil um Förderungen regulärer Beschäftigung über einen längeren Zeitraum. Jahresdurchschnittlich befanden sich in Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung deutlich mehr Personen als ein Jahr zuvor (+62.000 auf 284.000). Gleichzeitig verringerte sich die Zahl von Personen in traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die den Arbeitslosenbestand bereits durch ihre Teilnahme entlasten und die deshalb als Teil der Unterbeschäftigung angesehen werden können (insgesamt: –47.000). Deutlich rückläufig waren vor allem Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (–76.000 bzw. –32.000), während die Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen erheblich zugenommen hat (§ 428 SGB III: +65.000; Altersteilzeit: +8.000). Der Rückgang bei den entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entfiel allein auf den Osten (–58.000; West: +12.000), denn im Westen hat die stärkere Inanspruchnahme des § 428 SGB III die Abnahmen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und beruflicher Weiterbildung kompensiert. Nach wie vor ist aber die Stützung durch Arbeitsmarktpolitik – relativ gesehen – in Ostdeutschland wesentlich stärker als im Westen. Dies gilt auch für die Förderung regulärer Beschäftigung, die in beiden Landesteilen deutlich zugenommen hat.

Weiterhin große Unterschiede in West und Ost

Auch im Jahr 2003 haben sich die gravierenden **Diskrepanzen zwischen den Arbeitsmärkten West- und Ostdeutschlands**

nicht verringert. Statt zusammenzuwachsen, entwickelten sich die Arbeitsmärkte der beiden Landesteile seit Mitte der 90er

Jahre auseinander (vgl. Tabelle I.2).¹⁾ Ausschlaggebend dafür war auch zuletzt, dass bei anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum im Osten die Arbeitsproduktivität – unter dem Zwang, nach wie vor erhebliche Rückstände aufzuholen – stärker zunahm als im Westen. Infolgedessen ging dort die Beschäftigung wesentlich mehr zurück als im Westen. Dass die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zuletzt stärker gestiegen ist als in Ostdeutschland, beruht vor allem auf der Minderung des Kräfteangebots im Osten durch Abwanderungen, was wiederum Reflex der besonders schlechten Beschäftigungsentwicklung sein dürfte.

Ausgangspunkt und gewissermaßen Messlatte für den West-Ost-Vergleich (Querschnitt) ist die Verteilung der **Wohnbevölkerung** auf West- und Ostdeutschland. Bei Vergleichen gegenüber Vorjahren (Längsschnitt) ist u.a. zu beachten, dass der auf Ostdeutschland entfallende Bevölkerungsanteil kontinuierlich kleiner geworden ist. Nach vorläufigen Angaben des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ gab es Mitte 2003 rd. 82,52 Mio Menschen in der Bundesrepublik. Davon entfielen 16,96 Mio oder 20,6% auf den Osten, nach 20,7% im Jahr 2002, aber noch 22,6% im Jahr 1991 (vgl. Tabelle I.2). Damit hat der in Ostdeutschland lebende Teil der Bevölkerung auch zuletzt abgenommen (vgl. Kapitel II.A).

Die Zahl der Erwerbstätigen nach dem Arbeitsort- oder Inlandskonzept belief sich nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2003 bundesweit auf 38,25 Mio. Auf Ostdeutschland entfielen 7,16 Mio oder 18,7%. Dieser Anteil ist kleiner als der Anteil an der Wohnbevölkerung (20,6%) oder an den Erwerbspersonen (20,6%); auch im Vergleich zum Vorjahr hat er sich etwas verringert (18,8%). Auch wenn man die Erwerbstätigen nach dem Wohnort erfasst (Inländerkonzept), d.h. wenn man vor allem den Ost-West-Pendleraldo (Auspendler minus Einpendler) und seine Veränderung berücksichtigt, schneidet der Osten bei der Erwerbstätigkeit zunehmend schlechter ab (vgl. Kapitel II.A). Zwar entfallen dann deutlich mehr, nämlich 19,6% der Erwerbstätigen, auf Ostdeutschland; gleichwohl ist dieser Prozentsatz ebenfalls weiterhin geringer als der an der Wohnbevölkerung (20,6%), aber auch als im Vorjahr (19,7%).

Der Anteil Ostdeutschlands an der **voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** (Inlandskonzept) war mit 19,4% ebenfalls deutlich kleiner als an der Wohnbevölkerung (20,6%) und als im Jahr zuvor (19,5%). Allerdings ist der Ost-Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach wie vor nennenswert höher als an der Erwerbstätigkeit insgesamt (18,7%). Der Grund dafür ist, dass insbesondere Beamte und geringfügig Beschäftigte dort immer noch eine kleinere Rolle spielen als im Westen (vgl. Tabellen II.B.1).

Der Anteil Ostdeutschlands an der **voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** (Inlandskonzept) war mit 19,4% ebenfalls deutlich kleiner als an der Wohnbevölkerung (20,6%) und als im Jahr zuvor (19,5%). Allerdings ist der Ost-Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach wie vor nennenswert höher als an der Erwerbstätigkeit insgesamt (18,7%). Der Grund dafür ist, dass insbesondere Beamte und geringfügig Beschäftigte dort immer noch eine kleinere Rolle spielen als im Westen (vgl. Tabellen II.B.1).

¹⁾ Ausführlicher: Arbeitsmarkt 2000, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 49. Jg., Sondernummer vom 28.6.2001, S. 26 ff.

Arbeitslosigkeit trifft wie bisher den Osten überproportional

Im Jahr 2003 **meldeten** sich in Deutschland 7,62 Mio Personen **arbeitslos**. Von diesen Zugängen wurden 32% in Ostdeutschland registriert, nach 33% im Vorjahr. Dieser Anteil liegt weit über dem an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter oder an den Erwerbspersonen. Die Gefahr, arbeitslos zu werden (**Zugangsrisiko**), ist im Osten also nach wie vor wesentlich größer als im Westen.

Auch die Gefahr, arbeitslos zu bleiben (**Verbleibsrisiko**), ist im Vergleich zum Westen deutlich höher. So nahm im Jahr 2003 die Dauer einer abgeschlossenen **Arbeitslosigkeitsperiode** im Osten gegenüber dem Vorjahr um 1/2 Woche auf durchschnittlich 40,3 Wochen zu, im Westen nahm sie leicht auf 36,2 Wochen ab. Die Arbeitslosigkeit im Osten verhärtet sich also zunehmend. Dabei wurde dort Arbeitslosigkeit immer noch relativ oft durch Eintritte in Beschäftigung schaffende Maßnahmen oder in berufliche Weiterbildung unterbrochen.

Entsprechend ist der Anteil des Ostens am **Arbeitslosenbestand** relativ groß, wenngleich etwas kleiner als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 2003 gab es in Deutschland rd. 4,38 Mio Arbeitslose, davon waren 37% in Ostdeutschland gemeldet, nach 38 1/2% im Vorjahr. Die **Arbeitslosenquote** (auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen) ist in Ostdeutschland mit 18,5% nach wie vor mehr als doppelt so groß wie in Westdeutschland mit 8,4%; in beiden Landesteilen nahm sie um jeweils 0,8 Prozentpunkte zu, der Abstand zwischen den Quoten ist deshalb mit 10,1 Prozentpunkten gleich geblieben.

Vor allem **Frauenarbeitslosigkeit** entfällt stark auf Ostdeutschland. Im Jahr 2003 waren dort 40% der bundesweit 1,93 Mio arbeitslosen Frauen registriert (Vorjahr 41%). Besonders gravierend waren weiterhin die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten; auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen war sie für Frauen im Jahresdurchschnitt 2003 im Osten mit 18,6% knapp zweieinhalbmals so hoch wie im Westen mit 7,7% (zum Vergleich Männer: 18,6% bzw. 8,9%). Dies beruht allerdings entscheidend auf der vergleichsweise großen weiblichen Erwerbsbeteiligung. In puncto Erwerbstätigkeit schneiden die Frauen im Osten anscheinend nach wie vor besser ab als im Westen; jedenfalls stellten sie auch Mitte 2003 einen größeren Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als im Westen (49,7%; West: 44,1%).

Sehr große stille Reserven

Zur Arbeitslosigkeit kommt die **Stille Reserve** als weitere Form der Unterbeschäftigung (vgl. Kästen „Stille Reserve“ in II.C). Nach Schätzung des IAB belief sie sich **insgesamt** im Jahresdurchschnitt 2003 bundesweit auf 2,69 Mio. Davon entfielen 25% auf Ostdeutschland; dabei ist der Anteil an der **Stillen Reserve in Maßnahmen** mit 37% erheblich größer als der Anteil an der **Stillen Reserve i.e.S.** mit

19%. Dies reflektiert den nach wie vor großen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Fasst man Arbeitslosigkeit, Stille Reserve und entlastende Beschäftigungsförderung („Zweiter“ Arbeitsmarkt und Kurzarbeit im Vollzeit-Äquivalent) zusammen, lassen sich im Berichtsjahr von rd. 7,29 Mio einer so abgegrenzten Unterbeschäftigung 34% Ostdeutschland zuordnen, nach 33% im Vorjahr und 39% im Jahr 1995. Somit konzentrierte sich Unterbeschäftigung zwar weniger stark auf den Osten als die Arbeitslosigkeit (37%), aber auch unter dem Aspekt „Unterbeschäftigung“ ist Ostdeutschland nach wie vor weit von Westdeutschland entfernt.²⁾

Die Arbeitsämter waren auch im Jahr 2003 stark in die Ausgleichsprozesse des Arbeitsmarktes eingeschaltet, auch wenn mit bundesweit 2,47 Mio wesentlich weniger Stellen als im Vorjahr eingegangen sind (-12%). Ausschlaggebend für diesen Rückgang war vor allem die gesamtwirtschaftliche Schwäche (vgl. ausführlich Kapitel II.D). Auf den Osten entfielen unverändert 26% aller Stellenmeldungen. Ohne Beschäftigung schaffende Maßnahmen hätte sich ein Anteil von 22% ergeben.

Die Arbeitsämter waren auch im Jahr 2003 stark in die **Ausgleichsprozesse des Arbeitsmarktes** eingeschaltet, auch wenn mit bundesweit 2,47 Mio wesentlich weniger Stellen als im Vorjahr eingegangen sind (-12%). Ausschlaggebend für diesen Rückgang war vor allem die gesamtwirtschaftliche Schwäche (vgl. ausführlich Kapitel II.D). Auf den Osten entfielen unverändert 26% aller Stellenmeldungen. Ohne Beschäftigung schaffende Maßnahmen hätte sich ein Anteil von 22% ergeben.

Angesichts des immer noch großen Produktivitätsrückstands wird der Lebensstandard in Ostdeutschland weiterhin auch durch beträchtliche öffentliche Transfers sichergestellt. An diesen West-Ost-Transfers war die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem Haushalt nach wie vor nennenswert beteiligt, wenngleich erneut wesentlich weniger als im Jahr zuvor.

Angesichts des immer noch großen Produktivitätsrückstands wird der Lebensstandard in Ostdeutschland weiterhin auch durch beträchtliche öffentliche Transfers sichergestellt. An diesen West-Ost-Transfers war die **Bundesanstalt für Arbeit** mit ihrem Haushalt nach wie vor nennenswert beteiligt, wenngleich erneut wesentlich weniger als im Jahr zuvor.

2003 hat die Bundesanstalt bundesweit 56,8 Mrd € ausgegeben, das sind 342 Mio € mehr als 2002. Dabei gab es allein in Westdeutschland eine Zunahme (+2,4 Mrd € auf 38,36 Mrd €), und zwar vor allem wegen höherer Aufwendungen für Arbeitslosengeld. In Ostdeutschland haben die Ausgaben dagegen abgenommen (-2,09 Mrd € auf 18,49 Mrd €). Deshalb ist der Anteil Ostdeutschlands an den Gesamtausgaben weiter gesunken, und zwar um 3,9 Prozentpunkte auf 32,5% (ausführlich Kapitel II.E).

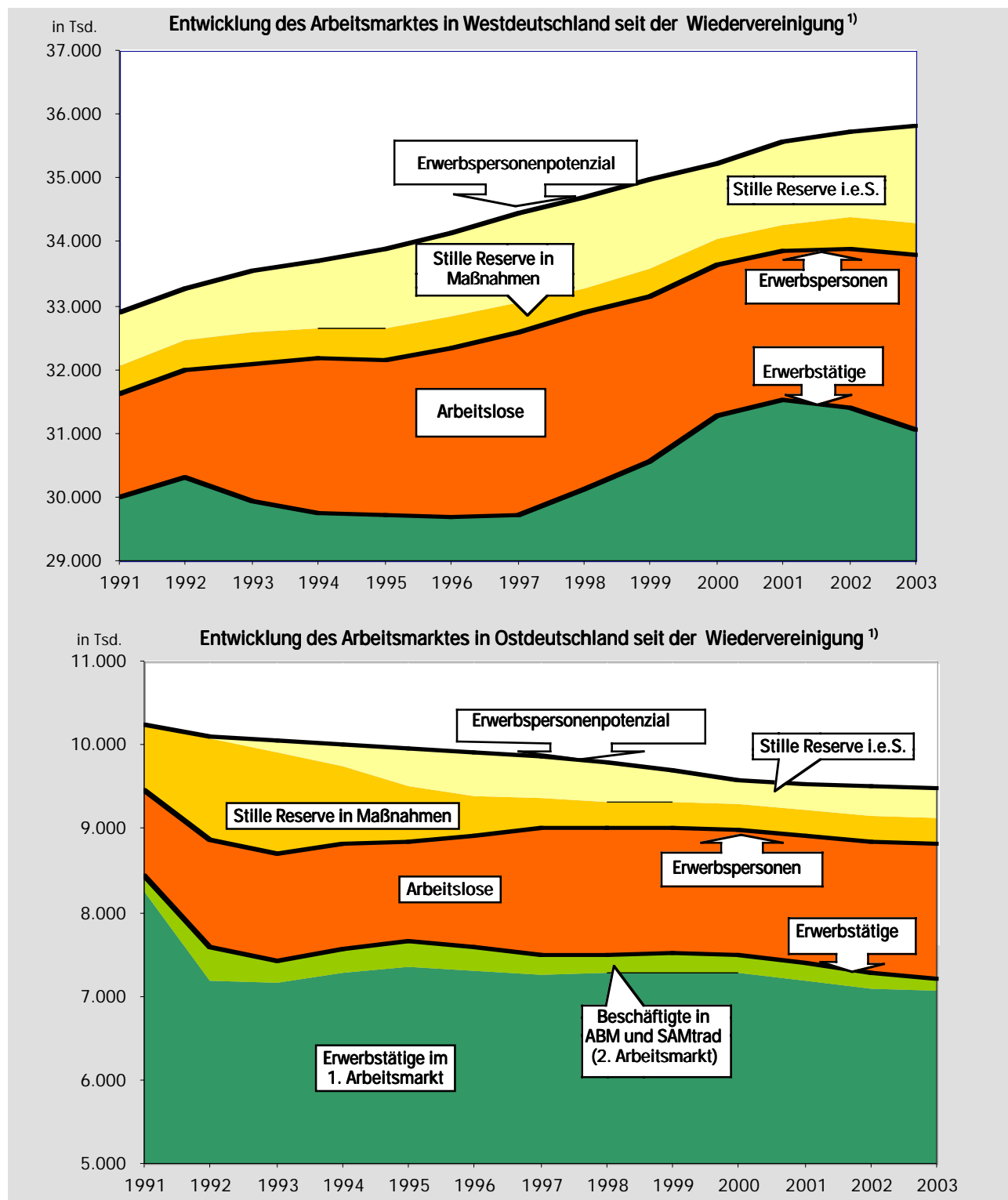
Angaben zu den Einnahmen stehen nur in der Gebietsabgrenzung neue Länder und Berlin-Ost und alte Länder mit Berlin West zur Verfügung. Danach stammten von den 47,3 Mrd € Beitragseinnahmen (-69 Mio €) nur 12,8% aus dem Osten (Vorjahr: 13,0%). Damit ist dieser Anteil erneut gesunken. Während die Bundesanstalt im Jahr 2003 fast jeden dritten Euro in Ostdeutschland (einschließlich ganz Berlin) ausgab, kam von dort nur etwa jeder achte Euro an Beiträgen (hier ohne Westberlin).

²⁾ Vgl. Hans-Uwe Bach, Eugen Spitznagel, Gesamtfiskalische Modellrechnungen. Was kostet uns die Arbeitslosigkeit?, iab-Kurzbericht Nr. 10 vom 21.7.2003.

Darüber hinaus erzielte die Bundesanstalt bundesweit 3,3 Mrd € an sonstigen Einnahmen (z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds, aus Abgaben oder Umlagen). Zum Ausgleich des

Haushaltsdefizits der Bundesanstalt war im Jahr 2003 ein Bundeszuschuss von 6,2 Mrd € erforderlich (2002: 5,6 Mrd €; 2001: 1,9 Mrd €; 2000: 0,9 Mrd €; 1999: 3,7 Mrd €).

Abbildung I.3



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit
¹⁾ Schätzungen des Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB)

Darstellungsweisen der Entwicklung des Arbeitsmarktes

Bei der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt geht es weniger um eine „Momentaufnahme“, bei der Bestands- und -bewegungsgrößen des jeweiligen Jahres im Vordergrund stehen, als um eine Beschreibung und Erläuterung von **Veränderungen**. Dabei gibt es im Wesentlichen folgende Darstellungsweisen:

- Die **monatliche Entwicklung des Arbeitsmarktes** ist stark durch jahreszeitliche Einflüsse geprägt (insbesondere: Witterung, Lage der Ferien und der Feiertage, Quartaleinstellungs- und -entlastungstermine). Da diese saisonalen Veränderungen unter ökonomischen, sozialen und politischen Aspekten weniger interessieren, arbeitet man vielfach mit **saisonbereinigten Zahlen**, d.h. mit Zeitreihen, aus denen die jahreszeitlichen Einflüsse (in üblichem Umfang) herausgerechnet sind, sodass die grundlegende Entwicklungsrichtung am Arbeitsmarkt klarer hervortritt.¹⁾

¹⁾ Vgl. u.a. Helmut Rudolph, Zum gegenwärtigen Verfahren der Saisonbereinigung der Statistik der Arbeitslosen, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) Nr. 7/1983, S. 749 ff.; Die Saisonbereinigung als Hilfsmittel der Wirtschaftsbeobachtung, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1987, S. 30 ff.; Helmut Rudolph, Saisoneffekte in der Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 12 vom 8.5.1998.

- Die **Jahresdurchschnittliche Veränderung des Arbeitsmarktes** – errechnet aus Monats- oder Quartalswerten – bildet besonders knapp das gesamte Jahr ab. Manche (Schätz-)Größen des Arbeitsmarktes liegen auch nur in dieser Form vor (z.B. Erwerbspersonenpotenzial). Ein wesentlicher Nachteil jahresdurchschnittlicher Veränderungen ist, dass sie die Entwicklung im Jahresverlauf mangelhaft oder manchmal gar nicht widerspiegeln, z.B. dann, wenn die fragliche Größe im Berichtsjahr – aufgrund der Entwicklung im Vorjahr – einen besonders niedrigen oder hohen Ausgangspunkt hatte. Dies gilt z.B. für das Jahr 2001. So ist die Erwerbstätigkeit in Deutschland im Verlauf dieses Jahres gesunken. Gleichwohl ergibt sich bei der jahresdurchschnittlichen Veränderung ein Plus. Dies beruht aber allein auf der positiven Entwicklung im Jahr 2000 und dem daraus resultierenden hohen Ausgangsniveau im Jahr 2001 (sog. Überhangeffekt). Umgekehrt verhielt es sich bei der Arbeitslosigkeit (sog. Unterhangeffekt; vgl. Abbildung).
- Die **Veränderung des Arbeitsmarktes im Vergleich zu Vorjahreszeitpunkten** ist auch dann am Platz, wenn sich keine Jahresdurchschnittswerte berechnen lassen, beispielsweise weil zum Zeitpunkt der Berichterstattung die Daten für das Gesamtjahr noch nicht vollständig vorliegen (z.B. sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur bis Juni). Vor allem bei diesem Verfahren ergibt sich das Problem, dass manchmal die Veränderung primär Einflüsse widerspiegelt, die auf den Vorjahreszeitpunkt, also die Vergleichs- oder Bezugsbasis, eingewirkt haben (z.B. sehr kaltes Wetter; Basiseffekte).

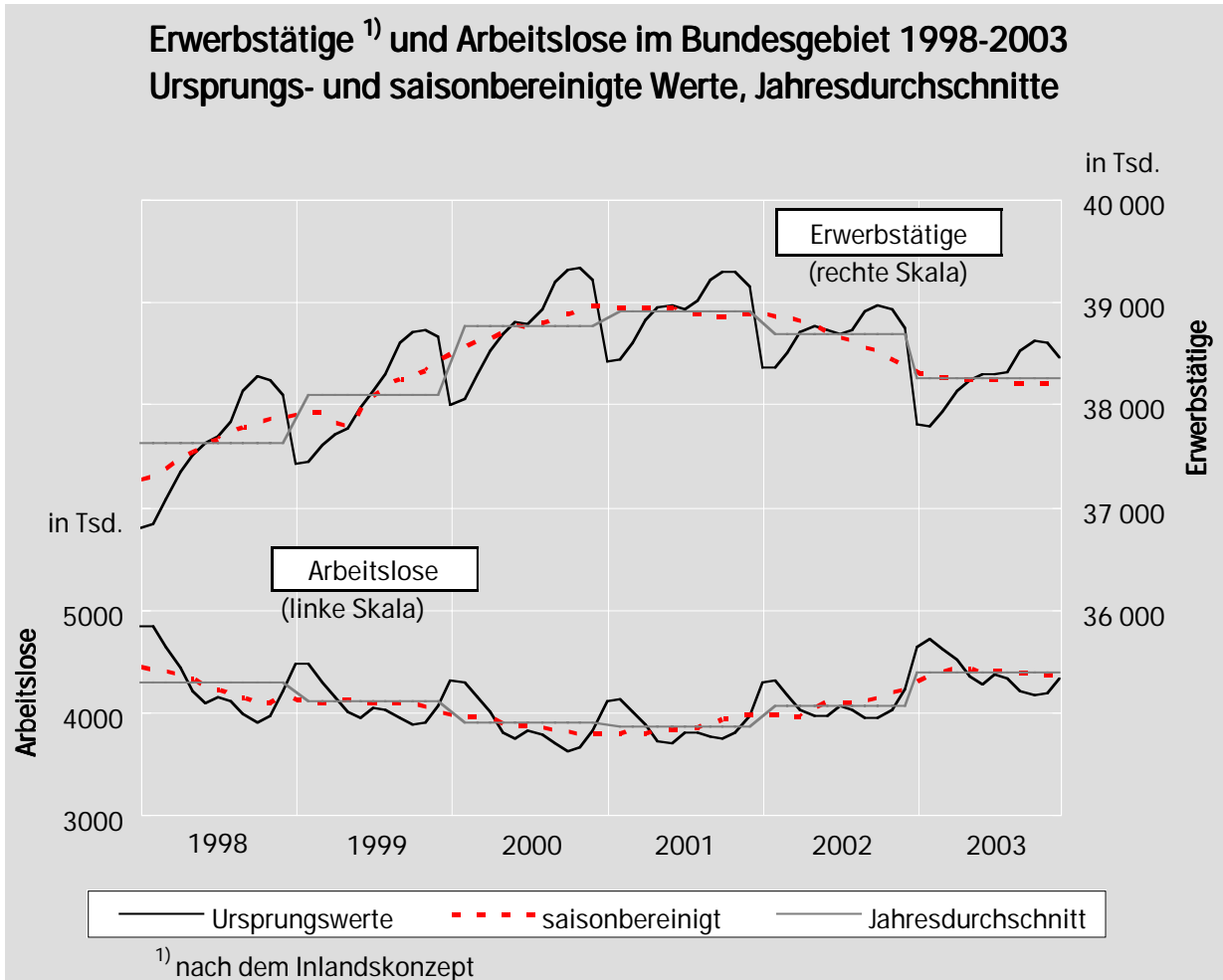


Tabelle I.1a

Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2001 bis 2003; Deutschland			
Merkmal	2001	2002	2003
	1	2	3
Beschäftigung			
Erwerbstätige im Inland ^{1) 2)}	38 911 000	38 671 000	38 246 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	27 817 114	27 571 147	26 954 686
dar.: Frauen	15 444 587	15 179 482	14 773 376
Ausländer	2 008 062	1 959 953	1 873 939
Arbeitslosigkeit			
Zugang in Arbeitslosigkeit ³⁾	6 898 308	7 254 655	7 622 421
Abgang aus Arbeitslosigkeit ³⁾	6 743 837	6 992 204	7 533 861
Bestand an Arbeitslosen ¹⁾	3 852 564	4 061 343	4 376 767
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen ⁴⁾	9,4	9,8	10,5
abh. ziv. Erwerbspersonen ⁵⁾	10,3	10,8	11,6
dar.: Männer	2 063 852	2 239 919	2 446 200
Arbeitslosenquote ⁴⁾	9,2	9,9	10,9
Frauen	1 788 712	1 821 424	1 930 567
Arbeitslosenquote ⁴⁾	9,5	9,5	10,0
Spätaussiedler	64 790	59 390	58 224
Ausländer	464 528	505 414	548 529
Jugendliche			
unter 25 Jahren	444 074	497 600	516 129
Schwerbehinderte	171 351	156 909	167 876
Leistungsbezieher ¹⁾			
Arbeitslosengeld	1 724 543	1 898 585	2 024 534
Arbeitslosenhilfe	1 477 471	1 692 215	2 027 739
Eingliederungsgeld, -hilfe	21 099	18 165	16 294
Stellenangebote			
Zugang an Stellen ³⁾	3 765 884	2 796 380	2 467 309
Bestand an Stellen ¹⁾	507 141	451 971	354 762
Zugänge			
ABM und trad. SAM	246 084	217 704	180 142
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	322 923	538 312	795 301
Arbeitsmarktpol. Instrumente¹⁾			
Kurzarbeiter	122 942	206 767	195 371
Berufliche Weiterbildung	344 816	331 586	250 976
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	219 859	179 152	140 286
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁶⁾	211 111	222 349	284 051
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	224 979	291 521	356 850

1) Bestand im Jahresdurchschnitt.
2) Quelle: Statistisches Bundesamt; Werte für West- und Ostdeutschland: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.
3) Jahressumme.
4) Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.
5) Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.
6) SAM OFW, EGZ, EZN, Bhi, Übg, EV (bis 2001); ab 2002 EZ bei Vertretung und AEZ bei beruflicher Weiterbildung; ab 2003 PSA und EXGZ.

Tabelle I.1b

Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2001 bis 2003; Westdeutschland			
Merkmal	2001	2002	2003
	1	2	3
Beschäftigung			
Erwerbstätige im Inland ^{1) 2)}	31 515 000	31 395 000	31 091 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	22 266 877	22 182 502	21 730 394
dar.: Frauen	12 613 587	12 460 394	12 144 719
Ausländer	1 899 915	1 855 906	1 773 385
Arbeitslosigkeit			
Zugang in Arbeitslosigkeit ³⁾	4 480 382	4 836 812	5 168 249
Abgang aus Arbeitslosigkeit ³⁾	4 350 228	4 623 922	5 066 117
Bestand an Arbeitslosen ¹⁾	2 320 500	2 498 391	2 753 052
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen ⁴⁾	7,2	7,6	8,4
abh. ziv. Erwerbspersonen ⁵⁾	8,0	8,5	9,3
dar.: Männer	1 287 412	1 425 755	1 594 379
Arbeitslosenquote ⁴⁾	7,2	8,0	8,9
Frauen	1 033 088	1 072 636	1 158 672
Arbeitslosenquote ⁴⁾	7,0	7,2	7,7
Spätaussiedler	47 718	44 449	43 219
Ausländer	396 697	432 619	471 254
Jugendliche			
unter 25 Jahren	267 541	307 667	328 379
Schwerbehinderte	127 616	117 168	125 193
Leistungsbezieher ¹⁾			
Arbeitslosengeld	1 044 760	1 241 910	1 414 290
Arbeitslosenhilfe	761 368	877 185	1 078 377
Eingliederungsgeld, -hilfe	16 595	14 296	12 738
Stellenangebote			
Zugang an Stellen ³⁾	2 744 034	2 058 291	1 830 190
Bestand an Stellen ¹⁾	436 280	377 816	291 890
Zugänge			
ABM und trad. SAM	63 275	53 013	38 465
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁶⁾	155 250	228 852	361 627
Arbeitsmarktpol. Instrumente¹⁾			
Kurzarbeiter	93 933	162 123	160 496
Berufliche Weiterbildung	197 130	191 727	154 694
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	52 814	42 268	30 238
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁶⁾	95 336	101 812	146 941
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	131 322	180 655	226 317

1) Bestand im Jahresdurchschnitt.
2) Quelle: Statistisches Bundesamt; Werte für West- und Ostdeutschland: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.
3) Jahressumme.
4) Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.
5) Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.
6) SAM OFW, EGZ, EZN, Bhi, Übg, EV (bis 2001); ab 2002 EZ bei Vertretung und AEZ bei beruflicher Weiterbildung; ab 2003 PSA und EXGZ.

Tabelle I.1c

Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2001 bis 2003; Ostdeutschland			
Merkmal	2001	2002	2003
	1	2	3
Beschäftigung			
Erwerbstätige im Inland ^{1) 2)}	7 396 000	7 276 000	7 155 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	5 550 237	5 388 645	5 224 292
dar.: Frauen	2 831 000	2 719 088	2 628 657
Ausländer	108 147	104 047	100 554
Arbeitslosigkeit			
Zugang in Arbeitslosigkeit ³⁾	2 417 926	2 417 843	2 454 172
Abgang aus Arbeitslosigkeit ³⁾	2 393 609	2 368 282	2 467 744
Bestand an Arbeitslosen ¹⁾	1 532 064	1 562 952	1 623 715
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen ⁴⁾	17,3	17,7	18,5
abh. ziv. Erwerbspersonen ⁵⁾	18,8	19,2	20,1
dar.: Männer	776 440	814 164	851 821
Arbeitslosenquote ⁴⁾	16,6	17,5	18,6
Frauen	755 624	748 789	771 894
Arbeitslosenquote ⁴⁾	18,1	17,9	18,6
Spätaussiedler	17 072	14 941	15 005
Ausländer	67 831	72 795	77 275
Jugendliche			
unter 25 Jahren	176 533	189 933	187 750
Schwerbehinderte	43 735	39 741	42 683
Leistungsbezieher ¹⁾			
Arbeitslosengeld	679 783	656 674	610 245
Arbeitslosenhilfe	716 103	815 031	949 362
Eingliederungsgeld, -hilfe	4 504	3 869	3 556
Stellenangebote			
Zugang an Stellen ³⁾	1 021 850	738 089	637 119
Bestand an Stellen ¹⁾	70 860	74 155	62 873
Zugänge			
ABM und trad. SAM	182 809	164 691	141 677
Beschäftigungsbegleitende			
Leistungen ⁶⁾	167 674	309 461	433 674
Arbeitsmarktpol. Instrumente ¹⁾			
Kurzarbeiter	29 009	44 645	34 876
Berufliche Weiterbildung	147 687	139 859	96 282
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	167 045	136 884	110 048
Beschäftigungsbegleitende			
Leistungen ⁶⁾	115 776	120 538	137 110
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	93 656	110 866	130 533

¹⁾ Bestand im Jahresdurchschnitt.
²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt; Werte für West- und Ostdeutschland: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.
³⁾ Jahressumme.
⁴⁾ Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.
⁵⁾ Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.
⁶⁾ SAM OFW, EGZ, EZN, Bhi, Übg, EV (bis 2001); ab 2002 EZ bei Vertretung und AEZ bei beruflicher Weiterbildung; ab 2003 PSA und EXGZ.

Tabelle I.2

Gesamtdeutscher Arbeitsmarkt														
Merkmal	Deutschland ¹⁾	Westdeutschland ¹⁾	Ostdeutschland ¹⁾	Anteil Ostdeutschland*) an Deutschland in %										
	2003	2003	2003	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Wohnbevölkerung (in 1000) ¹⁰⁾	82 518	65 560	16 958	21,9	21,8	21,6	21,5	21,4	21,3	21,2	21,0	20,9	20,8	20,6
Bruttoinlandsprodukt (in Euro) vorläufige Zahl	1 987	1 695	292	9,8	10,8	11,2	15,6	15,4	15,2	15,1	14,9	14,7	14,7	14,7
Erwerbsquote	73,3%	72,5%	76,6%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Erwerbspersonen (in 1000) Inlandskonzept	42 623	33 844	8 779	18,1	18,5	18,5	21,6	21,6	21,5	21,4	21,1	20,9	20,7	20,6
Beschäftigung (in 1000) Inlandskonzept														
Erwerbstätige	38 246	31 091	7 155	19,9	20,3	20,5	20,4	20,1	19,91	19,8	19,3	19,0	18,8	18,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (30.6.)	26 955	21 730	5 224	19,1	19,4	19,6	22,4	21,8	21,6	21,2	20,6	20,0	19,5	19,4
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.6.)	4 375	3 760	615	•	•	•	•	•	•	11,9	12,5	13,2	13,7	14,1
Arbeitslosigkeit														
Zugang in Arbeitslosigkeit ²⁾	7 622 421	5 168 249	2 454 172	24,8	25,7	28,7	33,4	35,0	34,8	35,9	36,0	35,1	33,2	32,2
Bestand an Arbeitslosen	4 376 767	2 753 052	1 623 715	33,6	30,9	29,0	33,3	34,5	35,7	36,5	38,8	39,8	38,5	37,1
Arbeitslosenquote bezogen auf														
alle zivilen Erwerbspersonen ³⁾	10,5%	8,4%	18,5%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
abh. zivile Erwerbspersonen ⁴⁾	11,6%	9,3%	20,1%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Männer	2 446 200	1 594 379	851 821	24,5	21,5	20,9	27,6	29,4	31,7	33,0	36,1	37,6	36,4	34,8
Arbeitslosenquote ³⁾	10,9%	8,9%	18,6%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Frauen	1 930 567	1 158 672	771 894	42,5	40,4	37,5	39,7	40,5	40,3	40,4	41,8	42,2	41,1	40,0
Arbeitslosenquote ³⁾	10,0%	7,7%	18,6%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Teilzeitarbeitslose	393 875	336 968	56 907	18,1	15,7	14,6	15,9	14,7	14,0	13,6	14,1	14,5	14,6	14,4
Spätaussiedler	58 224	43 219	15 005	4,6	5,2	6,0	9,3	13,7	17,2	20,9	24,2	26,3	25,2	25,8
Ausländer	548 529	471 254	77 275	4,1	2,8	2,7	10,0	10,4	11,4	12,5	13,9	14,6	14,4	14,1
Jugendliche unter 25 Jahren ⁹⁾	516 129	328 379	187 750	29,2	26,8	25,5	25,4	27,7	30,5	32,0	40,0	39,8	38,2	36,4
Langzeitarbeitslose (jeweils 30.9.)	1 418 449	793 258	625 191	37,5	31,1	26,2	29,1	31,5	31,6	32,6	36,6	40,3	42,2	42,9
Leistungsbezug ⁶⁾	4 068 567	2 505 405	1 563 162	34,8	32,9	31,7	33,4	36,3	37,1	37,6	43,2	43,4	40,9	38,4
Stille Reserve (in 1000)	2 693	2 033	660	48,5	43,8	39,0	35,6	31,5	29,9	26,9	27,0	25,6	26,9	24,5
dar. i.e.S. (in 1000)	1 902	1 536	366	14,4	20,3	26,8	28,1	25,4	24,5	20,5	19,8	18,3	20,9	19,2
Stellenangebote														
Zugang an Stellen ²⁾	2 467 309	1 830 190	637 119	28,1	29,9	27,2	29,9	28,3	32,2	29,1	26,3	27,1	26,4	24,5
Bestand an Stellen	354 762	291 890	62 873	12,9	17,9	17,1	18,8	17,6	20,2	16,4	12,9	14,0	16,4	19,2
Arbeitsmarktpolitische Instrumente														
Kurzarbeiter	195 371	160 496	34 876	19,1	26,0	35,5	26,9	28,5	31,6	24,4	31,1	23,6	21,6	17,9
Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung ⁷⁾	250 976	154 694	96 282	52,2	45,2	45,1	45,7	44,9	46,6	42,9	42,5	42,8	42,2	38,4
Eintritte in berufl. Weiterbildung ²⁾	246 245	153 975	92 270	45,7	46,8	37,4	42,9	38,8	41,5	39,7	41,6	45,5	43,4	37,5
Beschäftigte in ABM und trad. SAM ⁸⁾	137 224	30 238	106 985	•	•	•	78,6	77,6	81,6	73,9	77,3	76,0	76,4	78,0
Eintritte in ABM und trad. SAM ²⁾⁹⁾	180 142	38 465	141 677	•	•	•	74,6	70,3	76,0	72,7	75,2	74,3	75,6	78,6
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁵⁾	284 051	146 941	137 110	•	•	•	•	•	•	•	55,9	54,8	54,2	48,3
Eintritte in beschäftigungsbegleitende Leistungen ²⁾	795 301	361 627	433 674	•	•	•	•	•	•	•	•	•	57,5	54,5
Vorruhestandsähnliche Regelungen ⁸⁾⁹⁾	426 523	281 319	145 204	86,8	81,9	71,8	60,5	51,2	45,8	44,1	42,7	38,2	35,1	34,0
Ausbildungsstellenmarkt														
Gemeldete Ausbildungsstellen (1.10. – 30.9.)	546 660	427 287	119 373	13,7	17,9	19,0	21,4	23,1	23,2	23,6	22,0	21,2	20,7	21,8
Gemeldete Bewerber (1.10. – 30.9.)	719 571	501 956	217 615	25,6	27,3	28,6	31,1	31,1	30,6	31,2	31,0	31,0	30,9	30,2
am 30.9. noch nicht vermittelte Bewerber	35 015	22 267	12 748	16,4	8,0	22,3	37,9	35,0	37,5	36,9	39,9	41,5	43,6	36,4
Finanzen der Bundesanstalt (in Euro)														
– Beitragseinnahmen (Ost/West bereinigt) ¹¹⁾	47 336,6	41 266,5	6 070,2	13,8	14,7	15,0	14,7	14,4	13,9	13,8	13,6	13,2	13,0	12,8
– Ausgaben	56 849,8	38 355,5	18 494,3	46,2	41,7	36,8	39,1	40,1	42,1	41,8	41,9	40,2	36,4	32,5

1) Bestand im Jahresdurchschnitt, soweit nichts anderes gesagt.

2) Jahressumme.

3) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige plus Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Arbeitslose).

4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

5) SAM OFW, EGZ, EZN, EZV, Bhi, ÜG, AEZ, EXGZ, PSA und MOBI.

6) Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld plus Eingliederungshilfe.

7) Jahresdurchschnitt 1998 mit 12 Monatswerten berechnet.

8) § 428 SGB III plus Altersteilzeit (Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle).

9) bis 2000 alter Gebietsstand (Bundesgebiet Ost).

10) Arbeitskreis VGR der Länder; 2003 Stichtag 30. Juni.

11) nur nach alten Gebietsstand möglich.

*) alle Anteile bis 1995 alter Gebietsstand (Bundesgebiet Ost); außer wenn mit 9) oder 11) versehen.

Tabelle I.3

Entwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt (in Tausend)									
Merkmal	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erwerbspersonen (im Inland)	42 764	42 732	42 623	33 836	33 893	33 844	8 928	8 839	8 779
davon:									
Arbeitslose	3 853	4 061	4 377	2 321	2 498	2 753	1 532	1 563	1 624
Erwerbstätige ¹⁾	38 911	38 671	38 246	31 515	31 395	31 091	7 396	7 276	7 155
dav.: Selbstständige und Mithelfende ¹⁾	4 077	4 090	4 143	3 359	3 371	3 423	718	719	720
Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾	34 834	34 581	34 103	28 156	28 024	27 668	6 678	6 557	6 435
Pendlersaldo ²⁾	60	61	57	390	385	372	-330	-324	-315
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	9,4	9,8	10,5	7,2	7,6	8,4	17,3	17,7	18,5
die abhängigen ziv. Erwerbspersonen	10,3	10,8	11,6	8,0	8,5	9,3	18,8	19,2	20,1
Arbeitsmarktpolitik									
Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent)	59	88	86	43	64	69	16	23	17
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	220	179	137	52	43	30	167	137	107
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ³⁾	211	222	284	95	102	147	116	121	137
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung	315	300	224	169	162	129	146	138	95
Vorruhestandsähnliche Regelungen (§ 428 SGB III + Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle)	275	353	427	171	229	281	105	124	145
Veränderung gegenüber Vorjahr (in Tausend)									
Merkmal	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2001/00	2002/01	2003/02	2001/00	2002/01	2003/02	2001/00	2002/01	2003/02
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erwerbspersonen (im Inland)	+ 126	- 31	- 110	+ 195	+ 58	- 49	- 69	- 89	- 60
davon:									
Arbeitslose	- 37	+ 209	+ 315	- 60	+ 178	+ 255	+ 23	+ 31	+ 61
Erwerbstätige ¹⁾	+ 163	- 240	- 425	+ 255	- 120	- 304	- 92	- 120	- 121
dav.: Selbstständige und Mithelfende ¹⁾	+ 76	+ 13	+ 53	+ 57	+ 12	+ 52	+ 19	+ 1	+ 1
Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾	+ 87	- 253	- 478	+ 198	- 132	- 356	- 111	- 121	- 122
Pendlersaldo ²⁾	- 7	- 1	- 4	+ 37	- 5	- 13	- 44	+ 6	+ 9
Arbeitsmarktpolitik									
Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent)	+ 13	+ 29	- 2	+ 11	+ 21	+ 5	+ 2	+ 7	- 6
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	- 41	- 41	- 42	- 8	- 9	- 13	- 34	- 30	- 30
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ³⁾	- 17	+ 11	+ 62	- 6	+ 7	+ 45	- 11	+ 5	+ 16
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung	- 9	- 15	- 76	- 8	- 7	- 33	- 2	- 8	- 43
Vorruhestandsähnliche Regelungen (§ 428 SGB III + Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle)	+ 50	+ 78	+ 74	+ 41	+ 58	+ 52	+ 9	+ 19	+ 21

¹⁾ Statistisches Bundesamt; West/Ost: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.

²⁾ Einpendler minus Auspendler; Quelle IAB.

³⁾ SAM OFW, EGZ, EZN, EV (bis 2001), Bhi, ÜG; ab 2002 EZV und AEZ bei beruflicher Weiterbildung; ab 2003 PSA und EXGZ.

Tabelle I.4

Zur Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes seit der Wiedervereinigung (in Tausend)												
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland												
Erwerbstätige												
Bestand	37 878	37 365	37 304	37 382	37 270	37 208	37 616	38 071	38 748	38 911	38 671	38 246
Veränderung geg. Vorjahr	-576	-513	-61	78	-112	-62	408	455	677	163	-240	-425
dar.: in ABM, trad. SAM und BSI	466	310	337	382	353	285	269	325	298	267	234	190
Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾												
Bestand	43 370	43 599	43 702	43 840	44 036	44 308	44 476	44 677	44 825	45 100	45 231	45 315
Veränderung geg. Vorjahr	251	229	104	137	196	272	168	201	148	275	132	84
Arbeitslose												
Bestand	2 978	3 419	3 698	3 612	3 965	4 385	4 281	4 100	3 890	3 853	4 061	4 377
Veränderung geg. Vorjahr	376	441	279	-86	353	420	-104	-180	-211	-37	209	315
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)	7,7	8,9	9,6	9,4	10,4	11,4	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,5
Stille Reserve insges. ¹⁾												
Bestand	2 514	2 815	2 700	2 846	2 801	2 715	2 581	2 506	2 188	2 337	2 500	2 693
Veränderung geg. Vorjahr	451	301	-114	146	-45	-86	-134	-75	-318	149	164	193
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	1 668	1 691	1 389	1 154	996	813	694	714	697	724	789	791
Ausbildungsstellenmarkt												
Gemeldete Ausbildungsstellen ²⁾	831	773	683	633	609	608	604	629	625	631	586	547
Gemeldete Bewerber ²⁾	542	570	626	670	717	772	797	803	770	738	711	720
Westdeutschland												
Erwerbstätige ¹⁾												
Bestand	30 296	29 938	29 748	29 721	29 680	29 721	30 126	30 548	31 260	31 515	31 395	31 091
Veränderung geg. Vorjahr	290	-358	-189	-27	-41	41	405	423	712	255	-120	-304
dar.: in ABM, trad. SAM und BSI	66	44	50	62	67	59	61	84	78	68	61	47
Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾												
Bestand	33 275	33 537	33 692	33 884	34 130	34 454	34 686	34 985	35 239	35 580	35 727	35 830
Veränderung geg. Vorjahr	395	262	156	192	246	324	231	300	254	341	147	104
Arbeitslose												
Bestand	1 699	2 149	2 426	2 427	2 646	2 871	2 752	2 605	2 381	2 321	2 498	2 753
Veränderung geg. Vorjahr	103	450	277	1	219	225	-119	-147	-224	-60	178	255
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)			8,1	8,1	8,9	9,6	9,2	8,6	7,6	7,2	7,6	8,4
Stille Reserve insges. ¹⁾												
Bestand	1 280	1 450	1 517	1 736	1 803	1 861	1 810	1 831	1 598	1 738	1 829	2 033
Veränderung geg. Vorjahr	2	170	68	219	67	58	-51	21	-233	140	91	204
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	450	488	472	498	506	443	385	407	402	420	475	497
Ausbildungsstellenmarkt												
Gemeldete Ausbildungsstellen ²⁾	709	654	549	501	479	467	464	480	488	497	465	427
Gemeldete Bewerber ²⁾	391	411	442	466	494	532	553	553	531	509	491	502
Ostdeutschland												
Erwerbstätige ¹⁾												
Bestand	7 582	7 427	7 556	7 661	7 590	7 487	7 490	7 523	7 488	7 396	7 276	7 155
Veränderung geg. Vorjahr	-866	-155	128	105	-71	-103	3	32	-35	-92	-120	-121
dar.: in ABM, trad. SAM und BSI	400	266	287	320	286	226	208	241	220	199	173	143
Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾												
Bestand	10 095	10 062	10 010	9 955	9 906	9 854	9 790	9 691	9 586	9 520	9 505	9 485
Veränderung geg. Vorjahr	-144	-33	-52	-55	-50	-52	-64	-99	-106	-66	-15	-20
Arbeitslose												
Bestand	1 279	1 270	1 272	1 185	1 319	1 514	1 529	1 496	1 509	1 532	1 563	1 624
Veränderung geg. Vorjahr	273	-9	2	-87	134	195	15	-33	13	23	31	61
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)			14,8	13,9	15,5	17,7	17,8	17,3	17,1	17,3	17,7	18,5
Stille Reserve insges. ¹⁾												
Bestand	1 234	1 365	1 183	1 109	998	854	771	674	590	599	672	660
Veränderung geg. Vorjahr	449	131	-182	-74	-111	-144	-83	-97	-85	9	73	-12
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	1 218	1 203	917	656	490	370	309	307	295	304	314	294
Ausbildungsstellenmarkt												
Gemeldete Ausbildungsstellen ²⁾												
dar. betriebliche			134	132	131	141	140	149	138	134	121	119
Berufsausbildungsstellen ³⁾	noch alte Zahlen				107	105	99	94	94	87	77	72
Gemeldete Bewerber ²⁾	151	159	184	204	223	240	244	250	239	229	220	218

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung²⁾ Meldungen im Verlauf des Berufsberatungsjahres (jeweils 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September)³⁾ Bis einschl. 1997 alter Gebietsstand

II. A. Angebot von Arbeitskräften

1. Erwerbspersonenpotenzial

Arbeitskräfteangebot trotz anhaltender demografischer Entlastung weiter gestiegen

Im Jahr 2003 hat sich in Deutschland das Angebot von Arbeitskräften weiter erhöht, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor. Das

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt das **Erwerbspersonenpotenzial** im Jahresdurchschnitt 2003 auf 45,32 Mio, dies sind 84.000 mehr als 2002, nach +132.000 und +275.000 in den beiden Vorjahren (vgl. Tabelle II.A.1).¹⁾

Erwerbspersonenpotenzial			
	2001	2002	2003
Deutschland			
Insgesamt	45.100	45.231	45.315
Veränderung	275	132	84
dav. Demographie	-179	-161	-152
Verhaltenskomponente	310	185	147
Wanderungen	150	108	91
Pendlersaldo	-6	-1	-3
Westdeutschland			
Insgesamt	35.580	35.727	35.830
Veränderung	341	147	104
dav. Demographie	-161	-155	-145
Verhaltenskomponente	291	169	146
Wanderungen	173	139	114
Pendlersaldo	38	-7	-12
Ostdeutschland			
Insgesamt	9.520	9.505	9.485
Veränderung	-66	-15	-20
dav. Demographie	-18	-6	-7
Verhaltenskomponente	19	16	1
Wanderungen	-23	-31	-23
Pendlersaldo	-44	6	9

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Dabei beruht auch der jüngste Zuwachs allein auf dem Westen; das Kräfteangebot hat dort um 104.000 auf 35,83 Mio zugenommen, während es in Ostdeutschland um 20.000 auf 9,49 Mio gesunken ist.

Maßgeblich für die Zunahme des Arbeitsangebotes war die nach wie vor steigende **Erwerbsneigung**, d.h. der Umstand, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter arbeiten will. Das IAB veranschlagt den Einfluss die-

ser Verhaltenskomponente auf die jahresdurchschnittliche Veränderung des Kräftepotenzials 2003 auf +147.000. Der Zuwachs beschränkt sich praktisch allein auf den Westen (+146.000; Ostdeutschland: +1.000). Dabei ist in der Verhaltenskomponente ein potenzialerhöhender Effekt aus steigender ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigung berücksichtigt. Andererseits bewirkte die Maxime des „Förderns und Forderns“, dass Arbeitslose aus dem Potenzial aus-
scheiden.

Auf Grund von **Wanderungen** hat das Erwerbspersonenpotenzial jahresdurchschnittlich um 91.000 zugenommen. Auch hier erhöhte sich deswegen das Kräfteangebot nur im Westen (+114.000). In Ostdeutschland schlug dieser Effekt angebotsmindernd zu Buche (-23.000), und zwar wegen mehr Fortzügen in den Westen.

Positive Verhaltens- und Wanderungskomponenten wurden allerdings weiterhin großenteils ausgeglichen durch die **demografische Entwicklung**, d.h. den langfristigen Trend, dass mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben scheiden als junge nachrücken und die Erwerbspersonen im Durchschnitt immer älter werden. Das IAB schätzt die Größe dieses Faktors 2003 auf jahresdurchschnittlich rd. -152.000. Dabei konzentriert sich auch dieser Effekt fast allein auf den Westen (-145.000; Osten: -7.000).

2. Bevölkerung

Ende 2002 gab es 82,54 Mio Einwohner in Deutschland, 96.000 oder 0,1%

Bevölkerung wird älter

mehr als vor einem Jahr, nach +0,2% und +0,1% in den beiden Jahren zuvor. Dabei beruht das **Bevölkerungswachstum** 2002 allein auf einem Wanderungsüberschuss (219.000), während weiterhin mehr Menschen starben als geboren wurden (Sterbefallüberschuss oder Geburtendefizit: 122.000).²⁾

¹⁾ Vgl. zum Konzept des Erwerbspersonenpotenzials Johann Fuchs, Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250) Nürnberg 2002, S. 79 ff., zum gesamten Kapitel II.A: Autorengemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland. Der Arbeitsmarkt 2003 und 2004, IAB-Kurzbericht Nr. 5 vom 11.3.2004; dies., Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 37. Jg. (2004), Heft 1.

²⁾ Angaben des Statistischen Bundesamtes liegen hierzu bis Ende 2002 vor, vgl. hierzu B. Sommer und H. Voit, Bevölkerungsentwicklung 2002, in: Wirtschaft und Statistik 12/2003, S. 1096 sowie Statistisches Bundesamt, Jahrbuch 1993.

Nach vorläufigen Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ hat die Bevölkerung 2003 praktisch stagniert (Juni 2003/Jahresdurchschnitt 2002: +0,04%). Dabei entwickelte sie sich **regional** unterschiedlich. In Westdeutschland nahm die Bevölkerung um 0,2% zu, in Ostdeutschland um 0,8% ab. Außer im Saarland (-0,2%) gab es in allen westdeutschen Ländern eine Zunahme, am stärksten in Baden-Württemberg (+0,5%) und Bremen (+0,4%). In Berlin blieb die Bevölkerung unverändert, in allen anderen ostdeutschen Ländern nahm sie ab, besonders ausgeprägt in Sachsen-Anhalt (-1,1%).

Der **Altersaufbau** der Bevölkerung hat sich weiter in Richtung der älteren Generation verschoben. Im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren lebten Ende 2002 in Deutschland 55,68 Mio Menschen, das waren 0,1% weniger als Ende 2001; ihr Anteil an allen Einwohnern betrug 67,5%, nach 67,6% im Vorjahr und 68,7% in 1991. Die Zahl der Jüngeren unter 15 Jahre verringerte sich noch stärker, und zwar um 1,6% auf 12,42 Mio; entsprechend sank ihr Bevölkerungsanteil von 15,3% auf 15,0%, 1991 betrug er noch 16,3%. Dagegen hat die Altersgruppe der 65 Jahre und älteren um 2,7% auf 14,44 Mio zugenommen; ihr Anteil an der Bevölkerung erhöhte sich von 17,1% auf 17,5%, nach erst 15,0% im Jahr 1991.

Die Verschiebung der Alterstruktur wird auch am zunehmendem **Durchschnittsalter** der Bevölkerung deutlich. So hat sich das durchschnittliche mittlere Alter der Frauen von 1991 bis 2002 von 41,6 Jahren auf 43,2 Jahre und das der Männer von 37,5 Jahren auf 39,8 Jahre erhöht.

3. Erwerbsneigung

Erwerbsneigung im Osten größer als im Westen

Das Arbeitskräfteangebot wird zum einen von der Größe und Struktur der Bevölkerung bestimmt, zum anderen von der

Erwerbsneigung, das heißt dem Wunsch der Menschen eine Arbeit ausüben zu wollen. In Deutschland waren 2003 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus) 49,4% der gesamten Bevölkerung erwerbstätig oder suchten eine Arbeit, bezogen auf die Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren waren es 73,8% (vgl. Tabelle II.A.2). Im Jahr 2002 lagen diese Quoten bei 49,2% und 72,8%, im Jahr 1991 bei 50,2% bzw. 72,6%. Dabei sind die Erwerbsquoten in den neuen Ländern (einschließlich Ost-Berlin)³⁾ 2003 mit 53,3% und 76,6% nach wie vor merklich größer als im früheren Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) mit 48,6% und 72,5%.

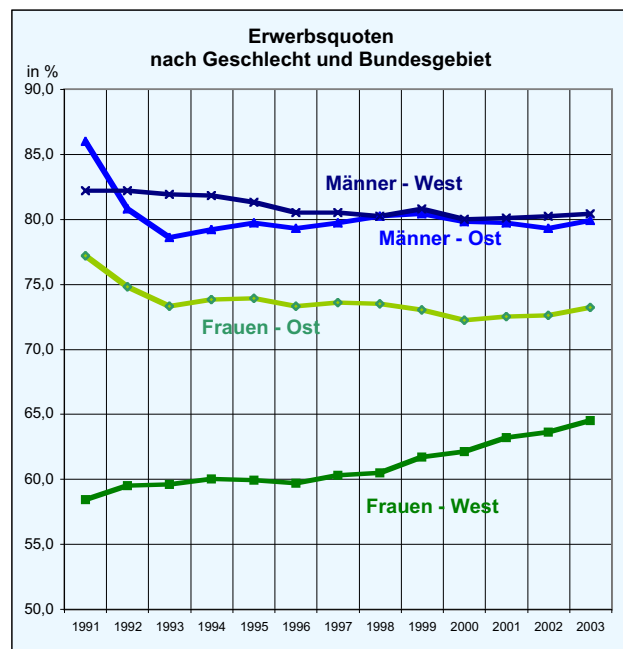
Die Erwerbsquoten sind nicht nur nach Regionen, sondern auch nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Nationalität sehr verschieden; im **Querschnitt** sind insbesondere folgende markante Unterschiede festzustellen:

- Bei den **30- bis 50-Jährigen** erreichen die Erwerbsquoten regelmäßig die höchsten Werte; sie lagen im Mai 2003 in diesen Altersgruppen zwischen 87,8% und 89,9%. Die

niedrigsten Quoten weisen die 15- bis 20-Jährigen und die 60- bis 65-Jährigen mit 30,6% bzw. 27,2% auf.

- Die Erwerbsneigung ist bei **Männern** generell deutlich höher als bei **Frauen**. Von den 15- bis 65-jährigen Männern waren bundesweit 80,3% erwerbstätig oder suchten eine Arbeit, im Vergleich zu „nur“ 66,1% der Frauen.
- Im **Osten** (einschließlich Ost-Berlin) ist die Erwerbsquote der Frauen mit 73,2% weiterhin erheblich größer als im Westen (einschließlich West-Berlin) mit 64,5%. Die Quoten der Männer unterscheiden sich dagegen kaum (West: 80,4%; Ost: 79,9%).
- Die Beteiligung **ausländischer Frauen** am Erwerbsleben ist mit bundesweit 54,0% beträchtlich niedriger als die der deutschen Frauen mit 67,4%. Der Unterschied zwischen ausländischen und deutschen Männer ist gering (79,3% zu 80,4%).

Abbildung II.A.1



Die Erwerbsneigung hat sich aber auch deutlich verändert; die wichtigsten langfristigen **Entwicklungen** sind (vgl. Abbildung II.A.1):

- Im früheren Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) ist die **Erwerbsquote der Frauen** deutlich gestiegen, und zwar von 1991 bis 2003 von 58,4% auf 64,5%, während sie sich in den neuen Ländern (mit Berlin-Ost) von 77,2% auf 73,2% verringert hat.

³⁾ Der Mikrozensus weist nur Werte aus für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-West und für die neuen Länder mit Berlin-Ost.

- Die Erwerbsbeteiligung der **Jüngeren** nahm bundesweit deutlich ab, bei männlichen 15- bis unter 20-Jährigen von 44,6% auf 33,8% und bei Frauen dieser Altersgruppe von 37,2% auf 27,2%.
- Gleichzeitig hat die Erwerbsneigung von **Älteren** zugenommen, und zwar insbesondere bei Frauen. So ist bei weiblichen 55- bis unter 60-Jährigen und bei 60- bis unter 65-Jährigen die Erwerbsquote von 1991 bis 2003 von 42,9% auf 61,5% bzw. von 10,7% auf 18,1% gestiegen.

4. Wanderungen und Pendlerbeziehungen

Wanderungen erhöhten weiter das Kräfteangebot

Wanderungseffekte haben 2003 bundesweit das Kräfteangebot weiter steigen lassen. Dies resultierte aus folgenden Quellen:

- 2003 sind 72.900 **Spätaussiedler** zugezogen. Dabei nehmen die Zuzugszahlen kontinuierlich ab; Anfang der 90er Jahre kamen noch jährlich über 200.000, 2002 nur noch 91.400 Spätaussiedler. Was die regionale Herkunft der Spätaussiedler betrifft, bestimmen Zuzüge aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion das Bild fast völlig (99% aller Zuwanderungen). Das Erwerbspersonenpotenzial hat aufgrund dieser Zuwanderung 2003 um 49.000 zugenommen.
- 51.000 **Asylbewerber** sind 2003 nach Deutschland übersiedelt. Auch hier gehen die Zahlen zurück, vom Spitzenwert 1992 mit 439.000 Zuzügen bis zu 71.000 in 2002. Der Potenzialeffekt wird für 2003 auf 20.000 veranschlagt.
- Die **sonstigen Auslandswanderungen** haben die Bevölkerung in Deutschland im Saldo um 35.000 erhöht. Dabei beruht der jüngste positive Wanderungssaldo allein auf Ausländern (+62.000; Deutsche: –27.000). Das Kräfteangebot hat 2003 dadurch um 22.000 zugenommen (Ausländer: +35.000; Deutsche: –13.000).

Aufgrund von Wanderungen ist allein in Westdeutschland das Arbeitsangebot gestiegen (+114.000). Dafür, dass es in Ostdeutschland abgenommen hat (–23.000), war ausschlaggebend, dass auch 2003 mehr Menschen von **Ost- nach Westdeutschland** übersiedelten als umgekehrt. So wanderte im Jahr 2003 rund 200.000 Menschen von Ost nach West, nur etwas weniger als in den Jahren zuvor. Gleichzeitig gab es 140.000 Wohnortwechsel von West- nach Ostdeutschland, etwa so viele wie 2001 und 2002. Der Wanderungsverlust für Ostdeutschland beläuft sich damit 2003 auf 60.000; er hat also etwas abgenommen, ist aber immer noch beachtlich.

Im Zuge der konjunkturellen Abschwächung hat sich die Zahl der erteilten **Arbeitsgenehmigungen** für ausländische Arbeitskräfte weiter verringert. Dabei ist zu beachten, dass Angehörige der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)⁴⁾ sowie gleichgestellte, bevorrechtigte Ausländer keine Arbeitsgenehmigung benötigen. Die Zahl erteilter Arbeitsgenehmigungen ist von 2002 auf 2003 um

58.700 auf 886.400 gesunken (2002/01: –109.500; vgl. Tabelle II.A.3 und Kasten „Wesentliche Regelungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland“). Die größte Bedeutung haben **Arbeitserlaubnisse**, die nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und u.U. mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich Art und Ort der Tätigkeit erteilt werden (vgl. § 285 SGB III); ihre Zahl hat um 41.000 auf 763.900 abgenommen. Rückgänge gab es sowohl bei erstmaliger Beschäftigung, auch bedingt durch die kleiner Zahl von Asylbewerbern, als auch bei erneuter und Fortsetzung einer Beschäftigung. Die Zahl der **Arbeitsberechtigungen**, die unabhängig von der Arbeitsmarktlage und ohne Einschränkung erteilt werden (vgl. § 286 SGB III), hat sich um 17.700 auf 122.500 verringert, und zwar auch hier in allen Kategorien.

Arbeitsgenehmigungen entfielen auch 2003 zum weitaus größten Teil auf Westdeutschland; mit 823.500 wurden dort 93% aller Arbeitsgenehmigungen erteilt. In Ostdeutschland gab es 62.900 Arbeitsgenehmigungen, das entsprach einem Anteil von nur 7%. Dabei beruht der jüngste bundesweite Rückgang erneut allein auf dem Westen (–59.800), in Ostdeutschland gab es einen leichten Zuwachs (+1.100).

Für das im Inland bzw. am Arbeitsort wirksame Arbeitskräfteangebot sind die Pendler in Rechnung zu stellen. Pendler

Pendler entlasten ost-deutschen Arbeitsmarkt

sind Personen, die nicht am Arbeitsort wohnen. Dabei gibt es **Einpendler**, das sind Personen, die von außerhalb kommen, und **Auspender**, die ihren Wohnort zum Arbeiten verlassen. Der Pendlersaldo für die Region errechnet sich als Differenz von Einpendlern und Auspendlern.

Im Jahr 2003 gab es nach Schätzungen des IAB in Deutschland 116.000 Auspendler ins Ausland und 173.000 Einpendler aus dem Ausland. Der **bundesweite Pendlersaldo** belief sich auf 57.000 und war damit etwa so groß wie im Jahr zuvor (61.000). Dabei beschränkten sich die Pendlerbeziehungen mit dem Ausland fast allein auf Westdeutschland (51.000; Osten: 6.000). Dazu kommt im Westen noch der **Pendlersaldo mit Ostdeutschland**. So pendelten im Berichtsjahr 406.000 Personen von Ost- nach Westdeutschland, aber nur 85.000 in umgekehrter Richtung. Insgesamt weist Westdeutschland einen Pendlersaldo von +372.000 auf, im Vergleich zu +385.000 im Vorjahr. In Ostdeutschland beträgt der Pendlersaldo –315.000, nach –324.000 im Jahr zuvor.

Im Inland tätige **ausländische Werkvertragsarbeitnehmer** werden nicht in der Erwerbstatistik gezählt, da ihre Arbeitsleistung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Dienstleistungsimport gilt. Deshalb werden sie hier nachrichtlich ausgewiesen. Ihre Beschäftigung hat 2003 abgenommen.

⁴⁾ Zum EWR gehören – außer den Ländern der EU – Island, Liechtenstein und Norwegen.

Die Kontingente für Werkvertragsarbeitnehmer auf Grund von Regierungsvereinbarungen aus mittel- und osteuropäischen Ländern sind für Deutschland von 2002 auf 2003 reduziert worden (-1.700 auf 56.600; 2002/01: +700; 2001/00: +3.900). Entsprechend nahm die jahresdurchschnittliche Zahl beschäftigter Werkvertragsarbeitnehmer aus diesen Staaten ab, und zwar um 1.600 auf 43.800 (2002/01: -1.400; 2001/00: +3.200). Praktisch unverändert 98% der Werkvertragsarbeitnehmer entfallen auf die alten Länder (einschl. Berlin). Wesentlich größer dürfte die Zahl jener Werkvertragsarbeitnehmer aus EU-Ländern sein, die seit Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes (Anfang 1993) – im Rahmen der Freizügigkeit, also kontingentfrei – in Deutschland tätig sind.

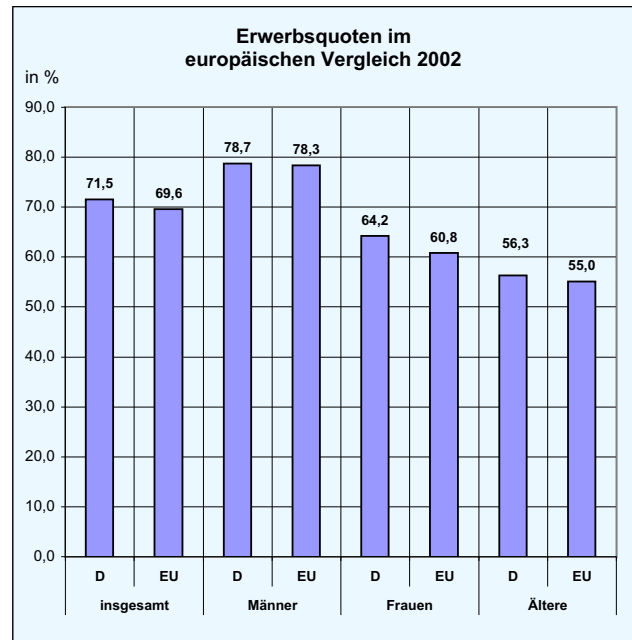
5. Internationale Vergleiche

Die deutsche **Erwerbsquote** liegt nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) 2002 – jüngere Daten liegen nur lückenhaft vor – mit 72% im europäischen Vergleich weiterhin über dem Durchschnitt (70%; vgl. Tabelle II.A.4 und Abbildung II.A.2). Die höchste Erwerbsquote hat seit Jahren Dänemark mit zuletzt 80%, gefolgt von Schweden (78%), Finnland (77%) und den Niederlanden (77%). Stark unterdurchschnittliche Quoten weisen nach wie vor Italien (61%) und Griechenland (63%) auf. Europaweit hat sich der Trend steigender Erwerbsquoten 2002 fortgesetzt.

Bei der **Erwerbsquote der Männer** lag Deutschland 2002 mit 79% nur etwas über dem europäischen Durchschnitt (78%). Besonders hohe männliche Erwerbsquoten haben nach wie vor die Niederlande (85%), Dänemark (84%) und das Vereinigte Königreich (82%), vergleichsweise niedrige unverändert Belgien (73%) und Italien (74%).

Die **Erwerbsquote für Frauen** war in Deutschland mit 64% merklich größer als im EU-Durchschnitt (61%). Weitaus die höchsten weiblichen Erwerbsquoten hatten wie bisher die skandinavischen Länder Schweden (76%), Dänemark (76%) und Finnland (75%); nach wie vor die niedrigsten die Mittelmeerländer Italien (48%), Griechenland (50%) und Spanien (53%), aber auch Luxemburg (53%).

Abbildung II.A.2



Die Erwerbsneigung der Frauen nimmt europaweit spürbar zu, die der Männer nur wenig. Nach wie vor liegt die Erwerbsquote der Frauen in Europa deutlich unter der der Männer, zuletzt um 18 Prozentpunkte. Dabei ist der Unterschied in Deutschland kleiner als im europäischen Durchschnitt (15 Prozentpunkte). Am kleinsten ist diese Spanne in Schweden (4 Prozentpunkte), am größten in Griechenland (26 Prozentpunkte).

Deutschland hatte 2002 eine **Erwerbsquote der Älteren** (50 bis 64 Jahre) von 56% und lag damit weiterhin leicht über dem europäischen Wert von 55%. Die bei weitem höchsten Quoten hatten die skandinavischen Länder Schweden (77%) und Dänemark (70%); die geringsten Belgien (43%) und Luxemburg (45%; vgl. Tabelle II.A.5). In allen Ländern hat die Quote zugenommen.

Wesentliche Regelungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland

EU-Staatsangehörige haben innerhalb der Staatengemeinschaft das grundsätzliche Recht der freien Wohnort- und Arbeitsplatzwahl. Eine Arbeitserlaubnis wird nicht benötigt. Ehegatten und Kinder, die nicht selbst EU-Staatsangehörige sind, haben freien Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn sie im Haushalt des in Deutschland aufenthaltsberechtigten EU-Staatsangehörigen leben (§ 284 Abs. 1 Nr. 1 SGB III i.V.m. EWG-VO 1612/68). Diese Regelungen gelten auch für Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR; Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz).

Ausländer, die nicht EU-/EWR-Staatsangehörige sind, dürfen in Deutschland nur arbeiten, wenn sie sich hier erlaubt aufhalten, die Arbeitsaufnahme nicht ausgeschlossen ist und sie eine Arbeitsgenehmigung haben (§ 284 SGB III). Personen, die eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, sowie Personen, denen eine Aufenthaltsberechtigung erteilt wurde, benötigen keine Arbeitsgenehmigung.

Arbeitsgenehmigungen werden in Arbeitserlaubnisse und Arbeitsberechtigungen unterschieden. Eine **Arbeitserlaubnis** nach § 285 SGB III kann Ausländern nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes mit oder ohne Einschränkungen für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb erteilt werden; in bestimmten Fällen ist eine Wartezeit einzuhalten (§ 3 Arbeitsgenehmigungsverordnung – ArGV). Die **Arbeitsberechtigung** (§ 286 SGB III) ist hingegen unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und ohne die Beschränkungen hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit und des Betriebes bestimmten Ausländern zu erteilen, z.B. Ehegatten deutscher Staatsangehöriger, Inhaber eines deutschen Reiseausweises für Flüchtlinge oder nach § 33 Ausländergesetz übernommene Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis.

Neben diesen grundsätzlichen Regelungen gibt es eine Anzahl **zwischenstaatlicher Vereinbarungen**:

Die Bundesregierung hat mit einer Reihe ausländischer Staaten Vereinbarungen über die Beschäftigung von **Werkvertragsarbeitnehmern** abgeschlossen. Die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern aus EU-/EWR-Staaten ist genehmigungs- und kontingentfrei. Ausländischen Firmen, die mit deutschen Firmen kooperieren, wird damit erlaubt, Arbeiten in Deutschland im bestimmten Umfang durch ausländische Arbeitnehmer durchführen zu lassen (Werkvertragsarbeitnehmer). Regierungsvereinbarungen über Werkvertragskontingente bestehen mit Bulgarien, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien, Polen, Rumänien, Lettland, der Türkei und Ungarn.

Allgemein gilt:

- Begrenzung der Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer auf bestimmte Kontingente,
- Erteilung der Arbeitserlaubnis unabhängig von Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes,
- Anpassung der Kontingente an hiesige Arbeitsmarktveränderungen,
- Entlohnung muss deutschem Niveau entsprechen,
- Sanktionen (z.B. Ausschluss) bei illegaler Arbeitnehmerüberlassung oder Beschäftigung zu untertariflicher Entlohnung oder Beschäftigung ohne Arbeitserlaubnis,
- Einschränkungen der Werkvertragstätigkeit durch eine Arbeitsmarktschutzklausel.

Die Arbeitsmarktschutzklausel sieht in Regionen mit überdurchschnittlicher **Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit** ein Verbot der Zulassung von Werkvertragsarbeitnehmern vor, wenn der deutsche Vertragspartner Kurzarbeit oder Entlassungen angezeigt hat, sowie ein grundsätzliches Genehmigungsverbot für Werkverträge in Arbeitsamtsbezirken, in welchen die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate mindestens 30% über der für Gesamtdeutschland gelegen hat.

Für Werkvertragsarbeitnehmer in der **Bauwirtschaft** gibt es eine Quotierung im Rahmen der Anwerbestoppausnahme-Verordnung. Die darin festgelegten Obergrenzen sind je nach Betriebsgröße gestaffelt und betragen bis zu 30% der im deutschen Betrieb beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer. Arbeitserlaubnisse für Werkvertragsarbeitnehmer der Bauwirtschaft dürfen nur erteilt werden, wenn der deutsche Partnerbetrieb ein Unternehmen der Bauwirtschaft ist.

Darüber hinaus sind **Gebühren** für die Erteilung der Arbeitserlaubnisse an Werkvertragsarbeitnehmer zu entrichten (Anordnung des Verwaltungsrates der BA nach § 287 SGB III). Danach wird für jeden Werkvertrag eine Grundgebühr von 200 € und für jeden Verlängerungsantrag bzw. für Gewährleistungsarbeiten eine Gebühr von 100 € erhoben. Außerdem ist eine Arbeitserlaubnisgebühr für jeden Werkvertragsarbeitnehmer von 75 € pro Beschäftigungsmonat zu zahlen.

Zur Eindämmung der illegalen Ausländerbeschäftigung enthalten die Regierungsabkommen Regelungen, die den Ausschluss ausländischer Firmen von der Durchführung künftiger Werkverträge vor sehen, wenn diese Werkvertragsarbeitnehmer ohne Arbeitserlaubnis in Deutschland beschäftigen, unerlaubt verleihen oder untertariflich entlohnen.

Die Arbeitserlaubnis kann ausländischen **Saisonarbeitnehmern** für eine Beschäftigung von mindestens 30 Stunden wöchentlich bei durchschnittlich sechs Stunden arbeitstäglich in der Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken bis zu insgesamt drei Monaten im Kalenderjahr und **Schaustellergehilfen** bis zu neun Monaten im Kalenderjahr erteilt werden, wenn der Arbeitnehmer aufgrund einer Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes vermittelt wurde und für die Tätigkeit keine inländischen Bewerber zur Verfügung stehen. Die Einsatzmöglichkeit von Saisonkräften ist mit Ausnahme von Betrieben des Obst-, Gemüse-, Wein-, Hopfen- und Tabakanbaus auf sieben Monate im Kalenderjahr begrenzt. Vermittlungsabsprachen bestehen mit den Arbeitsverwaltungen Kroatiens, Polens, Rumäniens, Sloweniens, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik, Ungarns und Bulgariens (Bulgarien nur Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes). Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen müssen zu den gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen beschäftigt werden wie vergleichbare deutsche Arbeitnehmer. Außerdem ist für jede angeforderte Kraft eine **Vermittlungsgebühr** von 60 € zu entrichten.

Mit Polen und der Tschechischen Republik bestehen Regelungen über die Beschäftigung von **Grenzarbeitnehmern**. Arbeitnehmer aus diesen Ländern können innerhalb festgelegter Grenzregionen eine arbeitsmarktabhängige Arbeitserlaubnis erhalten, wenn sie täglich zurückkehren oder höchstens zwei Tage pro Woche, bei gleichen Arbeitsbedingungen wie für deutsche Arbeitnehmer, arbeiten.

Darüber hinaus gibt es mit einer Reihe osteuropäischer Länder sowie der Schweiz Vereinbarungen über **Gastarbeitnehmer**. Dabei handelt es sich um ausländische Fachkräfte, die in Deutschland ihre beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie die deutschen Sprachkenntnisse erweitern wollen. Ihre Zahl ist kontingentiert (insgesamt: jährlich rd. 11.000). Zulassungsbescheinigungen werden durch die Bundesagentur unabhängig von der Arbeitsmarktlage erteilt (Arbeitserlaubnis-Ersatz). Die meisten Gastarbeitnehmer-Vereinbarungen sehen noch Gebührenfreiheit für die Vermittlung aus dem Ausland vor.

Abspraken zur Vermittlung von **Kranken- und Altenpflegekräften** bestehen nur mit Kroatien und Slowenien unter Berücksichtigung des Vorrangs deutscher und gleichgestellter Arbeitnehmer; dabei ist eine Vermittlungsgebühr in Höhe von 250 € zu entrichten (Anordnung des Verwaltungsrates der BA vom 26.11.1997).

Tabelle II.A.1

Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbspersonen und Arbeitslosenquoten (in Tausend)												
Jahr	Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾									Arbeitslosenquote in % auf der Basis		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		darunter (Spalte 1): Erwerbspersonen						aller zivilen Erwerbspersonen	abhängiger ziviler Erwerbspersonen	
				Erwerbstätige ²⁾			Arbeitslose ³⁾					
		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr			
			absolut	in %		absolut	in %		absolut			in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
Deutschland												
1992	43 370	+ 339	+ 0,8	37 878	- 576	- 1,5	2 978	+ 358	+ 13,7	7,7	8,5	
1993	43 599	+ 229	+ 0,5	37 365	- 513	- 1,4	3 419	+ 441	+ 14,8	8,9	9,8	
1994	43 702	+ 103	+ 0,2	37 304	- 61	- 0,2	3 698	+ 279	+ 8,2	9,6	10,6	
1995	43 839	+ 137	+ 0,3	37 382	+ 78	+ 0,2	3 612	- 86	- 2,3	9,4	10,4	
1996	44 036	+ 197	+ 0,4	37 270	- 112	- 0,3	3 965	+ 353	+ 9,8	10,4	11,5	
1997	44 308	+ 272	+ 0,6	37 208	- 62	- 0,2	4 385	+ 420	+ 10,6	11,4	12,7	
1998	44 476	+ 168	+ 0,4	37 616	+ 408	+ 1,1	4 281	- 104	- 2,4	11,1	12,3	
1999	44 677	+ 201	+ 0,5	38 071	+ 455	+ 1,2	4 100	- 180	- 4,2	10,5	11,7	
2000	44 825	+ 148	+ 0,3	38 748	+ 677	+ 1,8	3 890	- 211	- 5,1	9,6	10,7	
2001	45 100	+ 275	+ 0,6	38 911	+ 163	+ 0,4	3 853	- 37	- 1,0	9,4	10,3	
2002	45 231	+ 131	+ 0,3	38 671	- 240	- 0,6	4 061	+ 209	+ 5,4	9,8	10,8	
2003	45 315	+ 84	+ 0,2	38 246	- 425	- 1,1	4 377	+ 315	+ 7,8	10,5	11,6	
Westdeutschland												
1994	33 692	+ 155	+ 0,5	29 748	- 189	- 0,6	2 426	+ 277	+ 12,9	8,1	9,0	
1995	33 884	+ 192	+ 0,6	29 721	- 27	- 0,1	2 427	+ 1	+ 0,0	8,1	9,1	
1996	34 130	+ 246	+ 0,7	29 680	- 41	- 0,1	2 646	+ 219	+ 9,0	8,9	9,9	
1997	34 454	+ 324	+ 0,9	29 721	+ 41	+ 0,1	2 871	+ 225	+ 8,5	9,6	10,8	
1998	34 686	+ 232	+ 0,7	30 126	+ 405	+ 1,4	2 752	- 119	- 4,2	9,2	10,3	
1999	34 986	+ 300	+ 0,9	30 548	+ 423	+ 1,4	2 605	- 147	- 5,3	8,6	9,6	
2000	35 239	+ 253	+ 0,7	31 260	+ 712	+ 2,3	2 381	- 224	- 8,6	7,6	8,4	
2001	35 580	+ 341	+ 1,0	31 515	+ 255	+ 0,8	2 321	- 60	- 2,5	7,2	8,0	
2002	35 726	+ 146	+ 0,4	31 395	- 120	- 0,4	2 498	+ 178	+ 7,7	7,6	8,5	
2003	35 830	+ 104	+ 0,3	31 091	- 304	- 1,0	2 753	+ 255	+ 10,2	8,4	9,3	
Ostdeutschland												
1994	10 010	- 52	- 0,5	7 556	+ 128	+ 1,7	1 272	+ 2	+ 0,2	14,8	15,7	
1995	9 955	- 55	- 0,5	7 661	+ 105	+ 1,4	1 185	- 87	- 6,8	13,9	14,8	
1996	9 906	- 49	- 0,5	7 590	- 71	- 0,9	1 319	+ 134	+ 11,3	15,5	16,6	
1997	9 854	- 52	- 0,5	7 487	- 103	- 1,4	1 514	+ 195	+ 14,8	17,7	19,1	
1998	9 790	- 64	- 0,6	7 490	+ 3	+ 0,0	1 529	+ 15	+ 1,0	17,8	19,2	
1999	9 691	- 99	- 1,0	7 523	+ 32	+ 0,4	1 496	- 33	- 2,2	17,3	18,7	
2000	9 586	- 105	- 1,1	7 488	- 35	- 0,5	1 509	+ 13	+ 0,9	17,1	18,5	
2001	9 520	- 66	- 0,7	7 396	- 92	- 1,2	1 532	+ 23	+ 1,5	17,3	18,8	
2002	9 505	- 15	- 0,2	7 276	- 120	- 1,6	1 563	+ 31	+ 2,0	17,7	19,2	
2003	9 485	- 20	- 0,2	7 155	- 121	- 1,7	1 624	+ 61	+ 3,9	18,5	20,1	

¹⁾ Erwerbspersonenpotenzial: Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung.

²⁾ Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsortkonzept): Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.

³⁾ Arbeitslose nach dem Wohnortprinzip aus den monatlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle II.A.2

Erwerbsquoten nach Geschlecht									
Jahr	Deutschland Erwerbsquoten in %			Westdeutschland Erwerbsquoten in %			Ostdeutschland Erwerbsquoten in %		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1991	72,6	82,9	62,1	70,5	82,2	58,4	81,6	86,0	77,2
1992	72,4	82,0	62,5	71,1	82,2	59,5	77,8	80,8	74,8
1993	71,9	81,3	62,3	71,0	81,9	59,6	76,0	78,6	73,3
1994	72,1	81,3	62,7	71,1	81,8	60,0	76,5	79,2	73,8
1995	71,9	81,0	62,6	70,7	81,3	59,9	76,8	79,7	73,9
1996	71,4	80,3	62,3	70,2	80,5	59,7	76,4	79,3	73,3
1997	71,7	80,3	62,8	70,5	80,5	60,3	76,7	79,7	73,6
1998	71,7	80,2	63,0	70,5	80,2	60,5	76,9	80,2	73,5
1999	72,2	80,3	63,8	71,1	80,8	61,7	76,8	80,4	73,0
2000	72,1	79,9	64,0	71,1	80,0	62,1	76,1	79,8	72,2
2001	72,6	80,1	64,9	71,7	80,1	63,2	76,2	79,7	72,5
2002	72,8	80,1	65,3	72,0	80,2	63,6	76,0	79,3	72,6
2003	73,3	80,3	66,1	72,5	80,4	64,5	76,6	79,9	73,2

Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

Tabelle II.A.3

Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer							
Art der Arbeitsgenehmigung	1999	2000	2001	2002	2003	Veränderung 2003 gegenüber 2002	
	1	2	3	4	5	absolut	%
Deutschland							
Erstmalige Beschäftigung	433 672	473 028	606 604	529 581	502 725	- 26 856	- 5,1
– Arbeitserlaubnis ¹⁾	343 605	368 593	513 176	420 802	405 270	- 15 532	- 3,7
– Arbeitsberechtigung ²⁾	90 067	104 435	93 428	108 779	97 455	- 11 324	- 10,4
Erneute Beschäftigung	198 587	196 670	223 961	197 498	182 575	- 14 923	- 7,6
– Arbeitserlaubnis	162 756	157 627	186 410	171 745	161 153	- 10 592	- 6,2
– Arbeitsberechtigung	35 831	39 043	37 551	25 753	21 422	- 4 331	- 16,8
Fortsetzung der Beschäftigung	402 207	413 570	223 961	217 994	201 086	- 16 908	- 7,8
– Arbeitserlaubnis	389 221	401 962	186 410	212 303	197 452	- 14 851	- 7,0
– Arbeitsberechtigung	12 986	11 608	37 551	5 691	3 634	- 2 057	- 36,1
Insgesamt erteilte	1 034 466	1 083 268	1 054 526	945 073	886 386	- 58 687	- 6,2
– Arbeitserlaubnis	895 582	928 182	885 996	804 850	763 875	- 40 975	- 5,1
– Arbeitsberechtigung	138 884	155 086	168 530	140 223	122 511	- 17 712	- 12,6
Insgesamt abgelehnte Anträge	81 237	68 107	64 135	48 182	44 125	- 4 057	- 8,4
Westdeutschland							
Erstmalige Beschäftigung	402 697	438 804	566 400	481 242	453 991	- 27 251	- 5,7
– Arbeitserlaubnis ¹⁾	322 402	345 086	485 724	390 123	372 860	- 17 263	- 4,4
– Arbeitsberechtigung ²⁾	80 295	93 718	80 676	91 119	81 131	- 9 988	- 11,0
Erneute Beschäftigung	193 061	190 638	218 092	190 668	175 359	- 15 309	- 8,0
– Arbeitserlaubnis	158 554	152 905	181 529	166 178	155 114	- 11 064	- 6,7
– Arbeitsberechtigung	34 507	37 733	36 563	24 490	20 245	- 4 245	- 17,3
Fortsetzung der Beschäftigung	397 683	408 890	218 092	211 348	194 147	- 17 201	- 8,1
– Arbeitserlaubnis	385 179	397 687	181 529	206 039	190 821	- 15 218	- 7,4
– Arbeitsberechtigung	12 504	11 203	36 563	5 309	3 326	- 1 983	- 37,4
Insgesamt erteilte	993 441	1 038 332	1 002 584	883 258	823 497	- 59 761	- 6,8
– Arbeitserlaubnis	866 135	895 678	848 782	762 340	718 795	- 43 545	- 5,7
– Arbeitsberechtigung	127 306	142 654	153 802	120 918	104 702	- 16 216	- 13,4
Insgesamt abgelehnte Anträge	74 842	61 725	56 312	42 991	39 406	- 3 585	- 8,3
Ostdeutschland							
Erstmalige Beschäftigung	30 975	34 224	40 204	48 339	48 734	+ 395	+ 0,8
– Arbeitserlaubnis ¹⁾	21 203	23 507	27 452	30 679	32 410	+ 1 731	+ 5,6
– Arbeitsberechtigung ²⁾	9 772	10 717	12 752	17 660	16 324	- 1 336	- 7,6
Erneute Beschäftigung	5 526	6 032	5 869	6 830	7 216	+ 386	+ 5,7
– Arbeitserlaubnis	4 202	4 722	4 881	5 567	6 039	+ 472	+ 8,5
– Arbeitsberechtigung	1 324	1 310	988	1 263	1 177	- 86	- 6,8
Fortsetzung der Beschäftigung	4 524	4 680	5 869	6 646	6 939	+ 293	+ 4,4
– Arbeitserlaubnis	4 042	4 275	4 881	6 264	6 631	+ 367	+ 5,9
– Arbeitsberechtigung	482	405	988	382	308	- 74	- 19,4
Insgesamt erteilte	41 025	44 936	51 942	61 815	62 889	+ 1 074	+ 1,7
– Arbeitserlaubnis	29 447	32 504	37 214	42 510	45 080	+ 2 570	+ 6,0
– Arbeitsberechtigung	11 578	12 432	14 728	19 305	17 809	- 1 496	- 7,7
Insgesamt abgelehnte Anträge	6 395	6 382	7 823	5 191	4 719	- 472	- 9,1

1) Arbeitserlaubnis gem. § 285 SGB III.

2) Arbeitsberechtigung gem. § 286 SGB III.

Tabelle II.A.4

Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht ¹⁾²⁾												
Land	Erwerbsquoten											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Insgesamt												
Belgien	60,6	60,9	61,7	62,1	62,2	62,6	63,2	64,6	65,2	63,6	64,1	64,3
Dänemark	82,0	81,2	78,8	79,5	79,5	79,8	79,3	80,6	80,0	79,2	79,9	79,5
Bundesrepublik Deutschland	71,1	70,5	70,9	70,5	70,4	70,6	70,7	71,2	71,0	71,3	71,5	72,1
Griechenland	58,3	58,7	59,5	60,1	61,0	60,8	62,5	62,9	63,0	62,1	63,1	63,8
Spanien	58,7	58,9	59,6	59,5	60,0	60,8	62,8	63,5	65,1	64,2	65,8	67,1
Frankreich	67,0	67,2	67,4	67,6	68,2	68,0	68,3	68,7	68,8	68,6	69,0	68,9
Irland	60,1	61,0	61,8	61,6	62,3	62,9	64,7	66,4	67,5	67,6	67,9	68,1
Italien	57,8	57,8	57,5	57,3	57,7	57,7	59,0	59,6	59,9	60,3	61,0	61,7
Luxemburg	62,8	62,5	62,1	60,4	61,2	61,4	62,1	63,2	64,1	63,9	65,4	•••
Niederlande	67,4	67,8	68,7	69,2	69,9	71,5	72,6	73,6	74,9	75,7	76,5	76,4
Österreich	•	•	•	71,5	71,1	70,8	71,3	71,6	71,3	70,7	71,7	71,6
Portugal	68,7	68,1	67,6	67,4	67,5	68,2	70,3	70,9	71,0	71,7	72,1	72,1
Finnland	•	•	•	72,1	71,7	72,8	73,1	76,4	76,8	77,1	77,2	76,8
Schweden	•	•	•	77,7	77,1	76,4	75,5	76,5	75,3	78,1	78,0	77,9
Vereinigtes Königreich	75,6	75,2	74,9	74,5	74,6	74,7	74,4	75,0	75,1	74,8	75,3	75,3
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	67,0	67,2	67,5	68,1	68,7	69,0	69,0	69,6	•••
Männer												
Belgien	71,8	71,4	72,1	72,3	72,2	72,2	72,5	73,0	73,8	72,7	72,6	72,5
Dänemark	85,7	84,9	83,7	85,6	85,2	85,3	83,5	85,0	84,1	83,3	83,8	84,0
Bundesrepublik Deutschland	80,9	80,2	80,2	79,6	79,3	79,3	79,2	79,3	78,8	78,8	78,7	79,0
Griechenland	76,2	76,2	77,0	77,2	77,4	76,9	77,1	76,9	77,1	76,2	76,6	77,0
Spanien	76,0	75,5	75,3	74,3	74,6	75,1	77,0	77,6	78,5	78,1	78,8	79,5
Frankreich	75,5	75,1	75,0	74,8	75,3	75,2	75,1	75,4	75,2	75,1	75,5	74,8
Irland	76,4	76,2	76,7	76,1	75,9	76,0	77,3	78,3	79,1	79,0	78,3	78,4
Italien	74,0	74,1	73,1	72,4	72,3	72,2	73,7	73,7	73,8	73,7	74,2	74,7
Luxemburg	77,8	78,7	77,5	75,7	76,4	75,9	76,1	75,7	76,6	76,4	76,5	•••
Niederlande	79,4	79,3	79,7	79,9	80,0	81,4	82,4	82,6	83,9	84,2	84,8	84,2
Österreich	•	•	•	80,8	80,4	80,0	80,2	80,5	80,0	79,0	79,5	79,4
Portugal	80,0	78,3	77,2	76,4	76,1	76,7	78,9	79,1	78,8	79,3	79,6	78,6
Finnland	•	•	•	74,8	74,1	75,9	76,1	78,9	79,3	79,6	79,4	79,1
Schweden	•	•	•	79,6	78,9	78,6	78,7	78,8	77,2	80,3	79,8	79,8
Vereinigtes Königreich	85,3	84,2	83,8	83,2	82,8	82,7	82,3	82,7	82,5	81,9	82,3	82,4
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	77,3	77,3	77,4	77,9	78,2	78,2	78,0	78,3	•••
Frauen												
Belgien	49,4	50,3	51,2	51,7	52,0	52,9	53,8	56,0	56,6	54,5	55,4	55,9
Dänemark	78,2	77,4	73,8	73,3	73,5	74,2	75,1	76,1	75,8	75,0	75,8	74,8
Bundesrepublik Deutschland	61,1	60,7	61,4	61,3	61,3	61,8	62,1	62,9	63,0	63,7	64,2	65,0
Griechenland	41,7	42,3	43,2	44,3	45,8	46,0	48,5	49,7	49,7	48,8	50,2	51,0
Spanien	41,8	42,6	44,2	44,9	45,7	46,7	48,6	49,5	51,7	50,3	52,6	54,5
Frankreich	58,9	59,6	60,1	60,6	61,3	61,0	61,6	62,2	62,5	62,3	62,6	63,0
Irland	43,5	45,4	46,7	47,1	48,5	49,7	52,1	54,3	55,7	56,0	57,3	57,7
Italien	42,0	42,0	42,2	42,5	43,3	43,6	44,5	45,6	46,2	47,1	48,0	48,7
Luxemburg	47,3	46,2	47,0	44,4	46,0	46,8	47,9	50,4	51,4	52,4	53,4	•••
Niederlande	55,3	56,0	57,4	58,3	59,6	61,3	62,5	64,4	65,7	67,0	67,9	68,4
Österreich	•	•	•	62,3	61,8	61,7	62,5	62,7	62,5	62,3	64,0	64,0
Portugal	58,6	58,7	58,8	59,1	59,5	60,3	62,1	63,0	63,6	64,5	64,9	65,8
Finnland	•	•	•	69,3	69,3	69,8	70,0	73,8	74,1	74,7	74,9	74,5
Schweden	•	•	•	75,8	75,3	74,0	72,2	74,0	73,4	76,0	76,1	76,0
Vereinigtes Königreich	65,9	66,0	66,0	65,8	66,3	66,6	66,5	67,3	67,6	67,5	68,3	68,1
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	56,6	57,2	57,6	58,3	59,3	59,8	60,0	60,8	•••

1) Anteil der Erwerbspersonen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004).

Tabelle II.A.5

Erwerbsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht ¹⁾²⁾												
Land	Erwerbsquoten Älterer (50–64-jährige)											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Insgesamt											
Belgien	33,8	33,4	34,6	36,5	35,6	37,4	38,9	40,8	41,0	42,1	42,7	43,8
Dänemark	67,9	67,6	65,6	65,2	63,1	66,3	66,2	68,5	67,9	68,8	69,8	71,4
Bundesrepublik Deutschland	55,5	55,1	55,4	55,5	54,9	55,3	54,7	54,8	54,6	55,5	56,3	58,1
Griechenland	46,9	46,5	47,4	48,2	48,7	49,1	47,9	48,5	49,2	48,3	49,4	51,9
Spanien	45,0	45,0	44,3	44,3	45,7	46,7	48,1	47,8	49,5	50,1	51,0	52,1
Frankreich	46,2	46,3	46,6	47,0	48,5	49,6	50,6	51,5	52,7	53,4	54,8	56,3
Irland	48,4	49,0	49,2	49,6	50,7	50,5	52,1	53,8	54,7	55,7	56,9	57,9
Italien	39,3	40,4	39,6	38,2	37,9	38,2	39,2	39,8	40,2	40,9	42,5	44,3
Luxemburg	36,9	37,9	37,9	36,4	35,4	36,9	38,5	40,9	42,9	41,4	45,1	•••
Niederlande	41,7	42,4	43,5	43,9	45,3	47,7	49,7	51,4	53,1	54,6	57,1	57,4
Österreich	•	•	•	47,6	46,5	45,1	45,8	46,9	47,2	45,9	47,4	47,7
Portugal	55,1	54,7	55,6	55,9	56,5	57,9	59,3	60,6	61,1	61,0	62,3	62,0
Finnland	•	•	•	54,4	56,4	57,2	59,0	61,5	63,5	65,2	65,5	66,3
Schweden	•	•	•	76,5	78,1	77,2	76,5	77,2	76,1	76,1	77,1	77,2
Vereinigtes Königreich	61,5	61,3	61,7	61,4	61,6	62,3	62,2	62,9	63,5	64,1	64,5	66,0
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	50,6	50,9	51,6	52,0	52,6	53,2	53,9	55,0	•••
	Männer											
Belgien	49,8	48,1	49,3	51,2	49,9	51,4	52,3	53,8	53,7	55,1	54,1	55,4
Dänemark	75,9	75,7	75,2	77,2	72,8	75,0	73,2	73,7	73,1	74,6	75,6	77,4
Bundesrepublik Deutschland	69,5	68,2	68,0	67,3	66,2	65,7	65,2	64,9	64,1	64,7	65,4	66,9
Griechenland	68,3	67,4	68,7	69,2	69,8	70,2	67,3	67,6	68,5	67,8	67,7	70,2
Spanien	68,4	68,1	66,8	65,8	67,8	68,2	69,6	69,1	71,1	71,4	71,5	72,2
Frankreich	55,0	54,7	54,4	54,1	55,8	56,8	57,6	57,5	58,8	59,6	61,2	62,1
Irland	72,5	72,3	72,4	72,4	72,0	70,7	71,7	72,9	73,7	73,8	74,0	73,8
Italien	60,0	60,7	59,0	56,5	55,5	55,6	56,2	56,5	56,6	56,8	58,2	59,8
Luxemburg	53,1	54,5	54,5	54,5	53,1	53,1	53,1	56,3	57,1	57,1	58,3	•••
Niederlande	58,0	57,9	58,7	58,4	59,0	62,1	64,6	66,1	66,5	67,8	70,6	70,3
Österreich	•	•	•	60,9	60,5	58,5	58,2	59,9	60,2	57,4	58,4	58,4
Portugal	71,6	70,6	71,6	70,4	71,3	71,6	74,2	73,7	73,6	72,8	73,4	73,6
Finnland	•	•	•	56,0	58,1	58,7	61,4	62,3	64,5	65,7	66,2	66,9
Schweden	•	•	•	79,6	80,6	80,0	79,9	80,2	78,9	78,8	79,4	79,7
Vereinigtes Königreich	74,0	72,8	72,3	71,5	71,9	72,2	72,0	72,6	72,5	73,1	72,8	74,8
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	63,9	63,9	64,3	64,4	64,6	64,8	65,3	66,0	•••
	Frauen											
Belgien	18,5	19,2	20,5	22,3	21,6	23,8	25,9	28,2	28,5	29,4	31,3	32,3
Dänemark	60,0	59,7	55,8	53,4	53,8	57,5	58,6	63,1	62,3	62,9	63,7	65,6
Bundesrepublik Deutschland	41,5	41,9	42,7	43,8	43,7	44,9	44,3	44,6	45,1	46,4	47,2	49,5
Griechenland	26,9	27,0	27,5	28,7	29,0	29,6	29,8	30,7	31,4	30,2	32,1	34,5
Spanien	23,6	23,8	23,6	24,7	25,3	26,7	27,7	27,6	29,1	29,8	31,5	32,8
Frankreich	37,9	38,5	39,2	40,2	41,6	42,8	44,0	45,6	46,8	47,4	48,6	50,5
Irland	23,4	25,3	26,0	26,3	28,6	29,5	31,5	34,4	35,8	37,3	39,5	41,9
Italien	20,2	21,5	21,5	21,1	21,5	22,1	23,1	24,0	24,6	25,8	27,4	29,6
Luxemburg	21,2	21,2	21,2	18,2	18,2	21,2	24,2	27,3	28,6	25,7	31,4	•••
Niederlande	25,9	26,8	28,5	29,5	31,3	33,2	34,9	36,3	39,4	41,2	43,4	44,3
Österreich	•	•	•	35,2	33,2	32,2	33,8	34,3	34,6	34,8	36,9	37,5
Portugal	40,7	40,6	41,4	42,9	43,5	46,1	46,3	49,2	50,1	50,7	52,3	51,6
Finnland	•	•	•	53,4	54,7	55,8	56,7	60,7	62,3	64,8	64,8	65,5
Schweden	•	•	•	73,4	75,4	74,4	73,1	74,2	73,3	73,3	74,7	74,7
Vereinigtes Königreich	49,4	50,2	51,4	51,6	51,5	52,6	52,6	53,5	54,6	55,3	56,5	57,4
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	37,8	38,3	39,5	39,9	40,9	41,9	42,8	44,2	•••

1) Anteil der Erwerbspersonen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 50 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004).

II. B. Nachfrage nach Arbeitskräften

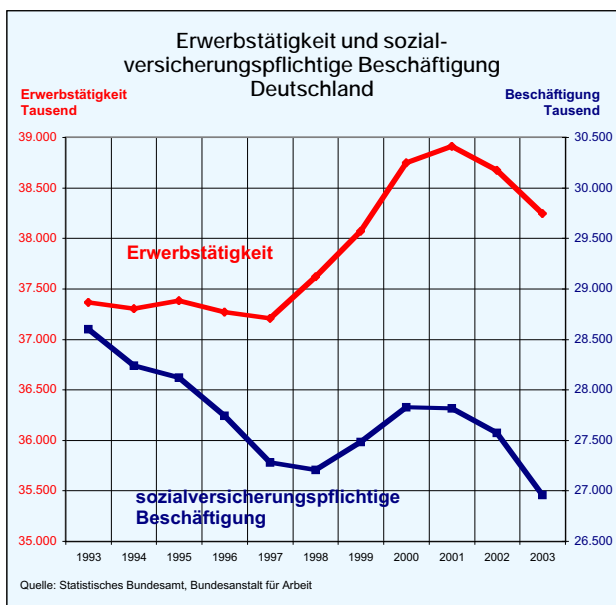
1. Erwerbstätigkeit

Zahl der Erwerbstätigen deutlich gesunken

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat 2003 im dritten Jahr in Folge stagniert. Im

ersten Halbjahr war sie sogar leicht rezessiv. Die Binnenkonjunktur blieb ohne Schwung; insbesondere hat sich an der ausgeprägten Investitionsschwäche kaum etwas geändert. Der Konsum wurde u.a. durch rückläufige Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit gedämpft. Die Nachfrage des Auslands war – auch wegen der Euro-Aufwertung – insgesamt nicht stark genug, um größere Impulse zu geben. Erst in der zweiten Jahreshälfte hat die weltweite Belebung Deutschland erreicht und die Wirtschaft leicht wachsen lassen. Alles in allem hat das reale Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresergebnis um 0,1% unterschritten, nach +0,2% und +0,8% in den beiden Vorjahren.

Abbildung II.B.1



Die anhaltende ökonomische Schwäche hat erneut tiefe Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die **Zahl der Erwerbstätigen** ist – nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – jahresdurchschnittlich um 425.000 oder 1,1% auf 38,25 Mio gesunken, nach –240.000 oder –0,6% im Jahr zuvor (Inlands-konzept; vgl. Tabelle II.B.1 und Abbildung II.B.1). Von 1998 bis 2001 war die Erwerbstätigkeit noch spürbar gestiegen, aller-

dings größtenteils wegen mehr geringfügiger Beschäftigung und zuletzt auch nur noch relativ wenig.

Der jüngste Rückgang der Erwerbstätigenzahl war in Ostdeutschland erneut deutlich stärker als in Westdeutschland (jahresdurchschnittlich: –1,7% bzw. –1,0%). Neben der konjunkturellen Schwäche haben im Osten die anhaltenden strukturellen Probleme den Arbeitsmarkt belastet. Insbesondere das Baugewerbe, das noch einen sehr hohen Wertschöpfungsanteil hat, ist weiter stark geschrumpft. Die industrielle Produktion nahm zwar erneut zu, ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ist aber immer noch verhältnismäßig klein.

Der Einfluss arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf die Beschäftigungsentwicklung 2003 war unterschiedlich (vgl. Abschnitt II.E.6 und 7):

Arbeitsmarktpolitik stützt Beschäftigung

Die Beschäftigung am sog. zweiten Arbeitsmarkt wurde weiter zurückgeführt, und zwar in West und Ost. Die Zahl der Arbeitnehmer in **Arbeitsbeschaffungs-, traditionellen Strukturanpassungs- und Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen** nahm im Jahresdurchschnitt um 41.000 auf 138.500 ab. Nach wie vor spielen diese Maßnahmen in Ostdeutschland eine deutlich größere Rolle als im Westen; von 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren dort 21 Arbeitnehmer am zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt, im Vergleich zu nur einem in Westdeutschland.

Kurzarbeit wurde 2003 weniger in Anspruch genommen. Jahresdurchschnittlich gab es 195.400 Kurzarbeiter, 11.400 weniger als 2002 (vgl. Tabelle II.C.3). Dabei konzentriert sich der Rückgang auf Ostdeutschland. Auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte entfielen West wie Ost 7 Kurzarbeiter. Da der durchschnittliche Arbeitszeitausfall um ca. 2 Prozentpunkte auf ca. 44% gestiegen ist, hat sich das Vollzeitäquivalent der Kurzarbeit, also die Zahl der Kurzarbeiter multipliziert mit dem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall, nur um 1.700 auf 86.000 verringert.

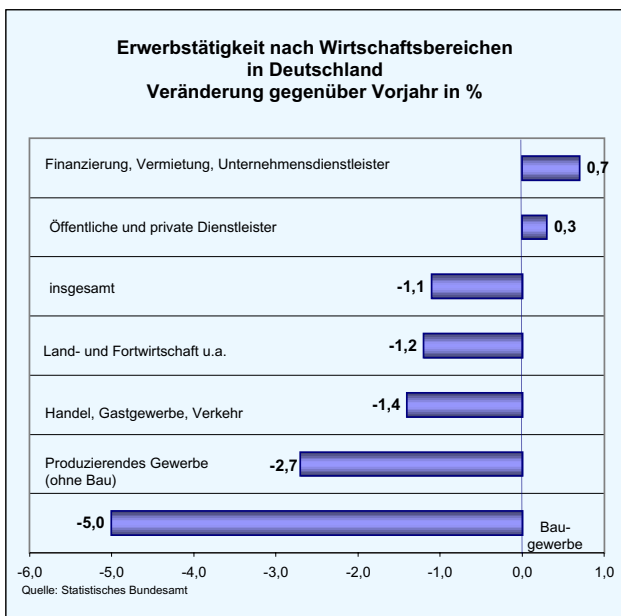
Dagegen wurde 2003 die direkte **Förderung regulärer Beschäftigung** (erster Arbeitsmarkt) weiter stark ausgeweitet; 284.100 Personen wurden so jahresdurchschnittlich gefördert, 61.700 mehr als im Vorjahr. Vor allem die Förderung selbständiger Existenzen hat deutlich zugelegt, darunter insbesondere durch die neuen Existenzgründungszuschüsse (sog. Ich-AG). Das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsniveau dürfte dadurch allerdings nur zum Teil erhöht worden sein (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“ in Kapitel II.C).

Beschäftigungsrückgang vor allem im Produzierenden Gewerbe

Die wirtschaftliche Schwäche hat die Beschäftigungsentwicklung in fast allen **Wirtschaftszweigen** beeinträchtigt. Den relativ stärksten Rück-

gang der jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahl gab es erneut in der Bauwirtschaft (-5,0% auf 2,31 Mio; vgl. Tabelle III.A.1 und Abbildung II.B.2). Im Zusammenhang mit der ausgeprägten Investitionsschwäche nahm zudem die Erwerbstätigkeit auch im restlichen Produzierenden Gewerbe weiter deutlich ab (ohne Bau: -2,7% auf 8,11 Mio). In der Land- und Forstwirtschaft hat sich der Trend sinkender Erwerbstätigenzahlen fortgesetzt (-1,2% auf 0,93 Mio). Die Beschäftigung im Dienstleistungssektor nahm geringfügig ab, nach Zuwächsen in den Jahren zuvor (-0,2% auf 26,90 Mio). Deutliche Rückgänge gab es im Handel, Gastgewerbe und Verkehr (-1,4% auf 9,72 Mio). Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, legte zwar noch zu, aber erneut nicht mehr mit den Wachstumsraten vergangener Jahre (+0,7% auf 6,00 Mio). Auch die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Dienstleistern ist weiter gestiegen (+0,3% auf 11,18 Mio). Dabei hat der öffentliche Dienst allerdings erneut Arbeitsplätze abgebaut (nach vorläufigen Ergebnissen der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes Mitte 2003: -1,0% auf 4,76 Mio). Hier wirkt sich neben Personaleinsparungen die rechtliche Verselbstständigung von als Sondervermögen geführten Einrichtungen (z.B. Krankenhäusern) aus.

Abbildung II.B.2



Die Entwicklung nach Branchen war in West- und Ostdeutschland recht ähnlich. Markant war der Unterschied bei öffentlichen und privaten Dienstleistern. Während im Westen die Erwerbstätigkeit in diesem Sektor spürbar zugenommen hat (+0,8%), gab es im Osten eine deutliche Abnahme (-1,6%).

Ausschlaggebend dafür war ein starker Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei Erziehung und Unterricht (Juni 2003/02: -6,3%, vgl. Tabelle III.A.2).

Regional entwickelte sich die Erwerbstätigkeit unterschiedlich. Die stärksten Beschäftigungs-

Größte Beschäftigungsabnahme in Thüringen

verluste verzeichneten ostdeutsche Länder, vor allem Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (-2,5%, -2,2% bzw. -2,1%; aber Sachsen: -0,7%). In den westdeutschen Ländern waren die Arbeitsplatzverluste weniger ausgeprägt. Die größten Abnahmen gab es in Hessen (-1,4%), Schleswig-Holstein (-1,4%), Hamburg (-1,2%) und Nordrhein-Westfalen (-1,1%). In Niedersachsen, dem Saarland und in Bremen nahm die Erwerbstätigkeit am wenigsten ab (-0,4%, -0,5% bzw. -0,5%; vgl. Tabelle III.B.1).

Der jahresdurchschnittliche Rückgang der Erwerbstätigkeit beruht allein auf weniger **abhängiger Beschäftigung**. So hat

Mehr Selbstständige und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte

sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 2002 auf 2003 um 478.000 oder 1,4% auf 34,10 Mio reduziert. Ausschlaggebend dafür war das Minus bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die von Juni 2002 bis Juni 2003 um 616.500 oder 2,2% auf 26,95 Mio abgenommen haben (vgl. Tabelle II.B.2). Daneben ist auch die Zahl der Beamten (einschl. Soldaten) tendenziell weiter gesunken, gem. Mikrozensus vom Mai 2003 gegenüber Vorjahr um 20.000 oder 0,9% auf 2,24 Mio. Dagegen hat die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung deutlich zugenommen, und zwar von Juni 2002 bis Juni 2003 um 206.200 oder 4,9% auf 4,38 Mio (vgl. Tabelle II.B.3). Grund dafür war vor allem die Neuregelung bei den Mini-Jobs, die zum 1. April in Kraft getreten ist (vgl. Tabelle II.B.3 sowie Kasten „Geringfügig entlohnte Beschäftigung (Mini-Jobs)“).

Die Zahl der **Selbstständigen und Mithelfenden** ist merklich größer geworden, jahresdurchschnittlich hat sie sich um 53.000 oder 1,3% auf 4,14 Mio erhöht, nach +0,3% im Vorjahr. Dabei hat sich die Förderung von Existenzgründungen durch die Bundesanstalt weiter positiv ausgewirkt. So wurden im Jahr 2003 durchschnittlich 72.100 Personen mit Überbrückungsgeld gefördert, 17.800 mehr als im Vorjahr, sowie 40.300 mit dem neuen Existenzgründungszuschuss (sog. Ich-AG).

Die Zahl der Selbstständigen und Mithelfenden hat in West- und Ostdeutschland zugenommen (+38.000 auf 3,41 Mio; Ost: +15.000 auf 730.000). Gleichzeitig waren die Abnahmen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland deutlich stärker als in Westdeutschland (Juni 2003/02: -3,1% bzw. -2,0%). Zum Teil wurde dies kompensiert durch eine im Osten größere Ausweitung geringfügiger

Geringfügig entlohnte Beschäftigung (Mini-Jobs)

Mit dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurde auch der Bereich der geringfügig entlohnten Beschäftigung neu geregelt. Die Neuregelung bestand im Wesentlichen aus zwei Änderungen:

- die Geringfügigkeitsgrenze wurde von 325 Euro auf 400 Euro Monatsentgelt angehoben und
- die Belastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen für einen Mini-Job, der neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt wird, stark ermäßigt.

Ende Juni standen insgesamt 5,53 Mio Personen in einem geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnis. Davon waren 4,10 Mio Personen ausschließlich geringfügig beschäftigt und 1,16 Mio Personen übten eine geringfügig entlohnte Beschäftigung in einem Nebenjob aus. Ein Vergleich der Ingesamt-Zahl mit dem Vorquartal und Vorjahresquartal ist nicht möglich, da im Zeitraum vor der Gesetzesänderung Nebenbeschäftigungen statistisch nicht erfasst wurden.

Vergleichszahlen liegen nur für ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte vor. Gegenüber dem März 2003 hat ihre Zahl um 137.900 und gegenüber dem Juni 2002 um 206.000 zugenommen. Bei diesen Veränderungen ist auch die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze zu berücksichtigen.

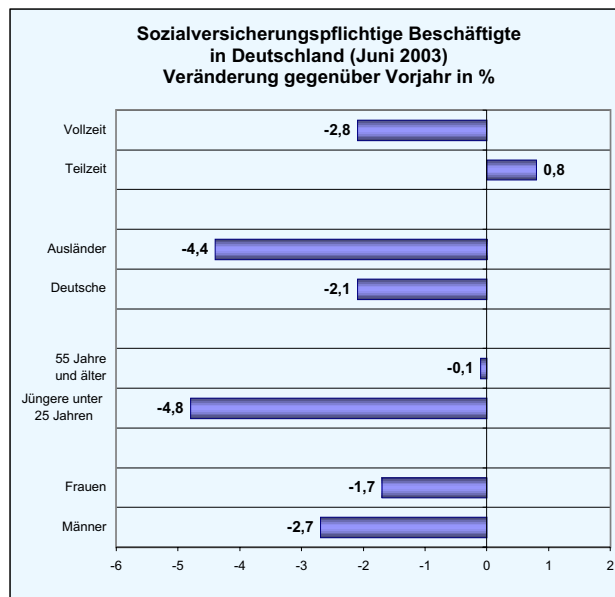
Beschäftigung, allerdings auf niedrigerem Niveau (+8,0%; Westen: +4,5%)

In Ostdeutschland sind Selbstständige (einschließlich Mitihelfende) nur noch wenig schwächer vertreten als in Westdeutschland. Im Jahr 2003 entfielen auf sie 10,2% aller Erwerbstätigen, im Vergleich zu 10,9% im Westen; im Jahr 1991 hatte sich die Selbstständigenquote im Osten erst auf 5,6% und im Westen auf 10,4% belaufen.

Unterschiedliche Entwicklung nach Personengruppen

Informationen über die Entwicklung der Beschäftigung nach Personengruppen liefern vor allem die Statistiken der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Danach nahm von Mitte 2002 bis Mitte 2003 die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten **Ausländer** – relativ betrachtet – wesentlich stärker ab als die der Deutschen (–4,4% auf 1,87 Mio bzw. –2,1% auf 25,08 Mio; vgl. Tabelle II.B.2 und Abbildung II.B.3). Der Anteil der Ausländer an allen Beschäftigten reduzierte sich von 7,1% auf 7,0%. Nach wie vor ist der Ausländeranteil in Westdeutschland deutlich größer als in Ostdeutschland (8,2% bzw. 1,9%).

Abbildung II.B.3



Die Beschäftigung von **Frauen** verringerte sich 2003 deutlich schwächer als die der **Männer** (–1,7% auf 12,18 Mio bzw. –2,7% auf 14,77 Mio). Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich deshalb leicht von 44,9% auf 45,2%. Nach wie vor ist der Frauenanteil in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland (49,7% zu 44,1%).

Für die ungünstige Entwicklung bei **Männern** und **Ausländern** waren die starken Beschäftigungsverluste im produzierenden Gewerbe, vor allem in der Bauwirtschaft, maßgeblich; in beiden Branchen dominieren Männer. Dagegen haben Frauen weiterhin von der – wenn auch abgeschwächten – Beschäftigungsexpansion in einigen Dienstleistungsbranchen profitiert.

Der Abbau von Arbeitsplätzen bei Frauen und Männern beruht allein auf weniger voll sozialversicherungspflichtiger **Vollzeitbeschäftigung** (–2,8% auf 22,67 Mio); hier war der Rückgang bei Frauen nur wenig kleiner als bei Männern (–2,6% auf 8,55 Mio bzw. –2,9% auf 14,12 Mio). Die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger **Teilzeitbeschäftigung** hat dem entgegengewirkt (+0,8% auf 4,29 Mio). Dabei war der Anstieg bei Männern prozentual sogar wesentlich stärker als bei Frauen (+1,8% auf 652.000 bzw. +0,6% auf 3,64 Mio); wegen des kleineren Gewichts konnte dies aber – anders als bei Frauen – die Verluste bei Vollzeitbeschäftigung bei Männern nur wenig ausgleichen. Insgesamt hat sich die Teilzeitquote von 15,4% auf 15,9% erhöht, bei Frauen von 29,2% auf 29,8% und bei Männern von 4,2% auf 4,4% (vgl. auch Anhang Tabellen III.D.2, 5 und 6).

Die sozialversicherungspflichtige Teilzeitquote ist in Westdeutschland etwas größer als in Ostdeutschland (16,2% zu 14,8%). Frauen üben im Westen – relativ gesehen – deutlich häufiger eine Teilzeitbeschäftigung aus als im Osten (31,2% zu 24,7%; Männer dagegen: 4,3% zu 5,0%).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von **Jugendlichen** (unter 25 Jahren) hat deutlich abgenommen (−4,8% auf 3,36 Mio), und zwar insbesondere bei den 15- bis unter 20-Jährigen (−7,3% auf 931.700; 20 bis unter 25 Jahre: −1,0% auf 2,13 Mio). Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden war rückläufig (−0,8% auf 1,49 Mio).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der **Älteren** (55 Jahre und älter) entwickelte sich vergleichsweise günstig, ihre Zahl blieb praktisch unverändert (−0,15% auf 2,75 Mio). Allerdings war die Entwicklung regional gegenläufig; während in Westdeutschland die Beschäftigung Älterer leicht zunahm, hat sie sich im Osten deutlich verringert (+0,4% bzw. −2,3%).

2. Arbeitszeit¹⁾

Die **durchschnittliche Jahresarbeitszeit** von **Arbeitnehmern** hat 2003 leicht zugenommen, nach merklichen Abnahmen in den Jahren zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen des IAB erhöhte sie sich um 0,8 Stunden oder 0,1% auf 1.362 Stunden. Dass sich die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit beschäftigter Arbeitnehmer nicht mehr weiter verringert hat, ist das Ergebnis gegenläufiger Einflüsse:

Arbeitszeitverkürzend war zunächst, dass **Teilzeitarbeit**, und zwar sozialversicherungspflichtige wie geringfügig entlohnte, weiter zugenommen hat. Für sich genommen hat die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit pro abhängig Beschäftigten deshalb um 10,1 Stunden oder 0,7% abgenommen. Nach Schätzung des IAB ist die Teilzeitquote, d.h. der Anteil der abhängig Teilzeitbeschäftigten (ohne Erziehungsurlaub und Altersteilzeit) an allen beschäftigten Arbeitnehmern, von 26,3% auf 27,3% gestiegen (1991 erst: 15,0%).

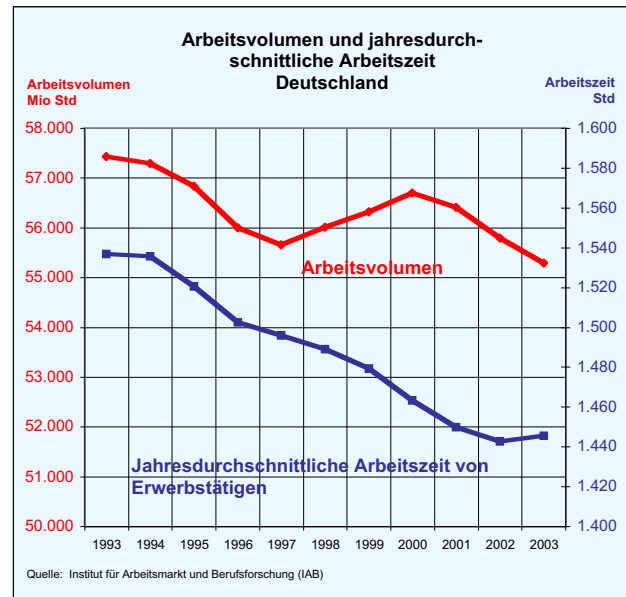
Wegen der schwachen Konjunktur hat es auch weniger **Überstunden** gegeben. 2003 wurden pro Arbeitnehmer durchschnittlich 46,0 bezahlte Überstunden geleistet, 1,1 Stunden weniger als im Jahr zuvor. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit wurde dadurch um 0,1% verringert.

Arbeitszeitverlängernd wirkten dagegen insbesondere folgende Entwicklungen:

- **Krankheitsbedingte Ausfallzeiten** sind um 5,7 Stunden auf jahresdurchschnittlich 48,3 Stunden gesunken (1995 noch: 75 Stunden) und haben damit die jährliche Arbeitszeit um 0,4% erhöht.
- Durch die Neuregelung der Minijobs wurden wieder stärker **Nebenerwerbstätigkeiten** ausgeübt; die Arbeitszeit nahm deshalb um 3,0 Stunden oder 0,2% zu.
- Zudem standen 2003 (kalenderbedingt) **mehr Arbeitstage** zur Verfügung, was die tatsächliche Arbeitszeit um 2,7 Stunden oder 0,2% hat steigen lassen.

Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der **Selbstständigen** (einschl. mithelfender Familienangehöriger) hat sich geringfügig erhöht, und zwar um 1,1 Stunden auf 2.135 Stunden. Selbstständige arbeiten im Jahr durchschnittlich 773 Stunden mehr als abhängige Arbeitnehmer, auch deshalb weil Selbst-

Abbildung II.B.4



ständige weniger Teilzeit arbeiten. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 10,8% erhöht.

Zusammengenommen ergibt sich damit für alle **Erwerbstätigen** eine Zunahme der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit um 2,8 Stunden oder 0,2% auf 1.446 Stunden (vgl. Abbildung II.B.4). Dabei gab es in Westdeutschland einen Anstieg von 0,2% und in Ostdeutschland keine Veränderung.

Nach wie vor wird im Osten deutlich länger gearbeitet als im Westen. So belief sich die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit von Erwerbstätigen in den neuen Ländern (mit Berlin-Ost) 2003 auf 1.532 Stunden im Vergleich zu 1.429 Stunden in den alten Ländern (mit Berlin-West).²⁾

Das **Arbeitsvolumen**, also das Produkt aus durchschnittlicher Erwerbstätigenzahl und jährlicher

Arbeitsvolumen zuletzt spürbar gesunken

Pro-Kopf-Arbeitszeit, ist 2003 weiter gesunken. Im Berichtsjahr wurden rd. 55,29 Mrd Arbeitsstunden geleistet, dies sind

¹⁾ Grundsätzlich zu Arbeitszeit- und Arbeitsvolumenberechnung des IAB vgl. Hans-Uwe Bach, Susanne Koch, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen, in BeitrAB 250, Nürnberg 2002, S. 57 ff., sowie Autorengemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland. Der Arbeitsmarkt 2003 und 2004, IAB-Kurzbericht Nr. 5 vom 11.3.2004; dies., Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 37. Jg. (2004), Heft 1.

²⁾ Diese Angaben stehen nur in der Abgrenzung alte Länder mit Berlin-West und neue Länder mit Berlin-Ost zur Verfügung.

506 Mio Stunden oder 0,9% weniger als 2002. Die Abnahme war in West- und Ostdeutschland fast gleich groß (–0,9% bzw. –1,0%).

Bei stagnierendem Wirtschaftswachstum (–0,1%) einerseits und nennenswertem Rückgang des Arbeitsvolumens (–0,9%) andererseits ist das reale gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, also die **Stundenproduktivität**, im Jahr 2003 um 0,8% gestiegen, im Vergleich zu 1,3% im Vorjahr.

Der **Produktivitätsrückstand** ist im Osten nach wie vor beträchtlich; der Rationalisierungsdruck ist dort weiterhin groß und die Beschäftigungsschwelle entsprechend hoch. Deshalb hat sich die Stundenproduktivität in Ostdeutschland mit +1,0% erneut stärker erhöht als im Westen mit +0,8%.

3. Nicht realisierte Kräftenachfrage

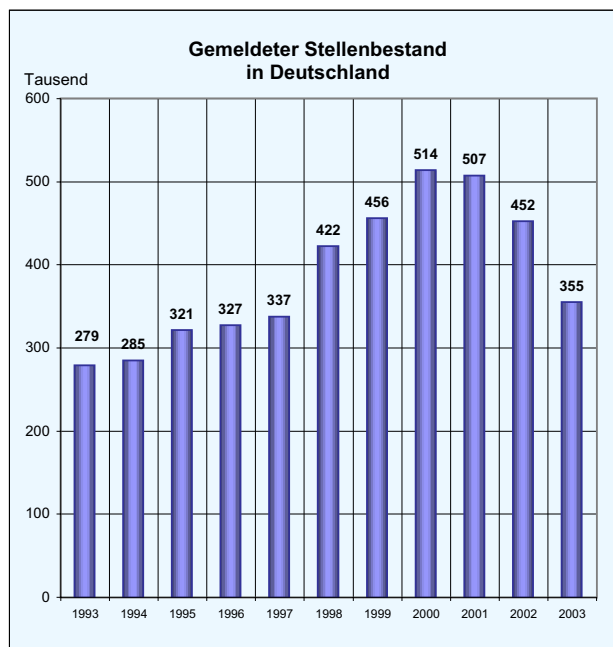
... weiter rückläufig

In der Erwerbstätigenzahl drückt sich einerseits aus, in welchem Umfang die Anbieter von Arbeitskraft Beschäftigung gefunden haben, andererseits, in welchem Ausmaß die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt werden konnte. Neben dieser sog. realisierten Nachfrage gibt es – ähnlich Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve beim Kräfteangebot – aber auch eine **nicht realisierte Nachfrage**, also einen Kräftebedarf, der (noch) nicht befriedigt werden konnte (vgl. Abbildung I.1). Ein Teil dieser nicht realisierten Nachfrage beruht – ähnlich der friktionellen Arbeitslosigkeit auf der Angebotsseite – auf dem Zeitbedarf von Stellenbesetzungen (vgl. Arbeitsmarktanalyse 2001, Teil III, Kasten „Stellen und Arbeitskräftemangel“).

Infolge der schwachen Konjunktur nahm die nicht realisierte Nachfrage im Berichtsjahr weiter deutlich ab. Dies spiegelt sich auch in der Stellenstatistik der Arbeitsämter. Dort hat sich die Zahl der **Angebote, die den Arbeitsämtern von den Betrieben und Verwaltungen gemeldet wurden**, um 22% auf jahresdurchschnittlich 354.800 Positionen verringert. Die Abnahme war damit noch größer als 2002 (–11%; vgl. Tabelle II.B.4 und Abbildung II.B.5 sowie Kapitel II.D). In Westdeutschland hat der Stellenbestand um 23% auf 291.900 und in Ostdeutschland um 15% auf 62.900 abgenommen. Dass im Osten der prozentuale Rückgang deutlich kleiner war, spiegelt auch das dort weitaus niedrigere Ausgangsniveau wider.

Der Rückgang des Stellenbestandes beruht zum einen auf erheblich weniger **Stellenzugängen**; so verzeichneten die Arbeitsämter von Januar bis Dezember 2,47 Mio Stellenmeldungen, im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 12%. Entsprechend waren auch die Stellenabgänge deutlich kleiner (–12% auf 2,53 Mio). Diese Abnahmen sind zum Teil auch Folge von Änderungen der statistischen Erfassung (vgl. Kasten in Kapitel II.D „Zur Vermittlungsstatistik der BA“). Dass es beträchtlich weniger Stellen im Bestand gab, beruht aber zum andern auch darauf, dass die durchschnittliche **Laufzeit der Stellen** deutlich abgenommen hat. Im Jahr 2003 dauerte es 58 Tage bis eine Stelle abgemeldet wurde, 5 Tage weniger als im Jahr zuvor. Of-

Abbildung II.B.5



fenkundig gelang es, angesichts einer steigenden Zahl arbeitsloser Bewerber, Stellen schneller zu besetzen, allerdings nur im Westen (–8 Tage; dagegen Ost: +1 1/2 Tage). Wohl aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit war die Laufzeit in Ostdeutschland mit 40 Tagen deutlich kleiner als in Westdeutschland mit 66 Tagen (vgl. Anhang Tabelle III.C.3). Dabei ist zu beachten, dass die Betriebe oft frühzeitig die Arbeitsämter einschalten und die Stelle deshalb kürzere Zeit vakant ist.

Einen umfassenderen Einblick in das Volumen der nicht realisierten Kräftenachfrage gibt eine Repräsentativbefragung von Betrieben über das **gesamtwirtschaftliche Stellenangebot** im Auftrag des IAB; sie erfasst auch die Angebote, die den Arbeitsämtern nicht gemeldet wurden.³⁾ Danach belief sich der Bestand an Stellen im Durchschnitt des vierten Quartals 2003 insgesamt auf 825.000, dies sind 180.000 oder 18% weniger als vor einem Jahr. Davon waren 516.000 oder 63% sofort zu besetzen (Vakanzen), 159.000 oder 24% weniger. Hinzu kamen 309.000 Arbeitsplätze, die erst später besetzt werden sollten; hier war die Abnahme mit 21.000 oder 6% etwas schwächer. Bezieht man die nicht realisierte Kräftenachfrage (=gesamtwirtschaftliches Stellenangebot) auf die gesamte Kräftenachfrage (=Erwerbstätigkeit plus gesamtwirtschaftliches Stellenangebot) und berechnet so – analog zur Arbeitslosenquote – eine **Stellenquote**, waren 2,1% der Kräftenachfrage noch offen, im Vergleich zu 2,5% im Jahr zuvor und 3,6% im Jahr 2000.

³⁾ Vgl. Eugen Spitznagel, Kurt Vogler-Ludwig, Stellenangebot und Personalmanagement nehmen weiter ab, IAB-Kurzbericht Nr. 8 aus 2004; vgl. auch Teil II.D.

In Westdeutschland nahm das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot deutlich stärker ab als in Ostdeutschland, nämlich um 169.000 oder 20% auf 692.000.⁴⁾ Im Osten verringerte sich der Stellenbestand um 11.000 oder 8% auf 133.000. Der Rückgang bei den Vakanzen war in West- und Ostdeutschland sehr ähnlich (Westen: -23% oder -135.000 auf 441.000; Ost: -24% oder -24.000 auf 75.000), dagegen gab es bei den später zu besetzenden Stellen im Osten eine Zunahme und im Westen einen Rückgang (+29% oder +13.000 auf 58.000 bzw. -12% oder -34.000 auf 251.000). Berechnet man Stellenquoten, werden in Ostdeutschland mit 1,8% auch relativ gesehen weniger Stellen angeboten als in Westdeutschland mit 2,2%.

Die **Meldequote**, d.h. der Anteil der Stellen, die den Arbeitsämtern gemeldet waren, belief sich auf 35%, nach 36% in 2002. Bei den Vakanzen war die Quote mit 42% deutlich größer als bei den später zu besetzenden Stellen mit 23%. Dabei hat die Meldequote bei den Vakanzen um 2 Prozentpunkte abgenommen, während sie bei den später zu besetzenden Stellen um 3 Prozentpunkte gestiegen ist. Der leichte Rückgang der Meldequote dürfte auch damit zusammenhängen, dass Arbeitgeber angesichts eines großen Kräfteangebots weniger über Arbeitsämter oder Stellenanzeigen, sondern stärker über Aushang am Werktor, Auswahl aus Initiativbewerbern oder über eigene Mitarbeiter suchen (vgl. hierzu Kapitel II.D).

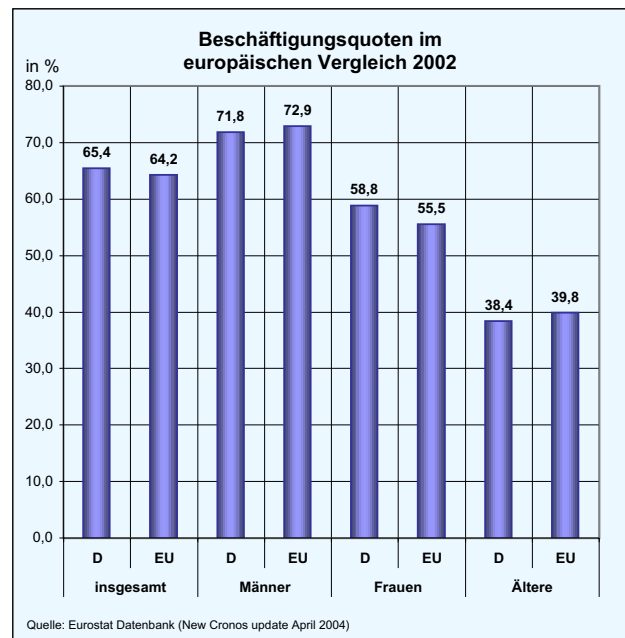
Nach wie vor ist die Meldequote in Ostdeutschland mit 39% deutlich größer als in Westdeutschland mit 34%, bei den Vakanzen war die Differenz ausgeprägter als bei den später zu besetzenden Stellen (49% zu 41% bzw. 27% zu 22%). Dies hängt auch damit zusammen, dass BSM – die alle dem Arbeitsamt gemeldet werden – im Osten eine deutlich größere Rolle spielen als im Westen. In Ostdeutschland nahm die Quote etwas stärker ab als in Westdeutschland (-2 Prozentpunkte bzw. -1 Prozentpunkt).

4. Internationale Vergleiche

Auch im **europäischen Vergleich** hat sich die Beschäftigung in Deutschland ungünstig entwickelt. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) ist die **Zahl der Erwerbstätigen** (zwischen 15 und 64 Jahren) von 2001 auf 2002 – jüngere Zahlen sind derzeit noch nicht vollständig – allein in Deutschland gesunken, und zwar jahresdurchschnittlich um 0,8%, im Vergleich zu einem Anstieg von 0,7% im Durchschnitt der EU (vgl. Tabelle II.B.5). Die Spanne der Beschäftigungszunahmen reicht von +2,3% in Spanien und jeweils +1,8% in Irland und Italien bis zu +0,4% in Belgien und jeweils +0,1% in Finnland und Schweden. Die Zuwächse waren allerdings überwiegend kleiner als vor einem Jahr.

Eine weitere Möglichkeit des internationalen Vergleichs bietet die **Beschäftigungsquote**, d.h. der Anteil der Erwerbstätigen an den in Privathaushalten lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter.⁵⁾ Diese Quote lag in Deutschland im Jahr 2002 – aktuellere Daten sind ebenfalls noch lückenhaft – mit 65% nach wie vor etwas über dem europäischen Durchschnitt von 64% (vgl. Tabelle II.B.6 sowie Abbildung II.B.6). Wesentlich höher waren die Beschäftigungsquoten weiterhin vor al-

Abbildung II.B.6



lem in Dänemark (76%), den Niederlanden (75%), in Schweden (74%) sowie im Vereinigten Königreich (72%). Deutlich niedriger waren sie dagegen in den Mittelmeerländern Spanien, Griechenland und Italien (58%, 57% bzw. 55%). Europaweit ist ein anhaltender Trend steigender Beschäftigungsquoten zu beobachten.

Regelmäßig sind die Beschäftigungsquoten der Männer wesentlich höher als die der Frauen. Was **Männer** betrifft, lag die Bundesrepublik im Jahr 2002 mit 72% etwas unter dem europäischen Durchschnitt (73%). Höhere Quoten hatten vor allem die Niederlande (83%) und Dänemark (80%), niedrigere Belgien (68%), Italien (69%) und Frankreich (70%). Bei der **Frauen-Beschäftigungsquote** übertraf Deutschland mit 59% nach wie vor den EU-Durchschnitt merklich (56%). Die höchsten Quoten wiesen die nordischen Staaten Dänemark (73%) und Schweden (73%) auf, die geringsten die südlichen Länder Spanien (44%), Italien (42%) und Griechenland (43%).

Hinter hohen Beschäftigungsquoten stehen häufig hohe Teilzeitquoten. Mit 43% hatten 2002 die Niederlande die weitest aus höchste **Teilzeitquote** der EU (Männer: 21%; Frauen:

⁴⁾ Um Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen herzustellen, wurde in der Erhebung für das 4. Quartal 2003 noch die alte West-Ost-Gliederung verwendet, d.h. Ostdeutschland mit Ost-Berlin und Westdeutschland mit West-Berlin.

⁵⁾ Die Beschäftigungsquote bezieht die Zahl der Beschäftigten auf die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, und zwar unabhängig davon, ob sie arbeiten wollen. Insofern lässt sie keine Aussage über die Güte des Arbeitsmarktes zu. Denn eine geringe Beschäftigungsquote muss nicht ein Defizit an Arbeitsplätzen widerspiegeln, sondern drückt vielleicht nur eine geringe Erwerbsneigung aus, wogegen grundsätzlich wohl wenig einzuwenden wäre. Dagegen beziehen Arbeitslosen- und Erwerbslosenquoten die Arbeitslosen auf die Personen, die arbeiten wollen. Dies ist deshalb das zentrale Kriterium für die Beurteilung der Güte des Arbeitsmarktes (vgl. Kästen „Arbeitslosenquoten“ und „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ in Kapitel II.C).

73%), im Vergleich zu 18% im europäischen Durchschnitt (Männer: 6%; Frauen: 33%; vgl. Tabelle II.B.7). Deutschland liegt insgesamt und bei den Frauen über diesen Werten (20% bzw. 39%), bei den Männern darunter (5%). Ausgesprochen niedrige Teilzeitquoten hatten, für Männer wie Frauen, vor allem die Mittelmeerländer Griechenland, Italien und Spanien, also die Staaten mit den geringsten Beschäftigungsquoten.

Das Gewicht der Teilzeitbeschäftigung hat verständlicherweise starken Einfluss auf die durchschnittliche in der Hauptbeschäftigung geleistete **Arbeitszeit**. Diese war 2002 insbesondere in den Niederlanden mit 31 Stunden pro Woche (Männer: 36 Stunden; Frauen: 24 Stunden) weitaus kürzer als im EU-Durchschnitt mit 37 Stunden (40 bzw. 32 Stunden; vgl. Ta-

belle II.B.8). Deutschland lag mit seiner Wochenarbeitszeit in der Nähe der europäischen Werte (37; 42 bzw. 32 Stunden). Am längsten war die wöchentliche Arbeitszeit in Griechenland (42; 44 bzw. 39 Stunden).

Die **Beschäftigungsquote von Älteren** zwischen 55 und unter 65 Jahren war in Deutschland 2002 mit 38% niedriger als im europäischen Durchschnitt (40%; vgl. Tabelle II.B.9). Besonders hoch war die Beteiligung von Älteren an der Erwerbstätigkeit in Schweden (68%), Dänemark (57%) und im Vereinigten Königreich (53%). Ausgesprochen kleine Werte wiesen Belgien (26%), Luxemburg (28%), Österreich (28%) und Italien (28%) auf. In allen Ländern ist die Beschäftigungsquote von Älteren gestiegen.

Tabelle II.B.1

Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige – in Tausend												
Jahr	Erwerbstätige ¹⁾			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ²⁾			Beamte (einschließlich Soldaten) ³⁾			Selbstständige und mithelfende Familienangehörige ³⁾		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutschland												
1994	37 304	- 61	- 0,2	28 238	- 358	- 1,3	2 471	- 12	- 0,5	3 775	+ 117	+ 3,2
1995	37 382	+ 78	+ 0,2	28 118	- 120	- 0,4	2 445	- 26	- 1,1	3 818	+ 43	+ 1,1
1996	37 270	- 112	- 0,3	27 739	- 379	- 1,3	2 461	+ 16	+ 0,7	3 794	- 24	- 0,6
1997	37 208	- 62	- 0,2	27 280	- 459	- 1,7	2 455	- 6	- 0,2	3 889	+ 95	+ 2,5
1998	37 616	+ 408	+ 1,1	27 208	- 72	- 0,3	2 406	- 49	- 2,0	3 982	+ 93	+ 2,4
1999	38 071	+ 455	+ 1,2	27 483	+ 274	+ 1,0	2 387	- 19	- 0,8	3 895	- 87	- 2,2
2000	38 748	+ 677	+ 1,8	27 826	+ 342	+ 1,2	2 315	- 72	- 3,0	3 966	+ 71	+ 1,8
2001	38 911	+ 163	+ 0,4	27 817	- 9	+ 0,0	2 263	- 52	- 2,2	4 073	+ 107	+ 2,7
2002	38 671	- 240	- 0,6	27 571	- 246	- 0,9	2 224	- 39	- 1,7	4 068	- 5	- 0,1
2003	38 246	- 425	- 1,1	26 955	- 616	- 2,2	2 244	+ 20	+ 0,9	4 129	+ 61	+ 1,5
Westdeutschland												
1994	29 748	- 189	- 0,6	21 897	- 345	- 1,6	2 316	- 36	- 1,5	3 297	+ 78	+ 2,4
1995	29 721	- 27	- 0,1	21 763	- 134	- 0,6	2 257	- 59	- 2,5	3 312	+ 15	+ 0,5
1996	29 680	- 41	- 0,1	21 536	- 227	- 1,0	2 242	- 15	- 0,7	3 292	- 20	- 0,6
1997	29 721	+ 41	+ 0,1	21 321	- 215	- 1,0	2 212	- 30	- 1,3	3 360	+ 68	+ 2,1
1998	30 126	+ 405	+ 1,4	21 330	+ 9	+ 0,0	2 148	- 64	- 2,9	3 421	+ 61	+ 1,8
1999	30 548	+ 423	+ 1,4	21 646	+ 317	+ 1,5	2 108	- 40	- 1,9	3 334	- 87	- 2,5
2000	31 260	+ 712	+ 2,3	22 098	+ 455	+ 2,1	2 037	- 71	- 3,4	3 394	+ 60	+ 1,8
2001	31 515	+ 255	+ 0,8	22 267	+ 172	+ 0,8	1 973	- 64	- 3,1	3 477	+ 83	+ 2,4
2002	31 395	- 120	- 0,4	22 183	- 84	- 0,4	1 939	- 34	- 1,7	3 485	+ 8	+ 0,2
2003	31 091	- 304	- 1,0	21 730	- 452	- 2,0	1 943	+ 4	+ 0,2	3 518	+ 33	+ 0,9
Ostdeutschland												
1994	7 556	+ 128	+ 1,7	6 341	- 13	- 0,2	155	+ 24	+ 18,3	478	+ 39	+ 8,9
1995	7 661	+ 105	+ 1,4	6 355	+ 14	+ 0,2	188	+ 33	+ 21,3	506	+ 28	+ 5,9
1996	7 590	- 71	- 0,9	6 203	- 152	- 2,4	219	+ 31	+ 16,5	502	- 4	- 0,8
1997	7 487	- 103	- 1,4	5 959	- 244	- 3,9	243	+ 24	+ 11,0	529	+ 27	+ 5,4
1998	7 490	+ 3	+ 0,0	5 878	- 81	- 1,4	258	+ 15	+ 6,2	561	+ 32	+ 6,0
1999	7 523	+ 32	+ 0,4	5 837	- 41	- 0,7	279	+ 21	+ 8,1	561	+ 0	+ 0,0
2000	7 488	- 35	- 0,5	5 727	- 109	- 1,9	278	- 1	- 0,4	571	+ 10	+ 1,8
2001	7 396	- 92	- 1,2	5 550	- 177	- 3,1	290	+ 12	+ 4,3	595	+ 24	+ 4,2
2002	7 276	- 120	- 1,6	5 389	- 162	- 2,9	286	- 4	- 1,4	582	- 13	- 2,2
2003	7 155	- 121	- 1,7	5 224	- 164	- 3,0	301	+ 15	+ 5,2	611	+ 29	+ 5,0

¹⁾ Inlandskonzept, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.

²⁾ Jeweils Ende Juni.

³⁾ Mikrozensus, Statistisches Bundesamt; noch Bundesgebiet Ost und West (alte Gebietsaufteilung).

Tabelle II.B.2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Personengruppen							
Merkmal	Juni 1999	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002	Juni 2003	Veränderung gegenüber	
						Juni 2002	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland insgesamt							
Beschäftigte insgesamt	27 482 584	27 825 624	27 817 114	27 571 147	26 954 686	- 616 461	- 2,24
dav. Männer	15 423 466	15 543 911	15 444 587	15 179 482	14 773 376	- 406 106	- 2,68
Frauen	12 059 118	12 281 713	12 372 527	12 391 665	12 181 310	- 210 355	- 1,70
Arbeiter	12 135 997	12 104 503	11 934 539	11 626 421	11 243 130	- 383 291	- 3,30
Angestellte	15 325 600	15 703 394	15 878 452	15 944 648	15 711 555	- 233 093	- 1,46
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	3 491 668	3 586 842	3 619 564	3 531 146	3 360 935	- 170 211	- 4,82
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	1 068 655	1 073 990	1 048 948	1 004 559	931 680	- 72 879	- 7,25
– 55 Jahre und älter	2 872 185	2 854 542	2 734 458	2 753 487	2 749 396	- 4 091	- 0,15
– Deutsche	25 557 762	25 862 004	25 809 052	25 611 194	25 080 747	- 530 447	- 2,07
dav. Männer	14 154 375	14 259 518	14 150 941	13 928 055	13 586 306	- 341 749	- 2,45
Frauen	11 403 387	11 602 486	11 658 111	11 683 139	11 494 441	- 188 698	- 1,62
– Ausländer	1 924 822	1 963 620	2 008 062	1 959 953	1 873 939	- 86 014	- 4,39
dav. Männer	1 269 091	1 284 393	1 293 646	1 251 427	1 187 070	- 64 357	- 5,14
Frauen	655 731	679 227	714 416	708 526	686 869	- 21 657	- 3,06
– Europäische Union	639 385	645 599	643 092	618 212	585 160	- 33 052	- 5,35
– Teilzeitbeschäftigte	3 677 618	3 928 650	4 119 534	4 255 034	4 287 928	+ 32 894	+ 0,77
dav. Männer	469 379	551 491	611 586	640 731	652 035	+ 11 304	+ 1,76
Frauen	3 208 239	3 377 159	3 507 948	3 614 303	3 635 893	+ 21 590	+ 0,60
– Auszubildende (Pers.gruppenschlüssel)	1 505 566	1 501 908	1 497 814	1 499 515	1 486 845	- 12 670	- 0,84
dav. Männer	821 634	820 813	816 534	816 559	804 522	- 12 037	- 1,47
Frauen	683 932	681 095	681 280	682 956	682 323	- 633	- 0,09
Westdeutschland							
Beschäftigte insgesamt	21 645 828	22 098 158	22 266 877	22 182 502	21 730 394	- 452 108	- 2,04
dav. Männer	12 379 298	12 586 805	12 613 587	12 460 394	12 144 719	- 315 675	- 2,53
Frauen	9 266 530	9 511 353	9 653 290	9 722 108	9 585 675	- 136 433	- 1,40
Arbeiter	9 431 654	9 504 467	9 462 433	9 268 989	8 972 039	- 296 950	- 3,20
Angestellte	12 197 794	12 580 977	12 800 799	12 913 477	12 758 354	- 155 123	- 1,20
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	2 731 905	2 836 137	2 885 212	2 837 030	2 705 368	- 131 662	- 4,64
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	792 924	811 376	802 558	773 520	719 997	- 53 523	- 6,92
– 55 Jahre und älter	2 244 366	2 231 129	2 154 676	2 179 049	2 188 412	+ 9 363	+ 0,43
– Deutsche	19 826 553	20 236 113	20 366 962	20 326 596	19 957 009	- 369 587	- 1,82
dav. Männer	11 177 231	11 365 753	11 383 954	11 272 113	11 017 581	- 254 532	- 2,26
Frauen	8 649 322	8 870 360	8 983 008	9 054 483	8 939 428	- 115 055	- 1,27
– Ausländer	1 819 275	1 862 045	1 899 915	1 855 906	1 773 385	- 82 521	- 4,45
dav. Männer	1 202 067	1 221 052	1 229 633	1 188 281	1 127 138	- 61 143	- 5,15
Frauen	617 208	640 993	670 282	667 625	646 247	- 21 378	- 3,20
– Europäische Union	619 858	626 583	624 600	600 017	567 990	- 32 027	- 5,34
– Teilzeitbeschäftigte	2 960 895	3 171 678	3 343 011	3 474 892	3 514 525	+ 39 633	+ 1,14
dav. Männer	351 229	421 391	474 638	506 329	520 068	+ 13 739	+ 2,71
Frauen	2 609 666	2 750 287	2 868 373	2 968 563	2 994 457	+ 25 894	+ 0,87
– Auszubildende (Pers.gruppenschlüssel)	1 141 823	1 140 466	1 152 460	1 169 312	1 166 862	- 2 450	- 0,21
dav. Männer	616 784	617 491	621 340	627 845	622 175	- 5 670	- 0,90
Frauen	525 039	522 975	531 120	541 467	544 687	+ 3 220	+ 0,59
Ostdeutschland							
Beschäftigte insgesamt	5 836 756	5 727 466	5 550 237	5 388 645	5 224 292	- 164 353	- 3,05
dav. Männer	3 044 168	2 957 106	2 831 000	2 719 088	2 628 657	- 90 431	- 3,33
Frauen	2 792 588	2 770 360	2 719 237	2 669 557	2 595 635	- 73 922	- 2,77
Arbeiter	2 704 343	2 600 036	2 472 106	2 357 432	2 271 091	- 86 341	- 3,66
Angestellte	3 127 806	3 122 417	3 077 653	3 031 171	2 953 201	- 77 970	- 2,57
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	759 763	750 705	734 352	694 116	655 567	- 38 549	- 5,55
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	275 731	262 614	246 390	231 039	211 683	- 19 356	- 8,38
– 55 Jahre und älter	627 819	623 413	579 782	574 438	560 984	- 13 454	- 2,34
– Deutsche	5 731 209	5 625 891	5 442 090	5 284 598	5 123 738	- 160 860	- 3,04
dav. Männer	2 977 144	2 893 765	2 766 987	2 655 942	2 568 725	- 87 217	- 3,28
Frauen	2 754 065	2 732 126	2 675 103	2 628 656	2 555 013	- 73 643	- 2,80
– Ausländer	105 547	101 575	108 147	104 047	100 554	- 3 493	- 3,36
dav. Männer	67 024	63 341	64 013	63 146	59 932	- 3 214	- 5,09
Frauen	38 523	38 234	44 134	40 901	40 622	- 279	- 0,68
– Europäische Union	19 527	19 016	18 492	18 195	17 170	- 1 025	- 5,63
– Teilzeitbeschäftigte	716 723	756 972	776 523	780 142	773 403	- 6 739	- 0,86
dav. Männer	118 150	130 100	136 948	134 402	131 967	- 2 435	- 1,81
Frauen	598 573	626 872	639 575	645 740	641 436	- 4 304	- 0,67
– Auszubildende (Pers.gruppenschlüssel)	363 743	361 442	345 354	330 203	319 983	- 10 220	- 3,10
dav. Männer	204 850	203 322	195 194	188 714	182 347	- 6 367	- 3,37
Frauen	158 893	158 120	150 160	141 489	137 636	- 3 853	- 2,72

Tabelle II.B.3

Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen							
Merkmal	Juni 1999	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002	Juni 2003	Veränderung gegenüber	
						Juni 2002	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland insgesamt							
Beschäftigte insgesamt	3 658 212	4 052 441	4 131 807	4 169 166	4 375 325	+ 206 159	+ 4,94
dav. Männer	1 037 168	1 179 336	1 218 054	1 242 084	1 366 565	+ 124 481	+ 10,02
Frauen	2 621 044	2 873 105	2 913 753	2 927 082	3 008 760	+ 81 678	+ 2,79
Arbeiter	1 970 924	2 202 319	2 302 122	2 334 007	2 480 304	+ 146 297	+ 6,27
Angestellte	1 687 252	1 850 077	1 829 669	1 835 159	1 895 020	+ 59 861	+ 3,26
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	718 000	856 080	882 473	861 029	875 394	+ 14 365	+ 1,67
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	454 374	559 256	577 102	541 949	509 108	– 32 841	– 6,06
– 55 Jahre und älter	1 138 176	1 244 624	1 261 726	1 277 588	1 304 240	+ 26 652	+ 2,09
– Deutsche	3 385 624	3 750 159	3 822 662	3 853 119	4 034 399	+ 181 280	+ 4,70
dav. Männer	954 562	1 089 498	1 129 277	1 149 969	1 258 212	+ 108 243	+ 9,41
Frauen	2 431 062	2 660 661	2 693 385	2 703 150	2 776 187	+ 73 037	+ 2,70
– Ausländer	272 588	302 282	309 145	316 047	340 926	+ 24 879	+ 7,87
dav. Männer	82 606	89 838	88 777	92 115	108 353	+ 16 238	+ 17,63
Frauen	189 982	212 444	220 368	223 932	232 573	+ 8 641	+ 3,86
– Europäische Union	63 421	68 808	68 131	67 213	69 243	+ 2 030	+ 3,02
Westdeutschland							
Beschäftigte insgesamt	3 221 467	3 544 561	3 587 960	3 599 798	3 760 399	+ 160 601	+ 4,46
dav. Männer	867 193	977 934	998 067	1 008 248	1 108 558	+ 100 310	+ 9,95
Frauen	2 354 274	2 566 627	2 589 893	2 591 550	2 651 841	+ 60 291	+ 2,33
Arbeiter	1 740 634	1 930 012	2 001 034	2 011 387	2 123 622	+ 112 235	+ 5,58
Angestellte	1 480 811	1 614 522	1 586 912	1 588 411	1 636 776	+ 48 365	+ 3,04
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	625 747	740 333	761 113	742 829	753 486	+ 10 657	+ 1,43
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	404 334	495 315	510 865	482 127	452 968	– 29 159	– 6,05
– 55 Jahre und älter	968 157	1 059 384	1 071 672	1 085 010	1 109 671	+ 24 661	+ 2,27
– Deutsche	2 961 362	3 256 502	3 293 811	3 300 624	3 438 745	+ 138 121	+ 4,18
dav. Männer	790 210	894 685	916 383	924 257	1 009 913	+ 85 656	+ 9,27
Frauen	2 171 152	2 361 817	2 377 428	2 376 367	2 428 832	+ 52 465	+ 2,21
– Ausländer	260 105	288 059	294 149	299 174	321 654	+ 22 480	+ 7,51
dav. Männer	76 983	83 249	81 684	83 991	98 645	+ 14 654	+ 17,45
Frauen	183 122	204 810	212 465	215 183	223 009	+ 7 826	+ 3,64
– Europäische Union	62 141	67 340	66 674	65 579	67 498	+ 1 919	+ 2,93
Ostdeutschland							
Beschäftigte insgesamt	436 745	507 880	543 847	569 368	614 926	+ 45 558	+ 8,00
dav. Männer	169 975	201 402	219 987	233 836	258 007	+ 24 171	+ 10,34
Frauen	266 770	306 478	323 860	335 532	356 919	+ 21 387	+ 6,37
Arbeiter	230 290	272 307	301 088	322 620	356 682	+ 34 062	+ 10,56
Angestellte	206 441	235 555	242 757	246 748	258 244	+ 11 496	+ 4,66
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	92 253	115 747	121 360	118 200	121 908	+ 3 708	+ 3,14
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	50 040	63 941	66 237	59 822	56 140	– 3 682	– 6,15
– 55 Jahre und älter	170 019	185 240	190 054	192 578	194 569	+ 1 991	+ 1,03
– Deutsche	424 262	493 657	528 851	552 495	595 654	+ 43 159	+ 7,81
dav. Männer	164 352	194 813	212 894	225 712	248 299	+ 22 587	+ 10,01
Frauen	259 910	298 844	315 957	326 783	347 355	+ 20 572	+ 6,30
– Ausländer	12 483	14 223	14 996	16 873	19 272	+ 2 399	+ 14,22
dav. Männer	5 623	6 589	7 093	8 124	9 708	+ 1 584	+ 19,50
Frauen	6 860	7 634	7 903	8 749	9 564	+ 815	+ 9,32
– Europäische Union	1 280	1 468	1 457	1 634	1 745	+ 111	+ 6,79

Tabelle II.B.4

Gemeldetes Stellenangebot										
Jahr		Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Bestand	Zugang	Abgang	Bestand	Zugang	Abgang	Bestand	Zugang	Abgang
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
2001		507 141	3 765 884	3 830 773	436 280	2 744 034	2 815 476	70 860	1 021 850	1 015 297
2002		451 971	2 796 380	2 861 179	377 816	2 058 291	2 118 121	74 155	738 089	743 058
2003		354 762	2 467 309	2 529 139	291 890	1 830 190	1 884 085	62 873	637 119	645 054
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	- 97 209	- 329 071	- 332 040	- 85 926	- 228 101	- 234 036	- 11 282	- 100 970	- 98 004
	in %	- 21,5	- 11,8	- 11,6	- 22,7	- 11,1	- 11,0	- 15,2	- 13,7	- 13,2

Tabelle II.B.5

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU ^{1) 2)}											
Land	Veränderung in %										
	1993/92	1994/93	1995/94	1996/95	1997/96	1998/97	1999/98	2000/99	2001/00	2002/01	2003/02
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Belgien	-0,7	+0,1	+1,1	-0,1	+1,4	+0,6	+3,0	+3,5	-1,9	+0,4	-0,1
Dänemark	-2,6	+0,1	+2,4	+0,7	+1,9	+0,1	+1,5	+0,1	-0,6	+0,7	-1,3
Bundesrepublik Deutschland	-1,1	-0,8	-0,2	-0,5	-1,0	+0,7	+1,6	+0,7	+0,5	-0,8	-1,0
Griechenland	+1,2	+1,6	+0,9	+1,1	-0,2	+3,5	-0,5	+0,1	-0,7	+0,8	+1,4
Spanien	-1,0	-1,0	+2,5	+2,2	+3,5	+4,0	+5,7	+5,5	+3,8	+2,3	+2,6
Frankreich	-0,9	-1,0	+1,6	+0,5	-0,2	+1,3	+1,2	+2,7	+2,4	+0,8	+2,1
Irland	+0,7	+4,8	+4,5	+3,8	+5,1	+8,9	+6,6	+5,1	+2,8	+1,8	+1,7
Italien	-1,6	-1,4	-0,3	+0,3	+0,1	+1,6	+1,2	+1,6	+2,1	+1,8	+1,4
Luxemburg	+0,6	-0,6	-1,2	+1,9	+2,4	+1,2	+2,9	+2,9	+2,8	+1,1	•••
Niederlande	+0,4	+1,0	+1,2	+2,2	+3,7	+3,1	+2,8	+3,4	+2,4	+1,2	-0,5
Österreich	•	•	•	-1,5	-0,1	+0,5	+1,4	+0,1	+0,4	+1,1	-1,0
Portugal	-1,4	-0,9	-0,8	-0,4	+1,5	+5,9	+3,0	+1,5	+1,2	+0,8	-1,3
Finnland	•	•	•	+2,6	+2,8	+2,9	+7,2	+1,4	+1,5	+0,1	-0,3
Schweden	•	•	•	-1,4	-1,7	+0,6	+2,9	+1,3	+5,4	+0,1	+0,2
Vereinigtes Königreich	-0,9	+0,8	+1,2	+1,2	+1,8	+1,1	+1,3	+1,7	+1,2	+0,5	+0,9
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	+0,5	+0,7	+1,7	+2,0	+2,0	+1,6	+0,7	•••

¹⁾ Erwerbstätige zwischen 15 und 64 Jahren.

²⁾ Quelle: Ursprungsdaten: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004); eigene Berechnungen.

Tabelle II.B.6

Beschäftigungsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht ^{1) 2)}											
Land	Beschäftigungsquoten										
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Insgesamt											
Belgien	56,0	55,7	56,3	56,3	57,0	57,3	58,9	60,9	59,7	59,7	59,3
Dänemark	72,4	72,4	73,9	74,0	75,4	75,3	76,5	76,4	75,9	76,4	75,1
Bundesrepublik Deutschland	65,1	64,7	64,7	64,1	63,6	63,7	64,8	65,3	65,7	65,4	64,9
Griechenland	53,5	54,1	54,5	54,9	54,8	55,6	55,4	55,9	55,6	56,9	58,0
Spanien	46,6	45,9	46,8	47,6	49,1	50,9	53,6	56,0	57,5	58,4	59,6
Frankreich	59,7	59,0	59,6	59,7	59,5	60,0	60,4	61,7	62,7	62,9	62,6
Irland	51,2	52,6	54,1	54,9	56,4	59,7	62,5	64,5	65,0	65,0	65,0
Italien	51,8	50,9	50,5	50,6	50,5	51,8	52,5	53,4	54,5	55,4	56,1
Luxemburg	61,0	60,2	58,5	59,1	59,9	60,2	61,6	62,7	63,0	63,6	•••
Niederlande	63,5	63,8	64,2	65,4	67,5	69,4	70,9	72,9	74,1	74,5	73,6
Österreich	•	•	68,4	67,3	67,2	67,4	68,2	67,9	67,8	68,2	68,2
Portugal	64,3	62,9	62,5	62,3	63,4	66,8	67,4	68,1	68,8	68,6	67,3
Finnland	•	•	59,7	60,5	61,9	63,4	67,4	68,1	69,1	69,1	68,7
Schweden	•	•	70,7	69,7	68,3	68,6	70,6	71,1	74,4	74,0	73,6
Vereinigtes Königreich	67,3	67,7	68,1	68,7	69,7	70,2	70,6	71,2	71,6	71,5	71,7
Europäische Union (15 Länder)	•	•	59,9	60,0	60,3	61,1	62,2	63,2	64,0	64,2	•••
Männer											
Belgien	67,0	66,5	66,9	66,8	67,1	67,0	67,5	69,8	68,5	68,1	67,1
Dänemark	75,9	77,6	80,7	80,5	81,3	80,2	81,2	80,7	80,2	80,2	79,7
Bundesrepublik Deutschland	75,0	74,1	73,9	72,7	71,8	71,7	72,4	72,7	72,6	71,8	70,9
Griechenland	71,7	72,2	72,2	72,6	71,9	71,6	70,9	71,3	70,9	71,7	72,5
Spanien	62,5	61,2	62,0	62,4	64,0	66,3	69,1	70,9	72,4	72,8	73,1
Frankreich	67,9	66,7	67,4	67,3	66,9	67,3	67,5	68,8	69,8	69,6	68,7
Irland	64,1	65,3	66,7	66,8	68,0	71,0	73,6	75,6	76,0	74,7	74,5
Italien	68,3	66,5	65,7	65,3	65,0	66,7	67,1	67,6	68,1	68,9	69,5
Luxemburg	76,7	74,9	74,3	74,4	74,3	74,6	74,4	75,0	74,9	75,5	•••
Niederlande	75,1	74,5	75,0	75,7	77,9	79,6	80,3	82,1	82,7	82,9	81,2
Österreich	•	•	77,6	76,1	75,9	75,9	76,7	76,2	75,9	75,3	75,3
Portugal	74,6	72,5	71,2	71,0	71,9	75,7	75,7	76,2	76,9	76,3	74,3
Finnland	•	•	61,4	62,4	64,5	66,2	70,2	71,1	71,6	70,9	70,3
Schweden	•	•	71,6	70,6	69,8	70,8	72,1	72,6	76,1	75,5	74,9
Vereinigtes Königreich	73,7	74,1	74,8	75,0	76,3	77,0	77,2	77,9	78,2	77,7	77,9
Europäische Union (15 Länder)	•	•	70,1	69,9	70,1	71,0	71,7	72,5	73,0	72,9	•••
Frauen											
Belgien	44,9	44,8	45,4	45,6	46,7	47,5	50,2	51,9	50,7	51,1	51,4
Dänemark	68,7	67,1	67,0	67,4	69,4	70,3	71,6	72,1	71,4	72,6	70,5
Bundesrepublik Deutschland	55,0	55,0	55,3	55,4	55,2	55,6	57,1	57,8	58,7	58,8	58,9
Griechenland	36,4	37,1	38,0	38,5	39,1	40,3	40,7	41,3	41,2	42,7	44,0
Spanien	30,8	30,7	31,7	32,8	34,4	35,6	38,1	41,1	42,7	44,0	45,9
Frankreich	51,7	51,4	52,1	52,4	52,2	52,9	53,5	54,8	55,7	56,4	56,6
Irland	38,2	39,8	41,3	42,8	44,7	48,2	51,4	53,3	54,0	55,2	55,4
Italien	35,7	35,6	35,6	36,1	36,2	37,1	38,1	39,3	40,9	41,9	42,8
Luxemburg	44,7	44,9	42,2	43,6	45,4	45,6	48,5	50,0	50,8	51,5	•••
Niederlande	51,7	52,7	53,2	54,8	56,9	58,9	61,3	63,4	65,3	65,9	65,8
Österreich	•	•	59,2	58,6	58,5	59,0	59,7	59,7	59,8	61,1	61,2
Portugal	54,9	54,1	54,3	54,2	55,5	58,3	59,6	60,4	61,0	61,2	60,7
Finnland	•	•	58,1	58,4	59,2	60,5	64,6	65,2	66,6	67,3	67,1
Schweden	•	•	69,8	68,7	66,8	66,4	68,9	69,7	72,6	72,5	72,2
Vereinigtes Königreich	60,9	61,1	61,4	62,3	63,0	63,2	63,9	64,5	64,9	65,3	65,3
Europäische Union (15 Länder)	•	•	49,6	50,1	50,5	51,3	52,7	53,9	54,9	55,5	•••

¹⁾ Anteil der Erwerbstätigen an den in Privathaushalten lebenden Personen zwischen 15 und 64 Jahren.

²⁾ Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004).

Tabelle II.B.7

Teilzeitquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht ¹⁾ 2)											
Land	Teilzeitquoten										
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Insgesamt											
Belgien	12,7	12,8	13,6	14,0	14,6	15,7	19,7	20,6	18,4	19,3	20,4
Dänemark	22,7	21,0	21,4	21,2	22,1	22,1	20,6	21,4	19,6	20,0	20,3
Bundesrepublik Deutschland	14,8	15,5	16,0	16,2	17,1	18,0	18,6	19,1	19,9	20,3	21,2
Griechenland	4,0	4,3	4,4	4,7	4,3	5,5	5,7	4,3	3,8	4,2	3,9
Spanien	6,4	6,8	7,3	7,8	8,1	7,9	8,1	7,9	8,0	7,9	8,1
Frankreich	13,7	14,7	15,5	15,9	16,7	17,2	17,2	16,8	16,3	16,1	16,5
Irland	10,7	11,3	12,0	11,6	12,3	16,5	16,6	16,6	16,3	16,3	16,6
Italien	5,3	6,0	6,2	6,5	6,9	7,3	7,8	8,7	8,9	8,5	8,5
Luxemburg	7,2	7,9	7,9	7,6	8,2	9,4	10,7	11,2	11,3	11,6	•••
Niederlande	34,7	36,1	37,0	37,8	37,7	38,5	39,1	41,0	41,9	43,4	44,6
Österreich	•	•	13,3	14,4	14,5	15,4	16,5	16,7	16,9	18,5	18,3
Portugal	6,3	6,8	6,3	7,1	8,0	8,8	8,7	8,1	8,1	8,3	8,9
Finnland	•	•	11,4	11,2	11,1	11,3	11,9	11,9	11,6	12,1	12,5
Schweden	•	•	25,4	24,0	24,0	23,4	23,6	21,8	20,2	20,4	22,2
Vereinigtes Königreich	22,5	23,0	23,2	23,8	24,2	24,1	23,9	24,0	24,1	24,1	24,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	15,7	16,0	16,6	17,0	17,3	17,5	17,6	17,7	•••
Männer											
Belgien	2,2	2,5	2,7	2,8	3,1	3,5	4,6	5,9	4,9	5,6	6,0
Dänemark	10,1	9,7	10,0	10,5	11,7	10,4	9,4	9,6	9,6	10,1	10,6
Bundesrepublik Deutschland	2,6	2,9	3,2	3,4	3,8	4,2	4,5	4,5	4,7	5,2	5,5
Griechenland	2,2	2,7	2,4	2,8	2,2	2,9	3,2	2,3	2,0	2,0	1,9
Spanien	2,3	2,5	2,5	3,0	3,1	2,9	2,9	2,7	2,6	2,5	2,5
Frankreich	3,9	4,4	4,8	5,0	5,3	5,5	5,4	5,2	4,9	4,9	5,3
Irland	4,6	4,9	5,2	4,9	5,2	7,4	7,0	6,8	6,0	6,0	6,2
Italien	2,2	2,5	2,7	3,0	3,1	3,3	3,2	3,7	3,6	3,5	3,1
Luxemburg	0,9~u	1,3~u	1,0~u	1,4~u	1,0~u	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	•••
Niederlande	14,7	15,5	16,1	16,3	16,4	17,4	17,4	18,9	19,3	20,6	21,4
Österreich	•	•	3,3	3,6	3,6	4,0	4,0	4,0	3,9	4,7	4,3
Portugal	3,1	3,5	2,9	3,4	3,6	3,9	4,1	3,5	3,6	4,1	4,1
Finnland	•	•	7,5	7,4	7,1	6,4	7,5	7,4	7,0	7,5	7,7
Schweden	•	•	9,3	8,0	8,4	8,2	8,7	9,1	9,5	9,7	10,1
Vereinigtes Königreich	5,5	6,0	6,5	7,0	7,7	7,7	7,8	7,8	7,9	8,3	9,0
Europäische Union (15 Länder)	•	:	4,7	5,0	5,3	5,5	5,6	5,7	5,7	6,0	•••
Frauen											
Belgien	28,6	28,4	29,8	30,5	31,4	33,3	39,9	39,8	36,8	37,7	39,4
Dänemark	36,9	34,4	35,3	34,3	34,4	35,7	33,7	34,9	31,2	31,1	31,6
Bundesrepublik Deutschland	31,7	32,9	33,5	33,3	34,9	36,1	36,9	37,7	39,0	39,2	40,4
Griechenland	7,2	7,4	7,9	8,2	7,7	10,0	9,8	7,6	6,8	7,7	7,2
Spanien	14,7	15,2	16,4	16,8	17,2	17,1	17,5	17,0	17,2	16,9	17,0
Frankreich	26,2	27,7	28,9	29,4	30,9	31,6	31,6	30,9	30,3	29,6	30,0
Irland	21,1	21,7	23,0	22,0	23,1	29,9	30,4	30,5	30,9	30,2	30,8
Italien	10,9	12,3	12,6	12,7	13,7	14,4	15,7	17,3	17,7	16,7	17,2
Luxemburg	18,4	19,4	20,3	18,4	20,1	22,3	24,7	25,8	25,7	26,4	•••
Niederlande	64,4	65,9	67,2	68,4	67,8	67,8	68,5	70,5	71,3	72,7	74,1
Österreich	•	•	26,4	28,4	28,7	30,0	32,3	32,9	33,3	35,5	35,1
Portugal	10,3	10,9	10,5	11,6	13,2	14,9	14,2	13,7	13,6	13,4	14,6
Finnland	•	•	15,5	15,3	15,4	16,8	16,8	16,7	16,6	16,9	17,6
Schweden	•	•	43,0	41,5	41,2	40,5	40,1	35,7	32,2	32,3	35,1
Vereinigtes Königreich	43,3	43,8	43,7	44,4	44,3	44,2	43,7	43,9	43,9	43,3	43,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	31,0	31,3	32,1	32,8	33,2	33,3	33,4	33,1	•••

~u = äußerst unzuverlässige Daten.

1) Teilzeitbeschäftigte in Prozent der Gesamtzahl der Erwerbstätigen.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004).

Tabelle II.B.8

Arbeitszeit in den Ländern der EU nach Geschlecht ^{1) 2)}											
Land	Arbeitsstunden pro Woche										
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Insgesamt											
Belgien	37,6	37,3	37,8	37,8	37,9	38,5	36,8	36,6	36,4	36,6	36,4
Dänemark	34,5	35,5	34,2	34,0	34,4	33,8	35,5	34,1	34,5	34,9	34,2
Bundesrepublik Deutschland	38,7	38,8	38,6	38,7	38,5	38,2	38,1	38,0	37,8	37,4	36,9
Griechenland	43,6	42,5	42,2	41,8	41,8	41,7	42,1	42,0	42,1	42,0	42,2
Spanien	39,3	38,9	38,3	37,9	38,3	38,4	39,5	38,4	38,3	38,5	37,7
Frankreich	39,9	39,9	39,6	39,6	39,2	39,3	38,9	38,4	38,1	37,6	36,8
Irland	40,8	40,6	39,9	40,4	39,7	39,5	39,0	38,7	38,3	37,7	37,2
Italien	39,2	39,2	39,2	38,7	39,2	39,2	39,1	39,1	39,2	35,7	38,9
Luxemburg	40,1	39,6	39,7	39,3	39,2	39,0	39,0	39,2	38,6	38,6	•••
Niederlande	30,6	30,6	30,5	32,2	32,2	31,8	31,7	31,5	31,5	30,6	30,9
Österreich	•	•	39,8	39,7	40,2	39,7	39,6	39,4	39,4	38,9	38,8
Portugal	41,3	41,1	41,5	40,6	39,7	39,4	39,6	38,7	38,6	38,3	37,6
Finnland	•	•	36,8	37,5	39,3	37,7	37,5	36,8	36,4	36,7	36,0
Schweden	•	•	33,8	34,2	36,2	34,4	36,3	36,5	34,4	34,7	33,9
Vereinigtes Königreich	36,3	36,4	36,7	36,5	36,3	36,3	36,2	36,0	36,2	36,0	35,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	38,3	38,0	38,0	37,9	37,9	37,6	37,5	36,8	•••
Männer											
Belgien	40,6	40,2	40,8	40,8	41,0	41,7	40,3	40,1	39,7	39,8	40,0
Dänemark	37,5	38,4	37,0	36,8	36,8	36,5	38,2	37,0	37,2	37,8	36,6
Bundesrepublik Deutschland	42,0	42,3	42,2	42,5	42,4	42,3	42,4	42,4	42,3	41,9	41,4
Griechenland	45,1	44,2	44,1	43,6	43,6	43,5	44,0	43,7	43,7	43,7	43,9
Spanien	40,7	40,3	39,9	39,5	40,0	40,2	41,4	40,3	40,2	40,4	39,6
Frankreich	42,9	43,1	42,9	42,8	42,6	42,7	42,1	41,6	41,1	40,6	39,7
Irland	44,7	44,6	44,1	44,3	43,7	43,9	43,4	42,9	42,5	41,9	41,3
Italien	41,1	41,0	41,1	40,7	41,3	41,4	41,3	41,3	41,5	38,0	41,3
Luxemburg	42,3	42,1	42,3	41,7	41,6	42,0	41,8	42,4	41,9	41,7	•••
Niederlande	35,6	35,7	35,6	37,5	37,4	36,9	37,0	36,8	36,8	35,6	36,0
Österreich	:	:	42,4	42,3	42,7	42,6	42,6	42,6	42,6	42,2	42,1
Portugal	43,4	43,3	43,9	42,8	41,9	41,5	41,6	40,6	40,4	40,1	39,3
Finnland	:	:	39,5	40,2	42,0	40,3	40,0	39,1	38,7	39,0	38,4
Schweden	:	:	36,8	37,1	39,4	37,0	39,1	39,2	36,9	37,2	36,3
Vereinigtes Königreich	42,1	42,2	42,4	42,2	41,8	41,7	41,4	41,2	41,3	40,9	40,4
Europäische Union (15 Länder)	•	•	41,7	41,5	41,5	41,4	41,5	41,2	41,0	40,2	•••
Frauen											
Belgien	33,3	33,0	33,4	33,3	33,4	33,9	32,0	31,8	31,8	32,3	31,6
Dänemark	30,9	31,8	30,5	30,3	31,4	30,6	32,1	30,6	31,1	31,5	31,2
Bundesrepublik Deutschland	34,1	33,9	33,5	33,5	33,1	32,7	32,4	32,3	31,9	31,7	31,2
Griechenland	40,7	39,3	38,9	38,6	38,5	38,5	39,0	39,1	39,4	39,1	39,4
Spanien	36,5	36,0	35,3	35,0	35,1	35,2	36,0	35,2	34,9	35,3	34,6
Frankreich	35,9	35,8	35,4	35,3	34,8	35,1	34,8	34,5	34,4	33,9	33,2
Irland	33,7	33,7	32,7	33,8	33,1	32,7	32,4	32,3	32,0	31,8	31,4
Italien	35,6	35,6	35,6	34,9	35,4	35,3	35,2	35,2	35,2	31,9	35,0
Luxemburg	36,2	35,4	34,8	35,0	34,9	34,0	34,5	34,2	33,7	33,9	•••
Niederlande	23,0	22,9	22,8	24,5	24,8	24,5	24,3	24,1	24,1	23,9	24,1
Österreich	•	•	36,2	36,0	36,6	35,7	35,4	35,1	35,1	34,7	34,6
Portugal	38,7	38,3	38,6	37,8	36,9	36,7	37,2	36,4	36,5	36,1	35,5
Finnland	•	•	34,1	34,5	36,2	34,8	34,6	34,0	33,7	34,2	33,4
Schweden	•	•	30,3	30,9	32,4	31,3	33,1	33,3	31,3	31,7	31,0
Vereinigtes Königreich	29,0	29,2	29,3	29,3	29,3	29,3	29,6	29,4	29,8	29,8	29,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	33,2	33,1	33,0	32,9	32,9	32,7	32,6	32,1	•••

1) Durchschnittlich tatsächlich geleistete Arbeitsstunden pro Woche in der Hauptbeschäftigung für Beschäftigte zwischen 15 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004).

Tabelle II.B.9

Beschäftigungsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht ^{1) 2)}												
Land	Beschäftigungsquoten Älterer											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Insgesamt												
Belgien	22,4	21,9	22,4	23,3	21,8	22,0	22,5	24,7	25,0	25,2	25,8	28,1
Dänemark	52,3	51,3	50,2	49,3	47,5	51,4	50,4	54,2	54,6	56,5	57,3	60,7
Bundesrepublik Deutschland	36,2	35,7	36,3	37,8	37,9	38,2	37,7	37,8	37,4	37,7	38,4	39,4
Griechenland	39,4	38,8	39,5	40,5	40,7	40,7	39,1	38,4	39,0	38,0	39,2	41,9
Spanien	35,8	34,6	32,5	31,8	33,0	33,5	35,3	35,0	36,9	39,1	39,8	40,8
Frankreich	29,9	29,7	29,4	29,4	29,1	28,9	28,3	28,4	29,4	30,7	33,8	36,2
Irland	38,4	39,1	39,4	39,7	40,5	40,3	41,6	43,8	45,1	46,7	48,0	49,2
Italien	•	29,5	28,3	27,0	27,3	27,3	27,7	27,5	27,3	26,9	28,6	30,0
Luxemburg	24,7	26,1	23,2	24,0	22,6	23,7	25,0	26,3	27,2	24,8	27,9	•••
Niederlande	28,7	28,8	29,2	28,8	30,0	31,4	33,0	35,3	37,9	39,3	42,0	44,9
Österreich	•	•	•	29,0	29,4	28,5	28,0	29,2	29,2	27,4	28,1	28,9
Portugal	47,3	45,6	45,8	45,5	46,3	46,8	50,5	51,3	51,7	50,7	51,4	51,2
Finnland	•	•	•	34,4	34,3	35,7	35,7	39,2	41,2	45,5	47,8	49,6
Schweden	•	•	•	62,0	64,1	61,6	62,7	64,6	64,3	66,2	68,3	68,6
Vereinigtes Königreich	47,8	46,5	47,4	47,6	47,7	48,5	48,3	49,4	50,5	52,2	53,3	55,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	35,7	35,9	36,3	36,4	37,0	37,5	38,3	39,8	•••
Männer												
Belgien	34,6	32,9	33,0	34,5	32,2	32,2	32,1	35,1	35,1	35,1	35,1	38,7
Dänemark	61,5	60,6	59,8	63,2	58,4	61,0	58,5	59,9	61,9	63,0	64,2	68,0
Bundesrepublik Deutschland	49,5	47,7	48,0	48,8	47,8	47,6	47,3	46,9	46,2	46,1	47,1	47,7
Griechenland	58,5	57,0	58,1	58,9	59,2	59,0	55,8	54,8	55,3	54,6	55,1	59,0
Spanien	55,4	52,6	49,2	47,9	50,0	51,3	52,9	52,3	55,0	57,9	58,4	59,4
Frankreich	35,9	35,4	34,3	33,6	33,3	33,0	32,8	32,0	32,9	34,9	38,1	39,8
Irland	59,8	59,6	59,6	60,2	59,4	58,6	59,7	61,7	63,0	64,7	65,1	64,8
Italien	•	46,9	44,8	42,3	42,1	41,5	41,5	40,8	40,3	39,3	41,1	42,6
Luxemburg	34,5	38,1	33,5	35,1	35,6	35,5	35,1	35,4	37,9	35,3	37,6	•••
Niederlande	42,2	41,2	41,2	39,9	40,7	43,0	46,2	48,8	49,9	50,5	54,9	57,4
Österreich	•	•	•	40,8	42,4	40,5	39,6	41,6	41,4	37,9	38,1	39,2
Portugal	62,1	60,1	60,6	58,9	58,5	58,2	64,2	62,4	62,5	62,2	62,4	61,8
Finnland	•	•	•	34,9	35,5	37,9	39,4	40,6	41,8	45,8	48,1	50,7
Schweden	•	•	•	65,7	66,0	64,0	65,7	67,3	67,0	68,9	70,8	70,9
Vereinigtes Königreich	58,6	55,9	56,6	56,1	57,0	58,6	58,3	59,4	59,8	61,6	62,1	65,0
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	46,8	46,8	47,0	47,2	47,3	47,6	48,3	49,8	•••
Frauen												
Belgien	11,0	11,6	12,4	12,7	12,0	12,4	13,4	14,8	15,4	15,6	16,7	17,7
Dänemark	43,6	42,5	40,2	36,1	37,0	41,2	41,5	47,8	46,2	49,8	49,9	53,1
Bundesrepublik Deutschland	23,3	23,9	24,9	27,0	28,2	28,9	28,1	28,7	28,7	29,3	29,8	31,2
Griechenland	21,7	21,8	22,4	23,8	23,8	24,4	23,6	23,1	24,4	22,7	24,4	25,8
Spanien	18,3	18,6	17,7	17,5	17,5	18,1	19,0	18,9	20,0	21,4	22,3	23,4
Frankreich	24,4	24,4	24,8	25,5	25,2	25,1	24,1	25,0	26,1	26,7	29,6	32,7
Irland	17,1	18,6	19,2	19,2	21,3	21,7	23,5	25,8	27,1	28,5	30,7	33,5
Italien	:	13,6	13,3	13,1	13,8	14,4	14,8	15,0	15,2	15,3	16,9	18,1
Luxemburg	15,4	14,3	13,2	13,2	10,2	12,5	15,3	17,5	16,8	14,4	18,1	•••
Niederlande	15,9	16,8	17,5	18,0	19,4	19,8	19,8	21,9	25,8	28,0	29,0	32,2
Österreich	•	•	•	18,3	17,3	17,3	17,1	17,6	17,8	17,4	18,6	19,1
Portugal	34,7	33,3	33,1	33,6	35,4	37,0	38,6	41,7	42,3	40,7	41,8	41,8
Finnland	•	•	•	33,9	33,2	33,6	32,2	37,9	40,7	45,2	47,5	48,6
Schweden	•	•	•	58,4	62,2	59,3	59,7	61,8	61,7	63,5	65,6	66,2
Vereinigtes Königreich	37,4	37,6	38,5	39,3	38,8	38,8	38,5	39,8	41,4	43,2	44,7	46,4
Europäische Union (15 Länder)	•	•	•	25,2	25,7	26,2	26,0	27,0	27,8	28,7	30,2	•••

¹⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren.

²⁾ Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update April 2004).

II. C. Arbeitslosigkeit

1. Bestand und Quote

Arbeitslosigkeit deutlich erhöht

Deutlich rückläufige Kräfte nachfrage und leicht wachsendes Arbeitsangebot haben die Arbeitslosigkeit weiter spürbar

steigen lassen. Im Jahresdurchschnitt 2003 waren 4.376.700 Personen arbeitslos gemeldet, 315.400 oder 8% mehr als im Vorjahr. Auch 2002 hatte sich die Arbeitslosenzahl erhöht, und zwar um 208.800 oder 5%, nachdem sie in den Jahren zuvor z.T. nennenswert abgenommen hatte (vgl. Tabelle II.C.1).

In Westdeutschland nahm die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2003 um 254.700 oder 10% auf 2.753.100, in Ostdeutschland um 60.800 oder 4% auf 1.623.700 zu. Der deutlich schwächere Anstieg im Osten beruht vor allem darauf, dass dort, infolge von Abwanderungen in den Westen, das Kräfteangebot abgenommen hat, während es in Westdeutschland, auch deshalb, gewachsen ist.

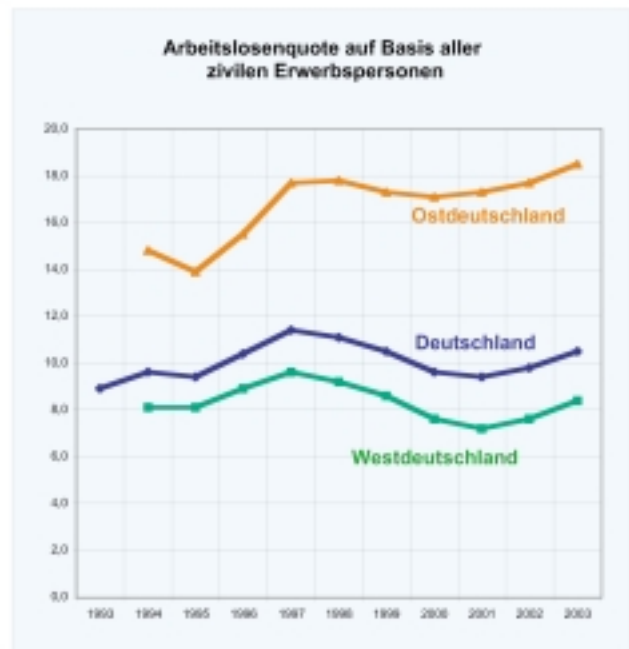
Ohne die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik wäre die Arbeitslosenzahl 2003 noch stärker gestiegen. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wurden von den Arbeitsämtern – unterstützt durch neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik – höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt, insbesondere die Arbeitsbereitschaft überprüft. Infolgedessen gab es deutlich mehr Abmeldungen in sonstige Nichterwerbstätigkeit, aber auch in Beschäftigung (vgl. Abschnitt III.C.3 und Tabelle III.C.6). Dabei haben sich vor allem Nichtleistungsempfänger – z.T. zumindest vorübergehend – vom Arbeitsmarkt zurückgezogen.

Eine Quantifizierung der Wirkungen des „Förderns und Forderns“ auf die Arbeitslosenzahl 2003 kann insgesamt nur näherungsweise erfolgen. Nach Einschätzungen des IAB haben die Aktivierung der Arbeitslosen und die Aktualisierung der Bewerberbestände die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung von ca. 120.000 reduziert.

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2003 auf 10,5%, im Vergleich zu 9,8% im Vorjahr. Auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen errechnen sich Quoten von 11,6% bzw. 10,8%. In Ostdeutschland waren die Arbeitslosenquoten nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie im Westen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen: 18,5% bzw. 8,4%; bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen: 20,1% bzw. 9,3%; vgl. Tabelle II.A.1 und Abbildung II.C.1).

Die Arbeitslosigkeit wäre auch 2003 deutlich höher gewesen, wenn nicht arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Arbeitslosigkeit verhindert bzw. beendet hätten. Bundesweit belief

Abbildung II.C.1



sich die **kurzfristige Entlastungswirkung der Arbeitsmarktpolitik** jahresdurchschnittlich auf rd. 896.000, das war 47.000 weniger als 2002. Dabei werden in der Entlastungsrechnung nur solche Instrumente – wie z.B. berufliche Vollzeitweiterbildung oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – berücksichtigt, die allein schon durch Manahmeteilnahme die Arbeitslosigkeit reduzieren und deshalb als Teil der Unterbeschäftigung angesehen werden können (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ...“ und Tabelle II.C.2). Deutlich rückläufig waren vor allem Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, während die Inanspruchnahme von Vorrangregelungen erheblich zugenommen hat.¹⁾

In Westdeutschland befanden sich 527.000 Personen in solchen entlastenden Maßnahmen, 12.000 mehr als im Vorjahr, in Ostdeutschland 369.000 Personen, 58.000 weniger. Im Westen hat die stärkere Inanspruchnahme des § 428 SGB III die Abnahmen bei ABM und beruflicher Weiterbildung kom-

¹⁾ Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik ist nicht gleichzusetzen mit Stiller Reserve in Maßnahmen. Zum einen ist die Stille Reserve in Maßnahmen enger gefasst, weil Kurzarbeiter und Teilnehmer in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen zu den Erwerbstätigen zählen, andererseits ist sie weiter, weil in ihr z.B. auch Arbeitsunfähige im Leistungsbezug enthalten sind.

Arbeitslose – wesentliche Merkmale

Arbeitslose sind Arbeitsuchende, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 117 – 122 SGB III)

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen,
- den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung stehen und
- sich beim Arbeitsamt persönlich arbeitslos gemeldet haben (vgl. §§ 2, 16, 323, 327 SGB III).

Im Einzelnen:

Arbeitsuchend ist, wer

- eine Beschäftigung als Arbeitnehmer mit einer Dauer von mehr als sieben Kalendertagen im In- oder Ausland sucht,
- sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis beim Arbeitsamt gemeldet hat und
- die angestrebte Arbeitnehmertätigkeit ausüben kann und darf (vgl. §§ 15, 38 SGB III).

Beschäftigungslos ist, wer

- keine Beschäftigung oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausübt und
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht, d.h. wer durch Eigenbemühungen alle Möglichkeiten zur Beendigung der Beschäftigungslosigkeit nutzt und dabei den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung steht (Verfügbarkeit), also arbeitsfähig und bereit ist, eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des für ihn in Betracht kommenden Arbeitsmarktes aufzunehmen.

Nicht als Arbeitslose zählen demnach insbesondere Personen, die

- mehr als zeitlich geringfügig erwerbstätig sind,
- nicht arbeiten dürfen oder können,
- ihre Verfügbarkeit ohne zwingenden Grund einschränken,
- das 65. Lebensjahr vollendet haben,
- sich als Nichtleistungsempfänger nicht – oder regelmäßig länger als drei Monate nicht mehr – beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet haben,
- sich in arbeitsmarktpolitischen Vollzeitmaßnahmen befinden (einschl. Leistungsempfänger gem. § 428 SGB III, aber außer Trainingsmaßnahmen),
- arbeitsunfähig erkrankt sind,
- ihre Wehrpflicht bzw. ihren Zivildienst ableisten oder in Haft sind,
- Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen sowie
- arbeitserlaubnispflichtige Ausländer und deren Familienangehörige sowie Asylbewerber ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.

Zum Begriff „**Erwerbslose**“ vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ und Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfte nachfrage“ Anmerkung 3 in Teil I.

Arbeitslosenquoten

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Kräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen. Unterbeschäftigung in Form Stiller Reserve (insbesondere Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik) wird dabei also nicht berücksichtigt. Zugleich ist die Arbeitsmarktnähe vieler Arbeitsloser aber eher gering.¹⁾

Dabei wird der Kreis der Erwerbstätigen unterschiedlich abgegrenzt:

1. Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen:

Alle zivilen Erwerbstätigen (alle ziv. ET) sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Sie errechnet sich als

Arbeitslosenquote (auf der Basis aller ziv. EP) =

$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{alle ziv. ET + Arbeitslose}} \times 100$$

Diese Art der Berechnung ist im Ausland gebräuchlicher und deshalb für internationale Vergleiche geeigneter (vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquoten“). Wegen der zunehmenden Bedeutung selbstständiger Erwerbsarbeit für Arbeitslose hat sie aber auch analytische Vorzüge. Seit 1994 sind Quoten auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen auch für Landesarbeitsämter und Länder verfügbar, seit 1997 für Arbeitsämter und ihre Geschäftsstellen. Getrennte Quoten für Männer und Frauen gibt es seit 1995, allerdings nur für das Bundesgebiet und die Bundesländer.

2. Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen:

Der Nenner enthält nur die abhängigen zivilen Erwerbstätigen (abh. ziv. ET), d.h. die Summe aus voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschl. Auszubildende), geringfügig Beschäftigten und Beamten (ohne Soldaten).

Daraus errechnet sich:

Arbeitslosenquote (auf der Basis der abh. ziv. EP) =

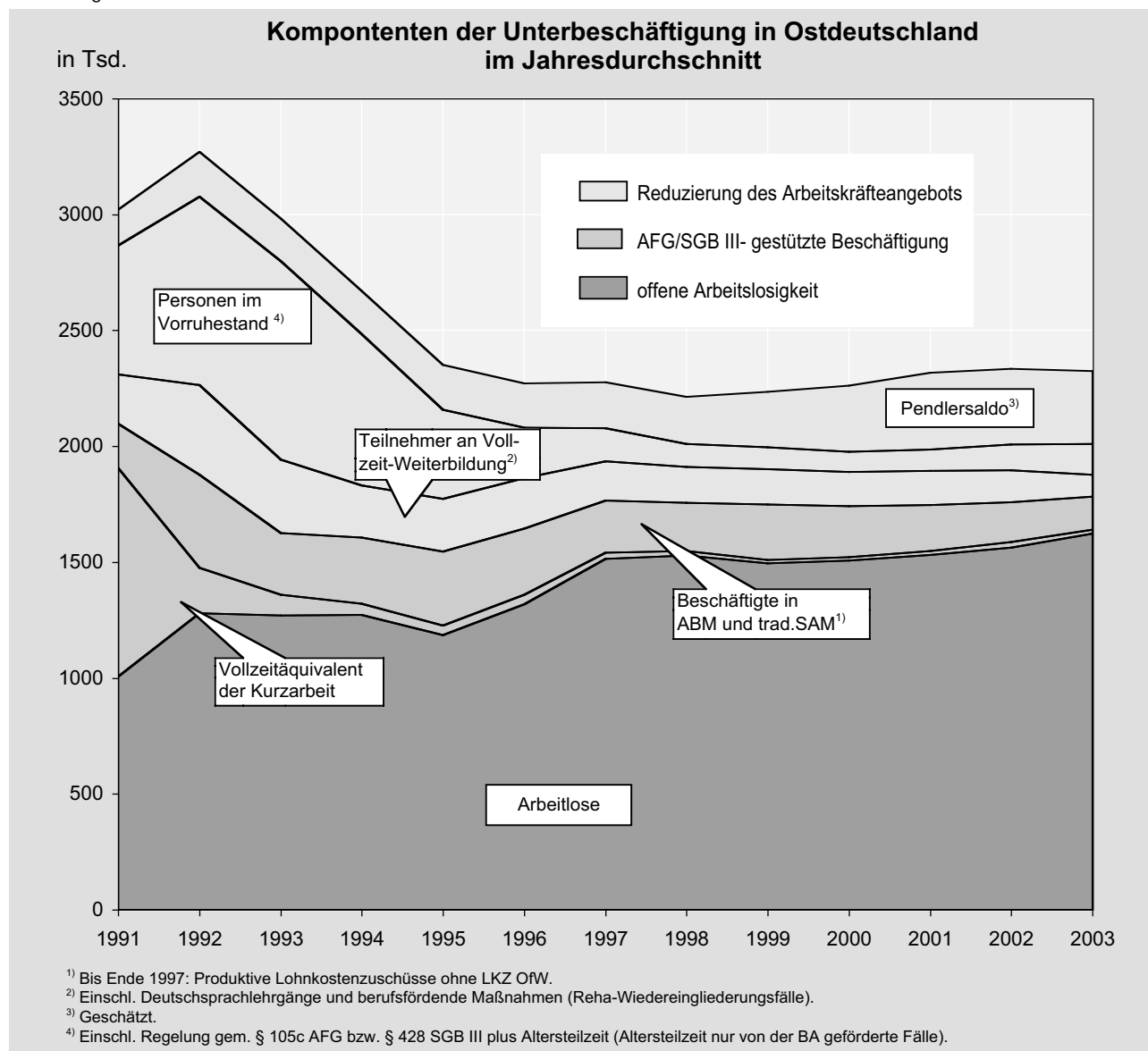
$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{abh. ziv. ET + Arbeitslose}} \times 100$$

Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition. Aus datentechnischen Gründen beziehen sich bisher die Arbeitslosenquoten einzelner Personengruppen regelmäßig nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Die Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird einmal jährlich – üblicherweise beginnend mit dem Berichtsmonat April – aktualisiert.

¹⁾ Vgl. Udo Brixy, Rainer Gilberg, Doris Hess, Helmut Schröder, Arbeitslosenuntersuchung – Teil II: Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen? IAB-Kurzbericht Nr. 2 vom 21.1.2002.

Abbildung II.C.2



persiert. Nach wie vor ist aber die Stützung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – relativ gesehen – in Ostdeutschland wesentlich stärker als im Westen (vgl. Abbildung II.C.2).

Zur Arbeitslosigkeit und entlastender Arbeitsmarktpolitik als Teile der Unterbeschäftigung kommt die **Stille Reserve im engeren Sinne** (Abbildung I.1 und Kasten „Stille Reserve“). Zu dieser Gruppe gehören u.a. Personen, die zurzeit nicht aktiv nach Arbeit suchen, bei einer besseren Arbeitsmarktlage aber wieder als Arbeitskraftanbieter auftreten werden. Darüber hinaus zählen hierzu auch erwerbslose Stellensuchende, die nicht bei den Arbeitsämtern gemeldet sind. Nach Schätzung des IAB hat sich diese Stille Reserve i.e.S. im Jahresdurchschnitt 2003 bundesweit um 191.000 auf 1,90 Mio erhöht. Im Westen gab es einen Anstieg von 183.000 auf 1,54 Mio und im Osten von 8.000 auf 366.000.

Teil der Stillen Reserve i.e.S. sind auch Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, denn unter guten Arbeitsmarktbedingungen wären sie noch in Arbeit. So können Personen, die wenigstens 60 Jahre alt sind, nach mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit oder zweijähriger Altersteilzeit und Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen vorgezogenes Altersruhegeld beziehen (vgl. § 237 SGB VI). Ende 2003 gab es – nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) – 695.100 Personen im erwerbsfähigen Alter, die von der **„Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit“** Gebrauch machten (Ende 2002: 770.700); in Westdeutschland waren es 490.200, in Ostdeutschland 204.900 (Ende 2002: 539.100 bzw. 231.600). Die dahinter stehende „verdeckte Arbeitslosigkeit“ dürfte wesentlich kleiner sein, weil der größte Teil dieser Personen auch ohne vorherige Arbeitslosigkeit vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Rente gegangen wäre. Hinzu kommen

Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit

Oberstes Ziel **aktiver Arbeitsmarktpolitik** ist die dauerhafte Integration von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung, also in eine Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt. Diese Eingliederungswirkungen sind – lässt man Arbeitsvermittlungen außer Betracht – oft eher mittelfristig und aktuell kaum quantifizierbar.¹⁾ Abgesehen davon **reduzieren zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen den Bestand an Arbeitslosen vorübergehend auch unmittelbar**, und zwar vor allem dadurch, dass zuvor arbeitslose Personen für die Dauer ihrer Teilnahme nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. **Nur in diesem Sinn ist hier von „Entlastungswirkung“ die Rede.** Dieser Entlastungseffekt muss streng von der eingangs erwähnten Integration am ersten Arbeitsmarkt unterschieden werden.

Für die Arbeitsmarktberichterstattung ist die Entlastungswirkung aus analytischen Gründen von Bedeutung, nämlich besonders dann, wenn ihre Veränderung einen Beitrag zur Erklärung von (gegenläufigen) Veränderungen der Arbeitslosigkeit leistet. Diese eher kurzfristigen konten- oder buchungsmäßigen Zusammenhänge zwischen arbeitsmarktpolitischer Entlastung und Arbeitslosigkeit dürfen nicht so missverstanden werden, als handle es sich dabei um eine langfristig effiziente Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus führt die Berücksichtigung des Entlastungsvolumens zu einer besseren Erfassung des Umfangs der Unterbeschäftigung.

In eine derartige **Entlastungsrechnung** werden regelmäßig Bestandsgrößen jener Instrumente **einbezogen**, deren **Entlastungswirkung** als quantifizierbar gilt.²⁾ Dies trifft zu für: Kurzarbeit (Zahl der Kurzarbeiter mal durchschnittlichem Arbeitszeitausfall), Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen, Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung, berufliche Wiedereingliederung Behinderter sowie Vollzeit-Deutsch-Sprachkurse für Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge. Darüber hinaus wird die vorruhestandsähnliche Regelung gem. § 428 SGB III in Rechnung gestellt, wonach 58-Jährige und ältere Leistungsempfänger der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen müssen und deshalb nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden, sowie Personen in geförderter Altersteilzeit (vgl. Tabelle II.C.6).

Andere Instrumente werden **in der Entlastungsrechnung nicht berücksichtigt**, was nichts gegen ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Eingliederung von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung sagt. Die Gründe für ihre Nichtberücksichtigung sind vielfältig:

- Bei einigen Maßnahmen **bleiben** die Teilnehmer **regelmäßig als Arbeitslose registriert** (z.B. Trainingsmaßnahmen oder Teilzeit-Weiterbildung). Folglich kann insoweit keine Entlastungswirkung eintreten.
- Maßnahmen der beruflichen Erstqualifizierung von Jugendlichen spielen sich größtenteils im **Vorfeld des Arbeitsmarktes** ab; sie betreffen auch überwiegend Personen, die vorher nicht arbeitslos gemeldet waren. Insoweit kann Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht entlastet werden. Dies gilt insbesondere für

berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, die Berufsausbildung Benachteiligter, die berufliche Ersteingliederung Behinderter sowie für große Teile des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Ob sich diese Jugendlichen ohne eine derartige Maßnahme (kurzfristig) arbeitslos gemeldet hätten, lässt sich nicht sagen.

- Daneben gibt es finanzielle Hilfen zur **direkten Eingliederung Arbeitsloser in reguläre Beschäftigung**. Insbesondere bei Eingliederungszuschüssen und Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (2003 ausgelaufen) werden großenteils Schwervermittelbare gefördert, die andernfalls kaum eine Chance hätten (vgl. Tabellen II.E.2a-c). Die finanzielle Förderung ist also häufig Ausgleich für eine (vermutete) Minderleistung. Deshalb dürfte auf diese Weise keine **zusätzliche** Beschäftigung entstehen, d.h. ohne diese Hilfen wären vermutlich Arbeitnehmer ohne Vermittlungshemmnis eingestellt worden (Substitutionseffekt). Vielleicht wäre es in dem einen oder anderen Fall aber auch ohne diese Zuschüsse zur Einstellung förderungsfähiger Arbeitsloser gekommen (Mitnahmeeffekt) oder (leistungsschwache) Beschäftigte wären freigesetzt worden (Drehtüreffekt). Vor allem aus diesen Gründen ist der gesamtwirtschaftliche Effekt derart subventionierter Beschäftigung auf die Arbeitslosigkeit kaum abzuschätzen.
- Schließlich bestehen zahlreiche Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung ausschließlich oder großenteils in **einmaligen Hilfen**, sodass sich Bestands- und damit Entlastungsgrößen nicht angeben lassen. Dies gilt – abgesehen von den (normalen) Arbeitsvermittlungen – insbesondere für die Unterstützung der Beratung und Vermittlung sowie für Mobilitätshilfen (z.B. Übernahme von Bewerbungs-, Reise- und Umzugskosten), großenteils aber auch für die **Freie Förderung** gem. § 10 SGB III.

Kurz: Manche Maßnahmen werden in die Entlastungsrechnung nicht einbezogen, weil sie die Arbeitslosigkeit nur wenig oder in kaum quantifizierbarem Umfang entlasten. Andererseits sind Substitutions- oder Mitnahmeeffekte auch bei den berücksichtigten Maßnahmen nicht völlig auszuschließen. Schließlich: Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen darf nicht mit Arbeitsmarktpolitik insgesamt gleichgesetzt werden (vgl. Tabellen II.E.1 und 2).

In die „Entlastung durch **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**“ der Bundesanstalt nicht einbezogen sind schließlich Bezieher von vorgezogenem Altersruhegeld (vgl. § 237 SGB VI) oder Erwerbsunfähigkeitsrenten (vgl. § 43 SGB VI), auch wenn diese Frühverrentungen arbeitsmarktbedingt sind.

¹⁾ Ergebnisse in diese Richtung liefern die sog. Eingliederungsbilanzen. Vgl. zuletzt: Daten zu den Eingliederungsbilanzen 2002, Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) vom 31.12.2003, 51. Jahrgang.

²⁾ Vgl. auch Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 37. Jg. (2004).

Stille Reserve

Das Kräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial) setzt sich zusammen aus den Erwerbstätigen (Beschäftigten), den Arbeitslosen (Erwerbslosen) und der sog. **Stillen Reserve** (vgl. Abbildung I.1). Zur Stillen Reserve gehören insbesondere:

- Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert zu sein,
- Personen, die die Arbeitsuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden,
- Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in Warteschleifen des Bildungs- und Ausbildungssystems und
- Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben geschieden sind.

Während Erwerbstätige und Arbeitslose in amtlichen Statistiken erfasst werden, muss die Stille Reserve geschätzt werden. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Methoden. So wird die Stille Reserve mit Hilfe ökonomischer Modelle ermittelt; diesen Ansatz verfolgt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Oder die Stille Reserve wird anhand von Bevölkerungsbefragungen geschätzt.¹⁾

Zum Teil handelt es sich bei der Stillen Reserve um (beschäftigungslose) Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Hierzu lassen sich Angaben aus Geschäftsstatistiken gewinnen. Zieht man von der Stillen Reserve insgesamt diese **Stille Reserve in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** ab, gelangt man zur **Stillen Reserve i.e.S.** Insbesondere dieser Teil lässt sich nicht genau quantifizieren. Der Schätzcharakter der Größe der Stillen Reserve darf insbesondere dann nicht übersehen werden, wenn die Zahlen der Arbeitslosen und der Personen in der Stillen Reserve zu einer „Unterbeschäftigung insgesamt“ addiert werden.

¹⁾ Vgl. im Einzelnen Johann Fuchs, Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250) Nürnberg 2002, S. 79 ff. Christian Brinkmann, Wolfgang Klauder, Lutz Rheyner, Manfred Thon, Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), Heft 4, 1987, S. 387 ff. Elke Holst, Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe – Zusammensetzung – Verhalten, Berlin 2000.

jene Frührentner, die arbeitsmarktbedingt eine volle statt einer halben **Erwerbsminderungsrente** erhalten (vgl. § 43 Abs. 2 SGB VI i.V.m. § 224 SGB VI); 2003 wurden rd. 27.600 derartige Rentenzugänge registriert (Vorjahr: 26.300), 21.300 in Westdeutschland und 6.300 in Ostdeutschland (Vorjahr: 20.200 bzw. 6.100). Der Status als Rentner ist zwar individuell faktisch nicht mehr umzukehren, der Entzugseffekt durch den Vorruhestand ist aber unter langfristigen Gesichtspunkten sehr wohl rückgängig zu machen.

Je nachdem wie weit man den Begriff der **Unterbeschäftigung** fasst, ergibt sich für 2003 eine bundesweite Arbeitsplatz-

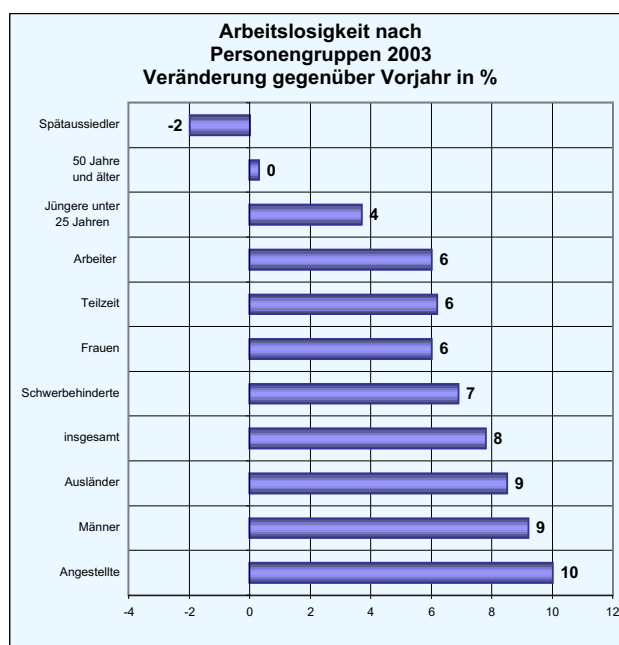
lücke zwischen 4,38 Mio (nur registrierte Arbeitslose) bis zu 7,29 Mio (registrierte Arbeitslose plus Stille Reserve im engen Sinne plus Stille Reserve in Maßnahmen plus „zweiter Arbeitsmarkt“ und Kurzarbeit im Vollzeit-Äquivalent), im Vergleich zu 4,06 Mio bzw. 6,83 Mio im Vorjahr.²⁾ In Westdeutschland reicht die Spanne 2003 von 2,75 Mio bis zu 4,89 Mio und in Ostdeutschland von 1,62 Mio bis zu 2,41 Mio.

Die jeweils betroffenen Personen stehen allerdings unterschiedlich nahe am Arbeitsmarkt. Untersuchungen des IAB zeigen, dass im Frühjahr 2000 etwa ein Fünftel der registrierten Arbeitslosen „ohne klare Orientierung“ und „übergangsorientiert“ waren und nicht intensiv nach Arbeit suchten.³⁾ Diese Personen sind mehrheitlich nur noch schwer zu aktivieren.

Die anhaltende konjunkturelle Schwächephase hat die Arbeitslosigkeit von **Angestellten** stärker steigen lassen als die von **Arbeitern**. Im

Jahresdurchschnitt 2003 lag die Zahl arbeitsloser Angestellter mit 1,68 Mio um 10% über Vorjahresniveau; bei Arbeitern nahm die Arbeitslosigkeit um 6% auf 2,70 Mio zu. Dabei erhöhte sich die Arbeitslosenzahl bei weiblichen Angestellten und bei Arbeiterinnen jeweils deutlich weniger als bei den Männern (+9% auf 1,12 Mio bzw. +3% auf 807.700; Männer: +13% auf 558.800 bzw. +8% auf 1,89 Mio).

Abbildung II.C.3



²⁾ Vgl. Hans-Uwe Bach, Eugen Spitznagel, Gesamtfiskalische Modellrechnungen. Was kostet uns die Arbeitslosigkeit?, IAB-Kurzbericht Nr. 10 vom 21.7.2003.

³⁾ Udo Brixy u.a., Arbeitslosenuntersuchung – Teil II, Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen, IAB-Kurzbericht Nr. 2 vom 21.1.2002.

Auch insgesamt hat die Arbeitslosigkeit der **Frauen** schwächer zugenommen als die der **Männer**. Im Jahresdurchschnitt waren 1,93 Mio Frauen und 2,45 Mio Männer arbeitslos gemeldet, 6% bzw. 9% mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.C.1). Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen ist weiter gesunken, und zwar um 0,7 Prozentpunkte auf 44,1%. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen) war mit 10,0% nennenswert niedriger als die der Männer mit 10,9%.

Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen ist in Ostdeutschland mit 47,5% deutlich größer als in Westdeutschland mit 42,1%. Zudem ist im Westen die Arbeitslosenquote der Frauen mit 7,7% merklich kleiner als die der Männer mit 8,9%, in Ostdeutschland liegen beide Quoten mit 18,6% gleichauf.

Auch die Arbeitslosigkeit von Personen, die eine **Teilzeitbeschäftigung** suchten, hat sich 2003 weiter erhöht. Im Jahresdurchschnitt wünschten 393.900 Arbeitslose ausschließlich eine Teilzeitarbeit, dies sind 6% mehr als 2002. Gleichzeitig nahm aber auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Teilzeitkräfte zu, sodass der Anstieg der Arbeitslosenzahl auf einem größeren Angebot an Teilzeitkräften beruht. Von den Teilzeitarbeitslosen waren 95% weiblich; unverändert 19% aller arbeitslosen Frauen suchten somit eine Teilzeitbeschäftigung, bei den Männern liegt der entsprechende Anteil praktisch unverändert bei 0,8% (vgl. Anhang, Tabelle III.D.6). Teilzeitarbeitslosigkeit spielt in Westdeutschland eine deutlich größere Rolle als in Ostdeutschland; 28% der im Westen arbeitslosen Frauen wollen Teilzeit arbeiten, im Vergleich zu nur 7% im Osten. Der Anteil der teilzeitarbeitslosen Männer ist in West- und Ostdeutschland mit 0,9% bzw. 0,5% gleichermaßen von geringer Bedeutung.

Die Zahl arbeitsloser **Jugendlicher** (unter 25 Jahren) ist insgesamt unterdurchschnittlich gestiegen, und zwar um 4% auf 516.100. Dabei hat sich die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen – bei rückläufiger Beschäftigung – beträchtlich verringert (–16% auf 84.300), während die der 20- bis unter 25-Jährigen deutlich zugenommen hat (+9% auf 431.800). Anscheinend gelang es jungen Menschen weniger, nach Abschluss ihrer Ausbildung schnell oder dauerhaft in Beschäftigung einzumünden. Die Arbeitslosenquote für Jüngere unter 25 Jahren (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) war mit 9,9% weiterhin kleiner als die Gesamtquote (11,6%), allerdings lag die Quote der 20- bis unter 25-Jährigen mit 13,0% darüber und die der 15- bis unter 20-Jährigen mit 4,5% deutlich darunter.

Der bundesweite Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit beruht allein auf Westdeutschland (+7% auf 328.300), in Ostdeutschland hat sie sogar leicht abgenommen (–1% auf 187.800). Die Arbeitslosenquote Jüngerer (unter 25 Jahren) ist im Osten mit 16,1% nach wie vor knapp doppelt so groß wie im Westen mit 8,1%. Allerdings ist sie in Ost wie West niedriger als die Gesamtquote (20,1% bzw. 9,3%).

Die Zahl **älterer Arbeitsloser**⁴⁾ hat sich zuletzt kaum noch verringert. Im Jahresdurchschnitt 2003 gab es 1,09 Mio Arbeitslose ab 50 Jahre (–0,3%). Allerdings hat die Arbeitslosig-

keit der 55-Jährigen und älteren weiter stark abgenommen (–12% auf 531.900), während die der 50- bis unter 55-Jährigen deutlich gestiegen ist (+14% auf 562.400), und zwar bei Männern stärker als bei Frauen (+16% auf 293.900 bzw. +12% auf 268.500). Für die Abnahme bei den 55- bis unter 65-Jährigen spielte die stark zunehmende Inanspruchnahme der Regelung des § 428 SGB III eine wichtige Rolle (jahresdurchschnittlich: +22% auf 356.900). Die Arbeitslosenquoten für Ältere haben sich unterschiedlich entwickelt. Bei den 55- bis unter 65-Jährigen ist die Quote von September 2002 bis September 2003 von 16,9% auf 14,6% gesunken, bei den 50- bis unter 55-Jährige dagegen von 15,0% auf 16,6% gestiegen.

Die Zahl arbeitsloser **Schwerbehinderter** ist 2003 gewachsen, nachdem sie in den Jahren zuvor deutlich abgenommen hatte.⁵⁾ Im Jahresdurchschnitt waren 167.900 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet, 7% mehr als im Vorjahr. Dabei hat sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf beschleunigt, während die Zuwächse bei allen Arbeitslosen kontinuierlich kleiner geworden sind.

Die Arbeitslosigkeit der **Spätaussiedler** war auch im Jahr 2003 rückläufig. Im Jahresdurchschnitt waren 58.200 Spätaussiedler arbeitslos gemeldet, 2% weniger als 2002. Dies beruht auch auf den seit Jahren abnehmenden Zuzugszahlen. Weiterhin von Bedeutung ist wohl, dass die Ansprüche von Spätaussiedlern hinsichtlich der monetären und nicht monetären Beschäftigungsbedingungen vergleichsweise niedrig sein dürften und Arbeitsaufnahmen durch landsmannschaftliche Verbindungen unterstützt werden.

Ausländer sind nach wie vor wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Ihre Arbeitslosenquote (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) blieb im Jahresdurchschnitt mit 20,1% weiterhin fast doppelt so groß wie die der Deutschen (11,6%). Die Zahl arbeitsloser Ausländer erhöhte sich im Berichtsjahr um 9% auf 543.000. Dabei waren Ausländer relativ stark von den Beschäftigungsverlusten in der Bauwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe betroffen. Auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt spielen Ausländer – mit Ausnahme von Berlin – kaum eine Rolle; ihr Anteil an allen Arbeitslosen belief sich dort auf 2%, im Vergleich zu 17% in Westdeutschland (jeweils ohne Berlin).

Die Arbeitslosigkeit ist in fast allen Ländern gestiegen, allerdings mit nennenswerten Unterschieden. Während die

Zahl der Arbeitslosen in westdeutschen Ländern überwiegend deutlich zunahm, stieg sie in ostdeutschen Ländern nur wenig,

Große Unterschiede in den Regionen

⁴⁾ Vgl. Barbara Koller, Hans-Uwe Bach, Udo Brixy: Ältere ab 55 Jahren – Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Werkstattbericht Nr. 5 vom 16.4.2003.

⁵⁾ Vgl. Angela Rauch, Hannelore Brehm: Licht am Ende des Tunnels? Eine aktuelle Analyse der Situation schwerbehinderter Menschen am Arbeitsmarkt, IAB-Werkstattbericht Nr. 6 vom 17.4.2003.

in Sachsen nahm sie sogar geringfügig ab (−0,4%). Die stärksten Zuwächse gab es in Bayern (+16%), Baden-Württemberg (+14%) und Hessen (+13%), die geringsten Zunahmen im Westen verzeichneten Niedersachsen, Bremen und das Saarland (jeweils +5%). In Ostdeutschland nahm die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern am meisten zu (+7%; vgl. Anhang Tabelle III.B.2).

Die im Vergleich zum Westen weniger ungünstige Entwicklung in den ostdeutschen Ländern hängt auch mit anhaltender Abwanderung nach Westdeutschland zusammen. Daneben spielt auch eine Rolle, dass in Ostdeutschland absolute Zunahmen wegen des hohen Arbeitslosenbestands relativ weniger ins Gewicht fallen als im Westen (Basiseffekt).

Nach wie vor gravierend sind die regionalen Unterschiede im **Niveau der Arbeitslosigkeit**. Es besteht ein Ost-West-Gefälle zuungunsten Ostdeutschlands, zudem ist tendenziell ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. Am niedrigsten lag die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg und Bayern (6,2% bzw. 6,9%). Unter den westdeutschen Ländern hat Bremen die höchste Quote (13,2%). Damit liegt die Arbeitslosigkeit dort aber immer noch deutlich unter den Quoten von Thüringen und Sachsen, die von den ostdeutschen Ländern die kleinsten Quoten aufweisen (16,7% bzw. 17,9%). Am größten waren die Quoten in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (20,5% bzw. 20,1%; vgl. Anhang Tabelle III.B.4).

2. Zugänge in Arbeitslosigkeit

Weiterhin mehr Zugänge aus Erwerbstätigkeit

Dass sich die Arbeitslosigkeit 2003 deutlich erhöht hat, beruht vor allem auf mehr **Zugängen**. So meldeten sich im Be-

richtsjahr 7,62 Mio Menschen arbeitslos, dies sind 367.800 oder 5% mehr als 2002. Dabei war der Anstieg in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland (+7% bzw. +2%; vgl. Tabellen II.C.4 und 5).

Zum weitaus größten Teil ist der Zuwachs auf deutlich mehr **Meldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit** zurückzuführen (ohne betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung: +8% auf 4,10 Mio), vor allem im Westen (+11%; Ost: +2%). Dies spiegelt den anhaltenden Beschäftigungsabbau wider. Besonders stark nahmen die Arbeitslosmeldungen von Selbstständigen/Mithelfenden zu (+44% auf 125.900).

Der Anstieg bei den Arbeitslosmeldungen aus vorheriger Erwerbstätigkeit beruht zum weitaus größten Teil aus mehr Zugängen aus dem **Tertiären Sektor** (+13% auf 2,53 Mio; vgl. Anhang Tabelle III.A.5). Die relativ größten Zuwächse verzeichneten dort Erziehung und Unterricht (+33%), unternehmensnahe Dienstleistungen (+23%) sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+20%). Arbeitslosmeldungen aus dem **Baugewerbe** waren nur wenig größer als vor einem Jahr (+2% auf 0,69 Mio); dies spiegelt – bei anhaltend schwacher Branchenkonjunktur – auch das stark reduzierte Beschäftigungsniveau wider. Dabei gab es allein in Westdeutschland eine Zunahme (+8%; Ost-

Zugang an Arbeitslosen

Status vor Arbeitslosmeldung	im Jahr 2003	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %
Deutschland			
Insgesamt	7.622.400	+367.800	+5,1
<i>davon aus:</i>			
Erwerbstätigkeit	4.096.900	+298.700	+7,9
Ausbildung	657.400	−93.000	−12,4
sonstige Nichterwerbstätigkeit	2.862.400	+156.400	+5,8
Westdeutschland			
Insgesamt	5.168.200	+331.400	+6,9
<i>davon aus:</i>			
Erwerbstätigkeit	2.807.000	+268.200	+10,6
Ausbildung	377.600	−46.300	−10,9
sonstige Nichterwerbstätigkeit	1.979.500	+105.600	+5,6
Ostdeutschland			
Insgesamt	2.454.200	36.300	+1,5
<i>davon aus:</i>			
Erwerbstätigkeit	1.289.900	+30.500	+2,4
Ausbildung	279.800	−46.600	−14,3
sonstige Nichterwerbstätigkeit	882.800	+50.800	+6,1

deutschland: −4%). Zugänge aus dem **Verarbeitenden Gewerbe** waren insgesamt etwa so groß wie vor einem Jahr (+1% auf 0,67 Mio), allerdings mit bemerkenswerten Unterschieden. Zunahmen insbesondere beim Ernährungsgewerbe (+12%), Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+5%) und der Herstellung von Metallerzeugnissen (+5%) standen Abnahmen u. a. im Maschinenbau (−6%) und der Chemischen Industrie (−6%) gegenüber.

Infolge der schlechten Wirtschaftslage haben auch die Probleme an der zweiten Schwelle deutlich zugenommen. So war die Zahl der Arbeitslosmeldungen von Personen, die vorher in **betrieblicher oder außerbetrieblicher Ausbildung** gestanden hatten, erheblich größer als vor einem Jahr (+16% auf 244.200). Allerdings entfällt der Zuwachs allein auf Westdeutschland (+31%; Ostdeutschland: −7%). Gleichzeitig waren die Zugänge nach **schulischer Ausbildung** erneut merklich schwächer (−24% auf 413.200), und zwar vor allem wegen weniger Meldungen nach einer geförderten beruflichen Weiterbildung.

Deutlich zugenommen haben auch die Zugänge aus **sonstiger Nichterwerbstätigkeit** (+6% auf 2,86 Mio). Dies beruht fast ausschließlich auf mehr Meldungen nach Arbeitsunfähigkeit (+41% auf 947.600), also von Personen, die ihre Arbeitslosigkeit nur deshalb unterbrochen hatten, weil sie wegen Krankheit die Voraussetzung für die Zählung als Arbeitsloser vorübergehend nicht mehr erfüllten.

Die Arbeitslosmeldungen entwickelten sich bei Männern und Frauen sehr ähnlich. So haben sich 2003 die Zugänge von

Frauen in Arbeitslosigkeit in gleichem Ausmaß erhöht wie die von Männern (jeweils +5% auf 3,14 Mio bzw. 4,49 Mio). Der Anteil der **Frauen** an allen Arbeitslosmeldungen blieb konstant bei 41%. Die Zugänge nach Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) haben sich bei Frauen nur geringfügig weniger erhöht als bei Männern (+7% bzw. +8%). Dasselbe gilt für die Meldungen nach betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildungen (+16% bzw. +17%). Die Zugänge aus schulischer Ausbildung gingen bei beiden Geschlechtern erheblich zurück (Frauen: -24%; Männer: -23%).

3. Abgänge aus Arbeitslosigkeit

... deutlich größer

Die **Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit** waren 2003 deutlich größer als im Jahr zuvor. Im Verlauf des

Jahres beendeten 7,53 Mio Personen ihre Arbeitslosigkeit, 8% mehr als 2002. Dabei war der Anstieg im Westen stärker als im Osten (+10% bzw. +4%; vgl. Tabellen II.C.4 und 6).

Im Berichtsjahr beendeten erheblich mehr Personen ihre Arbeitslosigkeit durch **Aufnahme einer Erwerbstätigkeit** (ohne betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung: +9% auf 3,12 Mio). Dies ist jedoch nicht Ausdruck konjunktureller Belebung, sondern größtenteils Folge der Stärkung der Eigeninitiative der Arbeitslosen und ihrer Förderung bei der Arbeitssuche. Infolgedessen wurden Beschäftigungschancen, die sich auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche bieten, anscheinend besser genutzt. Vor allem aber hat die Aufnahme selbstständiger Beschäftigung beträchtlich zugenommen (+81% auf 255.600), kräftig

unterstützt durch Überbrückungsgeld sowie die neuen Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG). Letzteres spiegelt auch das zu geringe Angebot an abhängiger regulärer Beschäftigung wider.

Die Abgänge von Arbeitslosen in **schulische, betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung** waren beträchtlich kleiner als im Vorjahr (-29% auf 484.600). Maßgebend dafür waren weniger Eintritte in berufliche Weiterbildung (einschließlich Deutsch-Sprachlehrgänge und berufliche Eingliederung behinderter Menschen), aber auch weniger Übergänge in Schule oder Studium.

Vor allem Abgänge in **sonstige Nichterwerbstätigkeit** waren beträchtlich zahlreicher als im Vorjahr (+19% auf 3,24 Mio). Ausschlaggebend dafür waren Abmeldungen aus folgenden Gründen: Nichterneuerung der Meldung oder fehlende Verfügbarkeit bzw. Mitwirkung, Inanspruchnahme vorruhestandsähnlicher Regelungen (§§ 125, 428 SGB III, § 252 Abs. 8 SGB VI)⁶⁾ sowie Krankmeldungen. Dahinter stehen höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen. Personen, die nicht (mehr) aktiv nach Arbeit suchen oder nicht verfügbar sind, werden – wie es das Gesetz vorsieht – auch nicht (mehr) als Arbeitslose erfasst.

Die Abmeldungen von **Frauen** aus der Arbeitslosigkeit haben 2003 weniger zugelegt als die von Männern (+6% auf 3,11 Mio bzw. +9% auf 4,43 Mio); ihr Anteil an allen Abmeldungen hat sich deshalb leicht verringert (-1 Prozentpunkt auf 41%). Vor allem die Abgänge in Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) waren bei Männern deutlich stärker als vor einem Jahr (Frauen: +5% auf 1,10 Mio; Männer: +11% auf 2,03 Mio). Nach wie vor liegt die Wiederbeschäftigungsquote bei Frauen mit 35% beträchtlich unter der der Männer mit 46% (Vorjahr: 36% bzw. 45%; vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“ in Kapitel II.D sowie Tabelle II.D.2). Weniger zahlreich waren die Abmeldungen in eine betriebliche oder schulische Ausbildung, und zwar bei Frauen ausgeprägter als bei Männern (-11% auf 88.800; Männer: -7% auf 142.300). Die Abgänge in sonstige Nichterwerbstätigkeit wiesen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf.

Abgang an Arbeitslosen			
Abgangsgründe	im Jahr 2003	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %
Deutschland			
Insgesamt	7.533.900	+541.700	+7,7
<i>darunter in:</i>			
Erwerbstätigkeit	3.120.600	+245.200	+8,5
Ausbildung	484.600	-200.400	-29,3
sonstige Nichterwerbstätigkeit	3.244.500	+513.200	+18,8
Westdeutschland			
Insgesamt	5.066.100	+442.200	+9,6
<i>darunter in:</i>			
Erwerbstätigkeit	2.032.800	+181.800	+9,8
Ausbildung	317.300	-94.100	-22,9
sonstige Nichterwerbstätigkeit	2.220.100	+365.400	+19,7
Ostdeutschland			
Insgesamt	2.467.700	+99.500	+4,2
<i>darunter in:</i>			
Erwerbstätigkeit	1.087.700	+63.300	+6,2
Ausbildung	167.300	-106.300	-38,8
sonstige Nichterwerbstätigkeit	1.024.400	+147.800	+16,9

4. Dauer der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit

Die **abgeschlossene Dauer** der Arbeitslosigkeit hat sich 2003 kaum verändert. Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf beendeten, waren durchschnittlich 37,5 Wochen arbeitslos, im Vergleich zu 37,6 Wochen im Jahr zuvor. Von den (7,53 Mio) Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Verlauf des

⁶⁾ In § 252 Abs. 8 SGB VI wurde ab Mai 2003 geregelt, dass Anrechnungszeiten für die Rente Versicherten auch dann anerkannt werden, wenn sie nach Vollendung des 58. Lebensjahres den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit nicht mehr voll zur Verfügung stehen und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden. Damit wurde für ältere Arbeitslose ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen eine analoge Regelung zum § 428 SGB III geschaffen. Vgl. Abschnitt II.E.10.

Dauer der Arbeitslosigkeit

Für die Ermittlung der Länge einer Arbeitsloskeitsperiode gibt es unterschiedliche methodische Konzepte:

1. die abgeschlossene Dauer.

Dies ist die Zeitspanne zwischen Beginn und Ende einer Arbeitsloskeitsperiode. Ermittelt oder berechnet man sie für bestimmte Personengruppen, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums ihre Arbeitslosigkeit beendeten, kann diese durchschnittliche Dauer als Risiko des Verbleibs in Arbeitslosigkeit interpretiert werden.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann aus der **Abgangserhebung** ermittelt werden. Dabei wird bei der Abmeldung die jeweilige Dauer des Verweilens in der Arbeitslosigkeit (in Wochen oder Monaten) festgestellt. Bis 1998 waren entsprechende Daten nur aus der Juni-Erhebung verfügbar, die möglicherweise saisonal oder anderweitig verzerrt und damit nicht unbedingt repräsentativ für alle Abgänge eines Jahres sind. Seit Januar 2000 liegt die Abgangserhebung, auch für das Jahr 1999, ganzjährig für alle Monate vor. Weil damit auch ein Vorjahresvergleich auf der Grundlage von Jahressummen möglich ist, wird seitdem die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit auf dieser Grundlage ausgewiesen.

Näherungsweise errechnet sich die – in Wochen gemessene – mittlere Verdauerdauer mit Hilfe der sog. Umschlagsformel wie folgt:

$$\frac{\text{Jahresdurchschnittlicher Bestand an Arbeitslosen}}{\frac{\text{Jahressumme der Zugänge in + Abgänge aus Arbeitslosigkeit}}{2}} \quad \times 52$$

Liegen ausnahmsweise nur Zugänge – wie bei den Leistungsempfängern – oder nur Abgänge vor, wird der Nenner dieser Formel durch eine dieser beiden Bewegungsgrößen ersetzt.

Diese Berechnung setzt allerdings voraus, dass mit der Abmeldung eines Arbeitslosen eine Arbeitsloskeitsperiode tatsächlich beendet wird. Bei bestimmten kürzeren Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit – z. B. wegen Krankheit von weniger als sechs Wochen oder einer kürzeren, aber der Verfügbarkeit entgegenstehenden Ortsabwesenheit – werden jedoch Bewegungen aus und in Arbeitslosigkeit nachgewiesen, ohne dass nach der Unterbrechung der Beginn der Arbeitslosigkeit neu festgesetzt wird. In Folge dessen ist die mit der Umschlagsformel berechnete Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell niedriger als die erhobene.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann auch durch gesetzliche Regelungen beeinflusst werden. Z. B. hat die mit dem SGB III eingeführte dreimonatige persönliche Meldepflicht für bestimmte Gruppen von Leistungsempfängern (ab 1.1.1998) dazu geführt, dass ein arbeitsloser Leistungsempfänger bei Nichterneuerung der Meldung aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet wurde. Hat der Arbeitslose danach seine persönliche Meldung erneuert, begann eine neue Arbeitsloskeitsperiode. Somit hat diese gesetzliche Regelung die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell verkürzt. Nach Aufhebung dieser Bestimmung mit dem Zweiten Änderungsgesetz zum SGB III (ab 1.8.1999) hat sich – umgekehrt – die Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell wieder erhöht.

Neben der abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit wird bei Arbeitslosen im Bestand auch deren bisherige Verweilzeit gemessen, d. h.

2. die nicht abgeschlossene Dauer (bisherige Dauer).

Dabei handelt es sich um die Zeit der Arbeitslosigkeit, die bis zu einem Stichtag zurückgelegt ist. Weil Personen mit längerer Arbeitsloskeitsdauer im Arbeitslosenbestand überrepräsentiert sind, ist dieses Konzept ungeeignet, das durchschnittliche Verweilrisiko zu quantifizieren.

Die obigen Aussagen zur Dauer der Arbeitslosigkeit gelten analog für die **Dauer des Leistungsbezugs** sowie die **durchschnittliche Laufzeit von Stellenangeboten**.

3. Langzeitarbeitslosigkeit

Bislang ist es allgemein üblich, das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. den Bestand an Langzeitarbeitslosen anhand der nicht abgeschlossenen Dauer zu ermitteln. Genauer: Man betrachtet die Zahl oder den Anteil jener Arbeitslosen, **die zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits länger als ein Jahr arbeitslos** sind. Dieses Vorgehen ist für eine vollständige Erfassung des Ausmaßes von Langzeitarbeitslosigkeit indes wenig adäquat. Denn unter denen, die zu einem Stichtag kürzer als ein Jahr arbeitslos sind, befinden sich viele, die ihre Arbeitslosigkeit erst nach über einem Jahr beendet haben werden. Betrachtet man deshalb **abgeschlossene Arbeitsloskeitsperioden von über einem Jahr**, errechnet sich ein Volumen an Langzeitarbeitslosigkeit, das fast doppelt so groß ist wie das bisher ausgewiesene. Dies ist bei den Aussagen zur Langzeitarbeitslosigkeit, die sich der üblichen Definition bedienen, zu beachten.¹⁾

¹⁾ Vgl. Werner Karr: Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 30. Jg., Heft 1/1997, S. 37 ff; ders., Die Erfassung der Langzeitarbeitslosigkeit – ein kaum beachtetes Messproblem, IAB-Kurzbericht, Nr. 5 vom 7.8.1997. Helmut Rudolph: Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig erkennen, IAB-Werkstattbericht Nr. 14 vom 19.11.1998.

Jahres beendeten, waren 33% längstens drei Monate arbeitslos, 24% zwischen drei und einem halben Jahr und 20% zwischen einem halben und einem vollen Jahr; 19% waren länger als ein Jahr arbeitslos. Dabei dauerte die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland mit 40,3 Wochen deutlich länger als in Westdeutschland mit 36,2 Wochen, zudem hat die Dauer im Osten um $1/2$ Woche zugenommen, während sie sich im Westen etwas verringerte (vgl. Tabelle II.C.7).

Frauen weisen eine deutlich längere abgeschlossene Arbeitsloskeitsdauer auf als Männer. Sie beendeten 2003 ihre Arbeitslosigkeit nach 42,5 Wochen im Vergleich zu 30,3 Wochen bei den Männern. Dabei ist der Unterschied des Verbleibsrisikos in Ostdeutschland deutlich größer als in Westdeutschland (48,3 Wochen zu 34,7 Wochen; Westdeutschland: 39,6 Wochen zu 33,7 Wochen).

Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** hat sich dagegen deutlich erhöht, und zwar jahresdurchschnittlich um 10% auf 1,52 Mio. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist von 33,7% auf 34,8% gestiegen. Besonders stark war die Zunahme bei den Männern (+16,5% auf 803.600), der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg dort von 27,9% auf 32,8%. Bei Frauen entsprach die Zunahme etwa der Ingesamt-Entwicklung (+6% auf 719.900), ihr Langzeitarbeitslosen-Anteil sank geringfügig von 33,3% auf 33,2%. Nach wie vor sind Frauen häufiger langzeitarbeitslos als Männer.

In Ostdeutschland sind – relativ gesehen – deutlich mehr Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als im Westen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beläuft sich dort auf 40,0%, im Vergleich zu 31,7% im Westen. Auch hat sich die Langzeitarbeitslosenquote in Ostdeutschland im Berichtsjahr erhöht, während sie im Westen praktisch unverändert blieb (Osten: +3,2 Prozentpunkte; Westen: +0,1 Prozentpunkt). Besonders markant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede: In Ostdeutschland sind 45,2% der arbeitslosen Frauen langzeitarbeitslos, im Vergleich zu 35,2% bei den Männern. Im Westen dagegen ist die Quote der Frauen mit 31,8% kaum größer als die der Männer (31,6%).

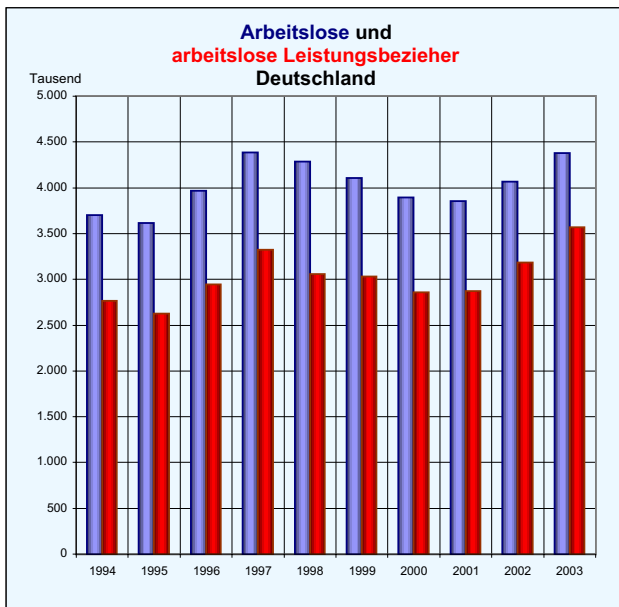
5. Arbeitslosigkeit und Geldleistungen

Im Jahresdurchschnitt 2003 erhielten 3,56 Mio Arbeitslose die Entgeltersatzleistung **Arbeitslosengeld** oder **Arbeitslosenhilfe**,

Leistungsempfängerquote am Bestand rückläufig

das waren 12% mehr als vor einem Jahr (2002/01: +15%; vgl. Tabelle II.C.9). Dabei war der Anstieg bei Arbeitslosenhilfebeziehern spürbar stärker als bei Arbeitslosengeldempfängern (+20% auf 1,81 Mio bzw. +5% auf 1,75 Mio). Das reflektiert auch den starken Zuwachs der Arbeitslosengeldempfänger im vergangenen Jahr, die 2003 zum Teil in den Arbeitslosenhilfebezug gewechselt sind. Die Zahl der Arbeitslosen, die keine Leistungen beziehen, ist dagegen um 8% auf 812.600 gesunken. Aufgrund der höheren Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative haben sich offenkundig vor allem Nichtleistungsempfänger vom Arbeitsmarkt zurückgezogen.

Abbildung II.C.4



Entsprechend ist die **Leistungsempfängerquote für den Bestand** (arbeitslose Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger dividiert durch alle Arbeitslosen) deutlich gestiegen, und zwar von 78,3% auf 81,4%.

Darüber hinaus gab es noch 488.100 **Leistungsempfänger, die nicht als Arbeitslose zählen**, gegenüber Vorjahr 19% mehr. Zum Anstieg beigetragen haben vor allem Ältere, die die vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III in Anspruch nehmen (+22% auf 356.800) und Arbeitsunfähige (+13% auf 95.100). Die Nutzung der Nahtlosigkeitsregelung hat sich vergleichsweise wenig verändert (+4% auf 36.300).

Die Zahl der arbeitslosen Leistungsempfänger hat in Westdeutschland deutlich stärker zugenommen als in Ostdeutschland. Im Jahresdurchschnitt gab es dort 2,18 Mio Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfeempfänger, 15% mehr, im Vergleich zu einem Anstieg von „nur“ 5% auf 1,38 Mio im Osten. Zudem beschränkt sich der Zuwachs in Ostdeutschland auf Arbeitslosenhilfeempfänger (+16% auf 859.400), während die Zahl der Arbeitslosengeldbezieher dort deutlich abnahm (–9% auf 521.100). Im Westen hat sich demgegenüber auch die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger stark erhöht (+13% auf 1,23 Mio; Arbeitslosenhilfebezieher: +23% auf 950.500). Ferner ist in Ostdeutschland die Zahl der Nichtleistungsempfänger weniger gesunken als im Westen (–2% auf 243.200; West: –10% auf 569.400).

Nach wie vor ist die Leistungsempfängerquote für den Bestand in Ostdeutschland mit 85,0% deutlich größer als in Westdeutschland mit 79,3%. Allerdings ist die Quote im Westen 2003 erneut deutlicher gestiegen (+4,6 Prozentpunkte), mittlerweile liegt sie um 11,3 Prozentpunkte über dem Wert von 2000. In Ostdeutschland hat sich die Quote dagegen vergleichsweise wenig verändert (2003/02: +1,0 Prozentpunkte; 2003/00: +3,1 Prozentpunkte).

Berechnung der Leistungsempfängerquoten

Bezug von Geldleistungen nach dem SGB III mit Beginn der Arbeitslosigkeit bedeutet nicht, dass diese bis zum Ende der Arbeitslosigkeit gezahlt werden. So kann für Arbeitslose der Leistungsbezug auslaufen, bevor die Arbeitslosigkeit abgeschlossen ist, nämlich insbesondere bei Erschöpfung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 127 ff. SGB III) und Fehlen eines Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe (negatives Ergebnis der Bedürftigkeitsprüfung; vgl. § 193 ff. SGB III). Von der **Zahl der Leistungsempfänger bzw. der Leistungsempfängerquote beim Zugang** ist folglich zu unterscheiden, wie viele Arbeitslose zu bestimmten Stichtagen oder im Jahresdurchschnitt Entgeltersatzleistungen erhalten bzw. wie groß der durch Entgeltersatzleistungen finanziell abgesicherte Teil des Arbeitslosigkeitsvolumens ist. Die so ermittelte **Leistungsempfängerquote für den Bestand** an Arbeitslosen berücksichtigt also auch die Dauer des Leistungsbezuges.

Bei der Berechnung der **Leistungsempfängerquote** beim Zugang ist zu beachten:

- Die Zahl der bewilligten Neu- und Wiederbewilligungsanträge enthält keine **Neuanträge auf Anschluss-Arbeitslosenhilfe**, die für die Zeit unmittelbar nach Beendigung des Bezugs von Arbeitslosengeld (meist wegen Erschöpfung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld) gestellt werden, weil diesen Bewilligungen keine Arbeitslosmeldung entspricht.
- Bei Krankheit von weniger als sechs Wochen wird die Entgeltersatzleistung weiter gezahlt, sodass bei rechtzeitiger Gesundung kein neuer Leistungsantrag zu stellen ist. Entsprechend gibt es auch keine bewilligten Anträge bzw. keinen Zugang in den Leistungsbezug nach derartiger Arbeitsunfähigkeit. Um einen Vergleich mit den Zugängen in Arbeitslosigkeit insgesamt zu ermöglichen, werden Arbeitslosmeldungen nach solchen **Unterbrechungen** abgezogen.

Basis für die Berechnung der **Leistungsempfängerquote am Bestand** sind die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu den Erhebungsstichtagen. Diese Bestandszahl wird um **Bezieher von Leistungen** vermindert, **die nicht als Arbeitslose zählen**; nämlich: Fälle mit Leistungsfortzahlung bei nicht nur vorübergehender Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III), Krankheitsfälle (§ 126 SGB III) sowie insbesondere Leistungsfälle für nicht uneingeschränkt verfügbare 58-Jährige oder Ältere (§ 428 SGB III).

Seit Einführung der **Eingliederungshilfe für Spätaussiedler** ab 1.1.1993 ist statistisch nicht nachweisbar, ob diese Leistung bei Arbeitslosigkeit oder bei Besuch von Bildungsmaßnahmen gewährt wird (vgl. §§ 418 ff. SGB III). Zwar dürften zu Beginn des Eingliederungshilfe-Bezuges fast alle Personen arbeitslos gewesen sein, aber diese treten i.d.R. kurz danach in Deutsch-Sprachkurse oder berufliche Weiterbildungen ein, sodass schätzungsweise drei Viertel des jahresdurchschnittlichen Bestandes der Eingliederungshilfe-Empfänger in derartigen Maßnahmen sind. Deshalb wird die Leistungsempfängerquote beim Zugang einschließlich der Eingliederungshilfe-Bezieher berechnet, während bei der Leistungsempfängerquote des Bestandes sowie bei der Dauer des Leistungsbezuges Eingliederungshilfe unberücksichtigt bleibt.

Auch die Quote der Leistungsempfänger am Zugang nimmt zu

Im Jahr 2003 meldeten sich mehr Personen mit einem Anspruch auf Entgeltersatzleistungen arbeitslos als im Vorjahr. Mit 4,87 Mio be-

willigten Neu- und Wiederbewilligungsanträgen gab es einen Zuwachs von 3% (vgl. Tabelle II.C.8). Da sich der Zugang in Arbeitslosigkeit weniger erhöhte, nahm der **Anteil der Leistungsempfänger an allen neu gemeldeten Arbeitslosen** von 71,9% auf 73,0% zu. Der Anstieg beruht vor allem auf mehr wiederbewilligter Arbeitslosenhilfe (+15% auf 758.100), deren Anteil an allen neu gemeldeten Arbeitslosen von 10,1% auf 11,4% gestiegen ist. Die Zahl der bewilligten Anträge auf Arbeitslosengeld nahm vergleichsweise wenig zu (+1% auf 4,07 Mio), ihr Anteil blieb praktisch unverändert bei 61,0%. Bewilligte Eingliederungshilfe nahm weiter deutlich ab (-13% auf 44.500; Anteil: 0,7%). Die Arbeitslosmeldungen von Nichtleistungsempfängern verringerten sich um 3% auf 1,80 Mio; ihr Anteil an den Zugängen sank entsprechend von 28,1% auf 27,0%.

Schließlich haben sich bewilligte **Neuanträge von Arbeitslosenhilfe** deutlich erhöht (vgl. Kasten „Berechnung der Leistungsempfängerquoten“). 2003 wurde für 943.700 Personen, die unmittelbar zuvor Arbeitslosengeld bezogen hatten, anschließend Arbeitslosenhilfe bewilligt, das waren 9% mehr als 2002 (2002/01: +12%). 183.600 Anträge wurden wegen fehlender Bedürftigkeit abgelehnt (Anrechnung von Einkommen bzw. Berücksichtigung von Vermögen; Vorjahr: 88.700).

Die **Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland** sind in Niveau und Entwicklung markant. So ist der Anteil der Leistungsempfänger am Arbeitslosenzugang im Osten mit 76,1% nach wie vor deutlich größer als im Westen mit 71,6%. Allerdings hat zuletzt der Anteil in Westdeutschland um 2,6 Prozentpunkte zu- und in Ostdeutschland um 2,0 Prozentpunkte abgenommen. Ausschlaggebend dafür war, dass es im Osten deutlich weniger bewilligte Arbeitslosengeld-Anträge gab (-8% auf 1,23 Mio; West: +6% auf 2,84 Mio) und die Arbeitslosenhilfe-Wiederbewilligungsanträge nicht so stark zugenommen haben wie im Westen (+9% auf 330.900; West: +19% auf 427.200). Zudem war in Ostdeutschland die Zahl der bewilligten Neu-Anträge auf Arbeitslosenhilfe kleiner als vor einem Jahr (-6% auf 357.100), während sie im Westen beträchtlich gestiegen ist (+19% auf 586.700).

Dauer des Leistungsbezugs nimmt zu

2003 hat sich die Dauer des Leistungsbezugs deutlich erhöht. Leistungsempfänger bezogen ihre Lohnersatzleistung

im Durchschnitt 38,4 Wochen, und damit knapp 3 Wochen länger als vor einem Jahr. Dabei nahm die Leistungsperiode der Arbeitslosenhilfe-Empfänger um 4 Wochen auf 55,3 Wochen und die der Arbeitslosengeld-Empfänger um 0,8 Wochen auf 22,4 Wochen zu. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosig-

Zur Dauer des Leistungsbezuges

Den Rahmen für die maximal mögliche Dauer der Leistungsperiode bildet zunächst die Dauer der Arbeitslosigkeit (§ 117 SGB III). Ob und wie lange während der Arbeitslosigkeit Entgeltersatzleistungen bezogen werden können, hängt von leistungsrechtlichen Voraussetzungen ab, insbesondere vom Lebensalter und der Dauer vorangegangener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen (§ 127 SGB III). Für den Bezug von Arbeitslosenhilfe ist Bedürftigkeit eine Grundvoraussetzung (§§ 193 ff. SGB III).

Die Dauer des Leistungsbezugs wird mit der Umschlagsformel berechnet (vgl. Kasten „Dauer der Arbeitslosigkeit“). Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, dass nur Zugänge, d.h. bewilligte Neu- und Wiederbewilligungsanträge, und keine Abgänge vorliegen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird in diesem Zusammenhang die Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls nur mit den Zugängen berechnet, die zudem von den Arbeitslosmeldungen nach einer Unterbrechung wegen Arbeitsunfähigkeit bereinigt wurden (vgl. Kasten „Berechnung der Leistungsempfängerquoten“).

keit aller Arbeitslosen, also einschließlich der Nichtleistungsempfänger, hat sich im Vergleich dazu „nur“ um 2 Wochen auf 34,1 Wochen erhöht (vgl. Tabelle II.C.10 sowie Kasten „Zur Dauer des Leistungsbezugs“).

Die im Vergleich zum Arbeitslosengeld erheblich längere durchschnittliche Dauer des Bezugs von Arbeitslosenhilfe beruht zunächst darauf, dass diese Leistung grundsätzlich unbefristet ist; außerdem wird sie im Anschluss an Arbeitslosengeld bezogen. Somit sind Arbeitslosenhilfe-Empfänger bereits bei Beginn des Leistungsbezugs regelmäßig schon längere Zeit arbeitslos, was die Beendigung von Arbeitslosigkeit, und damit auch von Leistungsbezug, durch Arbeitsaufnahme erschwert.

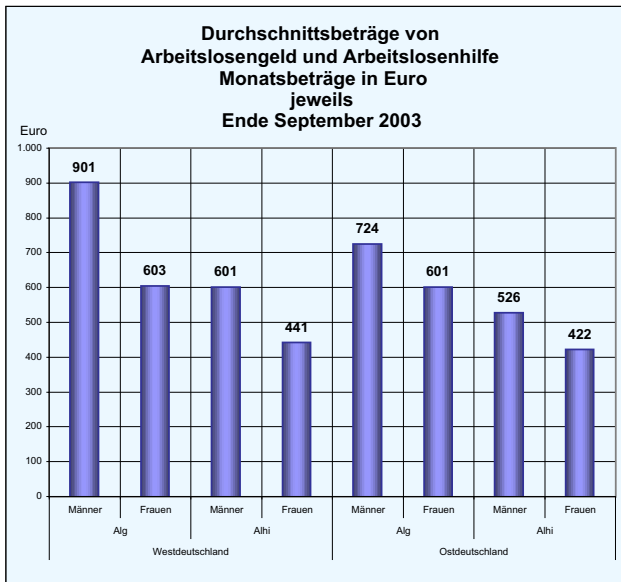
In Ostdeutschland werden Lohnersatzleistungen durchschnittlich 45,9 Wochen bezogen, das ist deutlich länger als in Westdeutschland mit 34,8 Wochen. Dabei beruht der Unterschied allein auf der im Osten erheblich längeren Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe (65,0 Wochen zu 48,7 Wochen; Arbeitslosengeld: 22,0 Wochen zu 22,6 Wochen).

Im Jahresdurchschnitt 2003 erhielten praktisch unverändert 34% der Arbeitslosengeld-Empfänger in Deutschland Leistungen

Durchschnittliche Leistungen leicht gestiegen

in Höhe von 67% des pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, das an Arbeitslose mit mindestens einem Kind gezahlt wird, folglich 66% den Leistungssatz von 60% (ohne Kind). Die Anteile sind in West- und Ostdeutschland identisch; dabei hat sich im Osten der Anteil der Bezieher mit mindestens einem Kind um einen Prozentpunkt erhöht.

Abbildung II.C.5



Bei den Arbeitslosenhilfeempfängern war der Anteil der Empfänger des höheren Satzes (mit Kind; 57%) mit praktisch unverändert 43% spürbar größer; somit betrug für 57% der Leistungssatz 53%. Dabei ist in Ostdeutschland der Anteil der Arbeitslosenhilfe-Empfänger, die wenigstens ein Kind betreuen, mit 47% deutlich höher als in Westdeutschland mit 40%. Allein in Ostdeutschland hat der Anteil zugenommen, und zwar um 1 Prozentpunkt.

Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen

Die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe hängt von verschiedenen Faktoren ab (§§ 129 ff. SGB III): Die zentrale Rolle spielt die Höhe des vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erzielten Bruttoarbeitsentgelts; daraus errechnet sich nach pauschaltem Abzug der gewöhnlich bei Arbeitnehmern anfallenden gesetzlichen Abzüge das pauschalierte Nettoentgelt oder Leistungsentgelt. Daneben sind die Steuerklasse, Kinder, Nebeneinkommen und – bei Arbeitslosenhilfe – das Ausmaß der Bedürftigkeit (§ 193 SGB III) von Bedeutung. Haben Arbeitslosengeldempfänger mindestens ein Kind (i.S. des Einkommensteuergesetzes), beträgt ihr Arbeitslosengeld 67% des vorherigen pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, ansonsten 60%; bei der Arbeitslosenhilfe belaufen sich die entsprechenden Sätze auf 57% und 53%. Seit 1.4.1997 wird, jeweils nach Ablauf eines Jahres, das für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgebliche Arbeitsentgelt mit einem um 3% reduzierten Faktor angepasst (§ 200 Abs. 3 SGB III).

Durch die zum 1.1.2003 in Kraft getretene neue SGB-III-Leistungsentgeltverordnung wurden die Leistungssätze den veränderten gesetzlichen Lohnabzügen angepasst. Dabei sind die Leistungssätze auf Grund der Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Jahresarbeitsverdienstgrenze teils höher, teils etwas niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

Nach einer Auswertung der Septemberzahlen 2003 nahm der monatliche Durchschnittsbetrag beim Arbeitslosengeld (ohne die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung) in Deutschland gegenüber Vorjahr leicht zu, und zwar von 737 € auf 740 € (vgl. Tabelle II.C.11 und Kasten „Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen“). Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe ist dagegen etwas gesunken, und zwar von 522 € auf durchschnittlich 515 €. Auf Grund der Vielzahl der Bestimmungsfaktoren (vorheriges Arbeitsentgelt, Steuerklasse, Familienstand, Bedürftigkeit) streuen die Leistungshöhen jedoch sehr breit; dies darf bei der Betrachtung der Durchschnittswerte nicht vergessen werden.

Der monatliche Durchschnittsbetrag für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe lag in Ostdeutschland bei 670 € bzw. 475 €, das waren 87% bzw. 86% der Westbeträge von 769 € bzw. 550 €. Damit entspricht das Gefälle zwischen den Entgeltersatzleistungen etwa dem der Einkommen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Durchschnittsbeträge in beiden Leistungsarten in West- und Ostdeutschland rückläufig, am stärksten bei der Arbeitslosenhilfe im Osten. Dass der bundesweite Durchschnittsbetrag für Arbeitslosengeld leicht steigt (+3 €), obwohl in West- und Ostdeutschland die Werte abnehmen (jeweils –1 €), beruht darauf, dass das Gewicht des Westens mit den durchschnittlich höheren Beträgen zugenommen hat.

6. Internationale Vergleiche

Internationale Vergleiche der Arbeitslosigkeit bedienen sich standardisierter **Erwerbslosenquoten** (vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“). Für Deutschland lag diese Quote 2003 jahresdurchschnittlich mit 9,3% deutlich über dem Mittel der Länder der Europäischen Union mit 8,0% (vgl. Tabelle II.C.12). In den 90er Jahren war die deutsche Quote noch unterdurchschnittlich gewesen, aber der Abstand zum EU-Mittel hatte sich kontinuierlich und stark verkleinert, im Jahr 2001 wurde es erstmals überschritten. Mittlerweile ist die Erwerbslosenquote nur noch in Spanien größer (11,3%). Die niedrigsten Quoten in Europa weisen Luxemburg (3,7%), die Niederlande (3,8%), Österreich (4,4%) und Irland (4,6%) auf.

Für die Länder der Europäischen Union betragen die standardisierten Erwerbslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2003 für **Frauen** 8,9% und für **Männer** 7,3%. In Deutschland war die Frauenarbeitslosigkeit mit 8,9% so groß wie im EU-Durchschnitt. Die Spannweite reichte in Europa von 4,0% in den Niederlanden bis 15,9% in Spanien. Für die Männer errechnet sich eine deutsche Erwerbslosenquote von 9,6%, das ist der höchste europäische Wert; besonders niedrige Quoten wurden für Luxemburg (2,7%) und die Niederlande (3,7%) ausgewiesen.

Im europäischen Mittel haben Frauen eine höhere Erwerbslosenquote als Männer, allerdings gibt es zwischen den Ländern deutliche Unterschiede. So ist in Griechenland und Spanien die Quote der Frauen um jeweils 8,0 bzw. 7,7 Prozentpunkte größer als die der Männer, im Vergleich zu 1,6 Prozentpunkten im europäischen Durchschnitt. Dagegen haben Frauen im Vereinigten Königreich (–1,1 Prozentpunkte), in Schweden (–0,8 Prozentpunkte), Irland (–0,7 Prozentpunkte),

Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Angaben über registrierte Arbeitslose und Erwerbslosenquoten sind aufgrund unterschiedlicher nationaler Definitionen und Erhebungen von „Arbeitslosigkeit“ für zwischenstaatliche Vergleiche nur sehr eingeschränkt nutzbar. Aus diesem Grund werden hierfür die vom **Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat)** verwendeten Angaben zu Erwerbslosen herangezogen. Diese basieren auf den Definitionen des internationalen Arbeitsamtes (ILO) nach dem „Labour-force“-Konzept und werden in einer gemeinschaftlichen Arbeitserhebung ermittelt.

Als **Erwerbslose** gelten alle Personen **ab 15 Jahren**,

- die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren, d.h. weder einer abhängigen noch selbstständigen Beschäftigung von wenigstens einer Stunde nachgingen, und
- die für eine Beschäftigung verfügbar waren, d.h. innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen eine abhängige oder eine selbstständige Beschäftigung aufnehmen konnten, und
- die aktiv auf Arbeitssuche waren, d.h. innerhalb der letzten vier Wochen (einschl. der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige oder eine selbstständige Beschäftigung zu finden, oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, diesen aber erst später, d.h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten, einnehmen können.

Damit werden z.B. Personen, die bis zu 15 Stunden pro Woche arbeiten und so gemäß SGB III arbeitslos sein können, nicht als Erwerbslose gezählt. Dies ist ein Grund dafür, weshalb die Zahl der Erwerbslosen kleiner ist als die der Arbeitslosen (Arbeitslose gemäß SGB III – Definition Jahresdurchschnitt 2003 Deutschland: 4,38 Mio, Erwerbslose gemäß Eurostat: 3,85 Mio) und die Erwerbslosenquote niedriger als die Arbeitslosenquote ist.

Die **Erwerbslosenquote** stellt – wie die Arbeitslosenquote – die relative Unterauslastung des Kräfteangebots dar (vgl. Kasten „Arbeitslosenquoten“). Dabei bezieht man die Zahl der Erwerbslosen auf die der Erwerbstätigen plus Erwerbslosen.

Der Ermittlung der Erwerbstätigen- und Erwerbslosenzahlen liegen die Ergebnisse der gemeinschaftlichen Arbeitserhebung der Länder der Europäischen Gemeinschaft zugrunde (EU-AKE). Diese ist in Deutschland als Unterstichprobe in den nationalen Mikrozensus (jeweils in der letzten April-Woche) integriert. Die monatliche Erwerbslosenzahl wird anhand der monatlich erhobenen Arbeitslosenzahl der Bundesanstalt für Arbeit fortgeschrieben.

Abbildung II.C.6



Deutschland (–0,7 Prozentpunkte) und Finnland (–0,3 Prozentpunkte) kleinere Quoten als Männer.

Vergleiche mit standardisierten Quoten lassen allerdings offen, wie groß die Unterbeschäftigung insgesamt ist, insbesondere in welchem Umfang **Arbeitslosigkeit** durch Arbeitsmarktpolitik **entlastet** wird (vgl. Kasten „Zur Entlastung ...“ und Teil I, Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfte nachfrage“). So dürfte sich in Ländern mit umfangreicher Arbeitsmarktpolitik (einschl. Vorruhestandsregelungen) oft ein relativ großer Teil der Unterbeschäftigung in diesen Maßnahmen befinden.⁷⁾

⁷⁾ Angaben zum Einsatz der Arbeitsmarktpolitik in Europa finden sich in: Statistisches Amt der Europäischen Union (EuroStat), Europäische Sozialstatistik, Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben und Teilnehmer, 2002.

Tabelle II.C.1

Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen													
Jahr	Bestand an Arbeitslosen												
	insgesamt		darunter (Spalte 1)										
	absolut	Veränderung gg. Vorjahr in %	Frauen		Ausländer		Ältere (50 bis unter 65 Jahre)		Jüngere (bis unter 25 Jahre)		Langzeit-arbeitslose (1 Jahr und länger)		
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Deutschland													
1998	4 280 629		2 007 261	46,9	534 008	12,5	1 366 844	31,9	471 995	11,0	1 599 270	37,4	
1999	4 100 498	- 4,2	1 940 037	47,3	508 181	12,4	1 360 672	33,2	429 584	10,5	1 530 453	37,3	
2000	3 889 695	- 5,1	1 836 317	47,2	470 414	12,1	1 259 168	32,4	428 510	11,0	1 454 189	37,4	
2001	3 852 564	- 1,0	1 788 712	46,4	464 528	12,1	1 163 490	30,2	444 074	11,5	1 354 166	35,1	
2002	4 061 343	+ 5,4	1 821 424	44,8	505 414	12,4	1 097 597	27,0	497 600	12,3	1 369 388	33,7	
2003	4 376 767	+ 7,8	1 930 567	44,1	548 529	12,5	1 094 265	25,0	516 129	11,8	1 521 414	34,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 315 424	x	+ 109 143	x	+ 43 115	x	- 3 332	x	+ 18 529	x	+ 152 026	x
	in %	+ 7,8	x	+ 6,0	x	+ 8,5	x	- 0,3	x	+ 3,7	x	+ 10,0	x
Westdeutschland													
1998	2 751 534		1 198 404	43,6	473 051	17,2	907 892	33,0	311 808	11,3	1 085 927	39,5	
1999	2 604 719	- 5,3	1 156 179	44,4	444 730	17,1	896 103	34,4	276 927	10,6	1 031 108	39,6	
2000	2 380 987	- 8,6	1 068 861	44,9	405 171	17,0	820 927	34,5	257 016	10,8	936 570	39,3	
2001	2 320 500	- 2,5	1 033 088	44,5	396 697	17,1	740 297	31,9	267 541	11,5	817 299	35,2	
2002	2 498 391	+ 7,7	1 072 636	42,9	432 619	17,3	691 301	27,7	307 667	12,3	793 565	31,8	
2003	2 753 052	+ 10,2	1 158 672	42,1	471 254	17,1	687 752	25,0	328 379	11,9	872 437	31,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 254 661	x	+ 86 036	x	+ 38 635	x	- 3 549	x	+ 20 712	x	+ 78 872	x
	in %	+ 10,2	x	+ 8,0	x	+ 8,9	x	- 0,5	x	+ 6,7	x	+ 9,9	x
Ostdeutschland													
1998	1 529 095		808 857	52,9	60 957	4,0	458 951	30,0	160 188	10,5	513 343	33,6	
1999	1 495 779	- 2,2	783 859	52,4	63 452	4,2	464 569	31,1	152 656	10,2	499 345	33,4	
2000	1 508 707	+ 0,9	767 457	50,9	65 243	4,3	438 241	29,0	171 494	11,4	517 620	34,3	
2001	1 532 064	+ 1,5	755 624	49,3	67 831	4,4	423 193	27,6	176 533	11,5	536 867	35,0	
2002	1 562 952	+ 2,0	748 788	47,9	72 795	4,7	406 296	26,0	189 933	12,2	575 823	36,8	
2003	1 623 715	+ 3,9	771 894	47,5	77 275	4,8	406 513	25,0	187 750	11,6	648 976	40,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 60 763	x	+ 23 106	x	+ 4 480	x	+ 217	x	- 2 183	x	+ 73 153	x
	in %	+ 3,9	x	+ 3,1	x	+ 6,2	x	+ 0,1	x	- 1,1	x	+ 12,7	x

Tabelle II.C.2a

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung																		
Z	Komponenten	Deutschland																
							2003											
		1999	2000	2001	2002	2003	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
01	Arbeitslose	4 100	3 890	3 853	4 061	4 377	4 624	4 707	4 610	4 497	4 343	4 259	4 353	4 316	4 208	4 151	4 184	4 315
02	Kurzarbeiter x durchschnittlicher Arbeitsausfall	50	46	59	88	86	88	104	107	101	93	92	83	70	76	72	75	72
03	Beschäftigte in ABM	234	204	167	125	92	106	101	95	90	87	84	84	85	86	92	95	92
04	Beschäftigte in trad. SAM	59	57	53	54	45	43	44	43	44	44	45	45	45	46	45	45	43
05	Teilnehmer an berufl. Vollzeit-Weiterbildung	333	324	315	300	224	269	256	245	233	226	214	196	190	198	207	211	204
06	Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehr- gängen	27	28	25	24	22	28	27	25	23	22	18	19	19	19	20	20	20
07	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III	201	192	225	292	357	328	332	336	345	351	359	368	370	373	380	383	389
08	Altersteilzeit	15	33	50	61	70	67	67	66	67	68	69	70	71	72	73	74	76
09	Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik insges. (Zeile 02 bis 08)	918	884	894	943	896	931	931	917	904	891	881	865	850	869	889	902	895
10	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeile 01 + 09)	5 018	4 774	4 746	5 004	5 273	5 554	5 638	5 526	5 400	5 235	5 140	5 218	5 166	5 076	5 040	5 086	5 211
11	Pendlersaldo ¹⁾	65	67	60	61	57	57	57	57	57	57	57	57	57	57	57	57	57

¹⁾ Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland. Für Ostdeutschland: Pendlersaldo mit Westdeutschland und dem Ausland.

Tabelle II.C.2b

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung																		
Z	Komponenten	Westdeutschland																
		2003																
		1999	2000	2001	2002	2003	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Arbeitslose	2 605	2 381	2 321	2 498	2 753	2 899	2 951	2 881	2 812	2 715	2 664	2 735	2 724	2 653	2 637	2 665	2 750
02	Kurzarbeiter x durchschnittlicher Arbeitsausfall	36	32	43	64	69	68	83	85	81	75	74	67	55	61	59	61	58
03	Beschäftigte in ABM	59	51	43	33	23	28	27	25	24	23	22	21	20	19	19	20	18
04	Beschäftigte in trad. SAM	8	9	9	10	8	8	8	8	8	8	8	8	7	7	7	7	6
05	Teilnehmer an berufl. Vollzeit-Weiterbildung	182	177	169	162	129	147	140	137	133	132	126	115	112	118	126	129	124
06	Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen	20	21	19	18	17	22	21	20	18	17	14	15	15	15	15	16	16
07	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III	107	104	131	181	226	208	211	213	218	222	227	233	235	237	242	244	248
08	Altersteilzeit	11	26	40	48	55	53	52	52	53	54	55	55	56	57	58	59	60
09	Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik insges. (Zeile 02 bis 08)	423	419	455	515	527	533	541	539	536	530	524	513	500	514	527	535	531
10	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeile 01 + 09)	3 028	2 800	2 775	3 013	3 280	3 431	3 492	3 421	3 348	3 246	3 188	3 249	3 224	3 168	3 164	3 201	3 282
11	Pendlersaldo ¹⁾	304	353	390	385	372	372	372	372	372	372	372	372	372	372	372	372	372

¹⁾ Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland. Für Ostdeutschland: Pendlersaldo mit Westdeutschland und dem Ausland.

Tabelle II.C.2c

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung																		
Z	Komponenten	Ostdeutschland																
		2003																
		1999	2000	2001	2002	2003	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Arbeitslose	1 496	1 509	1 532	1 563	1 624	1 725	1 756	1 728	1 685	1 628	1 595	1 618	1 592	1 554	1 514	1 519	1 565
02	Kurzarbeiter x durchschnittlicher Arbeitsausfall	14	14	16	23	17	20	21	22	19	17	19	17	15	15	13	13	14
03	Beschäftigte in ABM	176	153	123	92	70	78	74	70	66	64	62	63	64	67	73	75	74
04	Beschäftigte in trad. SAM	51	49	44	45	37	36	36	35	36	36	37	37	38	38	38	38	36
05	Teilnehmer an berufl. Vollzeit-Weiterbildung	151	148	146	138	95	123	116	108	100	95	88	81	78	79	81	82	80
06	Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen	6	6	6	5	5	6	6	5	5	5	4	4	4	4	4	4	4
07	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III	94	88	94	111	131	121	122	123	127	130	133	135	135	136	138	139	140
08	Altersteilzeit	4	8	11	13	15	14	14	14	14	15	15	15	15	15	15	15	15
09	Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik insges. (Zeile 02 bis 08)	495	466	439	427	369	398	389	377	368	361	357	351	350	354	362	366	364
10	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeile 01 + 09)	1 991	1 975	1 970	1 990	1 993	2 123	2 145	2 106	2 053	1 989	1 951	1 969	1 942	1 909	1 876	1 885	1 929
11	Pendlersaldo ¹⁾	- 239	- 286	- 330	- 324	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315	- 315

¹⁾ Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland. Für Ostdeutschland: Pendlersaldo mit Westdeutschland und dem Ausland.

Tabelle II.C.3

Kurzarbeiter									
Jahr	Bestand an Kurzarbeitern								
	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1991	1 761 233	•	•	141 547	+ 89 201	+ 159,8	1 619 685	•	•
1992	653 016	- 1 108 217	- 62,9	276 437	+ 134 890	+ 95,3	376 579	- 1 243 106	- 76,7
1993	948 363	+ 295 347	+ 45,2	756 827	+ 480 390	+ 173,8	191 536	- 185 043	- 49,1
1994	372 288	- 576 075	- 60,7	271 964	- 484 863	- 64,1	100 324	- 91 212	- 47,6
1995	198 580	- 173 708	- 46,7	125 192	- 146 773	- 54,0	73 388	- 26 935	- 26,8
1996	277 294	+ 78 714	+ 39,6	202 611	+ 77 419	+ 61,8	74 683	+ 1 295	+ 1,8
1997	182 853	- 94 441	- 34,1	130 687	- 71 925	- 35,5	52 166	- 22 517	- 30,1
1998	115 205	- 67 648	- 37,0	78 788	- 51 898	- 39,7	36 416	- 15 750	- 30,2
1999	118 647	+ 3 442	+ 3,0	89 669	+ 10 881	+ 13,8	28 978	- 7 439	- 20,4
2000	86 052	- 32 595	- 27,5	59 318	- 30 351	- 33,8	26 734	- 2 244	- 7,7
2001	122 942	+ 36 890	+ 42,9	93 933	+ 34 615	+ 58,4	29 009	+ 2 275	+ 8,5
2002	206 767	+ 83 825	+ 68,2	162 123	+ 68 189	+ 72,6	44 645	+ 15 635	+ 53,9
2003	195 371	- 11 396	- 5,5	160 496	- 1 627	- 1,0	34 876	- 9 769	- 21,9

Tabelle II.C.4

Zugang an Arbeitslosen nach ihrem erwerbswirtschaftlichen Status vor der Arbeitslosmeldung und Abgang an Arbeitslosen													
Jahr	Zugang an Arbeitslosen											Abgang an Arbeitslosen	
	insgesamt	Erwerbstätige		Ausbildung						Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)			
				insgesamt		darunter							
				absolut	in % (Sp. 1)	betriebliche/ außerbetriebliche Ausbildung		Schule/Studium/ sonstige schulische Ausbildung					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Bundesrepublik Deutschland													
1998	7 157 010	3 404 175	47,6	816 756	11,4	248 332	3,5	568 424	7,9	2 936 019	41,0	7 481 049	
1999	7 068 171	3 396 836	48,1	779 232	3,3	231 469	3,3	547 763	7,7	2 892 063	40,9	7 218 270	
2000	6 811 140	3 307 952	48,6	723 547	10,6	222 741	3,3	500 806	7,4	2 779 626	40,8	7 049 345	
2001	6 898 308	3 397 714	49,3	718 100	3,1	218 496	3,2	499 604	7,2	2 782 488	40,3	6 743 837	
2002	7 254 655	3 798 226	52,4	750 395	10,3	209 981	2,9	540 414	7,4	2 705 957	37,3	6 992 204	
2003	7 622 421	4 096 936	53,7	657 442	8,6	244 223	3,2	413 185	5,4	2 862 444	37,6	7 533 861	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	+ 367 766	+ 298 710	X	- 92 953	X	+ 34 242	X	- 127 229	X	+ 156 487	X	+ 541 657
	in %	+ 5,1	+ 7,9	X	- 12,4	X	+ 16,3	X	- 23,5	X	+ 5,8	X	+ 7,7
Westdeutschland													
1998	4 664 753	2 181 383	46,8	508 346	10,9	152 626	3,3	355 720	7,6	1 974 998	42,3	4 840 369	
1999	4 529 171	2 116 115	46,7	464 094	10,2	138 823	3,1	325 271	7,2	1 948 945	43,0	4 723 853	
2000	4 356 409	2 079 922	47,7	425 145	9,8	128 641	3,0	296 504	6,8	1 851 336	42,5	4 589 849	
2001	4 480 382	2 205 457	49,2	415 385	9,3	126 477	2,8	288 908	6,4	1 859 539	41,5	4 350 228	
2002	4 836 812	2 538 856	52,5	423 914	8,8	128 410	2,7	295 504	6,1	1 873 977	38,7	4 623 922	
2003	5 168 249	2 807 022	54,3	377 593	7,3	168 259	3,3	209 325	4,1	1 979 575	38,3	5 066 117	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	+ 331 437	+ 268 166	X	- 46 321	X	+ 39 849	X	- 86 179	X	+ 105 598	X	+ 442 195
	in %	+ 6,9	+ 10,6	X	- 10,9	X	+ 31,0	X	- 29,2	X	+ 5,6	X	+ 9,6
Ostdeutschland													
1998	2 492 257	1 222 792	49,1	308 410	12,4	95 706	3,8	212 704	8,5	961 021	38,6	2 640 680	
1999	2 539 000	1 280 721	50,4	315 138	12,4	92 646	3,6	222 492	8,8	943 118	37,1	2 494 417	
2000	2 454 731	1 228 030	50,0	298 402	12,2	94 100	3,8	204 302	8,3	928 290	37,8	2 459 496	
2001	2 417 926	1 192 257	49,3	302 715	12,5	92 019	3,8	210 696	8,7	922 949	38,2	2 393 609	
2002	2 417 843	1 259 370	52,1	326 481	13,5	81 571	3,4	244 910	10,1	831 980	34,4	2 368 282	
2003	2 454 172	1 289 914	52,6	279 849	11,4	75 964	3,1	203 860	8,3	882 869	36,0	2 467 744	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	+ 36 329	+ 30 544	X	- 46 632	X	- 5 607	X	- 41 050	X	+ 50 889	X	+ 99 462
	in %	+ 1,5	+ 2,4	X	- 14,3	X	- 6,9	X	- 16,8	X	+ 6,1	X	+ 4,2

Tabelle II.C.5

Zugang an Arbeitslosen		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %
		1	2	3	4	5	6
1	Zugang insgesamt	7 622 421	+5,1	5 168 249	+6,9	2 454 172	+1,5
2	dav. Z.1 Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	4 096 936	+7,9	2 807 022	+10,6	1 289 914	+2,4
3	dav. Z.2 Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt	3 688 884	+7,9	2 636 757	+9,9	1 052 127	+3,2
4	Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt	188 212	-4,8	29 862	+0,5	158 350	-5,8
5	dav. Z.4 Arbeitsbeschaffungs-/Strukturanpassungsmaßnahmen	186 158	-5,6	29 776	+0,3	156 382	-6,7
7	Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	2 054	+349,5	86	+561,5	1 968	+343,2
8	Selbstständige/Mithliefende	125 864	+44,2	87 735	+49,4	38 129	+33,4
9	sonstige Erwerbstätigkeit/Erwerbstätigkeit ohne nähere Angabe	93 976	-1,6	52 668	+1,6	41 308	-5,5
10	Ausbildung	657 442	-12,4	377 593	-10,9	279 849	-14,3
11	dav. Z.10 betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung	244 223	+16,3	168 259	+31,0	75 964	-6,9
14	dav. Z.11 FbW	14 882	+10,9	8 301	+42,8	6 581	-13,5
16	berufliche Eingliederung Behinderter	2 603	+36,4	1 854	+57,9	749	+2,0
17	berufsvorbereitende Maßnahmen	320	-19,8	79	-18,6	241	-20,2
18	Schule/Studium/sonstige schulische Ausbildung	413 185	-23,5	209 325	-29,2	203 860	-16,8
19	dav. Z.18 FbW	154 438	-36,4	71 100	-41,1	83 338	-31,7
21	berufliche Eingliederung Behinderter	16 836	-5,6	10 655	-10,3	6 181	+3,7
22	berufsvorbereitende Maßnahmen	1 645	+1,9	686	-24,8	959	+36,6
23	Ausbildung ohne nähere Angabe	34	X	9	X	25	X
15	Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	2 862 361	+5,8	1 979 548	+5,6	882 813	+6,1
16	dav. Z.15 Arbeitsunfähigkeit	947 550	+41,4	559 762	+47,1	387 788	+33,9
17	Erneute Meldung nach Meldeversäumnis oder mangelnde Verfügbarkeit	292 150	-11,6	216 367	-15,3	75 783	+1,1
18	Meldung auf Veranlassung des Sozialhilfeträgers	206 730	+4,2	145 782	+2,7	60 948	+7,8
19	Sonstige (bereits einmal erwerbstätig)	1 097 843	X	822 058	X	275 785	X
20	Sonstige (noch nie erwerbstätig)	318 088	X	235 579	X	82 509	X
21	Keine Zuordnung möglich bzw. keine Angabe	5 682	X	4 086	X	1 596	X

Tabelle II.C.6

Abgang an Arbeitslosen nach Abgangsgründen 2003

Abgang an Arbeitslosen		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %
		1	2	3	4	5	6
1	Abgang insgesamt	7 533 861	+ 7,7	5 066 117	+ 9,6	2 467 744	+ 4,2
2	dav. Z. 1 Erwerbstätigkeit (ohne betriebl./außerbetr. Ausbildung)	3 120 577	+ 8,5	2 032 849	+ 9,8	1 087 728	+ 6,2
3	dav. Z. 2 Beschäftigung	2 801 148	+ 5,3	1 813 048	+ 5,9	988 100	+ 4,2
4	dav. Z. 3 durch Vermittlung nach Auswahl und Vorschlag	676 727	- 19,1	329 310	- 20,2	347 417	- 18,0
5	Wiedereinstellung gleicher Arbeitgeber	421 651	+ 33,0	276 544	+ 28,3	145 107	+ 43,1
6	durch beauftragte Dritte vermittelt	35 008	•	18 623	•	16 385	•
7	von Arbeitgeber in AIS ausgesucht	3 083	•	2 340	•	743	•
8	selbst gesucht	1 664 679	+ 10,5	1 186 231	+ 9,5	478 448	+ 13,1
9	dar. Z. 3 Förderung 1. Arbeitsmarkt	99 389	•	55 043	•	44 346	•
10	dav. Z. 9 Personal-Service-Agenturen	38 794	•	24 690	•	14 104	•
11	Eingliederungszuschüsse	40 183	•	19 854	•	20 329	•
12	Einstellungszuschüsse bei Neugründungen	4 390	•	2 482	•	1 908	•
13	Lohnkostenzuschüsse für Jugendliche	13 737	•	6 649	•	7 088	•
14	sonstige Hilfen ¹⁾)	2 285	•	1 368	•	917	•
15	Förderung 2. Arbeitsmarkt	150 124	•	25 601	•	124 523	•
16	dav. Z. 15 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	148 342	- 26,2	25 523	- 41,1	122 819	- 22,1
17	Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	1 782	•	78	•	1 704	•
18	sonstige Erwerbstätigkeit	319 429	+ 48,2	219 801	+ 57,5	99 628	+ 31,0
19	dav. Z. 18 Selbstständige Tätigkeit	255 629	+ 81,3	182 535	+ 85,3	73 094	+ 72,0
20	dar. Z. 19 mit Überbrückungsgeld	86 628	- 18,3	64 228	- 12,0	22 400	- 32,2
21	mit Existenzgründungszuschuss	30 101	•	22 986	•	7 115	•
22	Wehr-/Zivildienst	63 800	- 14,4	37 266	- 9,1	26 534	- 21,0
23	Ausbildung/Qualifizierung (betriebliche/außerbetrieblich bzw. schulisch)	484 570	- 29,3	317 273	- 22,9	167 297	- 38,8
24	dav. Z. 23 Schule/Studium	184 751	- 12,3	122 522	- 9,3	62 229	- 17,7
25	betriebliche/sonstige Ausbildung	46 346	+ 7,8	31 792	+ 18,1	14 554	- 9,4
26	FbW/Deutsch-Sprachlehrgang	253 473	- 41,2	162 959	- 34,7	90 514	- 50,2
27	Trainingsmaßnahmen	0	•	0	•	0	•
28	sonstige Nichterwerbstätigkeit	3 244 510	+ 18,8	2 220 068	+ 19,7	1 024 442	+ 16,9
29	dav. Z. 28 Arbeitsunfähigkeit	1 394 247	+ 24,4	862 832	+ 30,4	531 415	+ 15,7
30	Umzug in anderen AA-Bezirk	155 619	+ 0,0	105 235	+ 4,0	50 384	- 7,5
31	Ausscheiden aus dem Erwerbsleben	96 772	- 21,7	63 965	- 24,0	32 807	- 16,8
32	Sonderregelungen (u.a. § 428 SGB III)	248 274	+ 108,2	163 151	+ 117,5	85 123	+ 92,4
33	Nichterneuerung der Meldung ^{*)})	422 823	X	304 030	X	118 793	X
34	fehlende Verfügbarkeit/Mitwirkung u.a. ^{*)})	926 775	X	720 855	X	205 920	X
35	sonstige Gründe bzw. ohne Nachweis	684 204	- 2,3	495 927	- 2,2	188 277	- 2,8

1) sonstige Hilfen sind EGZ für schwerbehinderte Menschen, EZV und ESF.

*) wegen Umstellung der statistischen Erhebung Vorjahresvergleich nicht möglich.

Tabelle II.C.7

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (in Wochen)									
Jahr	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1998	37,9	34,6	42,4	37,9	36,4	40,0	38,1	31,2	46,5
1999	37,1	33,9	41,4	37,7	36,0	40,1	35,9	29,8	43,8
2000	39,0	35,8	43,2	39,1	37,5	41,2	38,9	32,7	46,8
2001	38,3	35,1	42,5	37,8	36,1	40,0	39,2	33,2	47,1
2002	37,6	34,1	42,4	36,5	34,1	39,7	39,8	34,0	47,8
2003	37,5	34,0	42,5	36,2	33,7	39,6	40,3	34,7	48,3

Tabelle II.C.8

Anteil der Leistungsempfänger am Zugang in Arbeitslosigkeit											
Jahr	Zugang an Arbeitslosen ^{1) 2)}	Bewilligte Neu- und Wiederbewilligungsanträge ³⁾								Zugang an Nichtleistungsempfängern	
		insgesamt		davon (Spalte 2) auf							
				Arbeitslosengeld		Arbeitslosenhilfe		Eingliederungshilfe			
		absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Deutschland											
1996	6 586 316	5 027 470	76,3	4 235 053	64,3	651 894	9,9	140 523	2,1	1 558 846	23,7
1997	6 643 353	5 134 974	77,3	4 282 861	64,5	733 710	11,0	118 403	1,8	1 508 379	22,7
1998	6 393 953	4 868 362	76,1	3 924 398	61,4	860 101	13,5	83 863	1,3	1 525 591	23,9
1999	6 212 957	4 993 373	80,4	3 973 043	63,9	947 292	15,2	73 038	1,2	1 219 584	19,6
2000	5 945 541	4 392 214	73,9	3 623 715	60,9	697 512	11,7	70 987	1,2	1 553 327	26,1
2001	5 973 922	4 602 301	77,0	3 857 718	64,6	679 132	11,4	65 451	1,1	1 371 621	23,0
2002	6 584 480	4 734 544	71,9	4 020 910	61,1	662 242	10,1	51 392	0,8	1 849 936	28,1
2003	6 674 871	4 873 860	73,0	4 071 303	61,0	758 095	11,4	44 462	0,7	1 801 011	27,0
Westdeutschland											
1996	4 432 777	3 207 161	72,4	2 651 677	59,8	448 046	10,1	107 438	2,4	1 225 616	27,6
1997	4 368 503	3 211 694	73,5	2 631 089	60,2	488 647	11,2	91 958	2,1	1 156 809	26,5
1998	4 255 216	3 055 508	71,8	2 425 842	57,0	563 834	13,3	65 832	1,5	1 199 708	28,2
1999	4 066 225	3 045 410	74,9	2 407 450	59,2	581 692	14,3	56 268	1,4	1 020 815	25,1
2000	3 887 215	2 677 774	68,9	2 209 591	56,8	413 630	10,6	54 553	1,4	1 209 441	31,1
2001	3 969 931	2 857 159	72,0	2 433 100	61,3	372 513	9,4	51 546	1,3	1 112 772	28,0
2002	4 456 192	3 072 955	69,0	2 673 091	60,0	358 212	8,0	41 652	0,9	1 383 237	31,0
2003	4 608 487	3 300 998	71,6	2 837 990	61,6	427 237	9,3	35 771	0,8	1 307 489	28,4
Ostdeutschland											
1996	2 153 539	1 820 309	84,5	1 583 376	73,5	203 848	9,5	33 085	1,5	333 230	15,5
1997	2 274 850	1 923 280	84,5	1 651 772	72,6	245 063	10,8	26 445	1,2	351 570	15,5
1998	2 138 737	1 812 854	84,8	1 498 556	70,1	296 267	13,9	18 031	0,8	325 883	15,2
1999	2 146 732	1 947 963	90,7	1 565 593	72,9	365 600	17,0	16 770	0,8	198 769	9,3
2000	2 058 326	1 714 440	83,3	1 414 124	68,7	283 882	13,8	16 434	0,8	343 886	16,7
2001	2 003 991	1 745 142	87,1	1 424 618	71,1	306 619	15,3	13 905	0,7	258 849	12,9
2002	2 128 288	1 661 589	78,1	1 347 819	63,3	304 030	14,3	9 740	0,5	466 699	21,9
2003	2 066 384	1 572 862	76,1	1 233 313	59,7	330 858	16,0	8 691	0,4	493 522	23,9

1) Ohne Zugang nach Krankheit, da bei einer Dauer von weniger als sechs Wochen kein neuer Leistungsantrag zu stellen ist.

2) Vergleich mit den Jahren vor 1998 wegen Änderungen in der statistischen Erfassung nur eingeschränkt möglich.

3) Ohne Neuanträge auf (Anschluss-)Arbeitslosenhilfe; bis 1997 einschließlich Eingliederungsgeld.

Tabelle II.C.9

Anteil der Leistungsempfänger am Bestand der Arbeitslosen ¹⁾						
Jahr ²⁾	Leistungsbezieher	darunter (Sp. 1)		arbeitslose Leistungsbezieher Sp. 1 – (Sp. 2 +3)	Arbeitslose	Leistungs- empfängerquote für das Arbeitslosigkeits- volumen (Sp. 4 : Sp. 5) x 100
		Leistungsfortzahlung bei nicht nur vorüber- gehender Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III) und bei Arbeitsunfähigkeit (§ 126 SGB III)	58-Jährige und Ältere, die der Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 428 SGB III)			
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
1996	3 216 814	101 399	175 275	2 940 139	3 965 064	74,2
1997	3 648 695	112 814	217 156	3 318 726	4 384 456	75,7
1998	3 340 235	92 499	194 332	3 053 403	4 280 629	71,3
1999	3 323 406	91 697	200 704	3 031 005	4 100 498	73,9
2000	3 151 239	103 405	192 074	2 855 760	3 889 695	73,4
2001	3 202 013	108 045	224 975	2 868 993	3 852 564	74,5
2002	3 590 800	119 149	291 519	3 180 133	4 061 343	78,3
2003	4 052 273	131 215	356 843	3 564 216	4 376 767	81,4
Westdeutschland						
1996	2 024 726	58 549	140 157	1 826 021	2 646 442	69,0
1997	2 206 000	64 992	130 628	2 010 380	2 870 021	70,0
1998	1 988 224	53 727	102 239	1 832 259	2 751 534	66,6
1999	1 955 402	53 748	107 103	1 794 552	2 604 719	68,9
2000	1 784 010	60 491	103 684	1 619 835	2 380 987	68,0
2001	1 806 128	63 604	131 320	1 611 203	2 320 500	69,4
2002	2 119 095	72 209	180 653	1 866 234	2 498 391	74,7
2003	2 492 667	82 655	226 311	2 183 701	2 753 052	79,3
Ostdeutschland						
1996	1 192 087	42 851	35 119	1 114 118	1 318 622	84,5
1997	1 442 695	47 822	86 528	1 308 346	1 514 435	86,4
1998	1 352 010	38 772	92 093	1 221 145	1 529 095	79,9
1999	1 368 004	37 949	93 601	1 236 454	1 495 779	82,7
2000	1 367 230	42 914	88 390	1 235 925	1 508 707	81,9
2001	1 395 886	44 441	93 655	1 257 790	1 532 064	82,1
2002	1 471 705	46 940	110 866	1 313 899	1 562 952	84,1
2003	1 559 606	48 560	130 532	1 380 515	1 623 715	85,0

1) Empfänger von Arbeitslosengeld, -hilfe (und bis 1997 von Eingliederungsgeld); ohne Eingliederungshilfe, da diese überwiegend bei Sprachlehrgängen und Weiterbildung gewährt wird. Ab 1998 einschließlich Anschluss-Unterhaltsgeld.

2) Seit 1998 sind in den Jahresergebnissen auch die Leistungsbezieher enthalten, deren Antrag auf Entgeltersatzleistung zum Jahresende noch nicht bewilligt war (maximal zwei Monate). In früheren Jahren wurde die Zahl der Leistungsempfänger aufgrund von Erfahrungswerten aus der verzögerten Statistik um 4% erhöht.

Tabelle II.C.10

Durchschnittliche Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen				
im Jahresdurchschnitt	Durchschnittliche Dauer in Wochen			
	einer Arbeitslosigkeitsperiode	einer Leistungsperiode bei Arbeitslosen	darunter:	
			Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
	1	2	3	4
Deutschland				
1996	31,3	32,1	22,0	36,7
1997	34,3	35,7	23,4	38,7
1998	34,8	33,2	22,6	39,9
1999	34,3	32,0	21,6	41,2
2000	34,0	34,4	21,8	47,9
2001	33,5	32,9	20,6	47,9
2002	32,1	35,3	21,6	51,3
2003	34,1	38,4	22,4	55,3
Westdeutschland				
1996	31,0	31,8	21,6	37,7
1997	34,2	34,5	22,7	40,7
1998	33,6	31,9	22,1	40,9
1999	33,3	31,2	21,3	42,4
2000	31,9	32,1	21,1	48,2
2001	30,4	29,9	19,8	46,6
2002	29,2	32,0	21,3	47,3
2003	31,1	34,8	22,6	48,7
Ostdeutschland				
1996	31,8	32,7	22,6	35,2
1997	34,6	37,6	24,5	35,9
1998	37,2	35,4	23,6	38,6
1999	36,2	33,3	22,0	39,6
2000	38,1	37,8	22,9	47,6
2001	39,8	37,8	22,0	49,3
2002	38,2	41,4	22,2	56,4
2003	40,9	45,9	22,0	65,0

Berechnung:

- Spalte 1: Durchschnittsbestand an Arbeitslosen x 52/Zugänge an Arbeitslosen (ohne Zugang aus Arbeitsunfähigkeit)
- Spalte 2: Durchschnittsbestand arbeitsloser Arbeitslosengeld- und -hilfebezieher x 52/Bewilligte Anträge auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (ohne Neuzugänge Anschluss-Arbeitslosenhilfe)
- Spalte 3/4: Durchschnittsbestand arbeitsloser Arbeitslosengeld- bzw. -hilfebezieher x 52/Bewilligte Anträge auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe

Tabelle II.C.11

Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in Euro 1)														
Jahr	Arbeitslosengeld-Empfänger							Arbeitslosenhilfe-Empfänger						
	ins-gesamt	Männer			Frauen			ins-gesamt	Männer			Frauen		
		ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet	ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet		ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet	ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutschland														
1998	667	778	883	618	534	525	550	489	547	611	501	410	374	449
1999	671	787	896	629	541	530	560	495	553	612	510	417	381	456
2000	728	843	972	680	591	581	608	504	563	621	521	428	394	465
2001	732	839	975	686	597	587	610	516	574	632	533	439	408	472
2002	737	841	986	692	600	589	615	522	579	636	539	440	405	475
2003	740	850	1 001	694	602	591	616	515	571	623	536	430	387	468
Veränderg. gg. Vorjahr in %	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	- 1,3	- 1,5	- 2,2	- 0,7	- 2,2	- 4,5	- 1,3
Westdeutschland														
1998	698	841	966	647	519	494	561	515	565	634	511	411	362	451
1999	705	858	986	664	525	496	573	520	571	637	519	414	364	457
2000	763	921	1 070	719	579	548	628	531	585	649	533	424	372	468
2001	767	908	1 067	722	592	562	634	544	598	662	547	435	384	477
2002	770	900	1 064	728	601	570	639	552	605	669	556	441	387	483
2003	769	901	1 068	725	603	574	636	550	601	663	554	441	382	481
Veränderg. gg. Vorjahr in %	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,8	- 1,0	- 0,3	0,0	- 1,3	- 0,4
Ostdeutschland														
1998	619	674	743	571	557	570	533	450	506	546	482	408	381	447
1999	623	682	755	580	563	574	542	461	515	553	493	418	392	454
2000	678	734	823	629	610	629	579	473	525	565	501	430	406	462
2001	675	730	823	630	604	626	571	487	538	579	514	442	421	468
2002	671	723	825	625	600	627	565	489	541	579	518	439	416	467
2003	670	724	830	619	601	632	564	475	526	551	511	422	390	456
Veränderg. gg. Vorjahr in %	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	- 0,9	+ 0,3	+ 0,8	- 0,2	- 2,8	- 2,7	- 4,7	- 1,3	- 3,9	- 6,2	- 2,2

1) Berechnet auf Basis der Leistungsempfängerzahl von jeweils Ende September.

Tabelle II.C.12

Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlechtern ¹⁾²⁾												
Land	Erwerbslosenquoten											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Insgesamt												
Belgien	7,1	8,6	9,8	9,7	9,5	9,2	9,3	8,6	6,9	6,7	7,3	8,1
Dänemark	8,6	9,6	7,7	6,7	6,3	5,2	4,9	4,8	4,4	4,3	4,6	5,6
Bundesrepublik Deutschland	6,4	7,7	8,2	8,0	8,7	9,7	9,1	8,4	7,8	7,8	8,6	9,3
Griechenland	7,9	8,6	8,9	9,2	9,6	9,8	10,9	11,8	11,0	10,4	10,0	9,3
Spanien	14,9	18,6	19,8	18,8	18,1	17,0	15,2	12,8	11,3	10,6	11,3	11,3
Frankreich	10,0	11,3	11,8	11,3	11,9	11,8	11,4	10,7	9,3	8,5	8,8	9,4
Irland	15,4	15,6	14,3	12,3	11,7	9,9	7,5	5,6	4,3	3,9	4,3	4,6
Italien	8,7	10,1	11,0	11,5	11,5	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9,0	8,7
Luxemburg	2,1	2,6	3,2	2,9	2,9	2,7	2,7	2,4	2,3	2,1	2,8	3,7
Niederlande	5,3	6,2	6,8	6,6	6,0	4,9	3,8	3,2	2,9	2,5	2,7	3,8
Österreich	•	4,0	3,8	3,9	4,4	4,4	4,5	3,9	3,7	3,6	4,3	4,4
Portugal	4,3	5,6	6,9	7,3	7,3	6,8	5,1	4,5	4,1	4,1	5,1	6,4
Finnland	11,7	16,3	16,6	15,4	14,6	12,7	11,4	10,2	9,8	9,1	9,1	9,0
Schweden	5,6	9,1	9,4	8,8	9,6	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9	5,6
Vereinigtes Königreich	9,8	10,0	9,3	8,5	8,0	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	5,1	5,0
Europäische Union (15 Länder)	8,9	10,1	10,5	10,1	10,2	10,0	9,4	8,7	7,8	7,4	7,7	8,0
Männer												
Belgien	5,1	6,7	7,7	7,6	7,4	7,3	7,7	7,3	5,6	6,0	6,7	7,8
Dänemark	8,0	9,3	7,1	5,6	5,3	4,4	3,9	4,4	4,1	3,9	4,4	5,3
Bundesrepublik Deutschland	5,1	6,5	7,1	7,0	8,1	9,1	8,6	8,1	7,5	7,8	8,7	9,6
Griechenland	5,0	5,7	6,0	6,2	6,1	6,4	7,1	7,8	7,2	6,9	6,6	6,1
Spanien	11,7	15,5	16,2	14,9	14,4	13,1	11,2	9,0	7,9	7,5	8,0	8,2
Frankreich	8,1	9,7	10,2	9,5	10,2	10,2	9,7	9,1	7,6	7,0	7,7	8,3
Irland	15,1	15,4	14,2	12,2	11,5	9,9	7,7	5,7	4,3	4,0	4,6	4,9
Italien	6,3	7,5	8,5	8,8	8,9	8,9	9,0	8,6	8,0	7,3	7,0	6,8
Luxemburg	1,7	2,2	2,6	2,0	2,2	2,0	1,9	1,8	1,8	1,7	2,1	2,7
Niederlande	4,1	5,4	6,0	5,5	4,8	3,7	3,0	2,3	2,2	2,0	2,5	3,7
Österreich	•	3,1	3,0	3,1	3,7	3,7	3,8	3,4	3,1	3,2	4,1	4,2
Portugal	3,6	4,8	6,1	6,5	6,5	6,1	4,1	3,9	3,3	3,2	4,2	5,6
Finnland	13,6	18,1	18,1	15,7	14,3	12,3	10,9	9,8	9,1	8,6	9,1	9,2
Schweden	6,6	10,7	10,8	9,7	10,1	10,2	8,4	6,6	5,9	5,2	5,3	6,0
Vereinigtes Königreich	11,5	11,9	11,0	9,9	9,3	7,7	6,9	6,5	5,9	5,5	5,6	5,5
Europäische Union (15 Länder)	7,8	9,1	9,4	9,0	9,1	8,9	8,2	7,5	6,7	6,5	6,9	7,3
Frauen												
Belgien	10,0	11,5	12,7	12,7	12,5	11,9	11,6	10,3	8,5	7,6	8,2	8,5
Dänemark	9,2	9,9	8,5	8,1	7,5	6,2	6,0	5,4	4,8	4,9	4,7	6,0
Bundesrepublik Deutschland	8,2	9,4	9,8	9,4	9,5	10,4	9,7	8,9	8,1	7,9	8,4	8,9
Griechenland	12,9	13,6	13,7	14,1	15,2	15,2	16,7	17,8	16,7	15,5	15,0	14,1
Spanien	21,0	24,1	26,1	25,3	24,4	23,4	21,8	18,7	16,7	15,4	16,4	15,9
Frankreich	12,4	13,2	13,8	13,5	13,9	13,7	13,4	12,7	11,2	10,3	10,0	10,6
Irland	16,0	16,0	14,6	12,5	11,8	9,9	7,3	5,5	4,3	3,8	4,0	4,2
Italien	13,0	14,5	15,4	16,1	15,9	16,1	16,1	15,5	14,3	12,9	12,2	11,7
Luxemburg	2,8	3,3	4,1	4,3	4,2	3,9	4,0	3,3	3,1	2,7	3,9	5,1
Niederlande	7,2	7,5	7,9	8,1	7,7	6,6	5,0	4,4	3,8	3,1	3,0	4,0
Österreich	•	5,0	4,9	5,0	5,2	5,4	5,4	4,7	4,3	4,2	4,5	4,6
Portugal	5,1	6,7	7,9	8,2	8,2	7,6	6,4	5,2	5,1	5,1	6,1	7,3
Finnland	9,6	14,4	14,8	15,1	14,9	13,0	12,0	10,7	10,6	9,7	9,1	8,9
Schweden	4,4	7,3	7,8	7,8	9,0	9,5	8,0	6,8	5,3	4,5	4,6	5,2
Vereinigtes Königreich	7,5	7,6	7,1	6,7	6,3	5,8	5,3	5,1	4,8	4,4	4,5	4,4
Europäische Union (15 Länder)	10,5	11,4	11,9	11,7	11,7	11,6	11,1	10,2	9,2	8,6	8,7	8,9

1) Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbsspersonen.

2) Quelle: Eurostat Datenbank (New Cronos update März 2004).

II. D. Ausgleichsprozesse

1. Bewegung am Arbeitsmarkt

Große Fluktuation

Auch in Zeiten rückläufiger Beschäftigung bieten sich Chancen für eine Beschäftigungsaufnahme. So wurden 2003 zwar schätzungsweise rund 7,2 Mio sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse beendet, gleichzeitig aber auch 6,7 Mio **Beschäftigungsverhältnisse neu begonnen**.¹⁾ Dazu kommen noch Beendigungen und Aufnahmen geringfügiger Arbeitnehmertätigkeiten, öffentlich-rechtlicher Beschäftigungsverhältnisse und von Selbstständigkeit (einschließlich sozialversicherungsfreier Mithelfender), für die jedoch keine Zahlen vorliegen.

Die Fluktuation hat 2003 weiter abgenommen. Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche wurden deutlich weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse beendet und begonnen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (schätzungsweise ca. -12% bzw. -13%). Die **Arbeitskräftefluktuationsrate** ist von 2002 auf 2003 von 0,29 auf 0,26 gesunken. Ein Wert von 0,26 besagt, dass 26% der Beschäftigten den Arbeitsplatz gewechselt oder ein Beschäftigungsverhältnis aufgenommen bzw. beendet haben, ohne aus einem Beschäftigungsverhältnis zu kommen bzw. in ein neues zu gehen.²⁾

Die Arbeitskräftefluktuation ist in Ostdeutschland etwas größer als in Westdeutschland (0,29 zu 0,25), in beiden Landesteilen war sie rückläufig (Vorjahr: 0,31 bzw. 0,28). In Westdeutschland beendeten ca. 5,6 Mio Menschen und in Ostdeutschland ca. 1,6 Mio ihr Beschäftigungsverhältnis (ca. -12% bzw. -8%). Eine neue Beschäftigung begannen im Westen ca. 5,2 Mio und im Osten ca. 1,5 Mio (ca. -14% bzw. -8%).

2. Ausgleichsprozess über die Arbeitsämter

Deutlich weniger Stellenangebote

Das bei den Arbeitsämtern gemeldete **Stellenangebot** hat sich 2003 vor allem im Zuge der konjunkturellen

Schwäche verringert, zum Teil haben auch Änderungen in der statistischen Erfassung eine Rolle gespielt (vgl. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik der BA“). So waren zu Beginn des Jahres den Arbeitsämtern 324.900 Stellenangebote gemeldet. Im Jahresverlauf teilten Wirtschaft und Verwaltungen weitere 2,47 Mio Stellenangebote mit. Damit standen den Arbeitsämtern im Berichtsjahr insgesamt 2,79 Mio gemeldete Stellenangebote

(Anwesenheitsgesamtheit) zur Besetzung zur Verfügung, 12% weniger als vor einem Jahr (vgl. Abbildung II.D.1). Davon wurden 2,53 Mio Stellenangebote im Jahresverlauf erledigt, 12% weniger.

Das Stellenangebot entwickelte sich regional recht ähnlich. In Westdeutschland verringerte sich der Stellenpool um 12% auf 2,10 Mio und in Ostdeutschland um 13% auf 691.800. Im Zusammenhang mit der stärkeren Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt sind erneut weniger Angebote für Beschäftigungschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarkts gemeldet worden.

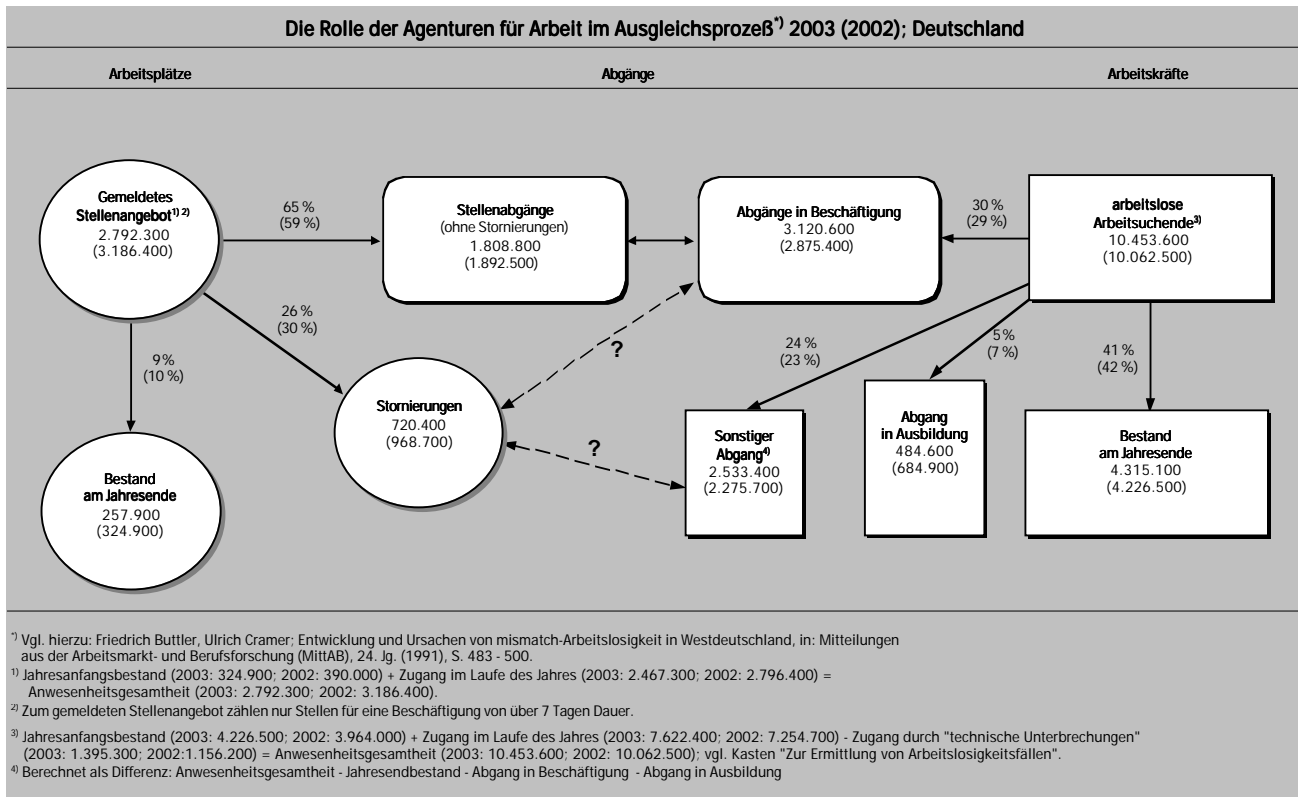
Aus fast allen **Wirtschaftszweigen** gab es weniger Stellenmeldungen. Überdurchschnittliche Abnahmen verzeichneten insbesondere Branchen des Produzierenden Gewerbes, besonders ausgeprägt bei Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (-31%), Herstellung chemischer Erzeugnisse (-28%) und im Maschinenbau (-23%). Auch von Dienstleistungsbranchen wurden erheblich weniger Stellen gemeldet, markant im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (-24%) und bei öffentlichen Verwaltungen (-20%). Unternehmensnahe Dienstleister meldeten dagegen etwas mehr Stellen als vor einem Jahr (+3%). Stellenzugänge aus der Land- und Forstwirtschaft waren etwas kleiner (-3%; vgl. Anhang Tabelle III.A.7).

Die Bundesanstalt ist 2003 von Wirtschaft und Verwaltung bei der Personalbeschaffung etwa in gleichem Umfang wie im Vorjahr in Anspruch genommen worden. Jedenfalls blieb der Anteil der erledigten Stellenmeldungen an allen begonnenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (**Einschaltungsgrad**) praktisch unverändert bei 37¹/₂% (vgl. Tabelle II.D.1 und Kasten „Messziffern ...“). Eine Einschaltung in dieser Größenordnung spricht dafür, dass Arbeitgeber die Bundesanstalt bei der Personalbeschaffung für leistungsfähig halten. Dabei ist der Einschaltungsgrad in Ostdeutschland mit 44% nach wie vor spürbar größer als in Westdeutschland mit 35¹/₂%, allerdings hat er im Osten zuletzt ab- und im Westen zugenommen (2002 Osten: 48%; Westen: 34¹/₂%). Hier spielen auch Stellen für Beschäftigungschaffende Maßnahmen eine Rolle, die den Ämtern alle gemeldet werden.

¹⁾ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse beispielsweise auch Umsetzungen von Mitarbeitern zwischen verwandten Unternehmen mit eigener Betriebsnummer – etwa von der Konzernmutter zu einem Tochterunternehmen – enthält. Neue Beschäftigungsverhältnisse können ferner bei Ausgliederungen, aber auch bei Betriebsübernahmen entstehen, etwa dann, wenn der Käufer formal eine neue Firma gründet. Vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“.

²⁾ Berechnung der Arbeitskräftefluktuationsrate = ((begonnene plus beendete Beschäftigungsverhältnisse)/2) / Beschäftigungsbestand im Juni. Bei den begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen handelt es sich um Fälle, die Zahl der Personen ist kleiner, weil ein Teil von ihnen mehrmals eine Beschäftigung beginnt oder beendet. Dies muss bei der verkürzten Beschreibung beachtet werden.

Abbildung II.D.1



Ein anderes Maß für die Beteiligung der Arbeitsämter an Besetzungsprozessen ist die **Meldequote**; sie zeigt den Anteil der den Arbeitsämtern gemeldeten Angebote am gesamtwirtschaftlichen Stellenbestand. Danach waren im Herbst 2003 rund 35% aller Stellenangebote den Arbeitsämtern gemeldet, im Vergleich zu 36% im Herbst 2002. In Westdeutschland hat sich die Meldequote von 35^{1/2}% auf 34% und in Ostdeutschland von 41% auf 39% reduziert (vgl. Kapitel II.B).

Dass der Einschaltungsgrad höher ist als die Meldequote dürfte – neben den unterschiedlichen Messkonzepten, also Befragung von Betrieben einerseits und Auswertung von Geschäftsdaten der BA und Daten der Beschäftigtenstatistik andererseits (vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“) – darauf zurückgehen, dass die Arbeitsämter stärker in Stellenbesetzungsprozesse mit vergleichsweise kurzen Laufzeiten eingeschaltet werden. Diese Stellen sind im Zugang stärker repräsentiert als im Bestand (Bestand = dauergewichteter Zugang).

Mehr Arbeitslosigkeitsfälle gegenüber. Zum Jahresbeginn gab es 4,23 Mio **arbeitslose Arbeitssuchende**. Während des Jahres registrierten die

Ämter weitere 6,23 Mio Arbeitslosmeldungen. Dies ergibt eine Gesamtzahl von 10,45 Mio Arbeitslosigkeitsfälle (Anwesenheitsgesamtheit; vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen“), die im Jahr 2003 über die Arbeitsämter eine Beschäftigung suchten, 4% mehr als 2002 (vgl. Abbildung II.D.1).

In Westdeutschland suchten 6,94 Mio Arbeitslose über die Arbeitsämter eine Beschäftigung, 6% mehr als im Vorjahr. In Ostdeutschland suchten im Berichtsjahr praktisch unverändert 3,52 Mio Arbeitslose (-0,3%).

Darüber hinaus gibt es **nichtarbeitslose Arbeitssuchende**, das sind Arbeitssuchende, die nicht arbeitslos sind, z.B. weil sie eine berufliche Weiterbildung besuchen oder noch in einem gekündigten Beschäftigungsverhältnis stehen und deshalb nicht sofort verfügbar sind, aber gleichwohl einen Arbeitsplatz suchen. Ende 2003 waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 1,06 Mio nichtarbeitslose Arbeitssuchende gemeldet, 10% mehr als vor einem Jahr¹⁾. Der starke Zuwachs beruht vor allem darauf, dass Arbeitnehmer, deren sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis endet, seit 1. Juli 2003 verpflichtet sind, sich unverzüglich nach Kenntnis des

¹⁾ Auf den Ausweis der Anwesenheitsgesamtheit für nicht arbeitslose Arbeitssuchende wird verzichtet, weil der Übergang von arbeitslosen zum nicht arbeitslosen Arbeitssuchenden nicht getrennt erfasst wird.

Beendigungszeitpunkts persönlich beim Arbeitsamt arbeitsuchend zu melden (frühzeitige Arbeitsuche; vgl. § 37b SGB III).

Mehr Arbeitsaufnahmen

2003 beendeten deutlich mehr Personen ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit; nach der Bewerber-Statistik waren das 3,12 Mio Arbeitslose, 9% mehr als vor einem Jahr (vgl. Tabelle II.C.6). In Beschäftigungen am ersten Arbeitsmarkt mündeten mit 2,97 Mio Arbeitslosen sogar 11% mehr ein, während Vermittlungen in Beschäftigung schaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes insgesamt rückläufig waren. Dies ist jedoch nicht Ausdruck konjunktureller Belebung, sondern größtenteils Folge der Stärkung der Eigeninitiative der Arbeitslosen und ihrer Förderung bei der Arbeitsuche. Infolgedessen wurden Beschäftigungschancen, die sich auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche bieten, anscheinend besser genutzt. Darüber hinaus machten sich 255.600 Arbeitslose selbstständig, 81% mehr als vor einem Jahr, kräftig unterstützt durch Überbrückungsgeld sowie die neuen Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG). Die starke Zunahme ist aber auch Ausdruck mangelnder Angebote für abhängige Beschäftigungen.

Die Zahl der Beschäftigungsaufnahmen hat sowohl in West- wie in Ostdeutschland zugenommen. Im Westen gelang es 2,03 Mio Arbeitslosen eine Arbeit zu finden, 10% mehr als vor einem Jahr, in Ostdeutschland 1,09 Mio, ein Plus von 6%. Nach wie vor spielt der zweite Arbeitsmarkt im Osten eine beachtliche – wenn auch abnehmende – Rolle, 11% aller Beschäftigungsaufnahmen mündeten dort hin, im Vergleich zu nur 1% im Westen.

Die **Wiederbeschäftigungsquote**, also der Anteil der Personen, die ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beenden konnten, an allen Abmeldungen, belief sich 2003 bundesweit auf unverändert 41% (vgl. Tabelle II.D.2). Bereinigt man die Abgänge um die eher technischen Unterbrechungen (Arbeitsunfähigkeit und Umzug) erhöhte sich die Quote von 50% auf 52%. In Westdeutschland war die Wiederbeschäftigungsquote mit 40% bzw. bereinigten 50% merklich kleiner als in Ostdeutschland mit 44% bzw. bereinigten 58%.

Durch „klassische“ **Vermittlungen nach Auswahl und Vorschlag** beendeten 676.700 Personen ihre Arbeitslosigkeit, 19% weniger als vor einem Jahr. Dieser Rückgang spiegelt vor allem die im Vergleich zu 2002 geänderte statistische Erfassung wider (vgl. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik der BA“). Gleichwohl wurden aber noch gut ein Fünftel aller Beschäftigungsaufnahmen von Arbeitslosen durch die Arbeitsämter vermittelt. Die Mitwirkung der Arbeitsämter am Zustandekommen eines Arbeitsverhältnisses lässt sich jedoch nicht mit einem engen Vermittlungsbegriff erfassen. Denn über die klassischen Vermittlungen hinaus tragen zunehmend die Selbstinformatioenseinrichtungen der Bundesanstalt, die Beratungsdienstleistungen der Arbeitsämter, die Einschaltung von Dritten, vielfäl-

Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen (Anwesenheitsgesamtheit)

Bei den Arbeitslosen sind als **Anwesenheitsgesamtheit** alle Arbeitslosen zu erfassen, die im Laufe eines Jahres für die Besetzung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen, d.h. die am Jahresanfang vorhandenen zuzüglich der im Laufe des Jahres hinzukommenden Arbeitslosen (vgl. Abbildung II.D.1). Dabei kann eine Person mehr als einen Arbeitslosigkeitsfall auslösen. Dies ist z.B. dann gegeben, wenn die Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres durch eine kurze, aber mehr als kurzfristige Beschäftigung oder eine über sechs Wochen dauernde Krankheit unterbrochen wird.

Die Ermittlung der Anwesenheitsgesamtheit an Arbeitslosen als **Summe aus Jahresanfangsbestand und Zugängen im Laufe des Jahres** führt allerdings zu **überhöhten Ergebnissen**. Denn in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit wird – auf der Grundlage der Definition des Arbeitslosen im SGB III (vgl. Kasten „Arbeitslose – wesentliche Merkmale“ in Kapitel II.C) – eine Vielzahl von Zugängen in und Abgängen aus Arbeitslosigkeit nachgewiesen, die lediglich eine **technische Unterbrechung** der Arbeitslosigkeit, aber kein neuer „Arbeitslosigkeitsfall“ im oben beschriebenen Sinn sind. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn ein Arbeitsloser dem Arbeitsmarkt vorübergehend zeitlich eng begrenzt nicht zur Verfügung steht. In solchen Zeiträumen wechselt der „Arbeitslose“ i.d.R. in den Status des nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden; entsprechend wird (statistisch) jeweils ein Abgang aus **und** ein Zugang in Arbeitslosigkeit nachgewiesen.

Für die Ermittlung der Anwesenheitsgesamtheit an Arbeitslosen sind also alle Zugänge um die durch **„technische Unterbrechungen“** hervorgerufenen Zugänge zu bereinigen. Im Einzelnen trifft das zu für Statuswechsel nach

- Arbeitsunfähigkeit sowie
- vorübergehend fehlender Verfügbarkeit (z.B. zeitweilige Ortsabwesenheit)

Darüber hinaus ist der Zugang an Arbeitslosen noch um die Fälle zu bereinigen, in denen zwar die Arbeitslosigkeit beendet wird, aber – wegen der sofortigen oder zeitlich nahen **Wiederanmeldung** – ebenfalls kein neuer Arbeitslosigkeitsfall eintritt. Dazu zählen Zugänge nach

- Umzug und
- erneuter Meldung nach Meldeversäumnis.

Bundesweit reduziert sich damit im Jahr 2003 – ähnlich wie im Vorjahr – die Zahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit von 7.622.400 auf 6.227.100 (–1.395.300 oder –18%).

tige finanzielle Hilfen bei der Beschäftigungssuche und auch der Vermittlungsgutschein zu Beschäftigungsaufnahmen bei (vgl. Abschnitt II.E.5 Förderung der Arbeitsuche).

3. Laufzeit von Stellenangeboten

Die **Arbeitsämter** haben auch 2003 alles daran gesetzt, **Stellen rasch zu besetzen**, um so gleichermaßen Arbeitslosigkeit und Krätemangel entgegenzuwirken. Da Bewerber und Stellen auch möglichst gut zueinander passen sollen, ist schnelle Reaktion der Vermittlungsfachkräfte auf Stellenmeldungen dabei ein wichtiges, aber nicht das maßgebende Kriterium. Entscheidend ist, dass der vorgeschlagene Bewerber möglichst genau den Anforderungen der Stelle entspricht.

Der Einfluss der Arbeitsämter auf die **Laufzeit der angebotenen Stellen** – also auf die Zeitspanne zwischen ihrer Meldung und ihrer „Erledigung“ durch Vermittlung, anderweitige Besetzung oder Stornierung – beschränkt sich im Wesentlichen auf das Zusammenführen von registriertem Kräfteangebot und gemeldeter Nachfrage. Umfang und Zusammensetzung von Angebot und Nachfrage sind den Arbeitsämtern – von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Kräfte nachfrage und Qualifizierungsmaßnahmen beim Kräfteangebot abgesehen – dagegen vorgegeben. Konjunkturelle und strukturelle Faktoren beeinflussen die Laufzeit u.U. stark, beispielsweise wegen des unterschiedlichen und anscheinend tendenziell zunehmenden Zeitbedarfs für die Entscheidung beim kräftesuchenden Betrieb und beim interessierten Bewerber. Darüber hinaus wirken auch Verwaltungsvorschriften auf die Laufzeit ein; beispielsweise hat die Regelung, dass Stellen mindestens vier Wochen lang gemeldet sein müssen, bevor arbeitserlaubnispflichtige Ausländer berücksichtigt werden können, die Laufzeit verlängert.

Man kann auch nicht genau feststellen, in welchem Umfang die Laufzeit von Stellenangeboten auf der unvermeidlichen Zeit der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses oder auf konjunkturellen oder strukturellen Einflüssen beruht. Die durchschnittliche Laufzeit für alle offenen Stellen (ohne landwirtschaftliche Berufe) in den Jahren 1993 und 1994 mit gut sechs Wochen stellt aber derzeit wohl den friktionalen Zeitbedarf dar, denn konjunkturelle Anspannungen und strukturelle Diskrepanzen dürften in diesen Jahren sehr gedämpfter Kräfte nachfrage und hoher Arbeitslosigkeit die Laufzeit kaum verlängert haben.

Laufzeit von Stellenangeboten deutlich kürzer

Die **durchschnittliche Laufzeit** der abgegangenen Stellen (ohne Job-Service, Saison-, ABM-, und traditionelle SAM-Stellen

sowie Daueraufträge) war 2003 mit 58 Tagen um 5 Tage kürzer als vor einem Jahr (vgl. Anhang Tabelle III.C.3). Angesichts einer steigenden Zahl arbeitsloser Bewerber gelang es offenkundig, Stellen schneller zu besetzen. Dabei beschränkt sich der Rückgang auf den Westen (–8 Tage), im Osten gab es eine Zunahme (+2 1/2 Tag). Aufgrund der deutlich größeren Arbeitslosigkeit war

die Laufzeit in Ostdeutschland mit 40 Tagen nach wie vor erheblich kürzer als in Westdeutschland mit 66 Tagen. Dabei ist auch zu beachten, dass Betriebe oft frühzeitig auf Bewerbersuche gehen, die Stellen also weniger lang vakant sind.

Die längste Laufzeit gab es nach wie vor bei Stellenangeboten für **technische Berufe** mit 78 1/2 Tagen (–7 Tage). Dabei dauerte es bei Ingenieuren, Chemikern, Physikern und Mathematikern mit durchschnittlich 87 1/2 Tagen bis zur Besetzung der Stellen besonders lange. **Dienstleistungsberufe** hatten mit im Mittel 61 Tagen überdurchschnittliche Laufzeiten, besonders lange dauerte die Stellenbesetzung u.a. bei Gesundheitsdienstberufen (83 Tage), Körperpflegern (73 Tage) und Dienstleistungskaufleuten (72 Tage). Andererseits waren die Besetzungszeiten bei Reinigungs- und Verkehrsberufen vergleichsweise kurz (47 bzw. 49 Tage). Die Laufzeiten für **Fertigungsberufe** waren mit 54 Tagen insgesamt unterdurchschnittlich. Die längsten Dauern wiesen hier Lederberufe (80 Tage), Metallzeuger und -bearbeiter (75 Tage) und Elektriker (69 1/2 Tage) auf. Dagegen waren Stellen für die stark saisonal geprägten Bau- und baunahen Berufe deutlich schneller besetzt, so z.B. für Bauberufe mit 35 1/2 Tage. Dies gilt auch für Stellen für **Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe**, die mit 44 Tagen mit die niedrigsten Laufzeiten aufwiesen.

4. Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung

Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung ist 2003 deutlich weniger nachgefragt

worden als im Vorjahr. Bestand an Leiharbeitnehmern und neu begründete Leiharbeitsverhältnisse haben abgenommen. Der Rückgang ist wohl primär auf die niedrigere Auslastung der Betriebe auf Grund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen. Infolgedessen waren weniger Produktionsspitzen und Personalausfälle mit Hilfe von Leiharbeitnehmern zu bewältigen. Ähnliches dürfte für die Auslagerung von Nebentätigkeiten gelten, für die großenteils Leiharbeitskräfte benötigt wurden.³⁾

Ende Juni 2003 hatten in **Deutschland**⁴⁾ 11.500 natürliche oder juristische Personen die **Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung** nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG); damit ist ihre Zahl gegenüber Vorjahr um 700 gestiegen (vgl. Tabelle II.D.4). Diese Personen führten als örtliche Einheiten 14.400 Verleihbetriebe (+600). Von ihnen sahen 6.700 oder 46% ihren Betriebszweck überwiegend oder ausschließlich in der Arbeitnehmerüberlassung. Den größeren Teil bildeten mit 7.800 oder 54% jedoch wie bisher die sog.

³⁾ Vgl. Helmut Rudolph, Esther Schröder: Arbeitnehmerüberlassung – Trends und Einsatzlogik in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Mitt-AB), 30. Jg. (1997), Heft 1, S. 102 ff.

⁴⁾ Eine Ost-West-Aufteilung ist nicht möglich, da es regionalisierte Daten nur nach Landesarbeitsämtern gibt.

Mischbetriebe, die Arbeitnehmer sowohl selbst beschäftigen als auch verleihen.

Die **Struktur der Verleihbetriebe** hat sich im Berichtsjahr etwas verändert. An Gewicht zugenommen hat der Anteil von Verleihbetrieben ohne Leiharbeitnehmer am Stichtag, die eine Erlaubnis anscheinend rein vorsorglich beantragen (sog. „Null-Melder“; gegenüber Vorjahr: +1,5 Prozentpunkte auf 33%). Leicht gestiegen ist auch der Anteil der Betriebe mit kleineren und größeren Beständen an Leiharbeitnehmern (1 bis 9 Leiharbeitnehmer: +0,3 Prozentpunkte auf 26%; 50 und mehr Leiharbeitnehmer: +0,6 Prozentpunkte auf 13%). Dagegen ging der Anteil der Verleihbetriebe mit mittelgroßen Beständen deutlich zurück (10 bis 49 Leiharbeitnehmer: -2,4 Prozentpunkte auf 26%).

Ende Juni 2003 standen bundesweit insgesamt **327.300 Arbeitnehmer bei Verleihern unter Vertrag**, dies waren 2,7% weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres (Juni 2002/2001: -5,9%). Im Vergleich dazu verringerte sich die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,2% auf 26,95 Mio. Somit waren dies nur rd. 1,2% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Abnahme der Arbeitnehmerüberlassung wird auch bei den Bewegungsgrößen sichtbar. So **begründeten** im ersten Halbjahr 2003 insgesamt 252.800 Arbeitnehmer erstmalig ein **Arbeitsverhältnis** mit einem bestimmten **Verleiher**, 1% weniger als im Vorjahreszeitraum (2002/01: -15%; vgl. Tabelle II.D.5). Von ihnen waren 7% (Vorjahr: 10%) noch nie und 60% (54%) unmittelbar vorher nicht, aber früher bereits beschäftigt gewesen. Dem standen auch deutlich weniger beendete Leiharbeitsverhältnisse gegenüber (-5% auf 237.300).

Auffallend ist nach wie vor die wesentlich geringere, gleichwohl tendenziell zunehmende Beteiligung der Frauen. So stellen Männer zur Mitte des Berichtsjahres 78% aller Leiharbeitnehmer (Vorjahr: 77%; 1992: 82%). Dies hängt vor allem damit zusammen, dass nach wie vor Entleih-Tätigkeiten im gewerblichen Bereich überwiegen, und zwar vor allem als Hilfsarbeiter, Schlosser, Mechaniker (einschl. zugeordneter Berufe) sowie als Elektriker. Bei den Frauen standen wie bisher Hilfsarbeiten ohne nähere Tätigkeitsangabe und Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe im Vordergrund.

Die Arbeitsverhältnisse zwischen Verleihern und Leiharbeitnehmern waren weiterhin überwiegend von **kurzer Dauer**. Statistisch erfasst wird allerdings nur die Länge der **beendeten**, nicht die der zwischen Verleihern und Leiharbeitnehmern bestehenden Arbeitsverhältnisse. Von den im **ersten Halbjahr 2003** ausgelaufenen Arbeitsverhältnissen hatten 57% bis unter drei Monate gedauert (Vorjahr: 56%), immerhin 43% hatten drei Monate oder länger bestanden (44%; vgl. Tabelle II.D.5). Die größtenteils kurze Dauer von Leiharbeitsverhältnissen deutet darauf hin, dass Verleiher ihren Personalbestand möglichst elastisch ihrer Auftragslage anpassen und/oder dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Leiharbeitsverhältnis häufig als Übergangslösung ansehen. All dies muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass gemäß AÜG der Abschluss eines befristeten Leih-Arbeitsvertrages nur einmal möglich ist, es sei denn, aus der Person des Leiharbeitnehmers ergäbe sich ein sachli-

cher Grund für weitere Befristungen (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 3 AÜG).

2003 gingen 7.800 Anträge auf **Ertelung einer Verleihere-laubnis** ein, so viele wie im Vorjahr. Dabei handelte es sich mit 5.000 überwiegend um Verlängerungsanträge, die Zahl der Erstanträge betrug 2.800 (Vorjahr: 5.000 bzw. 2.700). In 7.200 Fällen wurde eine **Erlaubnis erteilt** (7.300); diese erfolgte 97 mal unter Bedingungen bzw. Auflagen und in 641 Fällen unter Widerrufsvorbehalt (92 bzw. 655). Mit 88 Anträgen wurden etwas mehr abgelehnt als im Vorjahr (72).

Zudem erfolgten weniger **Überprüfungen** der Verleiher **vor Ort**; im Jahr 2003 gab es 1.200 derartige Kontrollen (Vorjahr: 1.300). In 156 Fällen wurde ein Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten verschiedenster Art gem. § 16 Abs. 1 Nrn. 3 – 6, 8, 9 AÜG eingeleitet (Vorjahr: 417).

Im Berichtsjahr wurden 94 **Erlaubnisse** zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung von der Bundesanstalt **widerrufen** (Vorjahr: 93). Anlass dazu waren z.B. Verstöße gegen sozialversicherungs- oder arbeitsrechtliche Vorschriften, die die Bundesanstalt im Rahmen der erwähnten Prüfungen aufdeckte.

5. Sperrzeiten

Die Zahl der **Sperrzeiten** (vgl. Kasten „Sperrzeiten“) hat 2003 erheblich zuge-

Erheblich mehr Sperrzeiten

genommen. Bundesweit traten 423.800 Sperrzeiten ein, das sind 108.200 oder 34% mehr als vor einem Jahr (vgl. Tabelle II.D.6). Dabei war das prozentuale Plus in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland (+47% auf 92.600 bzw. +31% auf 331.100). Der starke Zuwachs ist im Zusammenhang mit der strikten Anwendung des Prinzips „Fördern und Fordern“ zu sehen. Die „tatsächliche“ Zahl der Sperrzeiten ist allerdings geringer, denn erfahrungsgemäß werden ca. 6% der Fälle durch erfolgreiche Widersprüche und Klagen aufgehoben. Somit dürfte sich die Gesamtzahl der Sperrzeiten auf rd. 398.000 reduzieren. Diese Größe muss vor dem Hintergrund von 4,87 Mio Bewilligungen von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe im Jahr 2003 gesehen werden; auf dieser Basis errechnet sich eine „Sperrzeitquote“ von 8%, nach 6% im Jahr zuvor. Dabei ist die Quote in Westdeutschland mit 8¹/₂ % spürbar größer als in Ostdeutschland mit 5¹/₂ %.

Wie schon seit langem standen Sperrzeiten wegen **Arbeitsaufgabe** im Vordergrund; in 238.000 Fällen wurde deswegen die Dauer des Leistungsanspruchs gekürzt, 3% mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an allen Sperrzeiten hat sich erheblich reduziert, und zwar von 73% auf 56%. In Westdeutschland haben Sperrzeiten aus diesem Grund etwas stärker zugenommen als in Ostdeutschland (+4% auf 191.900 bzw. +2% auf 46.100).

Der Anstieg der Sperrzeiten insgesamt beruht vor allem auf beträchtlich mehr Sperrzeiten wegen der **Ablehnung zumutbarer Arbeit**. Aus diesem Anlass wurden im Berichtsjahr 152.600 Sperrzeiten ausgesprochen, fast dreimal so viel wie 2002; ihr Anteil an allen Sperrzeiten verdoppelte sich auf 36%. Dabei war der Anstieg in Ostdeutschland stärker als in Westdeutsch-

Stärkung der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit

Die Novellierung des SGB III durch das Job-AQTIV-Gesetz (in Kraft ab 1.1.2002) und die Hartz I sowie Hartz II – Gesetze¹⁾ (in Kraft überwiegend ab 1.1.2003) hatten u. a. zum Ziel, die **Arbeitsvermittlung** sowie die **Eigeninitiative der Arbeitslosen zu stärken** um Arbeitslose schnell und passgenau zu vermitteln bzw. zu integrieren und gemeldete Stellen zügig zu besetzen. Dazu wurden **neue Instrumente** eingeführt. Die **wesentlichen** Neuerungen sind:

Profiling (§ 6)

Zur Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit, insbesondere zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit hat das Arbeitsamt mit jedem Arbeitssuchenden spätestens nach der Arbeitslosmeldung die für die Vermittlung erforderlichen beruflichen und persönlichen Merkmale, seine beruflichen Fähigkeiten und seine Eignung festzustellen. Auf der Grundlage dieses Bewerberprofils ist auch eine Chancenprognose zu erstellen, d.h. zu ermitteln, ob und warum eine berufliche Eingliederung möglicherweise erschwert ist.

Maßnahmen der Eignungsfeststellung (§ 48 i.V.m. § 35 Abs. 3)

Eignungsfeststellungsmaßnahmen sind dann vorzusehen, wenn ein Bewerberprofil nicht ohne weiteres erstellt werden kann, insbesondere nicht klar ist, in welche berufliche Tätigkeit der Arbeitslose vermittelt werden kann oder welche Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung vorzusehen sind.

Eingliederungsvereinbarung (§ 35 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 2 und 3)

In den Eingliederungsvereinbarungen sind für einen bestimmten Zeitraum gemeinsam mit dem Arbeitslosen Wege zur beruflichen Wiedereingliederung festzulegen. Diese umfassen die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes, die Eigenbemühungen des Arbeitslosen und, soweit die Voraussetzungen vorliegen, künftige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung. Die Eingliederungsvereinbarung ist sich ändernden Verhältnissen anzupassen und fortzuschreiben, wenn nach Ablauf ihrer Gültigkeit die Arbeitslosigkeit nicht beendet wurde.

Verstärkung der Vermittlung (§ 37 Abs. 2)

Arbeitslose, deren berufliche Eingliederung voraussichtlich erschwert ist oder die innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit keine Beschäftigung aufgenommen haben, sollen verstärkte vermittlerische Unterstützung erhalten, ggf. auch unter Einschaltung Dritter.

Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 37a)

Zu seiner Unterstützung kann das Arbeitsamt Dritte mit Teilaufgaben der Vermittlung oder mit dem gesamten Ver-

mittlungsprozess beauftragen. Arbeitslose können nach sechsmonatiger Dauer die Einschaltung Dritter verlangen. Bei den Dritten kann es sich auch um Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie kurzarbeitende Betriebe handeln.

Alle diese Regelungen gelten auch für Ausbildungsplatzsuchende.

Vermittlungsgutschein (eingefügt mit dem Gesetz zur Reform der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsvermittlung, in Kraft seit 27. März 2002; § 421g)

Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten auf Wunsch einen Vermittlungsgutschein, wenn sie mindestens drei Monate arbeitslos und noch nicht vermittelt sind. Anspruch haben auch Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Strukturanpassungsmaßnahmen beschäftigt sind. Mit dem Vermittlungsgutschein können sie einen privaten Vermittler ihrer Wahl einschalten. Je nach Dauer der Arbeitslosigkeit können die privaten Vermittler 1.500 € bis 2.500 € für die Vermittlung erhalten (von drei bis sechs Monaten: 1.500 €; nach sechs bis neun Monaten: 2.000 € und nach neun Monaten: 2.500 €).

Frühzeitige Meldepflicht (In Kraft seit 1.7.2003; § 37b SGB III)

Es wurde die Verpflichtung eingeführt, sich frühzeitig arbeitsuchend zu melden. Arbeitsagentur und Arbeitnehmer sollen bereits die wichtige Zeitspanne zwischen Kündigung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses für Vermittlung oder Weiterbildung nutzen. Die Arbeitnehmer müssen der Agentur für Arbeit die bevorstehende Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses sofort persönlich mitteilen. Bei verspäteter Meldung wird bei Eintritt der Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld gemindert.

Einführung von Personal-Service-Agenturen (§ 37c SGB III)

Vermittlungsorientierte Zeitarbeit soll stärker genutzt werden. Jedes Arbeitsamt hat die Einrichtung mindestens einer Personal-Service-Agentur (PSA) sicherzustellen. Diese stellen ausschließlich vom Arbeitsamt vorgeschlagene Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ein. Aufgabe der PSA ist es, die Arbeitnehmer an andere Betriebe zu verleihen oder verleihfreie Zeiten für arbeitsmarktorientierte Integrationsbemühungen zu nutzen. Die PSA erhalten ein Honorar, das aus einer Fallpauschale sowie einer Integrations- bzw. Vermittlungsprämie besteht.

¹⁾ Zu weiteren Änderungen durch Hartz I und II vgl. Kasten „Arbeitsmarktpolitische Instrumente; Wesentliche Änderungen ...“ im Kapitel II.E.

Messziffern der Arbeitsvermittlung

Die folgenden Messziffern beziehen sich auf den Arbeitsmarkt im engeren Sinne, d.h. ohne betriebliche Ausbildungsplätze bei Stellenabgängen, Vermittlungen und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Außerdem gilt als „Stellenangebot“ nur ein Angebot für eine Beschäftigung über sieben Tage Dauer.

Einschaltungsgrad

- zeigt an, zu welchem Grad die Bundesanstalt von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung bei der Personalbeschaffung eingeschaltet wird.
- Gegenüberstellung von Stellenabgängen bei den Arbeitsämtern zu den voll sozialversicherungspflichtigen Einstellungen, also:

$$\frac{\text{Abgang an Stellenangeboten}}{\text{Einstellungen}} \times 100.$$

Ausschöpfungsgrad

- zeigt an, welchen Anteil die Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse über sieben Tage Dauer insgesamt am Stellenabgang haben.
- Gegenüberstellung der Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungen über sieben Tage Dauer (AV über sieben Tage) zum Abgang von Stellenangeboten, also:

$$\frac{\text{AV über 7 Tage}}{\text{Abgang an Stellenangeboten}} \times 100.$$

Marktanteil

- zeigt an, welchen Anteil die Bundesanstalt bei der Besetzung von Stellen hat.
- Gegenüberstellung von Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse von über sieben Tagen Dauer zu den voll sozialversicherungspflichtigen Einstellungen, also:

$$\frac{\text{AV über 7 Tage}}{\text{Einstellungen}} \times 100.$$

- Mit anderen Worten: Multiplikation von Einschaltungsgrad mit Ausschöpfungsgrad.

Wiederbeschäftigungsquote

- zeigt an, in welchem Maß Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder -freien Beschäftigung beendet haben, in Relation zum Gesamtantritt an Arbeitslosen, also:

$$\frac{\text{Abgang Arbeitslose in Arbeit}}{\text{Abgang Arbeitslose insgesamt}} \times 100.$$

Vermittlungsquote

- zeigt an, in welchem Umfang Arbeitsvermittlungen durch Auswahl und Vorschlag zur Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen beigetragen haben.

- Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitslosen, die von den Arbeitsämtern in (kurz- oder längerfristige) Arbeit durch Auswahl und Vorschlag vermittelt wurden, mit der aller in Arbeit gegangenen Arbeitslosen, also:

$$\frac{\text{AV von Arbeitslosen}}{\text{Abgang Arbeitslose in Arbeit}} \times 100.$$

Diese traditionelle Definition von „Vermittlungsquote“ darf nicht verwechselt werden mit der neueren Legaldefinition von § 11 Abs. 2 Nr. 5 SGB III, die sich – im Kontext der Eingliederungsbilanzen – nur auf nicht geförderte Beschäftigungsverhältnisse bezieht.

Der **Einschaltungsgrad** erlaubt nur bedingt Aussagen über die **Beteiligung der Arbeitsämter an den Ausgleichsprozessen am Arbeitsmarkt**. Denn wie viele Mess- und Kennziffern ist er von Faktoren abhängig, auf die die Arbeitsämter keinen Einfluss haben, etwa konjunkturelle und strukturelle Veränderungen der Gesamtwirtschaft oder auch solche rechtlicher Art, wie die Freigabe der Arbeitsvermittlung für Dritte. Abgesehen davon handelt es sich beim Einschaltungsgrad wegen verschiedener, nicht behebbarer dimensioneller Inkongruenzen nur um einen Näherungswert für den eigentlich interessierenden Marktprozess. Beispielsweise werden Umsetzungen von Mitarbeitern zwischen verwandten Unternehmen mit eigener Betriebsnummer – etwa von der Konzernmutter zu einem Tochterunternehmen – statistisch als beendete und neu begonnene Beschäftigungsverhältnisse gezählt. Neue Beschäftigungsverhältnisse können ferner bei Ausgliederungen, aber auch bei Betriebsübernahmen entstehen, etwa dann, wenn der Käufer formal eine neue Firma gründet. Der Markt, auf dem Stellen besetzt werden können ist also kleiner als es die Zahl der Einstellungen zum Ausdruck bringt; letztere ist lediglich eine Obergrenze und der errechnete Einschaltungsgrad tendenziell zu niedrig. Unterstellt man, dass die genannten Faktoren im Zeitablauf relativ gleichmäßig von Einfluss sind, wirken sie sich vor allem auf die absolute Größe des Einschaltungsgrades aus, aber weniger auf seine Veränderung.

Der **Ausschöpfungsgrad** und der **Marktanteil** können immer weniger als Effizienzmaß der Arbeitsvermittlung dienen, auf die Verwendung dieser Messziffern wird deshalb im vorliegenden Bericht verzichtet (vgl. auch Kasten „Zur Vermittlungsstatistik ...“). So kommen z.B. erfolgreiche Eigenbewerbungen nicht im Ausschöpfungsgrad zum Ausdruck, auch wenn die Arbeitsämter dabei geholfen haben. Dabei sind Förderung der Eigeninitiative von Arbeitslosen und Verbesserung ihres Bewerberverhaltens seit jeher Anliegen der Arbeitsämter, also wichtige Themen von Gruppeninformationen, individuellen Beratungen und insbesondere von Trainingsmaßnahmen. Verstärkt gilt dies seit Inkrafttreten des Job-AQTIV-Gesetzes ab 1.1.2002. Insoweit kann ein wachsender Teil des Stellenabgangs, der nicht durch Arbeitsvermittlungen bewirkt wird, gleichwohl auf gezielten Aktionen der Arbeitsämter beruhen.

Sperrzeiten

Die Bundesanstalt für Arbeit unterstützt vor allem durch ihre Vermittlungstätigkeit den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Mit der Feststellung von Sperrzeiten, d.h. mit dem vorübergehenden Versagen von Entgeltersatzleistungen, versucht sie, Störungen des Ausgleichsprozesses zu verhindern und damit eine möglichst reibungslose Allokation zu gewährleisten (§ 144 SGB III). Daneben schützen Sperrzeiten die Solidargemeinschaft der Beitragszahler vor ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Leistungen.

Sperrzeiten können insbesondere ausgesprochen werden bei Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund, Ablehnung einer zumutbaren Arbeit sowie Ablehnung oder Abbruch einer zumutbaren beruflichen Eingliederungsmaßnahme (einschl. Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen).

Im Mittelpunkt stehen Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund oder wegen Entlassung aufgrund arbeitsvertragswidrigen Verhaltens des Arbeitnehmers (§ 144 Abs. 1 Nr. 1 SGB III). Sie mindern die mögliche Dauer des Arbeitslosengeldbezugs nicht nur um die Dauer der Sperrzeit von zwölf Wochen, sondern mindestens um ein Viertel der Gesamtanspruchsdauer (§ 128 Abs. 1 Nr. 4 SGB III).

Mit dem Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hat es eine Beweislastumkehr gegeben. Seit dem 1. Januar 2003 hat nicht mehr das Arbeitsamt, sondern der Arbeitslose die für die Beurteilung eines wichtigen Grundes maßgebenden Tatsachen darzulegen und nachzuweisen, wenn diese in seiner Sphäre oder in seinem Verantwortungsbereich liegen.

land (+296% auf 40.000 bzw. +139% auf 112.600), zudem ist der Anteil dieser Sperrzeiten an allen Sperrzeiten im Osten deutlich größer (43% zu 34%). Die Zunahme der Sperrzeiten wegen Ablehnung zumutbarer Arbeit hängt auch mit der intensivierten Überprüfung nicht erfolgreicher Vermittlungsvorschläge zusammen. Die klarstellende Neufassung der Ruhenstatbestände bei Verhinderung eines Vorstellungsgesprächs (gem. § 144 Abs. 1 Nr. 2 SGB III), die durch das JobAQTIV-Gesetz zu Jahresbeginn 2002 eingeführt wurde, dürfte auch im Berichtsjahr zur Erhöhung beigetragen haben. Die Sperrzeiten wegen Ablehnung zumutbarer Arbeit sind aber vor dem Hintergrund der Arbeitsaufnahmen von Leistungsempfängern in Millionenhöhe zu sehen.

Auch Sperrzeiten wegen **Ablehnung oder Abbruchs einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme** wurden häufiger ausgesprochen. In insgesamt 33.100 Fällen war dies der Grund für ein Ruhen der Leistungen, das waren 18% mehr als vor einem Jahr. Allerdings geht der Anstieg allein auf den Westen zurück, im Osten gab es eine Abnahme (+30% auf 26.600 bzw. -15% auf 6.500). 8% aller Sperrzeitfälle wurden deshalb bundesweit

ausgesprochen, in Westdeutschland 8% und in Ostdeutschland 7%. Vermutlich haben weiterhin „Fördern und Fordern“ sowie die Einbeziehung von Maßnahmen der Eignungsfeststellung in diesen Sperrzeitbestand eine Rolle gespielt (seit 1.1.2002; vgl. § 144 Abs. 1 Nr. 3 SGB III).

Wegen **wiederholter Sperrzeit** verloren 12.000 Arbeitslose im Berichtsjahr ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe auf Dauer, deutlich weniger als im Vorjahr (Vorjahr: 15.500).

6. Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch

Im Jahr 2003 wurde wiederum illegale Beschäftigung und Leistungsmissbrauch in großem Umfang festgestellt. Die Zahl der insgesamt aufgegriffenen Fälle, Strafanzeigen und festgesetzten Geldbußen lag erneut erheblich über denen des Vorjahres. Nachdem Mitte des Jahres entschieden wurde, dass der Bekämpfungsbereich Anfang 2004 zur Zollverwaltung überwechselt, konzentrierten sich die Arbeitsmarktinspektoren auf die noch laufenden Fälle im Bereich Leistungsmissbrauch, u.a. um der BA die daraus resultierenden Verwarnungsgelder und Geldbußen zu sichern.

Die Zahl der **Ermittlungsverfahren** war erneut größer als im Vorjahr, und zwar überwiegend wegen Aufgriffen von Leistungsmissbrauchsfällen. Insgesamt wurden 347.700 Verdachtsfälle aufgegriffen (gegenüber Vorjahr: +11%). Dabei hielt der seit Jahren ungebrochene Trend zu strafbaren Handlungen an. Dies belegt der weiter **gestiegene Anteil von Straftatverdachtsfällen**, der mittlerweile bei 24% liegt (2002: 22%; 1996: 12%). Mit 83.300 Fällen wurde ein neuer Höchststand bei Strafanzeigen bzw. Abgaben an die Staatsanwaltschaft registriert (+23%); dabei war die Zunahme in Ostdeutschland mit +36% gegenüber dem Vorjahr doppelt so groß wie in Westdeutschland. Die Zahl der Ordnungswidrigkeiten stieg bundesweit zwar stark auf 219.000 an (+14%), aber die Gesamtsumme der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen sank leicht auf 117,7 Mio € (-4%), was allein auf die Entwicklung im Osten zurückzuführen ist (-12%; West: +1/2%).

Die **Struktur** der aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Bußgeld- und Strafverfahren hat sich merklich verschoben. Der Anteil von Leistungsmissbrauch hat weiter zugenommen (65%; 2002: 59%), während illegale Ausländerbeschäftigung rückläufig war. (14%; 2002: 18%). Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (7%) oder Fälle illegaler Arbeitnehmerüberlassung (1%) spielen weiterhin unverändert eine untergeordnete Rolle. Unterschiede in der Struktur zwischen West- und Ostdeutschland zeigen sich zum einen bei Verfahren wegen illegaler Ausländerbeschäftigung; deren Anteil ist im Osten mit 8% – wohl wegen des deutlich kleineren Ausländeranteils und der dort deutlich angespannteren Arbeitsmarktlage – nur halb so groß wie in Westdeutschland. Zum anderen ist das Gewicht der Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz in Ostdeutschland mit 17% mehr als fünfmal größer.

Deutlich mehr aufgedeckte Fälle von Leistungsmissbrauch

Abarbeitung noch offener Verdachtsfälle ist die Zahl der aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Bußgeld- und Strafverfahren mit 224.900 massiv angestiegen (gegenüber Vorjahr: +21%).

Dementsprechend wurde in 146.400 Fällen eine Ordnungswidrigkeit wegen unrechtmäßiger Inanspruchnahme von Leistungen festgestellt (+23%). Im Zusammenhang damit nahm auch die Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen auf 16,5 Mio € zu (+25%). Noch stärker stieg die Zahl der Strafanzeigen und Abgaben an die Staatsanwaltschaft; sie belief sich auf 48.200 (+27%), deren Anteil an allen aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Verfahren erhöhte sich damit weiter auf über 21%. Diese Entwicklung ist aktuell auf Ostdeutschland zurückzuführen, wo der Anteil der Straftaten statistisch bei 31% liegt (West: 18%). Auffällig hierbei ist, dass dieser Anteil zuletzt zwar stetig gestiegen war, aber in den Jahren vor der Gebietsstandsumstellung, als Berlin West noch zu Westdeutschland gerechnet wurde, stets auf dem Niveau der alten Länder oder darunter gelegen hatte.

Fälle von Leistungsmissbrauch sind, im Gegensatz zu solchen illegaler Beschäftigung und von Verletzungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, nahezu ausschließlich Verstöße von Arbeitnehmern. **Verfehlungen von Arbeitgebern** sind – sowohl bei den eingeleiteten Verfahren⁵⁾ als auch bei der Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen – mit einem Anteil von ca. 5% (2002: 4%) kaum von Bedeutung. Bei Verdacht weiterer Verfehlungen, etwa beitrags- oder steuerrechtlichen Verstößen, werden andere Behörden unterrichtet, die dann die Verfolgung und Ahndung in eigener Zuständigkeit übernehmen.

Illegale Beschäftigung und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz

untergraben oder am Entstehen hindern. Ursächlich für den Anstieg der illegalen Beschäftigung innerhalb des letzten Jahrzehntes war zum einen der Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks mit der Folge zahlreicher Erlaubnis- oder aufenthaltsrechtlicher Verstöße aufgrund des bestehenden gravierenden Lohngefälles zu diesen Ländern. Zum anderen drängen infolge des vollendeten Europäischen Binnenmarktes weiterhin Unternehmen und Arbeitnehmer aus verschiedenen EU-Staaten nach Deutschland. Hierbei tritt insbesondere illegale Beschäftigung wegen Steuer- und Beitragshinterziehung auf – vielfach in Verbindung mit illegaler Arbeitnehmerüberlassung.

Missbräuchliche Inanspruchnahme von **Lohnersatzleistungen** wurde 2003 nochmals in erheblichem Umfang festgestellt. Auf Grund der verstärkten

Bei Fällen illegaler Beschäftigung bzw. Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz handelt es sich – im Gegensatz zum Leistungsmissbrauch – weit überwiegend um Verstöße von Arbeitgebern. Der Anteil der Verfehlungen von Arbeitnehmern⁶⁾ ist mit 28% bei den eingeleiteten Verfahren von untergeordneter und bei den festgesetzten Verwarnungsgeldern und Geldbußen mit 1% praktisch ohne Bedeutung.

Die Bekämpfung illegaler Ausländerbeschäftigung hatte 2003 aufgrund der o.g. Schwerpunktverlagerung einen geringeren Stellenwert als

Illegale Ausländerbeschäftigung – deutlich mehr Straftaten

in den Vorjahren; die Arbeitsämter griffen deshalb erheblich weniger Fälle auf. Im Laufe des Jahres wurden 47.000 Fälle wegen des Verdachts **illegaler Ausländerbeschäftigung** aufgegriffen bzw. eingeleitet (gegenüber Vorjahr: –18%). Trotzdem stieg die Zahl der Strafanzeigen und Abgaben an die Staatsanwaltschaft weiter auf 13.900 an (+1%). Damit nahm das Gewicht der vermuteten Straftaten nochmals erheblich zu, und zwar auf 30% (2002: 24%; 1999: 13%). Demgegenüber war eine merkliche Abnahme der Ordnungswidrigkeiten auf 27.700 zu verzeichnen (–12%). Die Summe der festgesetzten Geldbußen und Verwarnungsgelder betrug 28,3 Mio € (+12%), davon entfielen fast unverändert 96% auf Arbeitgeberverstöße.

Mit Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit können Arbeitgeber Dritten Arbeitnehmer gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung über-

Mehr unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung

lassen; gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes ist allerdings grundsätzlich verboten. **Unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung** ist der gewerbsmäßige Verleih und Entleih von Arbeitskräften an Dritte ohne diese Erlaubnis. Häufig versuchen Ver- und Entleiher illegale Arbeitnehmerüberlassung mit Hilfe zulässiger Formen des Verleihs zu verschleiern, insbesondere durch den Abschluss eines Scheinwerkvertrages. Hierbei wird die Erstellung eines Werkes vereinbart, tatsächlich aber Personal gestellt, welches vom Entleiher entsprechend seinen jeweiligen Bedürfnissen eingesetzt wird.

Wegen **unerlaubter Arbeitnehmerüberlassung** wurden auch 2003 mehr Verfahren aufgegriffen oder eingeleitet als im Vorjahr. Ihre Zahl stieg – allein wegen der Entwicklung in Westdeutschland – leicht auf 3.900 (gegenüber Vorjahr: +4%). Gleichwohl liegt sie damit weiterhin beträchtlich unter dem

⁵⁾ Bundesweit können unverändert 93% aller Fälle eindeutig Arbeitnehmern zugeordnet werden (alte Länder: unverändert 95%; neue Länder: 85% (2002: 87%).

⁶⁾ Hierbei handelt es sich nur um Verstöße wegen fehlender Arbeitsgenehmigungen.

Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch

Bekämpfung illegaler Beschäftigung umfasst im Aufgabenbereich der Bundesanstalt für Arbeit insbesondere die Verfolgung und – soweit es sich um Ordnungswidrigkeiten handelt – Ahndung von Rechtsverstößen aus den Bereichen **illegale Ausländerbeschäftigung, illegale Arbeitnehmerüberlassung** und **Leistungsmissbrauch** sowie solchen nach dem **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** (AEntG). Darüber hinaus ist sie zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden bei der Aufdeckung weiterer Rechtsverletzungen gesetzlich verpflichtet (z.B. Vorenthalten und Veruntreuen von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit sowie Missachtung von ausländerrechtlichen Vorschriften). Im Übrigen werden viele Ermittlungsverfahren – im Zusammenhang mit der Beteiligung anderer Behörden an Prüfungen – ohne eigene statistische Erfassung an diese abgegeben, z.B. beim Fehlen einer Aufenthaltserlaubnis. Rechtliche Grundlagen für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung sind insbesondere im Sozialgesetzbuch III und IV (SGB III und IV), dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und im Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) verankert.

Leistungsmissbrauch ist die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, die dem Bezieher (Arbeitnehmer oder Arbeitgeber) nicht, nicht mehr oder nicht in vollem Umfang zustehen. Im Folgenden handelt es sich um den rechtswidrigen Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe, Unterhaltgeld, Kurzarbeitergeld, Leistungen des Winterbaus sowie aller sonstigen Leistungsarten (z.B. Eingliederungshilfe, Konkursausfallgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Reha-Leistungen usw.). Leistungsmissbrauch verstößt gegen die Solidarität der Beitragszahler und den zweckgerechten Einsatz von Steuermitteln. Eine unrechtmäßige Inanspruchnahme untergräbt die Leistungsbereitschaft des Einzelnen und beeinträchtigt die vorgesehene Verwendung knapper Ressourcen. Missbrauch wird zumeist dadurch begangen, dass jemand, der Leistungen der Bundesanstalt beantragt oder bezieht, unter Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten des § 60 Abs. 1 SGB I den Bezug von (Neben-) Einkommen aus Erwerbstätigkeit dem Arbeitsamt nicht unverzüglich anzeigt. Je nach Lage des Einzelfalls liegt eine Ordnungswidrigkeit (§ 404 Abs. 2 Nr. 26 SGB III) oder auch Betrug (§ 263 StGB) vor.

Die **Bekämpfung** von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch erfolgt im Wesentlichen **auf drei Wegen**:

Das **DALEB-Verfahren** ist ein Datenabgleich von Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen und den von den Arbeitgebern an die Einzugsstellen gemeldeten Beschäftigungszeiten. Somit können Fälle nichtangezeigter (Neben-) Einkommens lückenlos erkannt werden, wenn die Arbeitgeber ihren Meldepflichten nachkommen. Wird neben dem Leistungsbezug ein Beschäftigungsverhältnis festgestellt, prüft das zuständige Arbeitsamt den Grund der Überschneidung sowie die Rechtmäßigkeit des Leistungsbezugs. Zu Unrecht bezogene Leistungen werden zurückgefordert; bei Verdacht auf ordnungswidriges oder strafbares Verhalten wird ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet oder der Vorgang an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Beim sog. **Kontospiegel** wird durch einen maschinellen Abgleich der Genehmigungs- mit den Beschäftigungsdaten geprüft, ob für ausländische Arbeitnehmer eine gültige Arbeitsgenehmigung vorliegt. Ist dies nicht der Fall, entscheidet das zuständige Arbeitsamt über das weitere Vorgehen, ggf. die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens.

Im Rahmen von **Außenprüfungen** prüfen Arbeitsämter und Hauptzollämter ob

- ein Arbeitgeber Personen beschäftigt, die Lohnersatzleistungen bezogen haben oder beziehen,
- die Angaben des Arbeitgebers, die für die Leistungen erheblich sind, zutreffend bescheinigt wurden,
- ausländische Arbeitnehmer im Rahmen der erteilten Arbeitsgenehmigung und nicht zu ungünstigeren Bedingungen, als z.B. deutsche, beschäftigt werden,
- Beschäftigte den Sozialversicherungsausweis mitführen und die Arbeitgeber die Meldepflichten zur Sozialversicherung erfüllen und ob
- die Bestimmungen des AEntG eingehalten werden.

Außenprüfungen können ohne konkreten Anfangsverdacht durchgeführt werden, erfolgen jedoch überwiegend auf Grund von internen Erkenntnissen oder Hinweisen Dritter. Sie werden im Regelfall in kombinierter Form auf der Rechtsgrundlage der §§ 304 ff SGB III und § 107 SGB IV sowie § 2 AEntG im Baubereich von den Arbeitsämtern und den Hauptzollämtern durchgeführt.

Stand der Jahre zuvor (z.B. 1998: 11.000), was u.a. auf die Ausweitung legaler Möglichkeiten im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung zurückzuführen sein dürfte. Insgesamt 370 Fälle wurden mit Strafanzeigen bzw. Abgabe an die Staatsanwaltschaft abgeschlossen, dies ist deutlich weniger als im Vorjahr (–17%). In 3.300 Fällen handelte es sich um Ordnungswidrigkeiten (+43%). Die Summe der verhängten Geldbußen und Verwarnungsgelder lag mit 7,8 Mio € dagegen weiterhin erheblich unter dem Vorjahreswert (–21%).

Auf Grund des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (in Kraft ab 1.3.1996) müssen Arbeitgeber des Baugewerbes mit Sitz im Ausland vor Beginn

ihrer Tätigkeit diese beim Landesarbeitsamt, in dessen Bezirk die Baustelle liegt, anmelden. Gleiches gilt seit 1.1.1998 für

Deutlich mehr Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgedeckt

Verleiher mit Sitz im Ausland, die im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes Arbeitnehmer zur Arbeitsleistung einem Entleiher in Deutschland überlassen. Darüber hinaus sind die Arbeitgeber – mit Sitz im In- und im Ausland – verpflichtet, Mindestlohn zu zahlen und in bestimmten Tarifbereichen Urlaubskassenbeiträge abzuführen. Die Einhaltung dieser Bestimmungen ist gleichzeitig mit der Anmeldung gegenüber dem Landesarbeitsamt zu versichern. Die Durchführung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wird von den Arbeitsämtern und Hauptzollämtern überwacht. Bei Verstößen drohen Geldbußen bis zu 500.000 €.

2003 erfolgten insgesamt 1.180.200 **Außenprüfungen** bei Arbeitgebern (gegenüber Vorjahr: –16%). Hierbei wurden vor allem im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes im Baubereich Arbeitgeber mit Sitz im In- und Ausland geprüft, z.B. auf Einhaltung des Mindestlohns.

Von den Arbeitsämtern wurden im Berichtsjahr weniger Prüfungen bei Arbeitgebern nach dem AEntG durchgeführt; ihre Zahl betrug 28.200 (gegenüber Vorjahr: –31%). Allerdings konnte dabei, auf Grund intensiverer Prüfungen, eine wesentlich höhere Aufdeckquote erreicht werden. Zudem gab es wegen nicht oder nicht ordnungsgemäß abgeführter Urlaubskassenbeiträge vermehrt Aufgriffe bzw. Ahndungen. So wurde wegen des Verdachts auf Ordnungswidrigkeiten in 22.700 Fällen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (+7%); seit der Gebietsstandsumstellung, nach der Berlin mit zu Ostdeutschland gerechnet wird, ist die Zahl der Verfahren dort etwa doppelt so groß wie im Westen. In 18.700 Fällen wurden Verwarnungsgelder oder Geldbußen (+10%) in Höhe von insgesamt 50,8 Mio € festgesetzt (–18%). Mit 2.800 Fällen wurden wegen Straftatverdachts so viele wie noch nie an die Staatsanwaltschaft abgegeben (2002: 320).

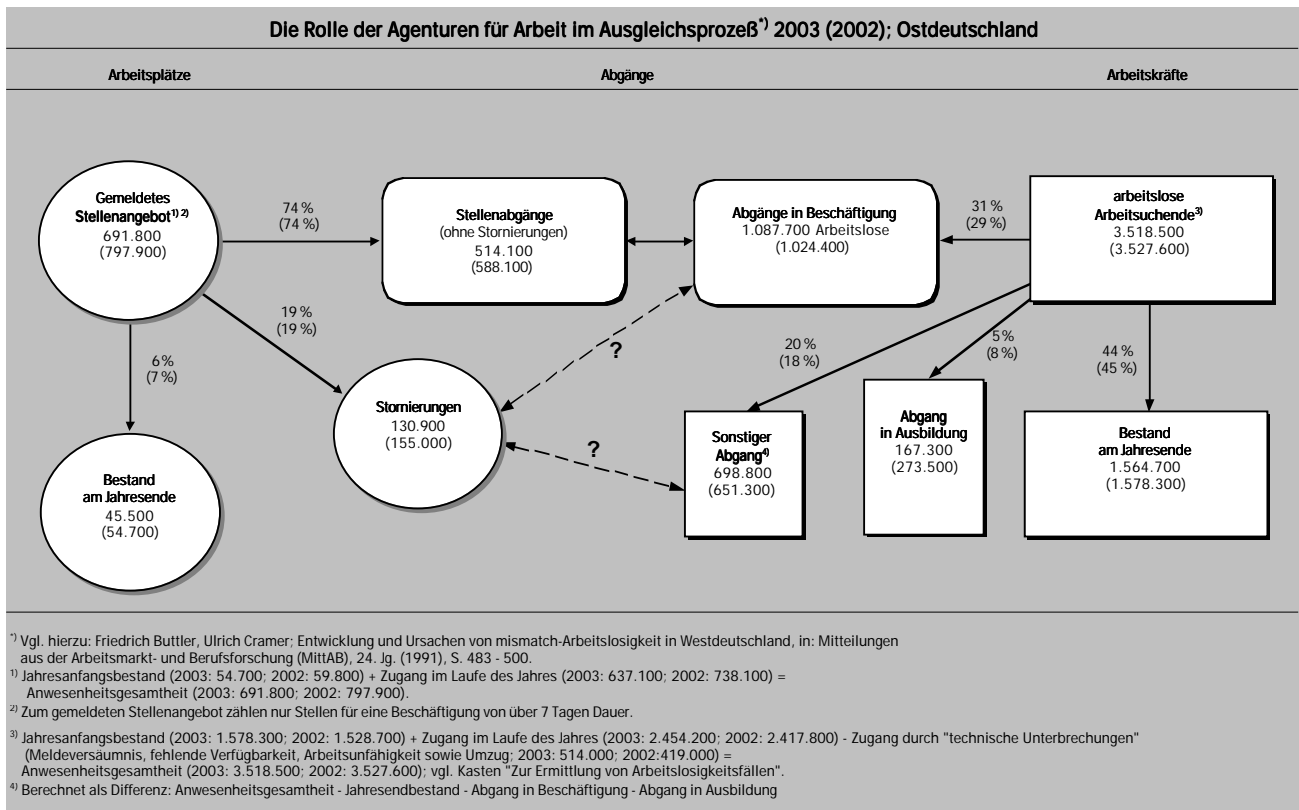
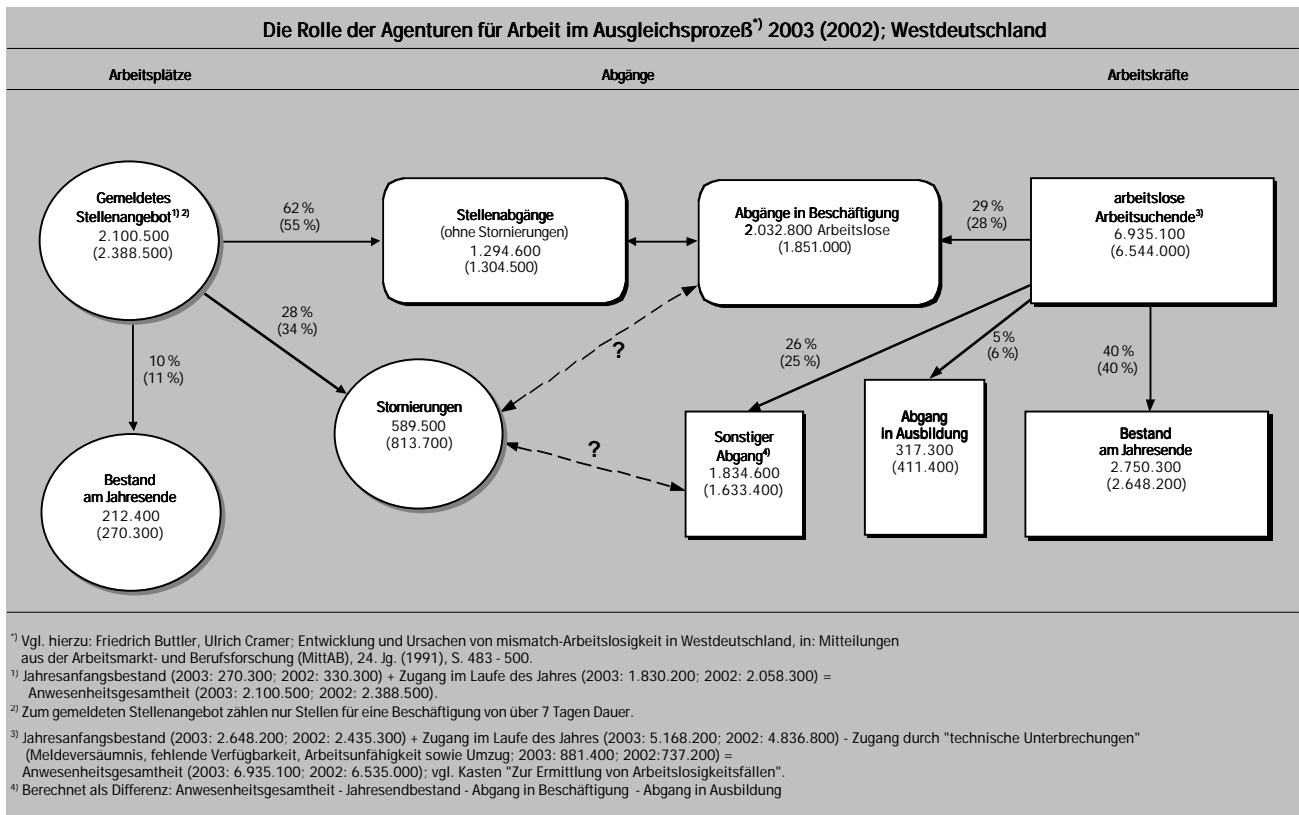


Tabelle II.D.1

Einschaltungsgrad der Arbeitsämter						
Jahr	Zugang an offenen Stellen	Abgang an offenen Stellen (für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse)	Begonnene sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Okt. – Sept.	Begonnene sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (Sp. 3–Sp. 4)	Einschaltungsgrad in % (Sp. 2/Sp. 5)
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
2001	3 765 884	3 572 487	8 595 243	614 236	7 981 007	44,8
2002	2 796 380	2 655 590	7 679 620	572 227	7 107 393	37,4
2003	2 467 309	2 305 564	6 700 000 ¹⁾	557 612	6 142 388 ¹⁾	37,5 ¹⁾
Westdeutschland						
2001	2 744 034	2 598 219	6 835 068	480 183	6 354 885	40,9
2002	2 058 291	1 945 350	6 086 438	447 441	5 638 997	34,5
2003	1 830 190	1 693 543	5 200 000 ¹⁾	434 747	4 765 253 ¹⁾	35,5 ¹⁾
Ostdeutschland						
2001	1 021 850	974 268	1 760 175	134 053	1 626 122	59,9
2002	738 089	710 240	1 593 182	124 786	1 468 396	48,4
2003	637 119	612 021	1 500 000 ¹⁾	122 865	1 377 135 ¹⁾	44,4 ¹⁾

¹⁾ Geschätzt, da noch nicht alle Werte verfügbar sind.

Tabelle II.D.2

Wiederbeschäftigungsquoten nach Geschlechtern (in %)									
Jahr	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1998	39	42	34	36	40	32	44	48	38
1999	43	47	38	42	45	37	47	51	41
2000	43	47	38	42	45	38	45	49	39
2001	43	47	38	42	45	37	45	50	38
2002	41	45	36	40	43	35	43	48	36
2003	41	46	35	40	44	34	44	49	37

Tabelle II.D.3a

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten		
		2003	2002	2001
		1	2	3
Insgesamt	absolut in %	1 738 648 100	2 095 668 100	2 963 456 100
Angestelltenberufe		40,7	40,3	37,8
Übrige Berufe (Arbeiter)		59,3	59,7	62,2
Angebotene Arbeitszeit				
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		81,0	81,7	83,6
Teilzeit		19,0	18,3	16,4
Besetzungsdauer				
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		72,4	74,7	76,1
Befristet		27,6	25,3	23,9
– bis einschließlich 3 Monate		4,4	3,9	0,2
– über 3 bis einschließlich 6 Monate		9,8	6,5	9,6
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		10,0	11,6	11,1
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,7	0,6	0,5
– über 18 Monate		2,1	2,0	2,0
– Saisonbeschäftigung		0,7	0,7	0,5
Alter				
Ohne Altersbegrenzung		78,9	82,8	85,5
Mit Altersbegrenzung		21,1	17,2	14,5
– nur mit Höchstalter		4,4	3,8	2,7
– nur mit Mindestalter		9,8	8,1	7,6
– mit Höchst- und Mindestalter		6,9	5,3	4,2

1) Anteile in Prozent (Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge).

Tabelle II.D.3b

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten		
		2003	2002	2001
		1	2	3
Insgesamt	absolut	1 212 094	1 466 379	2 098 473
	in %	100	100	100
Angestelltenberufe		43,0	42,3	39,2
Übrige Berufe (Arbeiter)		57,0	57,7	60,8
Angebotene Arbeitszeit				
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		85,6	85,2	86,7
Teilzeit		14,3	14,7	13,3
Besetzungsdauer				
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		79,9	81,1	81,1
Befristet		20,1	18,9	18,9
– bis einschließlich 3 Monate		4,0	3,7	0,2
– über 3 bis einschließlich 6 Monate		5,5	4,6	9,2
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		7,1	7,3	6,5
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,6	0,6	0,5
– über 18 Monate		2,1	1,9	1,9
– Saisonbeschäftigung		0,8	0,8	0,6
Alter				
Ohne Altersbegrenzung		79,5	83,5	85,6
Mit Altersbegrenzung		20,5	16,5	14,4
– nur mit Höchstalter		3,3	2,6	2,1
– nur mit Mindestalter		9,7	8,2	7,6
– mit Höchst- und Mindestalter		7,5	5,7	4,7

¹⁾ Anteile in Prozent (Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge).

Tabelle II.D.3c

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten		
		2003	2002	2001
		1	2	3
Insgesamt	absolut in %	526 554	629 289	864 983
Angestelltenberufe		35,6	35,8	34,6
Übrige Berufe (Arbeiter)		64,4	64,2	65,4
Angebotene Arbeitszeit				
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		70,2	73,3	76,1
Teilzeit		29,8	26,7	23,9
Besetzungsdauer				
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		55,1	59,8	63,9
Befristet		44,9	40,2	36,1
– bis einschließlich 3 Monate		5,4	4,3	0,1
– über 3 bis einschließlich 6 Monate		19,6	10,8	10,5
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		16,7	21,6	22,3
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,7	0,7	0,5
– über 18 Monate		2,2	2,4	2,4
– Saisonbeschäftigung		0,4	0,5	0,2
Alter				
Ohne Altersbegrenzung		77,4	81,2	85,5
Mit Altersbegrenzung		22,6	18,8	14,5
– nur mit Höchstalter		7,1	6,6	3,9
– nur mit Mindestalter		9,9	8,0	7,4
– mit Höchst- und Mindestalter		5,6	4,3	3,2

1) Anteile in Prozent (Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge).

Tabelle II.D.4

Merkmal	Bestand jeweils Ende Juni								
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erlaubnisinhaber	6 015	6 507	7 195	7 846	8 727	9 657	10 368	10 855	11 517
Rechtlich unselbstständige Zweigniederlassungen	3 027	3 296	3 625	4 308	5 412	6 210	7 490	7 713	7 989
Verleihbetriebe	7 513	8 298	8 728	9 654	11 247	12 501	13 494	13 824	14 405
darunter: Betriebszweck ausschl. / überw. auf Arbeitnehmerüberlassung gerichtet	3 289	3 644	3 897	4 375	5 084	5 759	6 321	6 495	6 652
Leiharbeiter	176 185	177 935	212 664	252 895	286 394	339 022	357 264	336 295	327 331
darunter (in %): Frauen	18,5	18,4	19,1	19,9	20,6	22,5	22,2	23,5	22,5

Tabelle II.D.5

 Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung;
 neu begründete und beendete Arbeitsverhältnisse
 in Deutschland

Jahr/ Zeitraum	Neu begründete Arbeits- verhältnisse		Beendete Arbeitsverhältnisse			
	ins- gesamt	dav. (Sp. 1)	ins- gesamt	dav. (Sp. 3) %-Anteil der Beschäftigungsdauer		
		%- Anteil Frauen		unter 1 Wo.	1 Wo. b. unt. 3 Mon.	3 Mon. und länger
	1	2	3	4	5	6
1993	205 428	26,1	235 117	9,9	54,0	36,2
1994	278 162	22,2	274 144	11,9	56,6	31,5
1995	313 661	22,9	329 141	11,0	54,3	34,6
1996	299 871	22,8	315 177	11,1	52,7	36,3
1997	366 485	23,9	373 904	11,3	52,8	35,9
1998	466 182	25,3	482 372	12,0	52,3	35,7
1999	541 054	26,6	532 709	12,7	52,2	35,1
2000	646 539	28,0	663 373	11,4	53,0	35,6
2001	591 437	27,1	659 164	10,9	48,7	40,4
1. Halbjahr 2002	256 411	27,4	249 799	11,4	44,8	43,8
2. Halbjahr 2002	289 850	27,7	336 381	10,9	52,1	37,0
2002	546 261	27,6	586 180	11,1	49,0	39,9
1. Halbjahr 2003	252 771	26,8	237 280	12,6	43,9	43,4

Tabelle II.D.6

Sperrzeiten						
Jahr	Sperrzeiten nach § 144 SGB III					Erlöschen des Leistungsanspruchs wegen wiederholter Sperrzeit
	Insgesamt	davon (Spalte 1) wegen (in %)				
		Lösung des Arbeitsverhältnisses	Ablehnung einer angebotenen Arbeit	Ablehnung beruflicher Eingliederungsmaßnahme	Abbruch beruflicher Eingliederungsmaßnahme	
1	2	3	4	5	6	
Deutschland						
1996	260 645	88,5	5,9	3,0	2,6	8 305
1997	274 492	85,5	8,1	3,5	2,9	7 733
1998	317 544	81,2	10,3	4,1	4,5	10 699
1999	337 049	78,9	11,6	4,2	5,3	14 696
2000	307 701	75,9	14,9	4,3	4,9	16 869
2001	308 976	75,2	17,0	3,4	4,4	17 094
2002	315 607	72,9	18,2	4,3	4,6	15 459
2003	423 775	56,2	36,0	4,1	3,7	11 951
Westdeutschland						
1996	205 744	88,4	5,8	3,0	2,8	6 369
1997	214 021	85,1	8,2	3,6	3,1	5 861
1998	241 076	80,7	10,8	4,1	4,4	8 375
1999	255 095	78,6	11,9	4,3	5,2	11 451
2000	237 228	75,7	15,4	4,3	4,6	13 677
2001	244 851	75,0	17,7	3,3	3,9	13 839
2002	252 592	73,2	18,7	4,0	4,1	12 467
2003	331 141	58,0	34,0	4,4	3,7	9 310
Ostdeutschland						
1996	54 901	88,8	6,4	2,9	1,9	1 936
1997	60 471	86,7	7,8	3,1	2,5	1 872
1998	76 468	82,6	8,8	3,9	4,7	2 324
1999	81 954	79,7	10,8	3,8	5,7	3 245
2000	70 473	76,6	13,5	4,3	5,7	3 192
2001	64 125	75,8	14,3	3,9	6,0	3 255
2002	63 015	71,7	16,0	5,8	6,4	2 992
2003	92 634	49,8	43,2	3,2	3,8	2 641

II. E. Arbeitsmarktpolitik

1. Überblick

Mehr Beschäftigungsförderung am ersten Arbeitsmarkt

Die aktive Arbeitsmarktpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, Arbeitslose dauerhaft in eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt einzuglie-

dern, und zwar vor allem Problemgruppen. Zugleich soll der Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt verbessert werden. Neben diesen **indirekten**, häufig eher mittel- bis langfristigen allokativen Effekten, die u.a. mit der Eingliederungsquote gemessen werden können, kann Arbeitsmarktpolitik aber auch **direkt** die Arbeitslosigkeit kurzfristig dadurch entlasten, dass die Maßnahmeteilnehmer ihre Arbeitslosigkeit zumindest unterbrechen, insbesondere um ihre Chancen auf eine Wiedereingliederung in Beschäftigung zu verbessern (vgl. Kapitel II.C, Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“).

Die Bundesanstalt für Arbeit und der Bund haben 2003 rund 21,20 Mrd € für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung aufgewandt, 1,20 Mrd € weniger als 2002 (vgl. Tabelle II.E.6). Die Ausgaben des Eingliederungstitels, aus dem die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung finanziert werden, verringerten sich um 1,41 Mrd € auf 12,09 Mrd €. Auch die Ausgabenstruktur hat sich verändert: Infolge der stärkeren Orientierung auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt wurde insbesondere mehr Geld für Beschäftigungsbegleitende Leistungen, dagegen beträchtlich weniger für Beschäftigung schaffende Maßnahmen („Marktersatz“) ausgegeben.

Wesentliches Ziel des Reformprozesses der BA ist die Erhöhung von Effektivität und Effizienz des Dienstleistungsangebots. Im Mittelpunkt der geschäftspolitischen Ausrichtung des Jahres 2003 stand neben diesem grundsätzlichen Ziel die Umsteuerung der Arbeitsförderung hin zu einem stärker aktivierenden und präventiven Ansatz. Der Einsatz der Arbeitsmarktpolitik folgte der Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“. Dabei steht die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Wenn nötig gewähren die Arbeitsämter finanzielle Hilfen zur schnelleren und dauerhaften Integration. Dabei wurde verstärkt auf die Instrumente umgesteuert, die den höchsten Eingliederungserfolg versprechen. Entsprechend haben die **direkte Förderung von Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt** bzw. die Beschäftigungsbegleitenden Hilfen 2003 weiter deutlich zugelegt, jahresdurchschnittlich wurden 284.100 Personen gefördert, 28% mehr als im Vorjahr. Die Zunahme beruht vor allem auf mehr Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit und den neuen Existenzgründungszuschüssen (Ich-AG). Mit Beschäftigungsbegleitenden Hilfen wurden 2003

insgesamt 795.300 Aufnahmen regulärer Arbeit gefördert, 48% mehr als im Vorjahr, und zwar vor allem wegen mehr Mobilitätshilfen. Im Gegenzug nahmen **Beschäftigung schaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** weiter erheblich ab; mit jahresdurchschnittlich 138.500 Personen waren 23% weniger als im Vorjahr in solchen Maßnahmen beschäftigt. Die Eintritte verringerten sich ebenfalls stark, und zwar um 16% auf 184.700. Die **Förderung beruflicher Weiterbildung** hat nach wie vor große Bedeutung. Jahresdurchschnittlich nahmen 251.000 Personen an einer Weiterbildung teil, 24% weniger als vor einem Jahr. Im Laufe des Jahres begannen 246.200 eine solche Maßnahme, 46% weniger. Ausschlaggebend für die Abnahmen bei Bestand und Eintritten war vor allem die stärkere Ausrichtung am Eingliederungserfolg. Gleichzeitig wurden aber **Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen** intensiver eingesetzt. Im Jahresdurchschnitt befanden sich 77.900 Arbeitslose in solchen Maßnahmen, 26% mehr als 2002. Begonnen haben eine solche Maßnahme 1.070.100 Personen, 22% mehr.

Die kurzfristige **Entlastung** des Arbeitsmarktes durch arbeitsmarktpolitische Instrumente war 2003 mit jahresdurchschnittlich rund 0,90 Mio um 47.000 kleiner als im Vorjahr. In Westdeutschland hat die Entlastung um 12.000 auf rund 530.000 zugenommen, in Ostdeutschland um 58.000 auf rund 370.000 abgenommen (vgl. Tabelle II.C.2 und Kasten II.C.3 „Zur Entlastung“).

Wegen der in Ostdeutschland anhaltend größeren Probleme am Arbeitsmarkt war dort die Stützung durch Arbeitsmarktpolitik nach wie vor vergleichsweise stark:

- Mehr als die Hälfte der Ausgaben des Eingliederungstitels bzw. 42% der Gesamtmittel für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung entfielen auf den Osten (vgl. Tabelle II.E.6).
- Die Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung waren im Osten immer noch wesentlich stärker auf den zweiten Arbeitsmarkt ausgerichtet; so betrug dort der Anteil der Ausgaben für ABM an den Gesamtausgaben aus dem Eingliederungstitel 21%, in Westdeutschland nur 6%.

2. Berufliche Ausbildung

Der Bedarf der Wirtschaft an unqualifizierten Arbeitnehmern nimmt tendenziell ab. Für den Einzelnen wird es deshalb immer wichtiger, eine Berufsausbildung

Berufsvorbereitende Maßnahmen und Berufsausbildung Benachteiligter weiterhin auf hohem Niveau

Aktive Arbeitsmarktpolitik¹⁾

Die Vielfalt arbeitsmarktpolitischer Instrumente ermöglicht eine an individuellen Lebenslagen orientierte Hilfe und damit einen vor allem auf Problemgruppen zielenden Mitteleinsatz. Im Einzelnen:

Die Bundesanstalt unterstützt die **berufliche Ausbildung** durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen und ausbildungsbegleitende Hilfen, damit möglichst alle Jugendlichen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung ins Erwerbsleben treten. Beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf können benachteiligte junge Menschen zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung erhalten (vgl. §§ 59 – 76a, 235, 240 – 247).

Durch die **Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW)** werden Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst, aber auch Möglichkeiten geboten, einen bislang fehlenden Berufsabschluss zu erwerben. Sie eröffnen den Teilnehmern bessere Arbeitsmarktchancen und tragen dazu bei, der Wirtschaft zu den benötigten Arbeitskräften zu verhelfen (vgl. §§ 77 – 87, 153 – 159, 235c).

Mit **Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen** sollen die Eingliederungsaussichten von Arbeitslosenhilfe- und Arbeitslosengeldempfängern verbessert werden, beispielsweise durch Feststellung der Eignung für bestimmte berufliche Tätigkeiten oder die Vermittlung zusätzlicher Qualifikationen; daneben können sie auch genutzt werden, die Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit zu prüfen (vgl. §§ 48 – 52).

Die **Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation)** soll die Möglichkeiten beruflicher Eingliederung von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Menschen verbessern (vgl. §§ 97 – 115, 235a, 236 – 239).

Deutsch-Sprachlehrgänge schaffen die sprachlichen Voraussetzungen für die berufliche Integration von Spätaussiedlern, Asylberechtigten und Kontingenzflüchtlings (vgl. §§ 419 – 421).

Beschäftigung schaffende Maßnahmen (BSM) bieten schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine befristete Tätigkeit und erhalten damit ihre Beschäftigungsfähigkeit. Den sog. „**zweiten Arbeitsmarkt**“ bilden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM, §§ 260 – 271, 416) sowie traditionelle Struktur Anpassungsmaßnahmen (traditionelle SAM, §§ 272 – 279, 415), mit denen vor allem Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe und Verbesserung der Infrastruktur gefördert werden. Dem Ziel einer besseren Verzahnung von Infrastruktur und Arbeitsmarktpolitik dient die **Förderung von Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen (§ 279a)**.

Mit dem **Vermittlungsgutschein** wird Arbeitnehmern die Möglichkeit eröffnet, auf Kosten des Arbeitsamtes einen Vermittler einzuschalten. Voraussetzung dafür ist, dass ein Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe besteht und nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit noch keine Vermittlung erfolgt ist oder eine Beschäftigung ausgeübt wird, die als ABM oder SAM gefördert wird. Der Vermittlungsgutschein wird nach einer Arbeitslosigkeit von bis zu sechs Monaten in Höhe von 1.500 Euro, nach einer Arbeitslosigkeit von sechs bis neun Monaten in Höhe von 2.000 Euro und nach einer Arbeitslosigkeit von mehr als neun Monaten in Höhe von 2.500 Euro ausgestellt. Die Regelung ist am 27.3.2002 in Kraft getreten und bis 31.12.2004 befristet (§ 421g).

Zur **Unterstützung der Beratung und Vermittlung** können Bewerbungskosten sowie Kosten von Reisen zur Berufsberatung, Vermittlung, Eignungsfeststellung und zu Vorstellungsgesprächen von Arbeitslosen und Ausbildungssuchenden übernommen werden (UBV, §§ 45 – 47).

Zu seiner Unterstützung kann das Arbeitsamt **Dritte mit Teilaufgaben der Vermittlung oder mit dem gesamten Vermittlungsprozess beauftragen**. Arbeitslose können nach sechsmonatiger Dauer die Einschaltung Dritter verlangen. Bei den Dritten kann es sich auch um Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie kurzarbeitende Betriebe handeln (vgl. § 37a).

Die **Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen** ermöglicht es Arbeitsämtern, im Wettbewerb der Ideen Maßnahmen zur erfolgreichen Eingliederung von Zielgruppen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes zu vergeben. Durch die Festlegung von Zielvorgaben (Eingliederungsquote) für die jeweilige Zielgruppe einschließlich von Bonus-/Maluskomponenten in der Leistungsbeschreibung ist konsequent auf die Wirkung der Maßnahmen abzustellen (§421j).

Auf eine reguläre Beschäftigung auf den **ersten Arbeitsmarkt** ausgerichtet sind u.a. folgende Instrumente:

- Mit Hilfe der **Personal-Service-Agenturen** sollen Arbeitnehmer an andere Betriebe verliehen oder verleihrfreie Zeiten für arbeitsmarktorientierte Integrationsbemühungen oder Kurzzeitqualifizierungen genutzt werden. Die von den Arbeitsämtern zugewiesenen Arbeitslosen werden von den PSA sozialversicherungspflichtig eingestellt.
- **Eingliederungszuschüsse** sollen Arbeitgebern durch einen finanziellen Ausgleich von Minderleistungen über Einstellungshindernisse förderungsbedürftiger Arbeitnehmer hinweghelfen (EGZ, §§ 217–224).
- **Einstellungszuschüsse bei Neugründungen** werden Existenzgründern gewährt, die Arbeitslose, welche ohne diese Leistung keinen Arbeitsplatz finden würden, unbefristet einstellen (EZN, §§ 225–228).

- **Einstellungszuschüsse bei Vertretung** können Betriebe erhalten, die einem Arbeitnehmer die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung ermöglichen und für diese Zeit einen Arbeitslosen als Vertreter einstellen (EZV, §§ 229 – 233).
- Durch die **Befreiung der Arbeitgeber** von der **Beitragspflicht** zur Arbeitsförderung soll die Beschäftigung von Arbeitslosen ab vollendetem 55. Lebensjahr gefördert werden.
- Mit der **Entgeltsicherung** können ältere Arbeitnehmer gefördert werden, die durch Aufnahmen einer geringer entlohnten Beschäftigung Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden (§421j).
- **Mobilitätshilfen** zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. einer dualen Berufsausbildung können Arbeitslosen bzw. Ausbildungssuchenden in Form von Zuschüssen zu Fahr-, Lebenshaltungs- und Umzugskosten gewährt werden (MOBI, §§ 53 – 55).
- Um die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit zu fördern, können Arbeitnehmer **Überbrückungsgeld** zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung erhalten, wenn dadurch Arbeitslosigkeit beendet oder vermieden wird (§§ 57 und 58).
- Arbeitslose, die eine „Ich-AG“ gründen, haben Anspruch auf einen monatlichen **Existenzgründungszuschuss**. Anders als beim Überbrückungsgeld ist dafür eine Stellungnahme einer fachkundigen Stelle über die Tragfähigkeit der Existenzgründung nicht erforderlich.

Für **Freie Förderung** können die Arbeitsämter bis zu 10% der im Eingliederungstitel enthaltenen Mittel einsetzen (§ 10). Die freien Leistungen müssen den Zielen und Grundsätzen der gesetzlichen Leistungen entsprechen, dürfen diese jedoch nicht aufstocken. Die Arbeitsämter können damit eigenverantwortlich neue arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickeln, um die Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern in reguläre Beschäftigung zu unterstützen.

Durch **Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen** werden die in einem Sozialplan oder einer sozialplanähnlichen Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitnehmern mitfinanziert (§§ 254 – 259).

Im Rahmen der **Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft** wird mit Mehraufwandswintergeld, Zuschuss-Wintergeld, Winterausfallgeld und Erstattung von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung saisonaler Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft entgegengewirkt (§§ 209 – 216).

Durch die Gewährung von **Kurzarbeitergeld** werden Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und den Betrieben eingearbeitete Arbeitskräfte erhalten (vgl. §§ 169 – 182).

Das **Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (Jump; in Kraft seit 1.1.1999) ist 2003 ausgelaufen. Es zielte darauf ab, Jugendliche, die die Fördervoraussetzungen für SGB III-Maßnahmen nicht erfüllen, durch spezielle Instrumente in Ausbildung oder Beschäftigung zu bringen. Seit 1. Juli 2003 gibt es das Sonderprogramm des Bundes „Jump Plus“, für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, die langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Damit sollen für 100.000 Jugendliche der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang insbesondere zu kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten gefördert werden. Das Programm ist bis 31. Dezember 2004 befristet.

Mit dem Sonderprogramm des Bundes „**Arbeit für Langzeitarbeitslose**“, in Kraft seit 1. September 2003, sollen für 100.000 Langzeitarbeitslose ab 25 Jahren die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang insbesondere zu kommunalen Beschäftigungsangeboten gefördert werden. Gleichzeitig soll für Kommunen ein finanzieller Anreiz geschaffen werden, sich für die Zielgruppe noch stärker als bisher zu engagieren, sowie der Gefahr des Abbaus der langjährig gewachsenen kommunalen Netzwerke und Beschäftigungsstrukturen entgegengewirkt werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen des SGB III werden mit Geldern des **Europäischen Sozialfonds (ESF)** unterstützt.

Die Mittel für die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung werden in einem **Eingliederungstitel** zusammengefasst und den Arbeitsämtern zur eigenen Bewirtschaftung zugewiesen (vgl. § 71b SGB IV; Ausnahmen: §§ 57, 248, 272 SGB III). Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Förderinstrumente ist Aufgabe der örtlichen Verwaltungsausschüsse. Korrespondierend zur Dezentralisierung der Budgetkompetenz beim Eingliederungstitel wird von den Arbeitsämtern über die **Eingliederungsbilanz** Rechenschaft über die von ihnen durchgeführten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung gefordert. Diese soll Aufschluss über den Mitteleinsatz, die geförderten Personengruppen und die Wirksamkeit der Förderung geben (§ 11 i.V.m. § 7).

¹⁾ Die aufgeführten Paragraphen beziehen sich auf das SGB III, soweit nichts anderes genannt ist.

²⁾ Im Jahr 2003 hat es – wie schon im Vorjahr – zahlreiche wesentliche Änderungen und Ergänzungen der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik durch das erste und zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt gegeben. Vgl. hierzu Kasten: „Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2003“.

Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2003 – insbesondere aufgrund des ersten und zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt¹⁾

Ziel des ersten und zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist u.a. die Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, die Verbesserung der Qualität und Schnelligkeit der Arbeitsvermittlung, die Neuausrichtung der beruflichen Weiterbildung, die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen und die Einführung der so genannten Ich-AGs. Die Regelungen zu diesen Maßnahmen sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten

Berufliche Weiterbildung

Mit der Einführung des Bildungsgutscheins und der Verlagerung der Auswahlverantwortung von den Agenturen für Arbeit auf die zu Qualifizierenden wurden die Grundlagen für den Umbau der Weiterbildungsförderung und die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf dem Weiterbildungsmarkt geschaffen. Bildungsgutscheine werden an Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Ungelernte ausgegeben, wenn die Integration in den ersten Arbeitsmarkt nur durch die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung erreichbar ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit im Anschluss an die Weiterbildung die Aufnahme einer in der Regel beitragspflichtigen Beschäftigung erwartet werden kann. Der Bildungsgutscheininhaber entscheidet selbst, welches der zugelassenen Angebote er nutzt.

Die Zulassung der Bildungsträger und -maßnahmen soll von den Arbeitsagenturen auf externe fachkundige Stellen verlagert werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) ist ermächtigt, das Nähere über fachkundige Stellen, das Verfahren der Zulassung von Trägern und Maßnahmen durch fachkundige Stellen und deren Zulassung zu bestimmen. Eine entsprechende Rechtsverordnung liegt bislang nicht vor. Bis die fachkundigen Stellen ihr Arbeit aufnehmen, führen die Arbeitsagenturen die Zulassung von Trägern und Maßnahmen durch (§ 86 Abs. 1 Nr. 4). Die Anerkennung kann u.a. dann erfolgen, wenn der Träger erklärt, dass er ein Qualitätssicherungssystem anwendet oder zukünftig anwenden wird.

Geschäftspolitische Zielsetzungen der BA für einen effizienteren Mitteleinsatz

- Die Zulassung von Weiterbildungen und die Ausgabe von Bildungsgutscheinen soll nur für Bildungsziele mit einer prognostizierten Verbleibsquote von mindestens 70% erfolgen.
- Maßnahmen, die der Eignungsfeststellung dienen, sollen als Trainingsmaßnahmen durchgeführt werden.
- Anpassungsfortbildungen sind vorzugsweise in Modulen zu fördern.
- Maßnahmenmedaern sind auf Verkürzungsmöglichkeiten zu prüfen.
- Für Umschulungen sollen betriebliche Kapazitäten stärker genutzt werden

Trainingsmaßnahmen/Maßnahmen der Eignungsfeststellung

Im Rahmen der Umsteuerung aktiver Arbeitsförderung hin zu solchen Instrumenten mit hohen Eingliederungserfolgen, gab es eine Schwerpunktverlagerung auf betriebliche Maßnahmen.

Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Die Regelungen zu den allgemeinen Leistungen der beruflichen Weiterbildungsförderung gelten gem. § 99 SGB III auch für die Förderung der beruflichen Rehabilitation.

Personal-Service-Agenturen – PSA (§ 37c)

Jedes Arbeitsamt hat die Einrichtung mindestens einer PSA sicherzustellen. Diese stellen ausschließlich vom Arbeitsamt vorgeschlagene Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ein. Aufgabe der PSA ist es, die Arbeitnehmer an andere Betriebe zu verleihen oder verleihtfreie Zeiten für arbeitsmarktorientierte Integrationsbemühungen oder Kurzzeitqualifizierungen zu nutzen. Die PSA erhalten ein Honorar, das aus einer Fallpauschale sowie einer Integrations-/Vermittlungsprämie besteht.

Existenzgründungszuschüsse – EXGZ (§ 421I)

Arbeitslose, die durch Gründung einer „Ich-AG“ ihre Arbeitslosigkeit beenden, haben Anspruch auf einen monatlichen EXGZ. Voraussetzung ist, dass die Existenzgründung in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Bezug von Entgeltersatzleistungen (z.B. Arbeitslosengeld) oder einer Tätigkeit in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme steht. Außerdem darf das voraussichtlich erzielbare Arbeitseinkommen 25.000 € im Jahr nicht überschreiten. Der Zuschuss wird bis zu drei Jahre gewährt und jährlich bewilligt. Er beträgt im ersten Jahr monatlich 600 €, im zweiten 360 € und im dritten 240 €. Im August 2003 wurde § 421I SGB III dahin gehend geändert, dass die Beschäftigung von Mitarbeitern nicht mehr schädlich ist für die Gewährung eines EXGZ; die Neuregelung trat rückwirkend zum 1. Januar 2003 in Kraft.

Entgeltssicherung für Ältere – Egs (§ 421J)

Arbeitnehmer, die Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer geringer entlohnten Beschäftigung beenden oder vermeiden, haben Anspruch auf Entgeltssicherung, wenn sie u.a. älter als 50 Jahre sind, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens 180 Tagen haben und ein tarifliches oder ortsübliches Arbeitsentgelt beanspruchen können. Die Egs wird als Zuschuss zum Arbeitsentgelt und als zusätzlicher Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet.

Beitragsbonus für Arbeitgeber bei Beschäftigung Älterer – (§ 421K)

Arbeitgeber werden vom Beitrag zur Arbeitsförderung befreit, wenn sie arbeitslose Arbeitnehmer ab vollendetem 55. Lebensjahr erstmalig einstellen. Die Regelung ist bis Ende 2005 befristet.

Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen (§ 421I)

Das bis 2005 befristete Instrument ermöglicht es Arbeitsämtern, Maßnahmen zur erfolgreichen beruflichen Eingliederung von Zielgruppen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes an Träger zu vergeben. Bieter bzw. Träger gestalten die Eingliederungskonzeption. Neu ist dabei auch der Wettbewerbsgedanke. Im wettbewerbsrechtlichen Vergabeverfahren werden die eingereichte Trägerkonzeption und der Preis bewertet. So soll einerseits nur das wirtschaftlichste Angebot zum Zuge kommen und andererseits durch Zielvorgaben (Eingliederungsquote) und Bonus-/Maluskomponenten die Wirksamkeit der Maßnahmen gefördert werden.

Sonderprogramm des Bundes zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung – Jump Plus

Mit „Jump Plus“ sollen für 100.000 Jugendliche die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang insbesondere zu kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten gefördert werden. Gleichzeitig soll für die Kommunen ein finanzieller Anreiz geschaffen werden, sich für die Zielgruppe des Sonderprogramms noch stärker als bisher zu engagieren sowie der Gefahr eines Abbaus der langjährig gewachsenen kommunalen Netzwerke und Beschäftigungsstrukturen entgegenzuwirken werden. Hierbei arbeiten Sozialämter und Arbeitsämter zusammen. Das Programm ist am 1. Juli 2003 in Kraft getreten und bis 31. Dezember 2004 befristet. Gefördert werden können Jugendliche unter 25 Jahren, die Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe beziehen sowie langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen besteht nicht. Folgende Leistungen werden angeboten: Übernahme der Kosten für zusätzliche Sachbearbeiter, Fallpauschalen für die Vermittlung in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, Fallpauschalen für sonstige Eingliederungsmaßnahmen in den regulären Arbeitsmarkt, Fallpauschalen bei Tätigkeiten mit Mehraufwandsentschädigung und einem angebotenen Berufsorientierungsteil.

Sonderprogramm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ – AfL

Mit dem Sonderprogramm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ sollen für 100.000 Langzeitarbeitslose ab 25 Jahren die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang insbesondere zu kommunalen Beschäftigungsangeboten gefördert werden. Gleichzeitig soll ein finanzieller Anreiz das Engagement der Kommunen stärken, dem Abbau kommunaler Netzwerke begegnen und die Inanspruchnahme kommunaler und freier Beschäftigungsträger durch die Sozialhilfeträger fördern. Sozialämter und Arbeitsämter arbeiten hierbei zusammen. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Das Programm ist am 1. September 2003 in Kraft getreten und läuft bis 31. August 2005. Als Leistungen werden angeboten: Übernahme der Kosten zusätzlicher Sachbearbeiter bei der Bundesanstalt für Arbeit oder von ihr beauftragten Dritten sowie Fallpauschalen für die Vermittlung in öffentlich geförderte versicherungspflichtige Beschäftigung mit Qualifizierungsanteilen.

Kapital für Arbeit

Im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Kapital für Arbeit“ können mittelständische Arbeitgeber und Freiberufler von der Kreditanstalt für Wiederaufbau einen vergünstigten Kredit von bis zu 100.000 Euro pro Arbeitsplatz erhalten, wenn sie einen Arbeitslosen, einen von Arbeitslosigkeit Bedrohten oder einen zuvor geringfügig Beschäftigten einstellen. Das Programm trat Anfang November 2002 in Kraft. Seit März 2003 wird auch die Bereitstellung neuer Ausbildungsplätze gefördert

¹⁾ Die aufgeführten Paragraphen beziehen sich auf das SGB III, sofern nichts anderes gesagt wird.

zu absolvieren. Angesichts eines verschlechterten Ausbildungsstellenmarktes finden vor allem junge Menschen mit unzureichender schulischer Qualifikation oder mit sozialen Defiziten häufig keine betriebliche Lehrstelle; die Bundesanstalt versucht deshalb, mit **berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen** diese Jugendlichen für die Aufnahme einer Berufsausbildung zu befähigen oder zu motivieren. Darüber hinaus fördert die Bundesanstalt die **Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen** in außerbetrieblichen Einrichtungen und durch ausbildungsbegleitende Hilfen.

Eine **berufsvorbereitende Maßnahme** begannen 2003 in Deutschland insgesamt 162.700 Personen, die ohne diese Starthilfe vermutlich keine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit hätten aufnehmen können; gegenüber dem Vorjahr war dies ein Minus von 11% oder 20.300. Dabei war die Abnahme im Osten größer als im Westen (-14% auf 44.000 bzw. -10% auf 118.700). Bei den einzelnen Instrumenten gab es folgende Entwicklungen:

- In Maßnahmen zur Verbesserung **beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen** (BBE) sollen durch berufsvorbereitende und -orientierende, sozialpädagogisch unterstützte Lehrgänge die Voraussetzungen Jugendlicher und junger Erwachsener für eine Berufsausbildung verbessert sowie deren Persönlichkeit stabilisiert werden; 71.800 Personen traten 2003 in solche Maßnahmen ein (-11%).
- Einen **Grundausbildungslehrgang**, der eine berufszielgerichtete Vorbereitung bietet, begannen 38.300 Jugendliche (-11%).
- **tip-Lehrgänge** (testen, informieren, probieren) sollen die Bereitschaft für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Arbeitnehmertätigkeit wecken oder fördern. Hier ging die Zahl der Eintritte auf 10.300 zurück (-23%).
- Mit 23.800 begannen ebenfalls weniger Jugendliche einen **Förderlehrgang** (-13%). Diese Angebote richten sich inzwischen nur noch an behinderte Menschen, die u.a. noch nicht für eine Berufsausbildung in Betracht kommen, aber in einer Werkstatt für Behinderte unterfordert wären.
- Maßnahmen der Berufsfindung, eine Arbeitserprobung, eine blindentechnische Grundausbildung oder ein Arbeitstraining in einer Werkstatt für Behinderte begannen 18.600 Personen (-2%).

Anders als die Eintritte ist der **Bestand** an Teilnehmern in berufsvorbereitenden Maßnahmen 2003 etwas gestiegen. Alles in allem nahmen jahresdurchschnittlich 108.000 Jugendliche oder junge Erwachsene an solchen Lehrgängen teil, 1% oder 1.200 mehr als vor einem Jahr. Dabei war die relative Zunahme in West- und Ostdeutschland gleich (jeweils +1% auf 75.100 bzw. auf 32.900). 44.300 Personen nahmen an Maßnahmen zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen teil (-1%), 24.700 an Grundausbildungslehrgängen (+6%) und 1.800 an tip-Lehrgängen (-15%). In besonderen Maßnahmen für Behinderte befanden sich insgesamt 37.100 Teilnehmer (+1%); darunter 21.900 in Förderlehrgängen (-1/2%).

Die Bundesanstalt fördert auch die **Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher**. 2003 traten insgesamt 113.800

Jüngere in solche Maßnahmen ein, 3% oder 3.100 mehr als im Vorjahr. Dabei war die Zunahme in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland (+5% auf 42.000 bzw. +2% auf 71.800). Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

- **Ausbildungsbegleitende Hilfen** (abH) in Form von Stützunterricht und sozialpädagogischer Begleitung im Rahmen eines betrieblichen Ausbildungsverhältnisses wurden 76.700 mal bewilligt (+7%).
- 33.400 Jugendliche nahmen eine **Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung** (BüE) auf (-5%).
- **Übergangshilfen** setzen die Ausbildungsbegleitenden Hilfen nach Beendigung oder Abbruch der Ausbildung fort. 2003 begannen 3.800 Jugendliche eine derartige Maßnahme (+3%).

Im Jahresdurchschnitt wurden 130.900 Jugendliche in solchen Maßnahmen gefördert, 1/2% oder 500 weniger als 2003. Dabei gab es im Westen eine Abnahme und im Osten eine Zunahme (-4% auf 73.600 bzw. +4% auf 57.400). Bundesweit erhielten 60.600 Jugendliche ausbildungsbegleitende Hilfen (-5%), 69.200 benachteiligte Jüngere absolvierten eine Lehre in einer außerbetrieblichen Einrichtung (+4%) und 1.200 bekamen Übergangshilfen (-1/2%).

Darüber hinaus wurde deutlich mehr Jüngeren im Rahmen des **Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** geholfen, das allerdings zum Ende des Berichtsjahres ausgelaufen ist. In die unterschiedlichen Maßnahmen dieses Programms traten 2003 insgesamt 170.600 Jüngere ein, 24% oder 33.000 mehr. Gleichwohl war der jahresdurchschnittliche Teilnehmerbestand mit 75.600 Personen um 8% oder 6.800 niedriger als im Vorjahr.¹⁾ Die Veränderungen waren in West und Ost recht ähnlich (Eintritte: West: +23% auf 101.700; Ost: +26% auf 68.900; Bestand: West: -10% auf 32.300; Ost: -7% auf 43.300). Am 1. Juli trat das **Sonderprogramm der Bundesregierung zum Einstieg Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung (Jump Plus)** in Kraft. Bis Ende Dezember begannen 28.000 Jugendliche eine Maßnahme dieses Programms; am Jahresende gab es 23.100 Teilnehmer, jahresdurchschnittlich waren es 3.900. Dabei wurde das Programm – relativ gesehen – im Osten stärker in Anspruch genommen als im Westen (Eintritte: 13.200; Westen: 14.800).

Um dem Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen abzuwehren, wurde von Bund und Ländern ein „Ausbildungsplatzprogramm Ost 2003“ aufgelegt. Es ermöglichte 16.000 Jugendlichen den Start ins Berufsleben. In Ausbildungsplätze des „Ausbildungsprogramms Ost 2002“ mündeten 2003 noch 2.500 ein.²⁾

¹⁾ Vgl. auch: Hans Dietrich, Jump, das Jugendsofortprogramm. Unterschiede in den Förderjahrgängen 1999 und 2000 und Verbleib der Teilnehmer nach Maßnahmeende, IAB-Werkstattbericht Nr. 3 vom 26.2.2001; vgl. auch Kornelia Raskopp, Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher, ibv Nr. 5 vom 30.1.2002.

²⁾ In den Zahlen der Ausbildungsplatzprogramme Ost 2002 und 2003 sind auch Ausbildungsplätze in ergänzenden Programmen der Länder enthalten.

Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvieren oder an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilnehmen, gewährt die Bundesanstalt u.U. **Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**. Diese Geldleistung bezogen 2003 jahresdurchschnittlich 156.300 Personen, 9% oder 12.700 mehr als im Vorjahr. In Westdeutschland erhöhte sich Empfängerzahl um 7% auf 78.700 und in Ostdeutschland um 11% auf 77.500. Damit erhielten in Ostdeutschland annähernd so viele Jugendliche BAB wie im Westen.

3. Berufliche Weiterbildung, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Sprachkurse

Weniger berufliche Weiterbildung – mehr Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen

Berufliche Weiterbildung nimmt weiter einen hohen Stellenwert ein, hat aber an Gewicht verloren. So haben 2003 insgesamt 246.200 Personen eine derartige Maßnahme begon-

nen, 46% oder 210.100 weniger als im Vorjahr. Der jahresdurchschnittliche Teilnehmerbestand verringerte sich um 24% oder 80.600 auf 251.000 (vgl. Tabelle II.E.3). Maßgeblich dafür waren weniger gesetzliche Änderungen wie die Einführung des Bildungsgutscheins, sondern die stärkere Ausrichtung am Eingliederungserfolg und die Konzentration auf kürzere Maßnahmen.

Nach wie vor wird berufliche Weiterbildung in Westdeutschland häufiger eingesetzt als in Ostdeutschland, zudem nahmen Bestand und Eintritte im Osten deutlich stärker ab als im Westen. Dort verringerte sich der Teilnehmerbestand um 31% auf 96.300 und die Eintritte um 53% auf 92.300, in Westdeutschland gab es Abnahmen von 19% auf 154.700 bzw. 40% auf 154.000.

Die Beteiligung besonders förderungsbedürftiger Personengruppen an der beruflichen Weiterbildung hat sich unterschiedlich entwickelt. So hatten 32% der jahresdurchschnittlich Geförderten keine Berufsausbildung und 11% waren jünger als 25 Jahre, im Vergleich zu 31% und 10% vor einem Jahr. Dagegen stellten vorher Langzeitarbeitslose 22%, Ältere über 50 Jahre 6% und Schwerbehinderte 2% der Teilnehmer, gegenüber 23%, 8% und 3% im Vorjahr. Unverändert 9% der Teilnehmer waren Berufsrückkehrer/innen.

Es besuchten wesentlich mehr Arbeitslose **Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen** zur Verbesserung der Eingliederungschancen. Im Berichtsjahr traten rd. 1,07 Mio Personen in eine solche Maßnahme ein, das waren 22% oder 193.100 mehr als 2002. Im Jahresdurchschnitt gab es 77.900 Teilnehmer, 26% oder 15.900 mehr. Dabei waren die Zunahmen in Westdeutschland erheblich größer als in Ostdeutschland (+33% auf 694.300 und +35% auf 52.200 bzw. +5% auf 375.800 bzw. +10% auf 25.700).

Auch bei Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen hat sich der Anteil der Jüngeren unter 25 Jahren am jahresdurchschnittlichen Teilnehmerbestand erhöht, und zwar von 17% auf 20%. Die Beteiligung der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen hat dagegen etwas abgenommen. Ungelernte waren mit 29%, ehemals Langzeitarbeitslose mit 24% und Ältere ab 50 Jahren mit 11% vertreten, im Vergleich zu 31%, 25% und 13% vor einem Jahr.

Deutsch-Sprachlehrgänge wurden wiederum etwas weniger nachgefragt, vor allem von Asylberechtigten. 2003 gab es 42.600 Eintritte in geförderte Deutsch-Sprachlehrgänge, dies waren 20% oder 10.500 weniger als im Vorjahr. Von ihnen waren 28.800 Spätaussiedler (-19%) und 13.800 Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge (-22%). Die jahresdurchschnittliche Teilnehmerzahl verringerte sich um 7% oder 1.600 auf 22.000. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Zuzüge von Spätaussiedlern und die Zahl der Asylanträge gegenüber dem Vorjahr abgenommen haben (-20% oder -18.500 auf 72.900 bzw. -29% oder -20.600 auf 50.600).

4. Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben³⁾

Für behinderte Menschen können im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsleben allgemeine, aber auch besondere und diese ergänzende Leistungen erbracht werden, soweit nur damit das Teilhabeziel erreicht werden kann.

Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Im Jahr 2003 kamen im Rahmen der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben 88.100 **Ratsuchende** neu auf die Arbeitsämter zu (West: 66.400; Ost: 21.700). Um die berufliche Ersteingliederung ging es bei 52.100, um die berufliche Wiedereingliederung bei 36.000 Personen (West: 37.300 bzw. 29.100; Ost: 14.800 bzw. 6.800). Gleichzeitig wurde für 111.400 Menschen das Rehabilitationsverfahren abgeschlossen (West: 86.600; Ost: 25.000). Im Jahresdurchschnitt wurden 141.000 Rehabilitanden gezählt.

In **berufsfördernde Maßnahmen** traten im Berichtsjahr 141.400 behinderte Menschen ein (West: 101.300; Ost: 40.100), davon 77.300 im Bereich der Ersteingliederung und 64.100 im Bereich der Wiedereingliederung. Im Jahresdurchschnitt befanden sich 141.000 behinderte Menschen in solchen Maßnahmen (West: 95.300; Ost: 45.600), 95.500 in einer Ersteingliederung und 45.400 in einer Wiedereingliederung.

Die Beteiligung an berufsfördernden Maßnahmen wird auch **finanziell unterstützt**. Im Jahresdurchschnitt 2003 erhielten 72.000 Rehabilitanden Ausbildungsgeld während einer

³⁾ Wegen wesentlicher Änderungen im Reha-Verfahren auf Grund des SGB IX sind auch 2003 Vorjahresvergleiche z.T. nicht möglich.

beruflichen Erstausbildung oder eines darauf vorbereitenden Lehrgangs (gegenüber Vorjahr: +9%). Dabei waren die Zunahmen in West- und Ostdeutschland gleich (jeweils +9% auf 49.300 bzw. auf 22.600). Zudem wurden mit 169.600 erneut wesentlich mehr Jugendliche mit Berufsausbildungsbeihilfe gefördert (+11%). Im Osten war der Anstieg etwas stärker als im Westen (+12% auf 86.100 bzw. +10% auf 83.500). 25.200 erwachsene Rehabilitanden bezogen Übergangsgeld (+14%; West: +14% auf 19.000; Ost: +15% auf 6.200) und 17.800 Unterhaltsgeld (-6%; West: -4% auf 14.000; Ost: -12% auf 3.800).

5. Förderung der Arbeitssuche

Die Arbeitsämter fördern insbesondere mit folgenden Maßnahmen die Arbeitssuche:

- Mit dem **Vermittlungsgutschein** wird Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnet, auf Kosten des Arbeitsamtes einen privaten Arbeitsvermittler einzuschalten. 2003 wurden 482.600 solcher Gutscheine ausgegeben, im Vergleich zu 275.700 von April bis Dezember 2002. 47.600 Vermittlungsgutscheine wurden ausgezahlt, nach 13.000 im Vorjahr. Dabei ist die Inanspruchnahme in Ostdeutschland deutlich größer als in Westdeutschland (Ost: 250.700 zu 31.200; West: 231.900 zu 16.300)
- Die **Beauftragung Dritter mit der Vermittlung** soll dazu beitragen, Beschäftigungsmöglichkeiten konsequenter zu nutzen und Arbeitslosigkeit – insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit – abzubauen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. 2003 wurden durch beauftragte Dritte 35.000 Arbeitslose in Arbeit vermittelt, 18.600 in Westdeutschland und 16.400 in Ostdeutschland.
- Im Rahmen der **Unterstützung der Beratung und Vermittlung** (UBV) werden von den Arbeitsämtern Bewerbungs- und Reisekosten übernommen; im Berichtsjahr wurden solche Leistungen 1,54 Mio mal und damit weitaus häufiger gewährt als 2002 (+65% oder +610.500). UBV wurde in Ostdeutschland wesentlich stärker genutzt als in Westdeutschland, in beiden Landesteilen gab es beträchtliche Zunahmen (+60% auf 910.700 bzw. +74% auf 633.900).

6. Beschäftigungsbegleitende Leistungen bzw. Förderung regulärer Beschäftigung

... erheblich an Bedeutung gewonnen

Förderleistungen, mit deren Hilfe Arbeitslose direkt in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen („erster Arbeits-

markt“), gewinnen weiter erheblich an Bedeutung. Diese Leistungen, die insbesondere an Arbeitgeber gezahlt werden, haben im Berichtsjahr stark zugenommen. Maßgebend dafür sind, neben der Umorientierung aktiver Arbeitsmarktpolitik zugunsten von Instrumenten mit höherer Eingliederungserwartung, insbesondere die im Berichtsjahr neu eingeführten Existenzgründungszuschüsse und die Personal-Service-Agenturen.

Im Verlauf des Jahres 2003 konnten insgesamt 795.300 Personen mit Hilfe dieser Instrumente eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, 48% oder 257.000 mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.E.2). Im Jahresdurchschnitt wurden 284.100 Arbeitnehmer gefördert, dies entspricht einer Zunahme von 28% oder 61.700. Dabei lag im Westen die Förderung von Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt weitaus deutlicher über Vorjahresniveau als im Osten (Bestand: +44% auf 146.900; +14% auf 137.100). Im Einzelnen:

- Die Aufnahme **selbstständiger Tätigkeiten** wurde wesentlich öfter gefördert. Insbesondere die neu eingeführten **Existenzgründungszuschüsse** wurden intensiv genutzt. Im Berichtsjahr bewilligten die Arbeitsämter 92.800 derartige Leistungen, am Jahresende erhielten 89.800 und im Jahresdurchschnitt 40.300 Personen diese Hilfe. Mit **Überbrückungsgeld** wurden erheblich mehr neue Existenzgründer unterstützt als 2002, nämlich 157.000 (+27% oder +33.700). Im Durchschnitt des Jahres wurden 72.100 Personen gefördert (+33% oder +17.800). Dabei war die Zunahme bei Eintritten und Bestand im Westen erheblich größer als im Osten (+35% bzw. +38%; +11% bzw. +21%). Die Zuwächse spiegeln einerseits den Mangel an passenden Angeboten abhängiger Beschäftigungen wider, andererseits verstärkte Aktivitäten im Rahmen des Prinzips „Fördern und Fordern“.
- Ab April 2003 begann die Errichtung von **Personal-Service-Agenturen (PSA)**, die bis zum Jahresende noch nicht abgeschlossen war. Die Beschäftigung von Arbeitslosen in PSA wurde zudem durch die konjunkturelle Schwäche belastet. Von April bis Dezember sind 43.000 Arbeitnehmer eingetreten, im Durchschnitt der Monate Juni bis Dezember waren 18.400 und im Jahresdurchschnitt 10.700 Personen in PSA beschäftigt
- Mit Hilfe von **Eingliederungszuschüssen⁴⁾** nahmen im Berichtsjahr 181.800 Arbeitslose eine Tätigkeit auf, etwas mehr als im Vorjahr (+2% oder +4.000). Jahresdurchschnittlich wurden mit 134.300 allerdings erheblich mehr Arbeitnehmer gefördert (+20% oder +22.100). Der Rückgang bei den SAM OfW und Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (s.u.) konnte damit nur zum Teil ausgeglichen werden. 56% der Geförderten gehörten zu den besonders förderungsbedürftigen Personengruppen; 53% waren zuvor länger als ein Jahr arbeitslos, 54% über 50 Jahre alt und 1% schwerbehindert.
- Mit Hilfe von **Einstellungszuschüssen bei Neugründungen** begannen 20.300 Personen eine unbefristete Tätigkeit, wesentlich mehr als im Vorjahr (+35% oder +5.200). Im Jahresdurchschnitt wurden mit 13.600 Beschäftigten auch erheblich mehr gefördert (+31% oder +3.200); darunter waren 24% zuvor Langzeitarbeitslose, 11% Jüngere unter 25 Jahre und 6% Ältere über 50 Jahre.

⁴⁾ Ohne Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen gem. § 222a SGB III (Zugänge im Jahr 2003: 14.400) und Lohnkostenzuschüsse gem. Artikel 8 Jugendsofortprogramm (jahresdurchschnittlicher Bestand 2003: 40.600).

- Im Jahr 2003 nahmen mit Hilfe von **Einstellungszuschüssen bei Vertretung** 1.700 Arbeitslose eine Beschäftigung auf; jahresdurchschnittlich wurden 800 Personen gefördert.
- **Arbeitsentgeltzuschüsse** bei beruflicher Weiterbildung Beschäftigter wurden im Laufe des Berichtsjahres 1.800 Personen gewährt; jahresdurchschnittlich sind so 900 Ungelehrte oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte gefördert worden.
- **Mobilitätshilfen** (MOBI) sollen helfen finanzielle Hindernisse auszuräumen, die einer Arbeitsaufnahme entgegenstehen. 2003 wurden mit 292.400 Leistungen erheblich mehr bewilligt als im Vorjahr (+115.000 bzw. +65%).
- **Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen** (SAM OfW) sind 2003 ausgelaufen, eine neue Förderung war nicht mehr möglich. Der Bestand belief sich im Jahresdurchschnitt auf 3.100 (Vorjahr: 13.000).
- **Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose** sind 2003 ausgelaufen, eine Neuförderung war nicht mehr möglich. Die jahresdurchschnittliche Zahl der geförderten Arbeitnehmer verringerte sich auf 8.200 (Vorjahr: 32.100).

Zum 1. September 2003 ist das neue Programm **„Arbeit für Langzeitarbeitslose“** (für über 25-Jährige) in Kraft getreten. Bis Ende Dezember haben 12.800 Langzeitarbeitslose ein entsprechendes Angebot der Arbeitsämter angenommen. Am Ende des Jahres wurden 12.500 Personen gefördert. Die Inanspruchnahme war – relativ gesehen – im Osten stärker als im Westen (Eintritte: 6.300; Westen: 6.500).

7. Beschäftigung schaffende Maßnahmen

Die Förderung der Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt wurde im Berichtsjahr zu Gunsten von mehr Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt, und zwar im Westen wie im Osten. Bestand und Eintritte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen verringerten sich deshalb gegenüber Vorjahr stark, im Osten jedoch weniger als im Westen, wo sie kaum noch eine Rolle spielten.

In **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** (ABM) befanden sich jahresdurchschnittlich 92.400 Personen mit ungünstigen Arbeitsmarktchancen, 26% oder 32.300 weniger als 2002. In Westdeutschland verringerte sich der Teilnehmerbestand um 31% auf 22.700 und in Ostdeutschland um 24% auf 69.700. Die Eintritte nahmen bundesweit um 14% oder 23.800 auf 140.900 ab, im Westen um 27% auf 31.500 und im Osten um 10% auf 109.400.

Die meisten ABM-Beschäftigten waren auch 2003 bundesweit in den Bereichen Soziale Dienste (jahresdurchschnittlich: 25%; Vorjahr: 26%) sowie Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau tätig (25%; Vorjahr: 24%), gefolgt von Büro und Verwaltung (8%; Vorjahr: 9%) sowie Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung/Hochbau (unverändert 8%). In Ostdeutschland standen Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau (26%; Vorjahr: 28%) an erster Stelle, in Westdeutschland die sozialen Dienste (29% bzw. 28%).

Die **Zielgruppenorientierung** ist bei ABM nach wie vor sehr ausgeprägt. Nach wie vor groß war der Anteil jener ABM-Beschäftigten, die zuvor bereits länger als ein Jahr arbeitslos waren, allerdings nahm er gegenüber Vorjahr stark ab, nämlich um 16 Prozentpunkte auf 58%. Offenbar werden ABM zunehmend zur Verhinderung des Eintritts von Langzeitarbeitslosigkeit genutzt. Der Anteil der Älteren verringerte sich leicht auf 40% (41%), bei Jüngeren erhöhte er sich deutlich auf 13% (10%) und gesundheitlich Eingeschränkte waren mit unverändert 11% beteiligt (vgl. Tabelle II.E.4). Unterschiede zwischen West und Ost gibt es bei der Beteiligung Älterer, in Ostdeutschland ist ihr Anteil mit 46% mehr als doppelt so groß wie in Westdeutschland.

Maßnahmen des Typs **„Arbeiten und Lernen“** ermöglichen jüngeren Arbeitslosen neben einer Teilzeitbeschäftigung eine berufliche Qualifizierung. Daran nahmen 2003 erneut weniger Personen teil, nämlich jahresdurchschnittlich 4.300 (Vorjahr: 5.500). Dabei wird diese Maßnahme in Westdeutschland erheblich häufiger eingesetzt als im Osten; der Anteil von „Arbeiten und Lernen“ an allen ABM beträgt dort 17% im Vergleich zu 1/2% in Ostdeutschland.

Eine **traditionelle Strukturanpassungsmaßnahme** (SAM) begannen 2003 insgesamt 39.200 Personen, dies entspricht einer Abnahme von 26% oder 13.800. Im Jahresdurchschnitt waren mit 44.800 Personen 18% oder 9.700 weniger beschäftigt als im Vorjahr. Wie ABM spielen auch SAM im Westen praktisch keine Rolle. So begannen dort nur noch 7.000 Personen eine solche Maßnahme, 28% weniger als 2002; im Jahresdurchschnitt waren 7.500 Arbeitnehmer so beschäftigt, ein Minus von 21%. In Ostdeutschland wurden 32.300 Arbeitslose zugewiesen, dies entspricht einer Abnahme um 25%, der jahresdurchschnittliche Teilnehmerbestand in Höhe von 37.300 war um 17% kleiner.

In den Bereichen Umweltsanierung waren im Jahresdurchschnitt 25% der Arbeitnehmer tätig (Vorjahr: 30%), in sozialen Diensten 17% (20%) und in der Jugendhilfe 8% (9%). Mehr als die Hälfte der so Beschäftigten war zuvor langzeitarbeitslos und ebenso viele älter als 50 Jahre. Vor allem SAM für Ältere (ab 55 Jahre) werden in Ostdeutschland intensiv genutzt, während sie in Westdeutschland keine Rolle spielen (33% bzw. 2%).

Nach wie vor wird der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland im nennenswerten Umfang durch Beschäftigung schaffende Maßnahmen gestützt und damit der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Immerhin waren im Osten von 1000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 21 in einer ABM oder in einer traditionellen Strukturanpassungsmaßnahme tätig, im Vergleich zu einem in Westdeutschland.

Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen haben sich am Markt – mangels Kofinanzierung – nicht durchgesetzt. 2003 gab es 4.600 Eintritte und jahresdurchschnittlich 1.300 Beschäftigte, und zwar nahezu ausschließlich im Osten.

8. Freie Förderung

... zuletzt weitaus weniger genutzt

Freie Förderung hat weiter und erheblich abgenommen. So sind im Laufe des Jahres für insgesamt 223.800 Personen

Leistungen bewilligt worden, das ist ein Minus von 51% oder 229.500. Die Abnahme beruht vor allem darauf, dass ein Teil der bisher aus Mitteln der freien Förderung erbrachten Leistungen in das Regelwerk des SGB III überführt wurde (insbesondere Beauftragung Dritter nach § 37a und Vermittlungsgutschein nach § 421g). Damit verengt sich der potenzielle Einsatzbereich der Leistungen Freier Förderung auf die unkonventionelle Einzelfallhilfe.

Das vielfältige Förderspektrum umfasst zum einen die gezielte Einzelfallförderung – i.d.R. erfolgen diese Hilfen im Rahmen einer konkreten Arbeits- und Ausbildungsplatzaufnahme; zum anderen Maßnahmen, die flexibel regionalen Besonderheiten und/oder Bedarfe bestimmter Personengruppen angepasst werden.⁵⁾ U.a. wurden folgende Maßnahmen ergriffen um Arbeitsaufnahmen zu unterstützen: Zuschüsse zur Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung, individuell zugeschnittene Qualifizierungselemente als Voraussetzung für die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, Prämien zur Umwandlung geringfügiger in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, flankierende individuelle Hilfen zur sozialen Stabilisierung, Beschäftigungsaufnahmen im europäischen Ausland.

9. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft

... deutlich erhöht

Der Arbeitsmarkt, besonders in den Außenberufen, wird auch von jahreszeitlichen Faktoren beeinflusst. Vor allem in der Bauwirtschaft geht regelmäßig im Winter die Beschäftigung zurück und die Arbeitslosigkeit steigt. Zur Vermeidung bzw. Reduzierung saisonaler Arbeitslosigkeit zahlt die Bundesanstalt für Arbeit **Mehraufwands-Wintergeld, Zuschuss-Wintergeld** und **Winterausfallgeld**.

Im „Winterbau-Geschäftsjahr“ 2002/2003 (1.11.2002 bis 31.10.2003) wurde das **Winterausfallgeld** erheblich stärker in Anspruch genommen als in den Vorjahren. Die Ursache hierfür ist auch in dem ungünstigeren Witterungsverlauf zu sehen. So bewilligten die Arbeitsämter 2002/2003 für 24 Mio witterungsbedingt ausgefallene Arbeitsstunden diese Leistung, in Westdeutschland für 20,2 Mio und in Ostdeutschland für 3,8 Mio (Vorjahreszeitraum: 17,1 Mio, West: 15,2 Mio; Ost: 1,9 Mio). Davon wurden für 9,4 Mio Ausfallstunden umlagefinanziertes und für 14,6 Mio beitragsfinanziertes Winterausfallgeld gewährt (Vorjahr: 7,5 Mio bzw. 9,6 Mio).

Im „Winterbau-Geschäftsjahr“ 2002/2003 (1.11.2002 bis 31.10.2003) wurde das **Winterausfallgeld** erheblich stärker in Anspruch genommen als in den Vorjahren. Die Ursache hierfür ist auch in dem ungünstigeren Witterungsverlauf zu sehen. So bewilligten die Arbeitsämter 2002/2003 für 24 Mio witterungsbedingt ausgefallene Arbeitsstunden diese Leistung, in Westdeutschland für 20,2 Mio und in Ostdeutschland für 3,8 Mio (Vorjahreszeitraum: 17,1 Mio, West: 15,2 Mio; Ost: 1,9 Mio). Davon wurden für 9,4 Mio Ausfallstunden umlagefinanziertes und für 14,6 Mio beitragsfinanziertes Winterausfallgeld gewährt (Vorjahr: 7,5 Mio bzw. 9,6 Mio).

10. Vorruhestandsregelungen / Gleitende Übergänge in den Ruhestand

Das Interesse an **Altersteilzeitarbeit** hat seit Inkrafttreten des Altersteilzeitgesetzes (AtG) im Jahr 1996 bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern kontinuierlich zugenommen. Das AtG erleichtert Arbeitnehmern ab dem 55. Lebensjahr den gleitenden Übergang in den Ruhestand, gleichzeitig soll es der zunehmenden Frühverrentung begegnen. Die Bundesanstalt für Arbeit unterstützt dies finanziell, sofern der Arbeitgeber für den in Altersteilzeit gegangenen Arbeitnehmer einen Arbeitslosen einstellt oder einen Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung übernimmt. Bei Kleinunternehmen kann die Leistung auch gewährt werden, wenn ein Auszubildender beschäftigt wird. Im Jahr 2003 wurden mit 49.400 Anträgen auf Förderung von Altersteilzeit wiederum deutlich mehr als im Vorjahr bewilligt (+13% oder +5.500; West: +13% auf 41.700, Ost: +13% auf 7.800). Entsprechend erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer in Altersteilzeit jahresdurchschnittlich auf 69.200 (+13% oder +7.800; West: +13% auf 54.600; Ost: +10% auf 14.600). Die Zahl aller Fälle ist aber wesentlich größer. Denn zahlreiche Arbeitnehmer befinden sich in Altersteilzeitarbeit, treten aber wegen der „Verblockung“ der Arbeitszeit förderungsrechtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt in Erscheinung. Zudem wird Altersteilzeit vielfach auch ohne Stellen-Wiederbesetzung und damit ohne Förderung durch die Bundesanstalt genutzt.

Weiter mehr **Altersteilzeitarbeit**

Geförderte Altersteilzeit konzentriert sich – ähnlich wie bisher – auf folgende Branchen: Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen, öffentliche Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen, Maschinenbau, Chemische Industrie und Kreditgewerbe. In Ostdeutschland liegt der Schwerpunkt nach wie vor in den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen.

Weiterhin von wesentlich größerer Bedeutung als geförderte Altersteilzeit ist die **Regelung gem. § 428 SGB III**, die gleichsam die Funktion eines Vorruhestandes erfüllt. Danach können 58-jährige und ältere Personen nämlich auch dann Entgeltersatzleistungen von der Bundesanstalt beziehen, wenn sie sich der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stellen und damit nicht mehr arbeitslos sind. Die Inanspruchnahme war 2003 mit jahresdurchschnittlich 356.800 Leistungsempfängern erneut deutlich größer als im Vorjahr (+22% oder +65.300; Westen: +25% auf 226.100; Osten: +18% auf 130.700).

Mit dem **§ 252 Abs. 8 SGB VI** wurde ab Mai 2003 für ältere Arbeitslose ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen eine analoge Regelung zum § 428 SGB III geschaffen. So werden

⁵⁾ Vgl. Christian Brinkmann, Walter Schmitt: Evaluation und Potentiale zur Weiterentwicklung der „Freien Förderung“ nach § 10 SGB III, ibv, Nr. 1 vom 6.1.1999 sowie Frank Wießner: Raum für Experimente: Frei fördern und forschen, IAB-Materialien Nr. 2/2002

Anrechnungszeiten für die Rente Versicherten nun auch dann anerkannt, wenn sie nach Vollendung des 58. Lebensjahres den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsämter nicht mehr zur Verfügung stehen; sie werden dann nicht als arbeitslos gezählt. Eine Quantifizierung ist nicht möglich.

Die Übergänge in die **vorgezogene Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit** (§ 237 SGB VI) haben nicht weiter zugenommen. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger sind 2003 insgesamt 145.400 Versicherte nach wenigstens einjähriger Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit und nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig in Ruhestand gegangen (2002: 147.000). Ende 2003 betrug die Zahl dieser Frührentner im erwerbsfähigen Alter 695.100 (Ende 2002: 770.700).

Schließlich sind auch **Rentner wegen verminderter Erwerbsfähigkeit** in Rechnung zu stellen, die wegen ihrer gesundheitlichen Einschränkungen und des schwierigen Arbeitsmarktes nicht mehr vermittelt werden können. So kommt es für die Bewilligung der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach neuer Rechtslage ab 2001 nicht nur auf das Ausmaß der gesundheitlich bedingten Leistungseinschränkung an, sondern auch auf die Möglichkeit, das verbliebene Restleistungsvermögen von drei bis sechs Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes tatsächlich zu verwerten. Versicherte, die einen Anspruch auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung aufweisen und somit noch eine Teilzeitarbeit verrichten könnten, aber z.B. innerhalb eines Jahres nicht zu vermitteln waren, gelten demnach als voll erwerbsgemindert. Sie erhalten – zeitlich befristet – eine volle Erwerbsminderungsrente (§ 44 SGB VI). 2003 wurden 27.600 derartige arbeitsmarktbedingte Renten wegen voller Erwerbsminderung neu gewährt (2002: 26.300; 2001: 33.200; 2000: 55.900). Dies entspricht einem Fünftel aller neu zugegangenen Renten wegen voller Erwerbsminderung.

11. Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik

.... überwiegend mehr als gesetzlich gefordert

Beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sollen Frauen gem. § 8 Abs. 2 SGB III

„mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden.“⁶⁾ Der Anteil der Frauen am Arbeitslosenbestand betrug 2003 in Deutschland jahresdurchschnittlich 44,1% und ihre Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen), also ihre relative Betroffenheit, 10,8%. Daraus errechnet sich ein **Ziel-Förderanteil** von bundesweit 40,8% (vgl. Kasten „Frauenförderung“). In Ostdeutschland ergibt sich bei einem Anteil am Bestand von 47,5% und einer Quote von 19,6% ein Ziel-Förderanteil von 46,3% und in Westdeutschland bei Werten von 42,1% bzw. 8,3% ein Ziel-Förderanteil von 37,2%. Für die im Rahmen der Eingliederungsbilanz bilanzierten Instrumente lag der **realisierte Frauenförderanteil** in Deutschland mit 42,4% über dem Zielwert, auch in Westdeutschland wurde er überschritten (41,4%), während er in Ostdeutschland kleiner war (43,6%).

Bei **beruflicher Weiterbildung sowie Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen** wurde die Vorgabe des § 8 Abs. 2 SGB III deutlich überschritten. So stellten Frauen im Jahresdurchschnitt 52,0% der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung sowie 46,0% der Personen in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, bei den Eintritten betrug die Frauenanteile 46,0% und 42,4% (zum Vergleich Frauenanteil am Zugang in Arbeitslosigkeit: 41,2%). Die Förderanteile wurden in Westdeutschland erfüllt, in Ostdeutschland nur teilweise. Während bei beruflicher Weiterbildung der Frauenanteil am Bestand und bei den Eintritten im Westen größer war als im Osten (53,7% bzw. 48,1% zu 49,2% bzw. 42,7%), verhielt es sich bei Trainingsmaßnahmen umgekehrt (44,0% bzw. 41,0% zu 50,1% bzw. 44,9%; vgl. Tabelle III.D.4). Bei den Eintritten wurde im Osten die Zielförderquote sowohl bei der beruflichen Weiterbildung als auch bei den Trainingsmaßnahmen nicht erreicht.

Auch bei **Beschäftigungschaffenden Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** waren Frauen im Bestand stärker vertreten als gesetzlich gefordert. So betrug ihr Anteil am jahresdurchschnittlichen Bestand der ABM-Beschäftigten in Deutschland 47,5% und an den Beschäftigten in traditionellen SAM 47,7%. Bei den Eintritten waren Frauen etwas schwächer beteiligt (ABM: 39,0%; SAM traditionell: 37,9%). Hier wurde die gesetzliche Vorgabe unterschritten (vgl. Tabelle III.D.4).

⁶⁾ Vgl. hierzu Petra Beckmann: Neue Frauenförderquote: Gute Absichten führen nicht immer zum gewünschten Ziel, iab-Kurzbericht Nr. 22/2003.

Frauenförderung

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wurde der § 8 SGB III – Frauenförderung – geändert. Demnach sollen Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an allen Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit gefördert werden. Der Ziel-Förderanteil ist wie folgt zu ermitteln:

$$\text{Förderanteil Frauen} = \frac{\text{Anteil an arbeitslosen Frauen} \times \text{Arbeitslosenquote Frauen}}{\text{Anteil an arbeitslosen Frauen} \times \text{Arbeitslosenquote Frauen} + \text{Anteil an arbeitslosen Männern} \times \text{Arbeitslosenquote Männer}}$$

Bei den **Beschäftigungsbegleitenden Hilfen** sind Frauen eher unterrepräsentiert, nach einzelnen Leistungen zeigt sich ein differenziertes Bild:

- Beim Eingliederungszuschuss lag der Frauenanteil am Bestand mit 43,9% über dem gesetzlichen Förderanteil, er wurde im Westen und Osten knapp erreicht (37,8%; Ost: 47,5%).
- Beim neuen Existenzgründungszuschuss (sog. Ich-AG) beträgt der Frauenanteil 40,6%, beim Überbrückungsgeld nur 29,4%. Obwohl der Anteil beim Überbrückungsgeld weit unter der Maßgabe des SGB III liegt, entspricht er doch etwa dem Anteil der Frauen an den Selbstständigen. Dabei ist der Anteil der Frauen am Existenzgründungszuschuss in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland (42,1% zu 37,4%), während er beim Überbrückungsgeld kleiner ist (27,5% zu 33,8%).
- Mobilitätshilfen wurden zu 33,9% an Frauen bewilligt; das war auch deutlich weniger als es ihrem Anteil an den Zugängen entspricht. Der Anteil im Westen war noch niedriger als im Osten (30,7% bzw. 34,7%).

Leistungen zur Beratung und Vermittlung (UBV) wurden an Frauen – gemessen am Förderanteil als auch am Zugang in Arbeitslosigkeit – mit 47,1% überproportional oft bewilligt. Dabei war der Anteil im Osten etwas größer (47,9% zu 46,0%).

In das **Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (in Kraft seit 1.1.1999) sollen junge Frauen und Mädchen entsprechend ihrem Anteil an den nicht vermittelten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen bzw. an der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen einbezogen werden; ersterer betrug Ende September 46,6%, letzterer jahresdurchschnittlich 37,4%. Diese Vorgaben wurden überwiegend nicht erfüllt. An den Eintritten waren Frauen nur zu 37,6% beteiligt (Vorjahr: 37,5%); da sie aber stärker längerfristige Maßnahmen in Angriff nahmen, stellten sie 40,0% aller im Jahresdurchschnitt geförderten Jugendlichen.

Die Arbeitslosigkeit Älterer wird nach wie vor durch die **Regelung des § 428 des SGB III** entlastet; 37,9% dieser Leistungsempfänger waren Frauen (Vorjahr: 39,0%).

12. Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik

Deutlich mehr für Entgeltersatzleistungen – weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik

Insgesamt waren die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland 2003 spürbar höher als im Vorjahr. Einschließlich der Leistungen, die die Bundesanstalt zu Lasten des Bundeshaushalts gewährt, wurden 73,68 Mrd € ausgegeben, 2,16 Mrd € mehr als 2002. Dabei erhöhten sich die Ausgaben allein im Westen, und zwar um 3,70 Mrd auf 47,83 Mrd, im Osten nahmen sie um 1,54 Mrd auf 25,86 Mrd € ab (vgl. Tabelle II.E.6). Die Bundesanstalt und der Bund wendeten 2003 für **aktive Arbeitsförderung** insge-

samt 21,20 Mrd € auf, das waren 1,20 Mrd € weniger als 2002. Der Rückgang entfällt allein auf den Osten (–1,34 Mrd € auf 8,92 Mrd €; West: +0,13 Mrd € auf 12,15 Mrd €). Im Rahmen des Eingliederungstitels, der die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung enthält, wurden 12,09 Mrd € eingesetzt, 1,41 Mrd € weniger. Dabei war der Rückgang im Eingliederungstitel in Ostdeutschland ähnlich hoch wie in Westdeutschland (–0,70 Mrd € auf 6,19 Mrd €; West: –0,71 Mrd € auf 5,90 Mrd. €). Für sonstige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung der BA wurden 8,80 Mrd € ausgegeben, 161 Mio € mehr als vor einem Jahr; dabei stand einem Zuwachs in Westen ein Rückgang im Osten gegenüber (+0,82 Mrd € auf 6,16 Mrd €; Ost: –0,66 Mrd € auf 2,64 Mrd €).

Die einzelnen Leistungen für aktive Arbeitsförderung entwickelten sich unterschiedlich. So gab es spürbare **Zunahmen** bei

- den Eingliederungszuschüssen (+124 Mio auf 1,35 Mrd €),
- der Förderung selbstständiger Tätigkeiten (ÜG und EXGZ: +676 Mio € auf 1,68 Mrd €),
- der Förderung der Berufsausbildung (+94 Mio auf 2,21 Mrd €),
- bei Trainingsmaßnahmen (einschl. der neuen Eignungsfeststellungsmaßnahmen; +100 Mio auf 578 Mio €) sowie bei
- der individuellen beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen (+191 Mio auf 2,98 Mrd €).

Dagegen waren die **Ausgaben rückläufig** für

- berufliche Weiterbildung (–1,7 Mrd auf 5,00 Mrd €),
- ABM (–657 Mio auf 1,68 Mrd €),
- für SAM (–212 auf 598 Mio €) und
- für Maßnahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (–178 Mio auf 924 Mio €).

Die Ausgaben für **Entgeltersatzleistungen** haben gegenüber dem Vorjahr außergewöhnlich zugenommen, jedoch allein im Westen. Insgesamt wurden im Jahr 2003 für solche „passiven“ Leistungen 47,34 Mrd € ausgegeben, 3,21 Mrd € mehr als 2002. Dabei entfällt die Zunahme zum größeren Teil auf Ausgaben beim Arbeitslosengeld (+2,04 Mrd € auf 29,05 Mrd €), und zwar nur in Westdeutschland (+2,52 Mrd € auf 20,94 Mrd €; Osten: –477 Mio € auf 8,10 Mrd €). Auch für Arbeitslosenhilfe wurde insgesamt mehr Geld aufgewendet (+1,78 Mrd auf 16,53 Mrd €), sowohl im Westen als auch im Osten (+1,25 Mrd € auf 9,26 Mrd € bzw. +530 Mio € auf 7,27 Mrd €). Die Ausgabenerhöhung beim Arbeitslosengeld beruht vor allem auf der konjunkturell bedingten Zunahme der Zahl der Empfänger dieser Lohnersatzleistung (+7%), die durchschnittlichen Ausgaben pro Leistungsempfänger waren mit 1.199 € um 1,2% niedriger als im Vorjahr. Die gestiegenen Ausgaben für Arbeitslosenhilfe sind alleine auf eine starke Zunahme bei der Zahl der Leistungsempfänger zurückzuführen (+20%); bei den durchschnittlichen Ausgaben pro Arbeitslosenhilfeempfänger gab es dagegen eine spürbare Abnahme um 6,5% auf 684 €.

Da die Ausgaben für aktive Arbeitsförderung insgesamt niedriger waren als 2002 und jene für „passive“ Entgeltersatz-

leistungen größer, hat der **Anteil der Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben** 2003 erneut abgenommen, sowohl im Westen als auch im Osten; er betrug bundesweit 28,8% (Vorjahr: 31,3%). Im Osten ist diese Relation mit 34,5% erheblich größer als im Westen mit 25,7% (Vorjahr: 37,4% bzw. 27,5%). Dementsprechend hat sich auch die Relation der Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik zu Entgeltersatzleistungen weiter verschlechtert; sie lag 2003 bei 1 zu 2,23 nach 1 zu 1,97 im Vorjahr, aber noch bei 1 zu 1,23 im Jahr 1991 (Westen: 1 zu 2,57; Osten: 1 zu 1,77).

Mit Mitteln des **Europäischen Sozialfonds** werden Leistungen nach dem SGB III ergänzt, insbesondere im Bereich der beruflichen Qualifizierung (sog. ESF-BA-Programm, früher AFG-Plus).⁷⁾ Mit dem Jahr 2000 begann ein neuer Förderzeitraum bis 2006; die Ausgaben betragen im Jahr 2003 insgesamt 193,7 Mio €.

13. Eingliederungsbilanz

... dokumentiert Integrationeffekte aktiver Arbeitsförderung

Nach § 11 SGB III hat jedes Arbeitsamt nach Abschluss eines Geschäftsjahres über seine Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung eine

Eingliederungsbilanz zu erstellen. Diese soll Aufschluss über den Mitteleinsatz, die geförderten Personengruppen und die Wirksamkeit der Förderung geben.⁸⁾

Für die Ermessensleistungen aktiver Arbeitsförderung haben die Arbeitsämter 2003 aus dem Haushalt der BA rund 13,53 Mrd. € eingesetzt, davon 12,09 Mrd. € im Rahmen des Eingliederungstitels. Innerhalb des Eingliederungstitels hat es bemerkenswerte Umschichtungen gegeben. So entfielen von den **Gesamtausgaben des Eingliederungstitels** 50% auf die Förderung beruflicher Weiterbildung und 17% auf ABM, im Vergleich zu 47% bzw. 17% vor einem Jahr. Im Gegenzug erhöhte sich der Mitteleinsatz für Eingliederungszuschüsse von 9% auf 11%, für die Förderung der Berufsausbildung Benachteiligter von 8% auf 9% und für Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen von 3¹/₂ % auf 5%.

Nach wie vor entfällt in Ostdeutschland ein deutlich größerer Anteil des Eingliederungstitels auf ABM als in Westdeutschland (21,1%; West: 6,3%), während im Westen relativ mehr Geld für berufliche Weiterbildung ausgegeben wird (51,2%; Ost: 31,9%). Die Arbeitsämter setzen – der örtlichen Arbeitsmarktlage entsprechend – unterschiedliche Schwerpunkte; generell wurde auch 2003 in Richtung direkte Förderung regulärer Beschäftigung und Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen umgesteuert.

Die **Eingliederungsquote**⁹⁾ ist ein wichtiger Indikator für die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Sie gibt den Anteil der Absolventen von Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung an, die sechs Monate nach Maßnahmeende sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (einschließlich geförderter Beschäftigung). Danach waren von den Teilnehmern, die

im Zeitraum Juli 2001 bis Juni 2002 eine Maßnahme beendet hatten (ohne Überbrückungsgeld, die selbstständige und damit nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zum Ziel hat), 39,0% nach einem halben Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt.¹⁰⁾ Aktuellere Daten liegen noch nicht vor. Berücksichtigt man nur die Instrumente, für die auch 2001 Eingliederungsquoten vorlagen, um so den Vorjahresvergleich zu ermöglichen, ergibt sich eine Eingliederungsquote von 41,3%, nach 44,2% im Vorjahr. Maßgeblich für diesen Rückgang war die gesamtwirtschaftliche Schwäche, die Beschäftigungsaufnahmen erschwert hat.

Aufgrund der in Ostdeutschland erheblich schwierigeren Arbeitsmarktlage ist dort die Eingliederungsquote mit 37,0% deutlich kleiner als in Westdeutschland mit 40,7%. Dies zeigt, dass der Eingliederungserfolg von Maßnahmen erheblich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst wird. Entsprechend müssen auch bei einem Vergleich von Arbeitsamtsbezirken die unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen berücksichtigt werden.

Die zentralen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zeigen für Teilnehmer, die ihre Maßnahme im Zeitraum von Juli 2001 bis Juni 2002 beendeten, folgende Ergebnisse:

- **Eingliederungszuschüsse**, die an Arbeitgeber gewährt werden zur Integration vor allem von Zielgruppen in reguläre Arbeit, erreichten mit 71% die höchste Quote (Vorjahr: 74%). Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass bei diesem Instrument die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nach Abschluss der Förderdauer eine Leistungsvoraussetzung ist.
- Von den Personen, die eine **berufliche Weiterbildung** abgeschlossen hatten, waren 39% nach sechs Monaten in einem Beschäftigungsverhältnis (Vorjahr: 43%).
- 26% der **ABM-** und 43% der in **traditionellen SAM** Beschäftigten waren sechs Monate nach Abschluss der Maßnahmen beschäftigt (Vorjahr: 30% bzw. 42%). Diese relativ niedrigeren Eingliederungsquoten beruhen – den spezifischen Ausrichtungen dieser Maßnahmen entsprechend – vor allem darauf, dass hier ganz überwiegend Problemgruppen beschäftigt werden, deren Vermittlungshemmnisse – bei einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von neun

⁷⁾ Vgl. hierzu den Bericht der Begleitforschung durch das IAB von Axel Deeke, Thomas Kruppe, Beate Kurtz, Petra Müller: Halbzeitbewertung zum ESF-BA-Programm 2000–2006, Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2004.

⁸⁾ Die bundesweiten Ergebnisse der Eingliederungsbilanz 2003 werden ausführlich dargestellt und erläutert in einer Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA), die voraussichtlich Ende 2004 erscheint.

⁹⁾ Die Aussagekraft der Eingliederungsquote wie auch der Verbleibsquote für wirkungsanalytische Fragen ist jedoch begrenzt, denn sie beantwortet nicht die Frage, wie viele Personen nur aufgrund der Förderung eine Beschäftigung aufgenommen haben. Hierzu und zu weiteren Problemen vgl. Christian Brinkmann: Zielcontrolling und Evaluation im Rahmen der Arbeitsförderung; IAB-Werkstattbericht Nr. 2 vom 5.2.1999; Dieter Blaschke und Elisabeth Nagel: Statistische Explorations im Vorfeld der Eingliederungsbilanz – Monitoring – der Verbleibsquote, in: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 32. Jg. (1999), Heft 2, S. 185–2002

¹⁰⁾ Ausführliche Daten zu den Eingliederungsbilanzen 2002, Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 31. Dezember 2003, 51. Jg.

Monaten – durch eine ABM oder traditionelle SAM nur begrenzt abgebaut werden können; im Vordergrund steht der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.

Für **Überbrückungsgeld** zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit macht der Ausweis einer Eingliederungsquote wenig Sinn, da das Ziel der Förderung nicht die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist. Hier ist deshalb die Verbleibsquote aussagekräftiger. Danach waren sechs Monate nach Maßnahmeende 88% der Geförderten nicht arbeitslos gemeldet (Vorjahr: 91%). Dies deutet auf eine hohe Wirksamkeit hin. Der Schritt in die Selbstständigkeit wird offensichtlich sehr sorgfältig vorbereitet. Aufgrund des finanziellen Einsatzes, den jeder Existenzgründer selbst zu leisten hat, wird die selbstständige Tätigkeit auch nicht ohne weiteres wieder aufgegeben.

Tabelle II.E.1

Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen									
Merkmal	Deutschland					Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1999	2000	2001	2002	2003	2002	2003	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Berufliche Weiterbildung									
Eintritte	490 796	551 534	449 622	456 301	246 245	258 088	153 975	198 213	92 270
Bestand	358 128	351 960	344 816	331 586	250 976	191 727	154 694	139 859	96 282
Trainingsmaßnahmen									
Eintritte	431 556	476 672	565 132	877 038	1 070 137	520 713	694 322	356 325	375 815
Bestand	39 343	47 492	51 266	61 950	77 887	38 652	52 174	23 298	25 713
Berufliche Rehabilitation ¹⁾									
Eintritte	129 939	132 894	135 773	150 367	141 392	107 937	101 284	42 430	40 108
Bestand	132 024	134 795	135 308	132 243	140 964	89 239	95 317	43 004	45 647
Deutsch-Sprachlehrgänge									
Eintritte	55 691	59 843	54 655	53 076	42 571	41 754	33 264	11 322	9 307
Bestand	26 577	27 695	24 861	23 612	22 040	18 452	17 261	5 160	4 779
Beschäftigung schaffende Maßnahmen									
– ABM									
Zugang	295 499	260 079	192 037	164 691	140 893	43 286	31 495	121 405	109 398
Bestand	234 073	203 601	166 643	124 709	92 443	32 724	22 720	91 985	69 723
– traditionelle SAM									
Zugang	57 019	54 212	54 047	53 013	39 249	9 727	6 970	43 286	32 279
Bestand	59 180	57 165	53 216	54 443	44 781	9 544	7 518	44 899	37 263
Förderung regulärer Beschäftigung									
– SAM OFW									
Zugang	151 001	46 782	27 272	11 135	–	x	x	11 153	–
Bestand	136 493	52 591	23 250	12 978	3 062	x	x	12 978	3 062
– Eingliederungszuschüsse									
Zugang	141 856	146 187	129 035	177 745	181 768	80 183	84 441	97 562	97 327
Bestand	86 221	90 535	100 101	112 272	134 348	42 507	50 108	69 765	84 240
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen									
Zugang	13 976	15 164	13 517	15 102	20 339	7 730	11 165	7 372	9 174
Bestand	9 543	11 259	11 119	10 406	13 611	4 794	6 761	5 612	6 850
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose									
Zugang	39 086	43 597	50 003	32 255	–	18 197	–	14 058	–
Bestand	32 671	32 016	33 495	32 076	8 245	17 492	3 966	14 584	4 279
– Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit									
Zugang	98 114	92 604	95 656	123 268	156 966	84 764	114 356	38 504	42 610
Bestand	43 508	41 260	43 146	54 305	72 081	36 815	50 979	17 490	21 102
– Existenzgründungszuschuss									
Zugang	–	–	–	–	92 819	–	64 191	–	28 628
Bestand	–	–	–	–	40 266	–	27 433	–	12 833
Zahl der Kurzarbeiter									
Bestand	118 647	86 052	122 938	206 767	195 371	162 123	160 496	44 644	34 876
Vorruhestandsregelungen									
Altersteilzeit ²⁾									
Bestand	19 488	33 482	50 323	61 440	69 673	48 132	55 002	13 308	14 671
Leistungsempfänger nach § 428 SGB III									
Bestand	200 710	192 077	224 979	291 521	356 850	180 655	226 317	110 866	130 533

1) Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen (Erst- und Wiedereingliederung); 2002 Änderung im statistischen Verfahren, Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.

2) Bis Ende 2001 einschließlich Vorruhestands-/Altersübergangsgeld; seit 2002 nur Altersteilzeit.

Tabelle II.E.2a

Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente – Übersicht Deutschland								
Merkmal	Teilnehmerbestand				Zugang/Eintritte/Bewilligungen			
	absolut		Veränderung 2003/2002		absolut		Veränderung 2003/2002	
	2003	2002	absolut	in %	2003	2002	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	399 335	456 269	- 56 934	- 12,5	3 017 910	2 404 145	+ 613 765	+ 25,5
dav. Beratung und Unterstützung der Arbeitssuche	3 007	•	•	•	1 594 851	947 098	+ 647 753	+ 68,4
– Vermittlungsgutscheine (ausgezahlt)	•	•	•	•	35 409	12 950	x	x
– Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen ¹⁾	3 007	•	•	•	14 795	•	•	•
– Unterstützung der Beratung und Vermittlung	•	•	•	•	1 544 647	934 148	+ 610 499	+ 65,4
Qualifizierung	396 328	456 269	- 59 941	- 13,1	1 423 059	1 457 047	- 33 988	- 2,3
– Berufliche Weiterbildung	250 976	331 586	- 80 610	- 24,3	246 245	456 301	- 210 056	- 46,0
dar.: in Vollzeitmaßnahmen	224 137	299 712	- 75 575	- 25,2	226 956	419 055	- 192 099	- 45,8
– Berufliche Wiedereingliederung behinderter Menschen	45 425	39 121	x	x	64 106	70 632	x	x
– Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	77 887	61 950	+ 15 937	+ 25,7	1 070 137	877 038	+ 193 099	+ 22,0
– Deutsch-Sprachlehrgänge ²⁾	22 040	23 612	- 1 572	- 6,7	42 571	53 076	- 10 505	- 19,8
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	284 051	222 349	+ 61 702	+ 27,8	795 301	538 312	+ 256 989	+ 47,7
– Personal-Service-Agenturen ¹⁾	10 746	•	•	•	42 955	•	•	•
– Eingliederungszuschüsse	134 348	112 272	+ 22 076	+ 19,7	181 768	177 745	+ 4 023	+ 2,3
– Einstellungszuschüsse bei Neugründungen	13 611	10 406	+ 3 205	+ 30,8	20 339	15 102	+ 5 237	+ 34,7
– Einstellungszuschüsse bei Vertretung	811	163	+ 648	+ 397,4	1 717	630	+ 1 087	+ 172,5
– Entgeltssicherung für Ältere ¹⁾	•	•	•	•	4 605	•	•	•
– Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung	883	149	+ 734	+ 493	1 776	846	+ 930	+ 109,9
– Mobilitätshilfen	•	•	•	•	292 356	177 331	+ 115 025	+ 64,9
– Überbrückungsgeld	72 081	54 305	+ 17 776	+ 32,7	156 966	123 268	+ 33 698	+ 27,3
– Existenzgründungszuschüsse ¹⁾	40 266	•	•	•	92 819	•	•	•
– Strukturpassungsmaß. Ost für Wirtschaftsunternehmen	3 062	12 978	- 9 916	- 76,4	•	11 135	x	x
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	8 245	32 076	- 23 831	- 74,3	•	32 255	x	x
Spezielle Maßnahmen für Jüngere ³⁾	458 009	443 949	+ 14 060	+ 3,2	495 027	447 265	+ 47 762	+ 10,7
dar. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	108 018	106 859	+ 1 159	+ 1,1	162 692	182 997	- 20 305	- 11,1
– Berufsausbildung Benachteiligter	130 946	131 480	- 534	- 0,4	113 831	110 760	+ 3 071	+ 2,8
– Berufliche Ersteingliederung behinderter Menschen	95 539	93 122	+ 2 417	+ 2,6	77 286	79 735	- 2 449	- 3,1
– Berufsausbildungsbeihilfe w.e. beruflichen Ausbildung	102 659	88 897	+ 13 763	+ 15,5	•	•	•	•
– Jugendsofortprogramm	75 600	82 409	- 6 809	- 8,3	170 576	137 568	+ 33 008	+ 24,0
– Jump Plus ¹⁾	3 945	•	•	•	27 968	•	•	•
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	137 223	179 152	- 41 929	- 23,4	180 142	217 704	- 37 562	- 17,3
davon:								
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	92 443	124 709	- 32 267	- 25,9	140 893	164 691	- 23 798	- 14,5
– trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	44 781	54 443	- 9 662	- 17,7	39 249	53 013	- 13 764	- 26,0
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	1 296	373	+ 923	+ 247,4	4 572	1 922	+ 2 650	+ 137,9
Arbeit für Langzeitarbeitslose ¹⁾	1 620	•	x	x	12 844	•	x	x
Freie Förderung	48 719	62 899	- 14 180	- 22,5	223 774	453 224	- 229 450	- 50,6
Kurzarbeit								
– Kurzarbeiter	195 371	206 767	- 11 396	- 5,5	•	•	•	•
– Vollzeitäquivalent ⁴⁾	85 963	87 669	- 1 706	- 1,9	•	•	•	•
Summe ⁵⁾	1 525 625	1 571 758	- 46 133	- 2,9	4 729 570	4 062 572	+ 666 998	+ 16,4
Summe bestandswirksame Leistungen (ohne Kurzarbeit) ⁵⁾	1 330 253	1 364 991	- 34 737	- 2,5	2 857 158	2 938 143	- 80 985	- 2,8
Altersteilzeit ⁶⁾	69 673	61 440	+ 8 233	+ 13,4	49 440	43 893	+ 5 547	+ 12,6
Nichtarbeitslose Leistungsempfänger (§ 428 SGB III)	356 850	291 521	+ 65 329	+ 22,4	•	•	•	•
Europäischer Sozialfonds ⁷⁾	27 180	30 732	- 3 552	- 11,6	107 366	175 606	- 68 240	- 38,9

1) Leistung erst während des Jahres 2003 hinzugekommen.

2) Ausgaben enthalten nur Lehrgangsgebühren.

3) Summe der Teilnehmer ohne Doppelzählungen.

4) Zahl der Kurzarbeiter x durchschnittlichem Arbeitsausfall.

5) Bei den Zugängen/Eintritten/Bewilligungen handelt es sich um Fallzählungen, d.h. Personen können auch mehrfach gefördert worden sein.

6) Nur von der Bundesagentur geförderte Fälle.

7) Förderung erfolgt überwiegend zusätzlich zur Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Tabelle II.E.2b

Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente – Übersicht Westdeutschland								
Merkmal	Teilnehmerbestand				Zugang/Eintritte/Bewilligungen			
	absolut		Veränderung 2003/2002		absolut		Veränderung 2003/2002	
	2003	2002	absolut	in %	2003	2002	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	260 622	279 258	-18 636	- 6,7	1 582 549	1 242 356	+340 193	+ 27,4
dav. Beratung und Unterstützung der Arbeitssuche	1 467	•	x	x	652 712	368 492	+284 220	+ 77,1
– Vermittlungsgutscheine (ausgezahlt)	•	•	•	•	11 803	5 071	x	x
– Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen ¹⁾	1 467	•	x	x	6 969	•	x	x
– Unterstützung der Beratung und Vermittlung	•	•	•	•	633 940	363 421	+270 519	+ 74,4
Qualifizierung	259 155	279 258	-20 103	- 7,2	929 837	873 864	+ 55 973	+ 6,4
– Berufliche Weiterbildung	154 694	191 727	-37 033	- 19,3	153 975	258 088	-104 113	- 40,3
dar.: in Vollzeitmaßnahmen	129 493	161 825	-32 332	- 20,0	135 698	222 933	- 87 235	- 39,1
– Berufliche Wiedereingliederung behinderter Menschen	35 026	30 427	x	x	48 276	53 309	x	x
– Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	52 174	38 652	+13 522	+ 35,0	694 322	520 713	+173 609	+ 33,3
– Deutsch-Sprachlehrgänge ²⁾	17 261	18 452	- 1 191	- 6,5	33 264	41 754	- 8 490	- 20,3
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	146 941	101 812	+45 129	+ 44,3	361 627	228 852	+132 775	+ 58,0
– Personal-Service-Agenturen ¹⁾	6 618	•	x	x	27 708	•	x	x
– Eingliederungszuschüsse	50 108	42 507	+ 7 601	+ 17,9	84 441	80 183	+ 4 258	+ 5,3
– Einstellungszuschüsse bei Neugründungen	6 761	4 794	+ 1 967	+ 41,0	11 165	7 730	+ 3 435	+ 44,4
– Einstellungszuschüsse bei Vertretung	440	94	+ 346	+368,2	877	349	+ 528	+151,3
– Entgeltsicherung für Ältere ¹⁾	•	•	•	•	2 824	•	x	x
– Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung	637	110	+ 527	+ 479	973	554	+ 419	+ 75,6
– Mobilitätshilfen	•	•	•	•	55 092	37 075	+ 18 017	+ 48,6
– Überbrückungsgeld	50 979	36 815	+14 164	+ 38,5	114 356	84 764	+ 29 592	+ 34,9
– Existenzgründungszuschüsse ¹⁾	27 433	•	x	x	64 191	•	x	x
– Strukturpassungsmaß. Ost für Wirtschaftsunternehmen	•	•	•	•	•	•	•	•
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	3 966	17 492	-13 526	- 77,3	•	18 197	•	•
Spezielle Maßnahmen für Jüngere ³⁾	246 587	243 329	+ 3 258	+ 1,3	321 680	296 936	+ 24 744	+ 8,3
dar. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	75 078	74 279	+ 799	+ 1,1	118 706	131 678	- 12 972	- 9,9
– Berufsausbildung Benachteiligter	73 551	76 529	- 2 978	- 3,9	71 786	70 556	+ 1 230	+ 1,7
– Berufliche Ersteingliederung behinderter Menschen	60 291	58 812	+ 1 479	+ 2,5	53 008	54 628	- 1 620	- 3,0
– Berufsausbildungsbeihilfe w.e. beruflichen Ausbildung	37 462	32 333	+ 5 130	+ 15,9	•	•	•	•
– Jugendsofortprogramm	32 253	35 640	- 3 387	- 9,5	101 721	82 819	+ 18 902	+ 22,8
– Jump Plus ¹⁾	1 852	•	x	x	14 790	•	x	x
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	30 238	42 268	-12 030	- 28,5	38 465	53 013	- 14 548	- 27,4
davon:								
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	22 720	32 724	-10 004	- 30,6	31 495	43 286	- 11 791	- 27,2
– trad. Strukturpassungsmaßnahmen	7 518	9 544	- 2 026	- 21,2	6 970	9 727	- 2 757	- 28,3
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	35	9	+ 26	+293,1	110	45	+ 65	+144,4
Arbeit für Langzeitarbeitslose ¹⁾	758	•	x	x	6 507	•	x	x
Freie Förderung	29 919	34 494	- 4 575	- 13,3	160 368	332 850	-172 482	- 51,8
Kurzarbeit								
– Kurzarbeiter	160 496	162 123	- 1 627	- 1,0	•	•	•	•
– Vollzeitäquivalent ⁴⁾	68 853	64 363	+ 4 490	+ 7,0	•	•	•	•
Summe ⁵⁾	875 595	863 293	+12 302	+ 1,4	2 471 306	2 154 052	+317 254	+ 14,7
Summe bestandswirksame Leistungen (ohne Kurzarbeit) ⁵⁾	715 100	701 170	+13 930	+ 2,0	1 770 471	1 748 485	+ 21 986	+ 1,3
Altersteilzeit ⁶⁾	55 002	48 132	+ 6 870	+ 14,3	41 664	36 992	+ 4 672	+ 12,6
Nichtarbeitslose Leistungsempfänger (§ 428 SGB III)	226 317	180 655	+45 662	+ 25,3	•	•	•	•
Europäischer Sozialfonds ⁷⁾	12 389	14 135	- 1 746	- 12,4	70 198	108 053	- 37 855	- 35,0

1) Leistung erst während des Jahres 2003 hinzugekommen.

2) Ausgaben enthalten nur Lehrgangsgebühren.

3) Summe der Teilnehmer ohne Doppelzählungen.

4) Zahl der Kurzarbeiter x durchschnittlichem Arbeitsausfall.

5) Bei den Zugängen/Eintritten/Bewilligungen handelt es sich um Fallzählungen, d.h. Personen können auch mehrfach gefördert worden sein.

6) Nur von der Bundesagentur geförderte Fälle.

7) Förderung erfolgt überwiegend zusätzlich zur Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Tabelle II.E.2c

Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente – Übersicht Ostdeutschland								
Merkmal	Teilnehmerbestand				Zugang/Eintritte/Bewilligungen			
	absolut		Veränderung 2003/2002		absolut		Veränderung 2003/2002	
	2003	2002	absolut	in %	2003	2002	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	138 714	177 012	-38 298	- 21,6	1 435 361	1 161 789	+273 572	+ 23,5
dav. Beratung und Unterstützung der Arbeitssuche	1 541	•	x	x	942 139	578 606	+363 533	+ 62,8
– Vermittlungsgutscheine (ausgezahlt)	•	•	•	•	23 606	7 879	x	x
– Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen ¹⁾	1 541	•	x	x	7 826	•	x	x
– Unterstützung der Beratung und Vermittlung	•	•	•	•	910 707	570 727	+339 980	+ 59,6
Qualifizierung	137 173	177 012	-39 839	- 22,5	493 222	583 183	- 89 961	- 15,4
– Berufliche Weiterbildung	96 282	139 859	-43 577	- 31,2	92 270	198 213	-105 943	- 53,4
dar.: in Vollzeitmaßnahmen	94 644	137 886	-43 242	- 31,4	91 258	196 122	-104 864	- 53,5
– Berufliche Wiedereingliederung behinderter Menschen	10 399	8 695	x	x	15 830	17 323	x	x
– Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	25 713	23 298	+ 2 415	+ 10,4	375 815	356 325	+ 19 490	+ 5,5
– Deutsch-Sprachlehrgänge ²⁾	4 779	5 160	- 381	- 7,4	9 307	11 322	- 2 015	- 17,8
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	137 110	120 538	+16 572	+ 13,7	433 674	309 461	+124 213	+ 40,1
– Personal-Service-Agenturen ¹⁾	4 128	•	x	x	15 247	•	x	x
– Eingliederungszuschüsse	84 240	69 765	+14 475	+ 20,7	97 327	97 562	- 235	- 0,2
– Einstellungszuschüsse bei Neugründungen	6 849	5 612	+ 1 237	+ 22,0	9 174	7 372	+ 1 802	+ 24,4
– Einstellungszuschüsse bei Vertretung	371	70	+ 301	+429,6	840	281	+ 559	+198,9
– Entgeltsicherung für Ältere ¹⁾	•	•	•	•	1 781	•	x	x
– Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung	246	39	+ 207	+ 53,2	803	293	+ 510	+174,1
– Mobilitätshilfen	•	•	•	•	237 264	140 256	+ 97 008	+ 69,2
– Überbrückungsgeld	21 102	17 490	+ 3 612	+ 20,7	42 610	38 504	+ 4 106	+ 10,7
– Existenzgründungszuschüsse ¹⁾	12 833	•	•	•	28 628	•	x	x
– Strukturpassungsmaß. Ost für Wirtschaftsunternehmen	3 062	12 978	- 9 916	- 76,4	•	11 135	x	x
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	4 278	14 584	-10 306	- 70,7	•	14 058	x	x
Spezielle Maßnahmen für Jüngere ³⁾	211 423	200 618	+10 805	+ 5,4	173 347	150 329	+ 23 018	+ 15,3
dar. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	32 940	32 580	+ 360	+ 1,1	43 986	51 319	- 7 333	- 14,3
– Berufsausbildung Benachteiligter	57 395	54 951	+ 2 444	+ 4,4	42 045	40 204	+ 1 841	+ 4,6
– Berufliche Ersteingliederung behinderter Menschen	35 249	34 309	+ 940	+ 2,7	24 278	25 107	- 829	- 3,3
– Berufsausbildungsbeihilfe w.e. beruflichen Ausbildung	65 197	56 564	+ 8 633	+ 15,3	•	•	•	•
– Jugendsofortprogramm	43 347	46 768	- 3 421	- 7,3	68 855	54 749	+ 14 106	+ 25,8
– Jump Plus ¹⁾	2 094	•	x	x	13 178	•	x	x
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	106 985	136 884	-29 899	- 21,8	141 677	164 691	- 23 014	- 14,0
davon:								
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	69 723	91 985	-22 262	- 24,2	109 398	121 405	- 12 007	- 9,9
– trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	37 262	44 899	- 7 637	- 17,0	32 279	43 286	- 11 007	- 25,4
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	1 261	364	+ 897	+246,3	4 462	1 877	+ 2 585	+137,7
Arbeit für Langzeitarbeitslose ¹⁾	863	•	x	x	6 337	•	x	x
Freie Förderung	18 800	28 405	- 9 605	- 33,8	63 406	120 374	- 56 968	- 47,3
Kurzarbeit								
– Kurzarbeiter	34 876	44 645	- 9 769	- 21,9	•	•	•	•
– Vollzeitäquivalent ⁴⁾	17 194	23 260	- 6 066	- 26,1	•	•	•	•
Summe ⁵⁾	650 030	708 466	-58 436	- 8,2	2 258 264	1 908 521	+349 743	+ 18,3
Summe bestandswirksame Leistungen (ohne Kurzarbeit) ⁵⁾	615 155	663 821	-48 666	- 7,3	1 086 687	1 189 659	-102 972	- 8,7
Altersteilzeit ⁶⁾	14 671	13 309	+ 1 362	+ 10,2	7 776	6 901	+ 875	+ 12,7
Nichtarbeitslose Leistungsempfänger (§ 428 SGB III)	130 533	110 866	+19 667	+ 17,7	•	•	•	•
Europäischer Sozialfonds ⁷⁾	14 791	16 597	- 1 806	- 10,9	37 168	67 553	- 30 385	- 45,0

1) Leistung erst während des Jahres 2003 hinzugekommen.

2) Ausgaben enthalten nur Lehrgangsgebühren.

3) Summe der Teilnehmer ohne Doppelzählungen.

4) Zahl der Kurzarbeiter x durchschnittlichem Arbeitsausfall.

5) Bei den Zugängen/Eintritten/Bewilligungen handelt es sich um Fallzählungen, d.h. Personen können auch mehrfach gefördert worden sein.

6) Nur von der Bundesagentur geförderte Fälle.

7) Förderung erfolgt überwiegend zusätzlich zur Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Tabelle II.E.3

Berufliche Weiterbildung						
Jahr 1)	Eintritte			Bestand		
	ins-gesamt	darunter vorh. arbeitslos		ins-gesamt	darunter vorh. arbeitslos	
		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
1993	601 263	394 314	65,6	722 748	450 792	62,4
1994	565 721	519 067	91,8	563 215	392 784	69,7
1995	628 655	595 351	94,7	552 550	470 318	85,1
1996	621 086	588 701	94,8	537 682	490 192	91,2
1997	421 641	401 116	95,1	424 773	389 879	91,8
1998	607 970	514 107	84,6	337 148	248 733	73,8
1999	490 796	458 236	93,4	358 128	309 058	86,3
2000	551 534	524 218	95,0	351 960	326 058	92,6
2001	449 622	425 631	94,7	344 816	321 591	93,3
2002	456 301	431 911	94,7	331 586	305 642	92,2
2003	246 245	233 167	94,7	250 976	228 078	90,9
Westdeutschland						
1998	355 364	288 713	81,2	179 849	125 074	69,5
1999	296 013	271 995	91,9	204 481	172 594	84,4
2000	322 234	300 787	93,3	202 225	182 326	90,2
2001	245 041	225 138	91,9	197 130	177 494	90,0
2002	258 088	237 514	92,0	191 727	169 011	88,2
2003	153 975	143 425	93,1	154 694	134 525	87,0
Ostdeutschland						
1998	252 606	225 394	89,2	157 299	123 658	78,6
1999	194 783	186 241	95,6	153 647	136 464	88,8
2000	229 300	223 431	97,4	149 735	143 732	96,0
2001	204 581	200 493	98,0	147 687	144 096	97,6
2002	198 213	194 397	98,1	139 859	136 632	97,7
2003	92 270	89 742	97,3	96 282	93 553	97,2

1) Zahl der zuvor arbeitslosen Teilnehmer 1998 untererfasst.

Tabelle II.E.4

Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Strukturen												
Jahr	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen											
	Bestand insgesamt	davon (Spalte 1)			darunter (Spalte 1) in % (Mehrfachanrechnungen möglich)							
		Männer	Frauen		Schwerbe- hinderte	Ältere (50 Jahre und älter)	Jüngere (unter 25 Jahre)	Langzeit- arbeitslose (12 Monate und länger)	gesund- heitlich Einge- schränkte	in Teilzeit		
	absolut	absolut	in %	Arbeiten und Lernen						sonstige		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
Deutschland												
1995	275 897	115 210	160 687	58,2	3,0	28,1	7,5	45,0	3,0	2,6	47,0	
1996	261 004	109 445	151 560	58,1	3,5	29,7	7,5	57,1	4,0	2,9	35,7	
1997	213 836	93 122	120 714	56,5	3,6	27,6	8,3	75,9	4,9	3,7	37,5	
1998	210 376	96 454	113 922	54,2	4,6	29,7	9,8	84,9	6,0	4,6	63,7	
1999	234 073	111 189	122 884	52,5	4,5	29,5	9,1	86,9	7,2	4,4	66,7	
2000	203 601	99 193	104 409	51,3	5,0	33,5	9,1	82,8	9,1	4,2	68,0	
2001	166 643	83 623	83 020	49,8	5,6	36,6	9,6	80,4	10,1	4,3	67,1	
2002	124 709	65 743	58 966	47,3	7,2	40,6	9,7	73,9	11,1	4,4	62,5	
2003	92 443	51 715	40 727	44,1	8,2	39,9	13,3	57,6	11,1	4,7	62,8	
Westdeutschland												
2000	50 695	31 916	18 778	37,0	8,4	19,5	20,2	74,9	12,4	13,9	13,0	
2001	43 495	27 191	16 304	37,5	8,9	20,9	21,6	70,0	13,4	14,2	13,7	
2002	32 724	20 635	12 089	36,9	10,2	22,7	22,9	63,1	14,1	15,4	12,4	
2003	22 720	14 490	8 230	36,2	10,6	21,1	28,3	50,0	12,9	17,1	10,9	
Ostdeutschland												
2000	152 907	67 276	85 631	56,0	3,9	38,2	5,4	85,4	8,0	1,0	86,3	
2001	123 148	56 432	66 716	54,2	4,4	42,2	5,3	84,1	8,9	0,8	85,9	
2002	91 985	45 107	46 878	51,0	6,2	46,9	5,0	77,8	10,0	0,5	80,4	
2003	69 723	37 225	32 498	46,6	7,5	46,1	8,5	60,0	10,5	0,6	79,7	

Tabelle II.E.5

Arbeitnehmer in traditionellen Strukturpassungsmaßnahmen nach Strukturen												
Jahr	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in traditionellen Strukturpassungsmaßnahmen											
	Bestand insgesamt	davon (Spalte 1)			darunter (Spalte 1) in % (Mehrfachanrechnungen möglich)							
		Männer	Frauen		Schwerbe- hinderte	Ältere (50 Jahre und älter)	Jüngere (unter 25 Jahre)	Langzeit- arbeitslose (12 Monate und länger)	gesund- heitlich Einge- schränkte	in Teilzeit		
		absolut	absolut	in %						Arbeiten und Lernen	sonstige	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
Deutschland												
1995	108 420	66 746	41 674	38,4	0,8	27,6	•	•	•	0,2	44,0	
1996	92 518	53 612	38 906	42,1	1,3	31,0	•	•	•	0,2	19,4	
1997	73 634	42 342	31 292	42,5	1,7	29,6	•	•	•	0,3	10,8	
1998	57 172	29 821	27 351	47,8	2,1	27,7	5,2	41,9	2,5	0,2	6,5	
1999	59 180	30 871	28 309	47,8	2,1	27,3	4,7	47,8	3,8	0,2	6,9	
2000	57 165	29 036	28 129	49,2	2,5	33,0	4,0	54,4	5,3	0,3	9,0	
2001	53 216	27 541	25 675	48,2	2,8	40,0	4,0	57,5	6,9	0,1	10,1	
2002	54 444	29 211	25 233	46,3	2,7	48,5	4,1	56,8	7,0	0,0	9,6	
2003	44 781	24 949	19 832	44,3	2,9	56,6	4,0	51,2	6,7	0,0	9,8	
Westdeutschland												
2000	8 591	5 226	3 366	39,2	6,5	23,4	9,1	60,5	15,0	1,1	12,4	
2001	9 319	5 880	3 439	36,9	6,9	27,0	8,2	59,6	17,9	0,3	11,5	
2002	9 544	6 005	3 539	37,1	6,9	29,7	8,4	55,1	18,0	0,0	13,0	
2003	7 518	4 669	2 849	37,9	7,9	32,4	8,3	50,3	16,6	0,0	13,6	
Ostdeutschland												
2000	48 574	23 810	24 764	51,0	1,8	34,7	3,1	53,4	3,5	0,1	8,4	
2001	43 897	21 661	22 236	50,7	1,9	42,8	3,1	57,0	4,5	0,0	9,8	
2002	44 899	23 206	21 694	48,3	1,8	52,5	3,1	57,1	4,7	0,0	8,9	
2003	37 262	20 279	16 983	45,6	1,8	61,5	3,2	51,3	4,8	0,0	9,1	

Tabelle II.E.6

Ausgaben der Bundesanstalt und des Bundes für Arbeitsmarktpolitik (in Mio €)									
	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2003	2002	Veränd. geg. Vorjahr	2003	2002	Veränd. geg. Vorjahr	2003	2002	Veränd. geg. Vorjahr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ausgaben der BA	56 849,8	56 507,8	+ 341,9	38 355,5	35 921,7	+ 2 433,8	18 494,3	20 586,1	- 2 091,9
Ausgaben des Bundes ¹⁾	16 834,5	15 014,0	+ 1 820,5	9 469,6	8 201,6	+ 1 268,0	7 364,9	6 812,4	+ 552,4
Ausgaben insgesamt	73 684,3	71 521,8	+ 2 162,4	47 825,1	44 123,3	+ 3 701,8	25 859,1	27 398,6	- 1 539,4
Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	21 197,4	22 400,6	- 1 203,2	12 279,5	12 146,5	+ 133,0	8 918,0	10 254,1	- 1 336,2
- Ermessensleistungen (Eingliederungstitel – Kapitel 2 des BA-Haushalts)	12 092,2	13 499,5	- 1 407,4	5 904,1	6 609,6	- 705,5	6 188,1	6 889,9	- 701,9
- Sonstige Leistungen (Kapitel 3 des BA-Haushalts)	8 803,9	8 643,3	+ 160,6	6 164,0	5 343,8	+ 820,2	2 639,9	3 299,5	- 659,6
- Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bund) ²⁾	301,4	257,8	+ 43,6	211,4	193,1	+ 18,3	90,0	64,7	+ 25,3
Ausgewählte Bereiche der aktiven Arbeitsförderung									
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	1 675,6	2 333,0	- 657,4	370,4	554,0	- 183,6	1 305,2	1 779,0	- 473,8
- Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)	598,0	809,9	- 211,9	91,6	115,9	- 24,3	506,4	694,0	- 187,6
darunter: SAM Ost für Wirtschaftsunternehmen	21,2	105,6	- 84,4	0,0	0,0	+ 0,0	21,2	105,6	- 84,4
- Förderung der Berufsausbildung	2 206,9	2 112,5	+ 94,4	1 132,5	1 098,8	+ 33,7	1 074,4	1 013,7	+ 60,7
- Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	923,6	1 101,5	- 177,9	424,1	469,3	- 45,2	499,5	632,2	- 132,7
- Förderung der beruflichen Weiterbildung	5 000,5	6 701,3	- 1 700,8	3 025,6	3 822,2	- 796,6	1 974,9	2 879,1	- 904,2
- Individuelle Leistungen zur beruflichen Rehabilitation	2 977,7	2 786,2	+ 191,4	2 191,3	2 049,6	+ 141,7	786,4	736,6	+ 49,7
- Freie Förderung (§ 10 SGB III)	286,3	504,1	- 217,8	136,5	210,8	- 74,3	149,8	293,3	- 143,5
Entgeltersatzleistungen (soweit nicht aktive Arbeitsförderung)	47 337,6	44 123,2	+ 3 214,4	31 576,4	28 128,1	+ 3 448,3	15 761,2	15 995,1	- 233,9
- Arbeitslosengeld und Teilzeitarbeitslosengeld ³⁾	29 047,9	27 006,5	+ 2 041,4	20 943,7	18 425,4	+ 2 518,3	8 104,2	8 581,1	- 476,9
- Insolvenzgeld	1 674,9	1 926,5	- 251,7	1 334,7	1 506,1	- 171,4	340,2	420,4	- 80,3
- Arbeitslosenhilfe	16 532,5	14 756,2	+ 1 776,2	9 257,6	8 011,4	+ 1 246,2	7 274,9	6 744,8	+ 530,0
- Sonstige (z.B. Ausgaben für Abwicklungsfälle)	82,4	433,9	- 351,5	40,4	185,2	- 144,8	42,0	248,7	- 206,7
Relation der Ausgaben für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung zu den o. a. Entgeltersatzleistungen	1:2,23	1:1,97		1:2,57	1:2,32		1:1,77	1:1,56	
Anteile in %									
Ausgaben der BA	77,2	79,0		80,2	81,4		71,5	75,1	
Ausgaben des Bundes	22,8	21,0		19,8	18,6		28,5	24,9	
Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	28,8	31,3		25,7	27,5		34,5	37,4	
- Ermessensleistungen (Eingliederungstitel – Kapitel 2 des BA-Haushalts)	16,4	18,9		12,3	15,0		23,9	25,1	
- Sonstige Leistungen (Kapitel 3 des BA-Haushalts)	11,9	12,1		12,9	12,1		10,2	12,0	
- Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bund)	0,4	0,4		0,4	0,4		0,3	0,2	
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	2,3	3,3		0,8	1,3		5,0	6,5	
- Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)	0,8	1,1		0,2	0,3		2,0	2,5	
darunter: SAM Ost für Wirtschaftsunternehmen	0,0	0,1		0,0	0,0		0,1	0,4	
- Förderung der Berufsausbildung	3,0	3,0		2,4	2,5		4,2	3,7	
- Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	1,3	1,5		0,9	1,1		1,9	2,3	
- Förderung der beruflichen Weiterbildung	6,8	9,4		6,3	8,7		7,6	10,5	
- Individuelle Leistungen zur beruflichen Rehabilitation	4,0	3,9		4,6	4,6		3,0	2,7	
- Freie Förderung (§ 10 SGB III)	0,4	0,7		0,3	0,5		0,6	1,1	
Entgeltersatzleistungen (soweit nicht aktive Arbeitsförderung)	64,2	61,7		66,0	63,7		61,0	58,4	
- Arbeitslosengeld und Teilzeitarbeitslosengeld	39,4	37,8		43,8	41,8		31,3	31,3	
- Insolvenzgeld	2,3	2,7		2,8	3,4		1,3	1,5	
- Arbeitslosenhilfe	22,4	20,6		19,4	18,2		28,1	24,6	

¹⁾ Kapitel 0912 des Bundeshaushalts „Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen“, soweit die BA die Aufgaben durchführt.

²⁾ Wie Fußnote 1, jedoch ohne Arbeitslosenhilfe und ohne Sachausgaben.

³⁾ Einschl. Erstattungen an ausländische Versicherungsträger.

III. Tabellenanhang

Tabelle III.A.1

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾														
Jahr	Erwerbstätige (in Tausend)													
	darunter: (Sp. 1) in den Wirtschaftsbereichen													
	insgesamt		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe		Dienstleistungen					
			absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Deutschland														
1991	38 454	•	1 555	•	11 321	•	2 796	•	9 333	•	3 707	•	9 742	•
1992	37 878	-1,5	1 325	-14,8	10 458	-7,6	2 914	+4,2	9 356	+0,2	3 909	+5,4	9 916	+1,8
1993	37 365	-1,4	1 224	-7,6	9 730	-7,0	3 025	+3,8	9 341	-0,2	4 054	+3,7	9 991	+0,8
1994	37 304	-0,2	1 172	-4,2	9 229	-5,1	3 165	+4,6	9 313	-0,3	4 248	+4,8	10 177	+1,9
1995	37 382	+0,2	1 115	-4,9	9 001	-2,5	3 227	+2,0	9 309	+0,0	4 404	+3,7	10 326	+1,5
1996	37 270	-0,3	1 008	-9,6	8 745	-2,8	3 126	-3,1	9 326	+0,2	4 566	+3,7	10 499	+1,7
1997	37 208	-0,2	991	-1,7	8 586	-1,8	2 999	-4,1	9 347	+0,2	4 738	+3,8	10 547	+0,5
1998	37 616	+1,1	994	+0,3	8 596	+0,1	2 902	-3,2	9 472	+1,3	5 014	+5,8	10 638	+0,9
1999	38 071	+1,2	973	-2,1	8 483	-1,3	2 850	-1,8	9 617	+1,5	5 348	+6,7	10 800	+1,5
2000	38 748	+1,8	964	-0,9	8 522	+0,5	2 761	-3,1	9 848	+2,4	5 712	+6,8	10 941	+1,3
2001	38 911	+0,4	952	-1,2	8 528	+0,1	2 587	-6,3	9 914	+0,7	5 897	+3,2	11 033	+0,8
2002	38 671	-0,6	939	-1,4	8 338	-2,2	2 427	-6,2	9 858	-0,6	5 962	+1,1	11 147	+1,0
2003	38 246	-1,1	928	-1,2	8 113	-2,7	2 305	-5,0	9 720	-1,4	6 002	+0,7	11 178	+0,3
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin														
1991	30 006	•	1 050	•	8 987	•	1 971	•	7 504	•	3 094	•	7 400	•
1992	30 296	+1,0	1 009	-3,8	8 849	-1,5	1 997	+1,3	7 644	+1,9	3 232	+4,5	7 565	+2,2
1993	29 938	-1,2	964	-4,5	8 343	-5,7	2 000	+0,2	7 621	-0,3	3 325	+2,8	7 684	+1,6
1994	29 748	-0,6	921	-4,4	7 935	-4,9	2 027	+1,4	7 581	-0,5	3 460	+4,1	7 825	+1,8
1995	29 721	-0,1	866	-6,0	7 754	-2,3	2 031	+0,2	7 565	-0,2	3 578	+3,4	7 926	+1,3
1996	29 680	-0,1	773	-10,7	7 551	-2,6	1 969	-3,1	7 588	+0,3	3 712	+3,7	8 088	+2,0
1997	29 721	+0,1	759	-1,8	7 422	-1,7	1 897	-3,7	7 617	+0,4	3 858	+3,9	8 168	+1,0
1998	30 126	+1,4	761	+0,3	7 435	+0,2	1 875	-1,2	7 730	+1,5	4 083	+5,8	8 242	+0,9
1999	30 548	+1,4	745	-2,1	7 349	-1,2	1 871	-0,2	7 854	+1,6	4 368	+7,0	8 362	+1,5
2000	31 260	+2,3	747	+0,3	7 390	+0,6	1 856	-0,8	8 069	+2,7	4 694	+7,5	8 505	+1,7
2001	31 515	+0,6	746	-1,1	7 394	+0,0	1 789	-3,8	8 139	+0,5	4 854	+3,6	8 594	+0,7
2002	31 395	-0,4	739	-0,9	7 226	-2,3	1 715	-4,2	8 105	-0,4	4 917	+1,3	8 693	+1,2
2003	31 091	-1,0	732	-0,8	7 022	-2,8	1 637	-4,5	7 995	-1,4	4 941	+0,5	8 763	+0,8
Neue Länder einschl. Berlin														
1991	8 448	•	505	•	2 334	•	825	•	1 829	•	613	•	2 342	•
1992	7 582	-10,2	316	-37,5	1 609	-31,0	917	+11,3	1 712	-6,4	677	+10,3	2 351	+0,4
1993	7 427	-2,0	260	-17,5	1 387	-13,8	1 025	+11,7	1 720	+0,4	729	+7,8	2 307	-1,9
1994	7 556	+1,7	251	-3,6	1 294	-6,6	1 138	+11,0	1 733	+0,7	788	+8,0	2 352	+2,0
1995	7 661	+1,4	249	-0,8	1 247	-3,7	1 196	+5,1	1 744	+0,6	826	+4,9	2 400	+2,0
1996	7 590	-0,9	235	-5,6	1 194	-4,2	1 157	-3,3	1 738	-0,3	854	+3,4	2 411	+0,5
1997	7 487	-1,4	232	-1,2	1 164	-2,5	1 102	-4,8	1 730	-0,5	880	+3,0	2 379	-1,3
1998	7 490	+0,0	233	+0,2	1 161	-0,3	1 027	-6,8	1 742	+0,7	931	+5,9	2 396	+0,7
1999	7 523	+0,4	228	-2,1	1 134	-2,3	979	-4,7	1 763	+1,2	980	+5,2	2 438	+1,8
2000	7 488	-0,5	217	-4,8	1 132	-0,2	905	-7,5	1 779	+0,9	1 018	+3,9	2 436	-0,1
2001	7 396	-1,2	206	-4,9	1 134	+0,2	798	-11,9	1 775	-0,2	1 043	+2,5	2 439	+0,1
2002	7 276	-1,6	200	-2,9	1 112	-2,0	712	-10,7	1 753	-1,3	1 045	+0,2	2 454	+0,6
2003	7 155	-1,7	196	-2,4	1 091	-1,9	668	-6,2	1 725	-1,6	1 061	+1,6	2 415	-1,6

¹⁾ Revidierte Ergebnisse (2. Fortschreibung, 5.3.2004) des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Inlandskonzept (einschl. Soldaten); vorläufige Ergebnisse; Quelle: Statistisches Landesamt Hessen

²⁾ Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Tabelle III.A.2a

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Deutschland						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2003	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2003/02		2002/01
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	321 134	332 611	339 668	- 11 477	- 3,5	- 2,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	120 499	129 159	136 593	- 8 660	- 6,7	- 5,4
Verarbeitendes Gewerbe	6 937 910	7 155 796	7 306 483	- 217 886	- 3,0	- 2,1
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	696 233	713 765	715 396	- 17 532	- 2,5	- 0,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	494 167	520 335	535 716	- 26 168	- 5,0	- 2,9
Chemische Industrie	472 722	477 526	481 593	- 4 804	- 1,0	- 0,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1 079 127	1 114 057	1 147 309	- 34 930	- 3,1	- 2,9
Maschinenbau	1 029 056	1 059 033	1 067 174	- 29 977	- 2,8	- 0,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	1 056 443	1 090 313	1 117 661	- 33 870	- 3,1	- 2,4
Fahrzeugbau	859 076	856 774	849 475	+ 2 302	+ 0,3	+ 0,9
Energie- und Wasserversorgung	250 054	255 295	261 082	- 5 241	- 2,1	- 2,2
Baugewerbe	1 745 887	1 880 575	2 033 307	- 134 688	- 7,2	- 7,5
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	843 487	916 170	1 009 980	- 72 683	- 7,9	- 9,3
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	902 400	964 405	1 023 327	- 62 005	- 6,4	- 5,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	4 030 654	4 168 451	4 204 362	- 137 797	- 3,3	- 0,9
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	660 032	665 791	661 542	- 5 759	- 0,9	+ 0,6
Handelsvermittlung, Großhandel	1 323 011	1 376 628	1 400 612	- 53 617	- 3,9	- 1,7
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 047 611	2 126 032	2 142 208	- 78 421	- 3,7	- 0,8
Gastgewerbe	766 176	795 616	782 106	- 29 440	- 3,7	+ 1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 489 280	1 523 889	1 546 137	- 34 609	- 2,3	- 1,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 050 687	1 076 246	1 071 988	- 25 559	- 2,4	+ 0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3 117 285	3 123 811	3 099 290	- 6 526	- 0,2	+ 0,8
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	2 806 919	2 808 815	2 782 576	- 1 896	- 0,1	+ 0,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	1 741 203	1 741 204	1 749 081	- 1	- 0,0	- 0,5
Erziehung und Unterricht	1 033 394	1 050 447	1 034 010	- 17 053	- 1,6	+ 1,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 083 164	3 049 151	2 969 041	+ 34 013	+ 1,1	+ 2,7
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	1 972 692	1 959 296	1 918 952	+ 13 396	+ 0,7	+ 2,1
Sozialwesen	1 110 472	1 089 855	1 050 089	+ 20 617	+ 1,9	+ 3,8
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	1 264 783	1 286 846	1 275 460	- 22 063	- 1,7	+ 0,9
Insgesamt	26 954 686	27 571 147	27 817 114	- 616 461	- 2,2	- 0,9
davon: Primärer Sektor	321 134	332 611	339 668	- 11 477	- 3,5	- 2,1
Sekundärer Sektor	9 054 350	9 420 825	9 737 465	- 366 475	- 3,9	- 3,3
Tertiärer Sektor	17 576 626	17 815 661	17 731 475	- 239 035	- 1,3	+ 0,5
ohne Angabe	2 576	2 050	8 506	+ 526	+ 25,7	- 75,9

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.2b

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Westdeutschland						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2003	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2003/02		2002/01
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	187 011	193 112	191 820	- 6 101	- 3,2	+ 0,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	98 005	105 674	111 377	- 7 669	- 7,3	- 5,1
Verarbeitendes Gewerbe	6 066 640	6 263 593	6 399 671	- 196 953	- 3,1	- 2,1
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	567 384	581 530	581 863	- 14 146	- 2,4	- 0,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	437 038	460 872	475 469	- 23 834	- 5,2	- 3,1
Chemische Industrie	425 578	431 697	436 625	- 6 119	- 1,4	- 1,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	918 820	950 857	981 501	- 32 037	- 3,4	- 3,1
Maschinenbau	932 528	959 406	966 807	- 26 878	- 2,8	- 0,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	920 394	952 480	978 094	- 32 086	- 3,4	- 2,6
Fahrzeugbau	794 753	792 892	787 336	+ 1 861	+ 0,2	+ 0,7
Energie- und Wasserversorgung	190 953	194 597	199 047	- 3 644	- 1,9	- 2,2
Baugewerbe	1 289 043	1 379 051	1 452 701	- 90 008	- 6,5	- 5,1
davon: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	606 560	654 915	700 510	- 48 355	- 7,4	- 6,5
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	682 483	724 136	752 191	- 41 653	- 5,8	- 3,7
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3 344 255	3 458 100	3 476 205	- 113 845	- 3,3	- 0,5
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	528 385	532 656	526 947	- 4 271	- 0,8	+ 1,1
Handelsvermittlung, Großhandel	1 157 560	1 204 024	1 220 483	- 46 464	- 3,9	- 1,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 658 310	1 721 420	1 728 775	- 63 110	- 3,7	- 0,4
Gastgewerbe	597 840	620 915	607 863	- 23 075	- 3,7	+ 2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 162 547	1 185 116	1 192 991	- 22 569	- 1,9	- 0,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	927 672	947 459	938 515	- 19 787	- 2,1	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 497 727	2 506 844	2 476 343	- 9 117	- 0,4	+ 1,2
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	2 275 238	2 282 882	2 254 688	- 7 644	- 0,3	+ 1,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	1 262 981	1 256 196	1 244 447	+ 6 785	+ 0,5	+ 0,9
Erziehung und Unterricht	684 988	678 424	661 921	+ 6 564	+ 1,0	+ 2,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 471 139	2 436 736	2 366 348	+ 34 403	+ 1,4	+ 3,0
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	1 591 212	1 576 384	1 540 746	+ 14 828	+ 0,9	+ 2,3
Sozialwesen	879 927	860 352	825 602	+ 19 575	+ 2,3	+ 4,2
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	947 411	955 050	940 595	- 7 639	- 0,8	+ 1,5
Insgesamt	21 730 394	22 182 502	22 266 877	- 452 108	- 2,0	- 0,4
davon: Primärer Sektor	187 011	193 112	191 820	- 6 101	- 3,2	+ 0,7
Sekundärer Sektor	7 644 641	7 942 915	8 162 796	- 298 274	- 3,8	- 2,7
Tertiärer Sektor	13 896 560	14 044 840	13 905 228	- 148 280	- 1,1	+ 1,0
ohne Angabe	2 182	1 635	7 033	+ 547	+ 33,5	- 76,8

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

²⁾ Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.2c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Ostdeutschland						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2003	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2003/2002		2002/01
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	134 123	139 499	147 848	- 5 376	- 3,9	- 5,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	22 494	23 485	25 216	- 991	- 4,2	- 6,9
Verarbeitendes Gewerbe	871 270	892 203	906 812	- 20 933	- 2,3	- 1,6
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	128 849	132 235	133 533	- 3 386	- 2,6	- 1,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	57 129	59 463	60 247	- 2 334	- 3,9	- 1,3
Chemische Industrie	47 144	45 829	44 968	+ 1 315	+ 2,9	+ 1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	160 307	163 200	165 808	- 2 893	- 1,8	- 1,6
Maschinenbau	96 528	99 627	100 367	- 3 099	- 3,1	- 0,7
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	136 049	137 833	139 567	- 1 784	- 1,3	- 1,2
Fahrzeugbau	64 323	63 882	62 139	+ 441	+ 0,7	+ 2,8
Energie- und Wasserversorgung	59 101	60 698	62 035	- 1 597	- 2,6	- 2,2
Baugewerbe	456 844	501 524	580 606	- 44 680	- 8,9	- 13,6
davon: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	236 927	261 255	309 470	- 24 328	- 9,3	- 15,6
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	219 917	240 269	271 136	- 20 352	- 8,5	- 11,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	686 399	710 351	728 157	- 23 952	- 3,4	- 2,4
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	131 647	133 135	134 595	- 1 488	- 1,1	- 1,1
Handelsvermittlung, Großhandel	165 451	172 604	180 129	- 7 153	- 4,1	- 4,2
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	389 301	404 612	413 433	- 15 311	- 3,8	- 2,1
Gastgewerbe	168 336	174 701	174 243	- 6 365	- 3,6	+ 0,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	326 733	338 773	353 146	- 12 040	- 3,6	- 4,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	123 015	128 787	133 473	- 5 772	- 4,5	- 3,5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	619 558	616 967	622 947	+ 2 591	+ 0,4	- 1,0
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	531 681	525 933	527 888	+ 5 748	+ 1,1	- 0,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	478 222	485 008	504 634	- 6 786	- 1,4	- 3,9
Erziehung und Unterricht	348 406	372 023	372 089	- 23 617	- 6,3	- 0,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	612 025	612 415	602 693	- 390	- 0,1	+ 1,6
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	381 480	382 912	378 206	- 1 432	- 0,4	+ 1,2
Sozialwesen	230 545	229 503	224 487	+ 1 042	+ 0,5	+ 2,2
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	317 372	331 796	334 865	- 14 424	- 4,3	- 0,9
Insgesamt	5 224 292	5 388 645	5 550 237	- 164 353	- 3,0	- 2,9
davon: Primärer Sektor	134 123	139 499	147 848	- 5 376	- 3,9	- 5,6
Sekundärer Sektor	1 409 709	1 477 910	1 574 669	- 68 201	- 4,6	- 6,1
Tertiärer Sektor	3 680 066	3 770 821	3 826 247	- 90 755	- 2,4	- 1,4
ohne Angabe	394	415	1 473	- 21	- 5,1	- 71,8

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

²⁾ Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.3a

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe 1)2); Deutschland					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2003	2002	2001	Veränderung in %	
				2003/02	2002/01
	1	2	3	4	5
Dienstleistungen insgesamt	17 576 626	17 815 661	17 731 475	- 1,3	+ 0,5
Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	4 030 654	4 168 451	4 204 362	- 3,3	- 0,9
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	660 032	665 791	661 542	- 0,9	+ 0,6
Handelsvermittlung und Großhandel	1 323 011	1 376 628	1 400 612	- 3,9	- 1,7
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 047 611	2 126 032	2 142 208	- 3,7	- 0,8
Gastgewerbe	766 176	795 616	782 106	- 3,7	+ 1,7
darunter: Beherbergungsgewerbe	239 400	246 550	245 201	- 2,9	+ 0,6
Gaststättengewerbe	443 736	466 762	458 100	- 4,9	+ 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 489 280	1 523 889	1 546 137	- 2,3	- 1,4
darunter: Eisenbahnen	128 687	129 924	139 908	- 1,0	- 7,1
Sonstiger Landverkehr	390 315	407 928	406 863	- 4,3	+ 0,3
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	394 894	388 765	391 441	+ 1,6	- 0,7
Postdienste und private Kurierdienste	201 229	208 152	210 488	- 3,3	- 1,1
Fernmeldedienste	76 401	93 178	98 715	-18,0	- 5,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 050 687	1 076 246	1 071 988	- 2,4	+ 0,4
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	687 830	713 677	720 860	- 3,6	- 1,0
Versicherungsgewerbe	237 578	238 246	227 944	- 0,3	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3 117 285	3 123 811	3 099 290	- 0,2	+ 0,8
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	246 672	249 521	251 279	- 1,1	- 0,7
Vermietung beweglicher Sachen	63 694	65 475	65 435	- 2,7	+ 0,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	365 285	372 083	363 715	- 1,8	+ 2,3
darunter: Hardwareberatung	12 668	12 901	13 569	- 1,8	- 4,9
Softwarehäuser	251 011	259 149	253 099	- 3,1	+ 2,4
Datenverarbeitungsdienste	74 030	72 779	70 202	+ 1,7	+ 3,7
Forschung und Entwicklung	146 887	143 892	137 545	+ 2,1	+ 4,6
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 294 747	2 292 840	2 281 316	+ 0,1	+ 0,5
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	735 358	727 009	703 585	+ 1,1	+ 3,3
Architektur- und Ingenieurbüros	329 186	343 205	349 621	- 4,1	- 1,8
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	55 516	54 636	54 294	+ 1,6	+ 0,6
Werbung	108 559	118 167	122 230	- 8,1	- 3,3
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	325 633	312 902	348 625	+ 4,1	-10,2
Detekteien und Schutzdienste	117 147	119 838	112 534	- 2,2	+ 6,5
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	390 567	394 313	379 417	- 1,0	+ 3,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	232 781	222 770	211 010	+ 4,5	+ 5,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 712 659	1 713 364	1 721 670	+ 0,0	- 0,5
davon: Öffentliche Verwaltung	1 195 764	1 197 188	1 211 336	- 0,1	- 1,2
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	223 617	225 265	224 447	- 0,7	+ 0,4
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	293 278	290 911	285 887	+ 0,8	+ 1,8
Erziehung und Unterricht	1 033 394	1 050 447	1 034 010	- 1,6	+ 1,6
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	275 356	277 497	271 124	- 0,8	+ 2,4
Weiterführende Schulen	280 432	322 006	324 322	-12,9	- 0,7
Hochschulen	239 506	218 449	211 377	+ 9,6	+ 3,3
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	238 100	232 495	227 187	+ 2,4	+ 2,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 083 164	3 049 151	2 969 041	+ 1,1	+ 2,7
darunter: Gesundheitswesen	1 955 212	1 942 671	1 903 166	+ 0,6	+ 2,1
Sozialwesen	1 110 472	1 089 855	1 050 089	+ 1,9	+ 3,8
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1 230 775	1 250 771	1 235 742	- 1,6	+ 1,2
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	147 866	150 608	151 078	- 1,8	- 0,3
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	475 138	480 125	478 747	- 1,0	+ 0,3
Kultur, Sport und Unterhaltung	328 836	334 739	327 745	- 1,8	+ 2,1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	278 935	285 299	278 172	- 2,2	+ 2,6
Private Haushalte	34 008	36 075	39 718	- 5,7	- 9,2
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	28 544	27 840	27 411	+ 2,5	+ 1,6

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.3b

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe ¹⁾²⁾ ; Westdeutschland					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2003	2002	2001	Veränderung in %	
				2003/02	2002/01
	1	2	3	4	5
Dienstleistungen insgesamt	13 896 560	14 044 840	13 905 228	- 1,1	+ 1,0
Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3 344 255	3 458 100	3 476 205	- 3,3	- 0,5
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	528 385	532 656	526 947	- 0,8	+ 1,1
Handelsvermittlung und Großhandel	1 157 560	1 204 024	1 220 483	- 3,9	- 1,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 658 310	1 721 420	1 728 775	- 3,7	- 0,4
Gastgewerbe	597 840	620 915	607 863	- 3,7	+ 2,1
darunter: Beherbergungsgewerbe	182 577	188 901	188 309	- 3,3	+ 0,3
Gaststättengewerbe	355 106	372 687	363 174	- 4,7	+ 2,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 162 547	1 185 116	1 192 991	- 1,9	- 0,7
darunter: Eisenbahnen	75 757	74 212	77 676	+ 2,1	- 4,5
Sonstiger Landverkehr	285 964	299 862	297 247	- 4,6	+ 0,9
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	334 368	329 465	331 665	+ 1,5	- 0,7
Postdienste und private Kurierdienste	153 631	158 968	159 932	- 3,4	- 0,6
Fernmeldedienste	53 496	65 164	66 965	- 17,9	- 2,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	927 672	947 459	938 515	- 2,1	+ 1,0
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	605 504	625 869	630 012	- 3,3	- 0,7
Versicherungsgewerbe	215 682	215 959	204 297	- 0,1	+ 5,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 497 727	2 506 844	2 476 343	- 0,4	+ 1,2
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	171 830	171 505	169 961	+ 0,2	+ 0,9
Vermietung beweglicher Sachen	50 659	52 457	51 694	- 3,4	+ 1,5
Datenverarbeitung und Datenbanken	320 369	327 666	320 409	- 2,2	+ 2,3
darunter: Hardwareberatung	11 428	11 623	12 267	- 1,7	- 5,2
Softwarehäuser	221 982	229 818	224 040	- 3,4	+ 2,6
Datenverarbeitungsdienste	63 270	63 004	61 470	+ 0,4	+ 2,5
Forschung und Entwicklung	112 361	109 860	104 986	+ 2,3	+ 4,6
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 842 508	1 845 356	1 829 293	- 0,2	+ 0,9
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	627 836	625 028	603 713	+ 0,4	+ 3,5
Architektur- und Ingenieurbüros	256 348	264 989	267 648	- 3,3	- 1,0
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	43 937	43 121	42 550	+ 1,9	+ 1,3
Werbung	94 324	102 397	106 327	- 7,9	- 3,7
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	262 426	254 046	282 703	+ 3,3	- 10,1
Detekteien und Schutzdienste	85 010	85 102	79 025	- 0,1	+ 7,7
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	300 597	302 938	286 514	- 0,8	+ 5,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	172 030	167 735	160 813	+ 2,6	+ 4,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 235 569	1 229 376	1 217 938	+ 0,5	+ 0,9
davon: Öffentliche Verwaltung	851 403	846 314	839 258	+ 0,6	+ 0,8
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	181 565	182 385	181 402	- 0,4	+ 0,5
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	202 601	200 677	197 278	+ 1,0	+ 1,7
Erziehung und Unterricht	684 988	678 424	661 921	+ 1,0	+ 2,5
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	212 085	206 995	202 509	+ 2,5	+ 2,2
Weiterführende Schulen	157 427	175 537	176 188	- 10,3	- 0,4
Hochschulen	178 761	164 901	159 256	+ 8,4	+ 3,5
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	136 715	130 991	123 968	+ 4,4	+ 5,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 471 139	2 436 736	2 366 348	+ 1,4	+ 3,0
darunter: Gesundheitswesen	1 576 733	1 562 671	1 527 799	+ 0,9	+ 2,3
Sozialwesen	879 927	860 352	825 602	+ 2,3	+ 4,2
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	915 746	921 483	903 661	- 0,6	+ 2,0
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	103 109	104 696	103 920	- 1,5	+ 0,7
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	362 049	358 347	352 098	+ 1,0	+ 1,8
Kultur, Sport und Unterhaltung	244 237	248 442	241 780	- 1,7	+ 2,8
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	206 351	209 998	205 863	- 1,7	+ 2,0
Private Haushalte	31 665	33 567	36 934	- 5,7	- 9,1
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	27 412	26 820	26 509	+ 2,2	+ 1,2

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

²⁾ Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.3c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe ¹⁾²⁾ ; Ostdeutschland					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2003	2002	2001	Veränderung in %	
				2003/02	2002/01
	1	2	3	4	5
Dienstleistungen insgesamt	3 680 066	3 770 821	3 826 247	- 2,4	- 1,4
Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	686 399	710 351	728 157	- 3,4	- 2,4
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	131 647	133 135	134 595	- 1,1	- 1,1
Handelsvermittlung und Großhandel	165 451	172 604	180 129	- 4,1	- 4,2
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	389 301	404 612	413 433	- 3,8	- 2,1
Gastgewerbe	168 336	174 701	174 243	- 3,6	+ 0,3
darunter: Beherbergungsgewerbe	56 823	57 649	56 892	- 1,4	+ 1,3
Gaststättengewerbe	88 630	94 075	94 926	- 5,8	- 0,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	326 733	338 773	353 146	- 3,6	- 4,1
darunter: Eisenbahnen	52 930	55 712	62 232	- 5,0	- 10,5
Sonstiger Landverkehr	104 351	108 066	109 616	- 3,4	- 1,4
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	60 526	59 300	59 776	+ 2,1	- 0,8
Postdienste und private Kurierdienste	47 598	49 184	50 556	- 3,2	- 2,7
Fernmeldedienste	22 905	28 014	31 750	- 18,2	- 11,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	123 015	128 787	133 473	- 4,5	- 3,5
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	82 326	87 808	90 848	- 6,2	- 3,3
Versicherungsgewerbe	21 896	22 287	23 647	- 1,8	- 5,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	619 558	616 967	622 947	+ 0,4	- 1,0
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	74 842	78 016	81 318	- 4,1	- 4,1
Vermietung beweglicher Sachen	13 035	13 018	13 741	+ 0,1	- 5,3
Datenverarbeitung und Datenbanken	44 916	44 417	43 306	+ 1,1	+ 2,6
darunter: Hardwareberatung	1 240	1 278	1 302	- 3,0	- 1,8
Softwarehäuser	29 029	29 331	29 059	- 1,0	+ 0,9
Datenverarbeitungsdienste	10 760	9 775	8 732	+ 10,1	+ 11,9
Forschung und Entwicklung	34 526	34 032	32 559	+ 1,5	+ 4,5
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	452 239	447 484	452 023	+ 1,1	- 1,0
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	107 522	101 981	99 872	+ 5,4	+ 2,1
Architektur- und Ingenieurbüros	72 838	78 216	81 973	- 6,9	- 4,6
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	11 579	11 515	11 744	+ 0,6	- 1,9
Werbung	14 235	15 770	15 903	- 9,7	- 0,8
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	63 207	58 856	65 922	+ 7,4	- 10,7
Detekteien und Schutzdienste	32 137	34 736	33 509	- 7,5	+ 3,7
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	89 970	91 375	92 903	- 1,5	- 1,6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	60 751	55 035	50 197	+ 10,4	+ 9,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	477 090	483 988	503 732	- 1,4	- 3,9
davon: Öffentliche Verwaltung	344 361	350 874	372 078	- 1,9	- 5,7
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	42 052	42 880	43 045	- 1,9	- 0,4
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	90 677	90 234	88 609	+ 0,5	+ 1,8
Erziehung und Unterricht	348 406	372 023	372 089	- 6,3	+ 0,0
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	63 271	70 502	68 615	- 10,3	+ 2,8
Weiterführende Schulen	123 005	146 469	148 134	- 16,0	- 1,1
Hochschulen	60 745	53 548	52 121	+ 13,4	+ 2,7
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	101 385	101 504	103 219	- 0,1	- 1,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	612 025	612 415	602 693	- 0,1	+ 1,6
darunter: Gesundheitswesen	378 479	380 000	375 367	- 0,4	+ 1,2
Sozialwesen	230 545	229 503	224 487	+ 0,5	+ 2,2
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	315 029	329 288	332 081	- 4,3	- 0,8
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	44 757	45 912	47 158	- 2,5	- 2,6
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	113 089	121 778	126 649	- 7,1	- 3,8
Kultur, Sport und Unterhaltung	84 599	86 297	85 965	- 2,0	+ 0,4
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	72 584	75 301	72 309	- 3,6	+ 4,1
Private Haushalte	2 343	2 508	2 784	- 6,6	- 9,9
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 132	1 020	902	+ 11,0	+ 13,1

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.4a

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Deutschland					
Wirtschaftszweig	Juni 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspf. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte Beschäftigte
		2003/02		2002/01	
		absolut	in %	in %	
1	2	3	4	5	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	75 584	+ 5 886	+ 8,4	+ 3,5	24
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 950	- 45	- 1,1	- 0,7	3
Verarbeitendes Gewerbe	551 705	+ 9 514	+ 1,8	- 4,2	8
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	136 317	+ 3 642	+ 2,7	+ 0,6	20
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	121 115	- 967	- 0,8	- 7,2	25
Chemische Industrie	10 374	+ 422	+ 4,2	- 2,4	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	73 978	+ 3 680	+ 5,2	- 4,1	7
Maschinenbau	39 351	+ 1 462	+ 3,9	- 4,0	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	53 873	+ 602	+ 1,1	- 6,8	5
Fahrzeugbau	6 816	+ 204	+ 3,1	- 1,0	1
Energie- und Wasserversorgung	4 859	+ 459	+ 10,4	+ 2,7	2
Baugewerbe	169 901	+ 11 952	+ 7,6	+ 0,7	10
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	62 350	+ 4 772	+ 8,3	+ 0,3	7
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	107 551	+ 7 180	+ 7,2	+ 0,9	12
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	988 707	+ 19 667	+ 2,0	+ 0,4	25
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	116 108	+ 6 167	+ 5,6	+ 4,2	18
Handelsvermittlung, Großhandel	207 135	+ 6 726	+ 3,4	- 1,7	16
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	665 464	+ 6 774	+ 1,0	+ 0,5	32
Gastgewerbe	387 932	+ 38 231	+ 10,9	+ 3,1	51
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	254 816	+ 22 542	+ 9,7	+ 3,5	17
Kredit- und Versicherungsgewerbe	52 338	- 1 157	- 2,2	- 1,1	5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	883 557	+ 45 225	+ 5,4	+ 1,5	28
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	734 396	+ 37 866	+ 5,4	+ 1,2	26
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen	81 111	- 3 272	- 3,9	- 0,7	5
Erziehung und Unterricht	114 176	+ 3 924	+ 3,6	+ 3,8	11
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	423 738	+ 19 730	+ 4,9	+ 3,3	14
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	283 692	+ 12 445	+ 4,6	+ 3,4	14
Sozialwesen	140 046	+ 7 285	+ 5,5	+ 3,1	13
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	379 629	33 081	9,5	2,3	30
Insgesamt	4 375 325	206 159	4,9	0,9	16
davon: Primärer Sektor	75 584	5 886	8,4	3,5	24
Sekundärer Sektor	730 415	21 880	3,1	- 3,1	8
Tertiärer Sektor	3 566 004	177 971	5,3	1,8	20
ohne Angabe	3 322	422	14,6	- 16,4	129

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.4b

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Westdeutschland					
Wirtschaftszweig	Juni 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspl. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte Beschäftigte
		2003/02		2002/01	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	61 310	+ 4 582	+ 8,1	+ 0,9	33
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 542	- 109	- 3,0	+ 4,1	4
Verarbeitendes Gewerbe	488 604	+ 6 903	+ 1,4	- 0,2	8
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	124 039	+ 2 678	+ 2,2	- 0,6	22
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	102 062	- 662	- 0,6	- 2,0	23
Chemische Industrie	9 452	+ 309	+ 3,4	- 0,2	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	65 327	+ 3 015	+ 4,8	+ 3,1	7
Maschinenbau	36 168	+ 1 388	+ 4,0	+ 3,5	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	48 165	+ 118	+ 0,2	+ 3,9	5
Fahrzeugbau	6 017	+ 226	+ 3,9	+ 0,3	1
Energie- und Wasserversorgung	4 197	+ 447	+ 11,9	+ 0,8	2
Baugewerbe	132 799	+ 8 705	+ 7,0	- 0,4	10
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	47 586	+ 3 685	+ 8,4	- 1,3	8
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	85 213	+ 5 020	+ 6,3	+ 0,1	12
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	861 749	+ 10 743	+ 1,3	+ 0,2	26
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	101 233	+ 5 266	+ 5,5	+ 3,2	19
Handelsvermittlung, Großhandel	182 656	+ 5 774	+ 3,3	- 2,3	16
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	577 860	- 297	- 0,1	+ 0,5	35
Gastgewerbe	328 950	+ 30 906	+ 10,4	+ 2,3	55
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	214 065	+ 18 770	+ 9,6	+ 6,0	18
Kredit- und Versicherungsgewerbe	48 411	- 1 323	- 2,7	- 2,8	5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	737 557	+ 35 577	+ 5,1	+ 0,1	30
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	613 328	+ 29 658	+ 5,1	+ 0,2	27
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen	71 315	- 2 776	- 3,7	+ 2,7	6
Erziehung und Unterricht	98 347	+ 3 868	+ 4,1	+ 2,9	14
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	371 334	+ 15 922	+ 4,5	+ 3,6	15
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	247 164	+ 10 543	+ 4,5	+ 4,3	16
Sozialwesen	124 170	+ 5 379	+ 4,5	+ 2,3	14
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	335 157	27 982	9,1	3,8	35
Insgesamt	3 760 399	160 601	4,5	1,2	17
davon: Primärer Sektor	61 310	4 582	8,1	0,9	33
Sekundärer Sektor	629 142	15 946	2,6	- 0,2	8
Tertiärer Sektor	3 066 885	139 669	4,8	1,6	22
ohne Angabe	3 062	404	15,2	- 29,0	140

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.4c

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Ostdeutschland					
Wirtschaftszweig	Juni 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspf. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte Beschäftigte
		2003/02		2002/01	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	14 274	+ 1 304	+ 10,1	+ 10,3	11
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	408	+ 64	+ 18,6	+ 3,3	2
Verarbeitendes Gewerbe	63 101	+ 2 611	+ 4,3	+ 5,5	7
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	12 278	+ 964	+ 8,5	+ 3,1	10
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	19 053	- 305	- 1,6	+ 4,0	33
Chemische Industrie	922	+ 113	+ 14,0	+ 2,2	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	8 651	+ 665	+ 8,3	+ 7,8	5
Maschinenbau	3 183	+ 74	+ 2,4	+ 11,1	3
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	5 708	+ 484	+ 9,3	+ 7,0	4
Fahrzeugbau	799	- 22	- 2,7	+ 21,1	1
Energie- und Wasserversorgung	662	+ 12	+ 1,8	+ 4,7	1
Baugewerbe	37 102	+ 3 247	+ 9,6	+ 11,1	8
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	14 764	+ 1 087	+ 7,9	+ 12,8	6
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	22 338	+ 2 160	+ 10,7	+ 10,0	1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	126 958	+ 8 924	+ 7,6	+ 2,6	18
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	14 875	+ 901	+ 6,4	+ 5,9	11
Handelsvermittlung, Großhandel	24 479	+ 952	+ 4,0	- 1,9	15
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	87 604	+ 7 071	+ 8,8	+ 3,7	23
Gastgewerbe	58 982	+ 7 325	+ 14,2	+ 7,3	35
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	40 751	+ 3 772	+ 10,2	+ 10,1	12
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 927	+ 166	+ 4,4	+ 8,4	3
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	146 000	+ 9 648	+ 7,1	+ 12,8	24
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	121 068	+ 8 208	+ 7,3	+ 14,9	23
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen	9 796	- 496	- 4,8	+ 9,1	2
Erziehung und Unterricht	15 829	+ 56	+ 0,4	+ 2,9	5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	52 404	+ 3 808	+ 7,8	+ 7,3	9
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	36 528	+ 1 902	+ 5,5	+ 4,3	10
Sozialwesen	15 876	+ 1 906	+ 13,6	+ 16,1	7
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	44 472	5 099	13,0	13,3	14
Insgesamt	614 926	45 558	8,0	7,9	12
davon: Primärer Sektor	14 274	1 304	10,1	0,9	11
Sekundärer Sektor	101 273	5 934	6,2	-0,2	7
Tertiärer Sektor	499 119	38 302	8,3	1,6	14
ohne Angabe	260	18	7,4	-29,0	66

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.5

Zugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen									
Wirtschaftszweig	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2003	Veränderung gegenüber Vorjahr		2003	Veränderung gegenüber Vorjahr		2003	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	126 673	+ 3 866	+ 3,1	63 891	+ 3 355	+ 5,5	62 782	+ 511	+ 0,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	14 593	+ 447	+ 3,2	9 958	+ 555	+ 5,9	4 635	- 108	- 2,3
Verarbeitendes Gewerbe darunter: Ernährungsgewerbe,	671 698	+ 3 983	+ 0,6	539 400	+ 5 983	+ 1,1	132 298	- 2 000	- 1,5
Tabakverarbeitung	102 267	+ 11 061	+ 12,1	81 488	+ 9 874	+ 13,8	20 779	+ 1 187	+ 6,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	52 950	+ 2 476	+ 4,9	45 785	+ 2 261	+ 5,2	7 165	+ 215	+ 3,1
Chemische Industrie	25 849	- 1 517	- 5,5	21 316	- 690	- 3,1	4 533	- 827	- 15,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	134 625	+ 6 415	+ 5,0	103 755	+ 4 897	+ 5,0	30 870	+ 1 518	+ 5,2
Maschinenbau	68 284	- 4 538	- 6,2	56 666	- 3 900	- 6,4	11 618	- 638	- 5,2
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen,									
Optik	73 875	- 1 866	- 2,5	60 698	- 1 369	- 2,2	13 177	- 497	- 3,6
Fahrzeugbau	35 608	- 276	- 0,8	29 509	- 164	- 0,6	6 099	- 112	- 1,8
Energie- und Wasserversorgung	9 154	- 1 110	- 10,8	6 101	- 454	- 6,9	3 053	- 656	- 17,7
Baugewerbe	689 931	+ 15 779	+ 2,3	396 967	+ 28 358	+ 7,7	292 964	- 12 579	- 4,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	582 866	+ 31 937	+ 5,8	446 448	+ 30 983	+ 7,5	136 418	+ 954	+ 0,7
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	74 540	+ 4 538	+ 6,5	58 013	+ 4 670	+ 8,8	16 527	- 132	- 0,8
Handelsvermittlung, Großhandel	159 213	+ 9 886	+ 6,6	123 976	+ 9 775	+ 8,6	35 237	+ 111	+ 0,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	349 113	+ 17 513	+ 5,3	264 459	+ 16 538	+ 6,7	84 654	+ 975	+ 1,2
Gastgewerbe	248 249	+ 24 249	+ 10,8	181 588	+ 20 502	+ 12,7	66 661	+ 3 747	+ 6,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	225 404	+ 23 413	+ 11,6	168 036	+ 20 513	+ 13,9	57 368	+ 2 900	+ 5,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	52 403	+ 8 663	+ 19,8	40 551	+ 7 697	+ 23,4	11 852	+ 966	+ 8,9
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	558 242	+ 105 834	+ 23,4	413 880	+ 83 947	+ 25,4	144 362	+ 21 887	+ 17,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	267 651	+ 9 354	+ 3,6	121 932	+ 10 801	+ 9,7	145 719	- 1 447	- 1,0
Erziehung und Unterricht	126 168	+ 31 312	+ 33,0	72 917	+ 17 360	+ 31,2	53 251	+ 13 952	+ 35,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	229 529	+ 28 946	+ 14,4	174 808	+ 23 785	+ 15,7	54 721	+ 5 161	+ 10,4
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	243 780	+ 18 909	+ 8,4	137 284	+ 16 404	+ 13,6	106 496	+ 2 505	+ 2,4
keine Angabe	50 595	- 6 865	- 11,9	33 261	- 1 620	- 4,6	17 334	- 5 245	- 23,2
Insgesamt	4 096 936	+ 298 710	+ 7,9	2 807 022	+ 268 166	+ 10,6	1 289 914	+ 30 544	+ 2,4
davon: Primärer Sektor	126 673	+ 3 866	+ 3,1	63 891	+ 3 355	+ 5,5	62 782	+ 511	+ 0,8
Sekundärer Sektor	1 385 376	+ 19 099	+ 1,4	952 426	+ 34 442	+ 3,8	432 950	- 15 343	- 3,4
Tertiärer Sektor	2 534 292	+ 282 617	+ 12,6	1 757 444	+ 231 992	+ 15,2	776 848	+ 50 625	+ 7,0

Tabelle III.A.6

Bestand an Kurzarbeitern nach Wirtschaftszweigen									
Wirtschaftszweig	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2003	Veränderung gegenüber Vorjahr		2003	Veränderung gegenüber Vorjahr		2003	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	875	+ 79	+ 9,9	337	+ 54	+ 19,0	538	+ 25	+ 4,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5 421	+ 181	+ 3,5	4 869	+ 200	+ 4,3	552	- 18	- 3,2
Verarbeitendes Gewerbe	113 609	- 13 254	- 10,4	95 918	- 12 137	- 11,2	17 691	- 1 117	- 5,9
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1 757	+ 331	+ 23,2	1 124	+ 444	+ 65,3	633	- 113	- 15,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4 190	+ 632	+ 17,8	3 711	+ 775	+ 26,4	479	- 143	- 23,0
Chemische Industrie	1 221	- 1 274	- 51,1	1 080	- 919	- 46,0	141	- 355	- 71,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	21 307	- 2 746	- 11,4	17 809	- 2 161	- 10,8	3 499	- 585	- 14,3
Maschinenbau	29 130	+ 3 857	+ 15,3	25 875	+ 3 479	+ 15,5	3 255	+ 379	+ 13,2
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	18 315	- 8 564	- 31,9	15 033	- 8 986	- 37,4	3 282	+ 423	+ 14,8
Fahrzeugbau	4 474	- 1 289	- 22,4	3 188	- 1 110	- 25,8	1 286	- 179	- 12,2
Energie- und Wasserversorgung	920	+ 58	+ 6,7	695	+ 359	+ 106,7	225	- 301	- 57,2
Baugewerbe	27 422	- 4 502	- 14,1	21 819	- 2 385	- 9,9	5 603	- 2 117	- 27,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	10 942	+ 103	+ 0,9	8 793	+ 881	+ 11,1	2 149	- 778	- 26,6
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1 316	+ 68	+ 5,4	959	+ 282	+ 41,7	356	- 215	- 37,6
Handelsvermittlung, Großhandel	5 028	+ 336	+ 7,2	4 095	+ 188	+ 4,8	933	+ 148	+ 18,8
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	4 599	- 301	- 6,1	3 738	+ 410	+ 12,3	860	- 711	- 45,3
Gastgewerbe	725	- 899	- 55,3	263	+ 30	+ 12,9	462	- 929	- 66,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7 576	+ 283	+ 3,9	6 436	+ 1 081	+ 20,2	1 140	- 798	- 41,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	230	- 291	- 55,8	216	- 212	- 49,5	14	- 79	- 85,1
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	18 613	+ 5 943	+ 46,9	14 269	+ 5 605	+ 64,7	4 343	+ 338	+ 8,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	187	+ 107	+ 131,9	91	+ 40	+ 80,1	97	+ 66	+ 216,9
Erziehung und Unterricht	6 134	+ 1 394	+ 29,4	4 968	+ 1 098	+ 28,4	1 167	+ 297	+ 34,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 523	- 389	- 20,3	1 131	+ 318	+ 39,0	392	- 706	- 64,3
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	1 194	- 210	- 14,9	693	+ 98	+ 16,4	502	- 307	- 38,0
Insgesamt	195 371	- 11 396	- 5,5	160 496	- 4 972	- 3,0	34 876	- 6 424	- 15,6
davon: Primärer Sektor	875	+ 79	+ 9,9	337	+ 54	+ 19,0	538	+ 25	+ 4,9
Sekundärer Sektor	147 372	- 17 516	- 10,6	123 301	- 13 963	- 10,2	24 072	- 3 553	- 12,9
Tertiärer Sektor	47 124	+ 6 042	+ 14,7	36 858	+ 8 938	+ 32,0	10 265	- 2 896	- 22,0

Tabelle III.A.7a

Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Deutschland									
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen			Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2003	Veränderung in %		2003	Veränderung in %		2003	2002	2001
		2003/02	2002/01		2003/02	2002/01			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	55 807	- 3	+ 1,5	330 357	- 3	- 8,7	45,0	48,8	37,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	203	- 36,4	- 33,0	2 114	- 30,6	- 52,5	39,5	40,2	30,0
Verarbeitendes Gewerbe	31 754	- 33,8	- 25,5	242 949	- 19,1	- 37,9	57,3	63,2	53,6
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	4 936	- 37,3	- 11,8	41 823	- 22,2	- 32,5	47,6	55,7	42,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 894	- 37,6	- 21,1	18 258	- 21,1	- 35,1	55,8	61,0	54,0
Chemische Industrie	1 120	- 35,1	- 18,7	8 454	- 28,1	- 34,7	58,8	59,1	48,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	5 846	- 31,9	- 29,4	47 207	- 16,4	- 37,7	56,7	63,5	53,4
Maschinenbau	4 252	- 36,9	- 35,3	27 511	- 22,7	- 39,3	67,9	78,0	67,6
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	4 386	- 35,4	- 39,3	32 545	- 12,4	- 44,1	62,0	77,8	69,1
Fahrzeugbau	3 360	- 23,6	+ 10,6	14 912	+ 2,1	- 45,3	85,9	76,2	63,7
Energie- und Wasserversorgung	338	- 27,6	- 23,0	2 694	- 19,8	- 29,5	57,9	56,8	53,2
Baugewerbe	16 592	- 34,3	- 17,2	169 363	- 20,9	- 38,9	41,9	46,9	33,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	33 105	- 30,9	- 14,8	271 526	- 18,6	- 27,8	57,6	61,4	52,5
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	5 381	- 27,0	- 10,3	39 884	- 18,5	- 16,5	56,0	58,6	53,6
Handelsvermittlung, Großhandel	10 126	- 25,8	- 17,4	75 410	- 16,0	- 29,1	59,4	60,1	54,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	17 597	- 34,5	- 14,6	156 232	- 19,8	- 29,6	57,1	63,0	51,3
Gastgewerbe	25 709	- 31,0	- 15,0	185 688	- 14,5	- 27,1	59,4	69,4	55,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12 853	- 25,1	- 16,4	94 644	- 18,1	- 32,2	57,2	59,1	49,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6 945	- 15,1	+ 5,1	29 697	- 14,5	- 16,5	96,3	91,1	75,3
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	101 307	- 11,1	- 10,3	627 668	+ 3,2	- 21,9	65,4	75,2	63,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	11 607	- 21,5	- 8,8	93 462	- 20,5	- 22,6	45,2	46,5	38,0
Erziehung und Unterricht	10 815	- 14,8	- 5,0	73 962	- 9,8	- 19,7	51,2	56,7	43,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	28 195	- 33,7	+ 2,6	175 381	- 24,2	- 19,7	67,0	66,9	52,0
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	19 233	- 24,8	- 7,4	165 107	- 11,5	- 21,7	47,5	52,2	42,5
Insgesamt	354 762	- 21,5	- 10,9	2 467 309	- 11,8	- 25,7	58,1	62,9	51,0

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.A.7b

Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Westdeutschland									
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen			Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2003	Veränderung in %		2003	Veränderung in %		2003	2002	2001
		2003/02	2002/01		2003/02	2002/01			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	51 301	- 2	+ 1,3	277 053	- 1	- 3,4	62,7	64,9	49,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	161	- 36,4	- 33,8	1 173	- 39,1	- 57,0	58,4	53,2	35,7
Verarbeitendes Gewerbe	26 695	- 35,3	- 28,3	186 465	- 18,5	- 39,4	63,0	71,6	61,6
darunter: Ernährungsgewerbe,									
Tabakverarbeitung	4 256	- 38,2	- 13,9	32 412	- 21,8	- 32,6	51,8	62,5	48,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 606	- 40,3	- 23,4	13 620	- 22,2	- 38,3	58,3	65,9	59,2
Chemische Industrie	965	- 36,2	- 21,3	7 070	- 27,7	- 33,8	61,9	63,9	55,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	4 646	- 34,1	- 32,9	35 239	- 15,4	- 38,6	63,0	73,5	63,1
Maschinenbau	3 729	- 37,6	- 37,7	22 889	- 22,0	- 40,0	72,5	85,3	74,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3 726	- 36,8	- 42,4	24 784	- 12,6	- 45,3	68,1	87,2	78,2
Fahrzeugbau	3 044	- 26,1	+ 12,9	12 764	+ 5,0	- 46,7	93,6	85,0	71,7
Energie- und Wasserversorgung	274	- 29,8	- 29,2	2 119	- 17,1	- 32,7	63,0	64,2	62,0
Baugewerbe	11 445	- 37,2	- 22,5	101 275	- 20,8	- 37,3	48,2	57,4	43,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	28 499	- 31,2	- 17,4	217 066	- 16,9	- 27,6	62,0	68,6	60,6
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	4 428	- 27,3	- 14,9	30 360	- 15,4	- 17,7	61,0	67,4	63,3
Handelsvermittlung, Großhandel	8 980	- 26,1	- 19,5	63 466	- 15,1	- 29,8	63,4	65,3	59,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	15 091	- 35,0	- 16,9	123 240	- 18,1	- 28,5	61,4	70,8	60,2
Gastgewerbe	22 119	- 31,5	- 17,0	150 684	- 12,8	- 27,2	63,7	76,8	62,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10 839	- 25,3	- 19,2	73 088	- 16,3	- 31,1	63,5	67,1	57,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	5 891	- 15,8	+ 2,2	23 217	- 14,7	- 16,7	102,0	99,7	84,1
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	83 568	- 14,0	- 13,2	487 676	+ 3,3	- 21,7	70,6	83,6	72,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	7 617	- 24,3	- 10,7	47 799	- 25,5	- 24,9	60,3	61,5	49,8
Erziehung und Unterricht	7 559	- 17,8	- 7,2	42 933	- 11,4	- 20,7	64,9	69,8	56,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	22 610	- 35,9	+ 0,9	125 312	- 25,5	- 19,0	76,4	77,5	61,4
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	13 131	- 27,5	- 11,1	92 103	- 14,5	- 19,8	62,3	71,1	60,0
Insgesamt	291 890	- 22,7	- 13,4	1 830 190	- 11,1	- 25,0	66,0	73,8	61,5

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.A.7c

Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Ostdeutschland									
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen			Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2003	Veränderung in %		2003	Veränderung in %		2003	2002	2001
		2003/02	2002/01		2003/02	2002/01			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	4 506	- 8	+ 3,2	53 304	- 12	- 27,3	29,7	29,1	20,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	42	- 36,5	- 29,6	941	- 16,1	- 42,1	16,7	19,4	17,6
Verarbeitendes Gewerbe	5 059	- 24,6	- 2,3	56 484	- 21,0	- 32,8	39,5	37,0	25,4
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	680	- 30,5	+ 6,2	9 411	- 23,5	- 32,0	33,8	32,6	20,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	288	- 16,4	+ 3,4	4 638	- 17,6	- 22,8	44,8	39,5	28,3
Chemische Industrie	154	- 27,1	+ 6,7	1 384	- 29,8	- 38,8	44,9	37,2	20,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1 200	- 21,8	- 7,0	11 968	- 19,4	- 34,8	40,8	37,9	26,2
Maschinenbau	523	- 31,5	- 7,9	4 622	- 26,0	- 35,7	46,7	43,6	31,5
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	660	- 26,8	- 6,6	7 761	- 11,6	- 39,9	41,7	44,2	29,5
Fahrzeugbau	317	+ 14,7	- 15,2	2 148	- 12,5	- 36,7	48,7	42,0	23,7
Energie- und Wasserversorgung	64	- 16,6	+ 37,9	575	- 28,5	- 16,7	40,8	34,2	20,6
Baugewerbe	5 146	- 26,8	+ 0,6	68 088	- 21,1	- 41,2	32,6	31,4	18,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	4 606	- 28,4	+ 6,8	54 460	- 24,7	- 28,4	41,5	36,9	25,0
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	953	- 25,8	+ 20,3	9 524	- 26,8	- 13,2	41,5	35,6	26,1
Handelsvermittlung, Großhandel	1 147	- 23,5	+ 4,6	11 944	- 20,2	- 25,0	40,9	36,9	27,4
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 506	- 31,3	+ 3,7	32 992	- 25,7	- 32,9	41,8	37,3	23,8
Gastgewerbe	3 589	- 28,1	+ 0,8	35 004	- 20,8	- 26,5	44,9	44,9	31,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 014	- 24,4	+ 3,4	21 556	- 23,8	- 35,4	38,0	36,3	24,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 053	- 11,1	+ 26,2	6 480	- 13,6	- 15,8	73,5	61,4	42,3
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	17 739	+ 5,8	+ 11,1	139 992	+ 2,6	- 22,6	46,8	45,3	31,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	3 990	- 15,6	- 4,4	45 663	- 14,4	- 19,7	31,8	30,9	24,4
Erziehung und Unterricht	3 256	- 7,1	+ 1,1	31 029	- 7,6	- 18,3	34,1	39,4	26,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	5 585	- 23,4	+ 11,9	50 069	- 20,7	- 21,5	45,0	40,2	28,6
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	6 101	- 18,2	+ 3,1	73 004	- 7,4	- 24,2	34,3	33,3	24,4
Insgesamt	62 873	- 15,2	+ 4,6	637 119	- 13,7	- 27,8	39,9	37,5	25,5

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.B.1

Erwerbstätige am Arbeitsort nach Bundesländern (Inlandskonzept; in Tausend)																		
Land	Erwerbstätige insgesamt – Basiswerte –									Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Baden-Württemberg	4 997	5 010	5 025	5 088	5 149	5 282	5 359	5 364	5 321	+0,0	+0,3	+0,3	+1,3	+1,2	+2,6	+1,4	+0,1	-0,8
Bayern	5 965	5 926	5 919	6 032	6 112	6 226	6 287	6 273	6 211	-0,1	-0,7	-0,1	+1,9	+1,3	+1,9	+1,0	-0,2	-1,0
Berlin	1 613	1 582	1 551	1 541	1 541	1 562	1 554	1 531	1 505	-0,4	-1,9	-1,9	-0,7	+0,0	+1,4	-0,6	-1,4	-1,7
Brandenburg	1 068	1 067	1 067	1 063	1 067	1 063	1 047	1 026	1 008	+2,0	-0,2	+0,0	-0,3	+0,4	-0,4	-1,5	-2,0	-1,8
Bremen	389	383	385	381	380	388	392	390	388	-2,2	-1,4	+0,4	-0,9	-0,3	+2,2	+0,9	-0,5	-0,5
Hamburg	1 016	1 010	1 004	1 014	1 023	1 042	1 052	1 044	1 032	-1,4	-0,6	-0,5	+1,0	+0,8	+1,9	+1,0	-0,8	-1,2
Hessen	2 867	2 871	2 866	2 891	2 925	2 993	3 026	3 018	2 977	-0,3	+0,1	-0,2	+0,9	+1,2	+2,3	+1,1	-0,3	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	780	774	761	756	760	753	735	725	709	+2,4	-0,8	-1,7	-0,7	+0,6	-0,9	-2,5	-1,4	-2,1
Niedersachsen	3 347	3 331	3 332	3 355	3 410	3 495	3 496	3 493	3 478	+0,8	-0,5	+0,0	+0,7	+1,6	+2,5	+0,0	-0,1	-0,4
Nordrhein-Westfalen	7 795	7 802	7 845	7 980	8 121	8 340	8 399	8 325	8 230	-0,4	+0,1	+0,5	+1,7	+1,8	+2,7	+0,7	-0,9	-1,1
Rheinland-Pfalz	1 666	1 667	1 666	1 693	1 715	1 750	1 754	1 754	1 739	+0,3	+0,1	-0,1	+1,6	+1,3	+2,0	+0,3	-0,0	-0,9
Saarland	477	477	477	485	495	506	508	504	501	+0,8	+0,1	-0,0	+1,8	+1,9	+2,2	+0,5	-0,9	-0,5
Sachsen	1 997	1 998	1 971	1 970	1 984	1 972	1 952	1 923	1 910	+2,6	+0,1	-1,3	-0,0	+0,7	-0,6	-1,0	-1,5	-0,7
Sachsen-Anhalt	1 136	1 113	1 093	1 093	1 083	1 058	1 040	1 025	1 003	+1,3	-2,0	-1,9	+0,0	-1,0	-2,3	-1,7	-1,5	-2,2
Schleswig-Holstein	1 202	1 204	1 202	1 205	1 219	1 239	1 242	1 231	1 213	+0,4	+0,1	-0,1	+0,3	+1,1	+1,6	+0,2	-0,9	-1,4
Thüringen	1 068	1 056	1 044	1 067	1 087	1 079	1 069	1 047	1 021	+0,7	-1,0	-1,2	+2,2	+1,9	-0,7	-1,0	-2,0	-2,5
Deutschland	37 382	37 270	37 208	37 616	38 071	38 748	38 911	38 671	38 246	+0,2	-0,3	-0,2	+1,1	+1,2	+1,8	+0,4	-0,6	-1,1
Nachrichtlich:																		
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin einschl. Berlin	29 721 31 334	29 680 31 262	29 721 31 272	30 126 31 667	30 548 32 090	31 260 32 823	31 515 33 069	31 395 32 926	31 091 32 596	-0,1 -0,1	-0,1 -0,2	+0,1 +0,0	+1,4 +1,3	+1,4 +1,3	+2,3 +2,3	+0,8 +0,8	-0,4 -0,4	-1,0 -1,0
Neue Länder ohne Berlin einschl. Berlin	6 048 7 661	6 008 7 590	5 936 7 487	5 949 7 490	5 981 7 523	5 925 7 488	5 842 7 396	5 745 7 276	5 650 7 155	+1,9 +1,4	-0,7 -0,9	-1,2 -1,4	+0,2 +0,0	+0,5 +0,4	-0,9 -0,5	-1,4 -1,2	-1,7 -1,6	-1,6 -1,7

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Stand: 22.03.2004

Tabelle III.B.2

Beschäftigte und Arbeitslose nach Ländern												
Bundesland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni						Arbeitslose					
	2003		2002		2001		2003		2002		2001	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	793 404	813 959	819 127	136 159	121 630	116 194						
Hamburg	750 140	768 687	774 869	86 388	77 502	70 669						
Mecklenburg-Vorpommern	526 476	548 830	565 797	181 710	169 794	167 977						
Niedersachsen	2 376 123	2 411 598	2 420 079	371 176	353 748	342 370						
Bremen	280 526	284 653	286 499	51 000	48 542	47 699						
Nordrhein-Westfalen	5 736 058	5 889 812	5 929 580	880 053	812 463	766 351						
Hessen	2 150 806	2 192 552	2 203 298	242 059	213 667	200 588						
Rheinland-Pfalz	1 175 045	1 195 746	1 194 222	154 610	143 708	134 841						
Saarland	348 246	353 455	357 274	47 718	45 431	44 918						
Baden-Württemberg	3 786 749	3 851 416	3 850 918	336 540	295 005	264 301						
Bayern	4 333 297	4 420 624	4 431 011	447 349	386 695	332 569						
Berlin	1 065 424	1 103 776	1 125 714	306 462	288 285	272 330						
Brandenburg	732 935	759 775	778 772	253 028	237 903	233 650						
Sachsen-Anhalt	763 089	784 221	808 396	268 293	260 465	264 557						
Thüringen	741 343	770 808	794 718	210 693	201 157	194 130						
Sachsen	1 395 025	1 421 235	1 476 840	403 529	405 348	399 420						
Deutschland	26 954 686	27 571 147	27 817 114	4 376 767	4 061 343	3 852 564						
davon: Westdeutschland	21 730 394	22 182 502	22 266 877	2 753 052	2 498 391	2 320 500						
Ostdeutschland	5 224 292	5 388 645	5 550 237	1 623 715	1 562 952	1 532 064						

Bundesland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Veränderung gegenüber Vorjahr						Arbeitslose Veränderung gegenüber Vorjahr					
	2003		2002		2001		2003		2002		2001	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	- 20 555	- 2,5	- 5 168	- 0,6	- 374	- 0,0	+ 14 529	+11,9	+ 5 436	+ 4,7	+ 1 821	+ 1,6
Hamburg	- 18 547	- 2,4	- 6 182	- 0,8	+ 12 398	+ 1,6	+ 8 887	+11,5	+ 6 833	+ 9,7	- 4 012	- 5,4
Mecklenburg-Vorpommern	- 22 354	- 4,1	- 16 967	- 3,0	- 24 863	- 4,2	+ 11 916	+ 7,0	+ 1 817	+ 1,1	+ 4 938	+ 3,0
Niedersachsen	- 35 475	- 1,5	- 8 481	- 0,4	- 15 924	- 0,7	+ 17 428	+ 4,9	+ 11 378	+ 3,3	- 620	- 0,2
Bremen	- 4 127	- 1,4	- 1 846	- 0,6	+ 2 923	+ 1,0	+ 2 458	+ 5,1	+ 843	+ 1,8	- 1 387	- 2,8
Nordrhein-Westfalen	-153 754	- 2,6	- 39 768	- 0,7	+ 22 300	+ 0,4	+ 67 590	+ 8,3	+ 46 112	+ 6,0	- 11 396	- 1,5
Hessen	- 41 746	- 1,9	- 10 746	- 0,5	+ 28 618	+ 1,3	+ 28 392	+13,3	+ 13 079	+ 6,5	- 14 340	- 6,7
Rheinland-Pfalz	- 20 701	- 1,7	+ 1 524	+ 0,1	+ 2 915	+ 0,2	+ 10 902	+ 7,6	+ 8 867	+ 6,6	- 3 530	- 2,6
Saarland	- 5 209	- 1,5	- 3 819	- 1,1	+ 1 068	+ 0,3	+ 2 287	+ 5,0	+ 513	+ 1,1	- 2 859	- 6,0
Baden-Württemberg	- 64 667	- 1,7	+ 498	+ 0,0	+ 48 443	+ 1,3	+ 41 535	+14,1	+ 30 704	+11,6	- 17 199	- 6,1
Bayern	- 87 327	- 2,0	- 10 387	- 0,2	+ 66 352	+ 1,5	+ 60 653	+15,7	+ 54 126	+16,3	- 6 968	- 2,1
Berlin	- 38 352	- 3,5	- 21 938	- 1,9	- 13 382	- 1,2	+ 18 177	+ 6,3	+ 15 955	+ 5,9	+ 7 511	+ 2,8
Brandenburg	- 26 840	- 3,5	- 18 997	- 2,4	- 32 264	- 4,0	+ 15 125	+ 6,4	+ 4 253	+ 1,8	+ 7 199	+ 3,2
Sachsen-Anhalt	- 21 132	- 2,7	- 24 175	- 3,0	- 28 846	- 3,4	+ 7 827	+ 3,0	- 4 092	- 1,5	- 8 310	- 3,0
Thüringen	- 29 465	- 3,8	- 23 910	- 3,0	- 28 186	- 3,4	+ 9 536	+ 4,7	+ 7 027	+ 3,6	+ 467	+ 0,2
Sachsen	- 26 210	- 1,8	- 55 605	- 3,8	- 49 688	- 3,3	- 1 818	- 0,4	+ 5 927	+ 1,5	+ 11 552	+ 3,0
Deutschland	-616 461	- 2,2	- 245 967	- 0,9	- 8 510	- 0,0	+ 315 424	+ 7,8	+ 208 779	+ 5,4	- 37 131	- 1,0
davon: Westdeutschland	-452 108	- 2,0	- 84 375	- 0,4	+ 168 719	+ 0,8	+ 254 661	+10,2	+ 177 891	+ 7,7	- 60 487	- 2,5
Ostdeutschland	-164 353	- 3,0	- 161 592	- 2,9	- 177 229	- 3,1	+ 60 763	+ 3,9	+ 30 888	+ 2,0	+ 23 357	+ 1,5

Tabelle III.B.3a

Wirtschaftszweigliche Struktur ¹⁾ der Beschäftigung nach Ländern Ende Juni 2003											
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anteile in %	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg.	Bayern	Saarland	West- deutsch- land
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Land- und Forstwirtschaft	1,8	0,4	1,5	0,3	0,8	0,6	1,1	0,7	0,8	0,4	0,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,0	0,5	0,1	0,8	0,4	0,3	0,1	0,3	2,3	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	19,2	14,8	25,9	23,4	26,3	22,7	27,8	35,8	30,8	29,4	27,9
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	2,9	1,0	3,7	3,4	2,2	2,0	3,0	2,3	3,2	2,7	2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2,2	2,4	1,8	1,4	1,9	1,7	1,8	2,4	2,2	0,7	2,0
Chemische Industrie	1,7	1,1	1,2	0,5	2,3	2,5	5,3	1,7	1,5	0,3	2,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,6	1,2	3,0	3,0	6,4	3,1	4,1	4,9	2,9	8,0	4,2
Maschinenbau	3,5	2,0	2,7	2,0	4,0	2,8	3,3	7,0	4,9	4,0	4,3
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3,0	1,9	2,8	2,8	3,2	3,7	1,9	6,7	6,1	2,5	4,2
Fahrzeugbau	1,6	3,2	6,0	9,0	1,6	3,1	2,2	5,3	4,2	7,0	3,7
Energie- und Wasserversorgung	1,2	0,9	0,9	0,5	1,0	0,8	0,9	0,8	0,8	1,1	0,9
Baugewerbe	6,9	4,1	7,0	5,0	5,6	5,1	6,8	5,7	6,4	5,8	5,9
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	3,3	1,5	3,6	2,0	2,6	2,3	3,4	2,6	3,1	2,8	2,8
Bauinstall./sonst. Baugewerbe, Verm. v. Bauschmaschinen	3,6	2,6	3,4	3,0	3,0	2,8	3,4	3,1	3,3	2,9	3,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	18,5	17,7	15,9	14,8	16,1	14,9	15,0	13,9	14,9	15,3	15,4
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	2,8	2,0	2,7	2,0	2,4	2,3	3,0	2,2	2,5	2,6	2,4
Handelsvermittlung, Großhandel	5,8	7,9	4,6	5,8	6,0	5,5	4,4	5,1	4,7	4,0	5,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	9,9	7,8	8,5	7,1	7,7	7,1	7,6	6,6	7,7	8,7	7,6
Gastgewerbe	3,9	3,1	2,8	2,4	2,3	2,8	3,0	2,5	3,2	2,1	2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5,8	9,6	5,1	10,7	5,3	7,4	4,6	4,2	4,7	4,2	5,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,3	6,7	3,6	3,5	3,9	6,7	3,3	3,9	4,3	3,8	4,3
Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietung usw.	9,8	19,3	9,7	13,2	12,1	14,8	8,7	10,4	10,7	10,9	11,5
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleist.	8,4	17,3	8,8	12,1	11,0	13,4	7,9	9,6	9,7	10,2	10,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	8,2	4,8	6,9	4,3	5,4	6,1	7,8	5,3	5,3	5,6	5,8
Erziehung und Unterricht	2,5	3,4	3,5	4,0	3,5	2,7	3,5	3,0	2,9	2,9	3,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	13,9	9,4	12,7	11,5	11,9	10,6	12,4	10,3	10,8	12,5	11,4
davon: Gesundheitswesen, Veterinärwesen	8,2	6,3	7,9	7,2	7,5	6,9	8,0	6,8	7,2	8,2	7,3
Sozialwesen	5,6	3,1	4,8	4,2	4,4	3,6	4,4	3,4	3,7	4,3	4,0
Sonstige Dienstleistungen, Private Haushalte	4,9	6,0	4,1	6,3	4,8	4,4	4,8	3,5	4,0	3,8	4,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Land- u. Forstwirtschaft	1,9	0,4	2,0	0,4	1,6	1,0	1,4	0,8	1,1	2,7	1,3
Produzierende Gewerbe (mit Bau)	27,3	19,8	33,8	28,9	33,0	28,6	35,5	42,2	38,0	36,2	34,7
Dienstleistungsgewerbe	70,7	79,8	64,2	70,7	65,4	70,4	63,1	56,9	60,9	61,0	63,9

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

Tabelle III.B.3b

Wirtschaftszweigliche Struktur der Beschäftigung nach Ländern Ende Juni 2003									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anteile in %	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Ost- deutsch- land	West- deutsch- land	Deutsch- land
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft	0,5	3,9	4,2	2,4	3,1	2,9	2,6	0,9	1,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,9	0,1	0,3	0,9	0,4	0,4	0,5	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	12,0	14,6	11,9	20,0	16,2	23,1	16,7	27,9	25,7
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1,5	2,3	3,0	2,6	2,9	2,9	2,5	2,6	2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1,5	0,8	0,8	1,2	0,7	1,2	1,1	2,0	1,8
Chemische Industrie	1,1	0,8	0,1	0,7	1,6	0,8	0,9	2,0	1,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,2	3,2	2,0	3,7	3,8	4,5	3,1	4,2	4,0
Maschinenbau	1,1	1,4	1,2	2,7	1,6	2,5	1,8	4,3	3,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3,7	1,5	1,2	3,0	1,3	3,8	2,6	4,2	3,9
Fahrzeugbau	0,8	1,1	1,3	1,7	0,8	1,5	1,2	3,7	3,2
Energie- und Wasserversorgung	1,0	1,4	1,4	1,1	1,0	1,0	1,1	0,9	0,9
Baugewerbe	5,5	10,3	9,2	9,1	9,9	9,6	8,7	5,9	6,5
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	2,3	5,7	4,8	4,7	5,7	4,9	4,5	2,8	3,1
Bauinstall./sonst. Baugewerbe, Verm. v. Bauschmaschinen	3,2	4,6	4,5	4,4	4,2	4,7	4,2	3,1	3,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	12,6	13,8	13,4	13,1	13,3	12,9	13,1	15,4	15,0
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1,7	2,8	2,6	2,8	2,7	2,7	2,5	2,4	2,4
Handelsvermittlung, Großhandel	2,9	3,6	3,1	3,2	3,1	3,2	3,2	5,3	4,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	7,9	7,5	7,8	7,1	7,5	7,1	7,5	7,6	7,6
Gastgewerbe	4,0	2,8	5,4	2,8	2,5	2,5	3,2	2,8	2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,4	7,2	6,1	5,8	6,7	5,6	6,3	5,3	5,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,5	1,7	2,0	2,4	1,8	2,0	2,4	4,3	3,9
Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietung usw.	18,4	9,6	10,3	11,1	9,6	9,6	11,9	11,5	11,6
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleist.	15,5	8,2	8,7	9,6	8,4	8,4	10,2	10,5	10,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	9,4	10,5	9,9	7,4	11,5	7,8	9,2	5,8	6,5
Erziehung und Unterricht	5,2	6,0	7,6	7,7	6,7	6,7	6,7	3,2	3,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	13,4	11,5	12,4	10,7	11,5	11,1	11,7	11,4	11,4
davon: Gesundheitswesen, Veterinärwesen	8,1	7,0	7,8	6,8	7,5	7,0	7,3	7,3	7,3
Sozialwesen	5,4	4,5	4,6	4,0	3,9	4,1	4,4	4,0	4,1
Sonstige Dienstleistungen, Private Haushalte	8,0	5,7	6,1	5,9	5,3	4,8	6,1	4,4	4,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Land- u. Forstwirtschaft	0,6	4,8	4,3	2,7	4,0	3,3	3,0	1,3	1,6
Produzierende Gewerbe (mit Bau)	18,5	26,3	22,5	30,3	27,1	33,7	26,6	34,7	33,1
Dienstleistungsgewerbe	81,0	68,9	73,2	67,0	68,9	63,0	70,4	63,9	65,2

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

Tabelle III.B.4

Arbeitslosenquoten nach Ländern sowie die jeweils kleinste und größte Quote eines Arbeitsamtsbezirkes						
Land	Arbeitslosenquoten ¹⁾					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein	10,0	9,4	8,5	8,4	8,7	9,7
kleinste Quote	7,7	7,3	6,6	6,7	7,0	7,7
größte Quote	11,8	11,5	10,8	10,5	10,6	11,6
Hamburg	11,3	10,4	8,9	8,3	9,0	9,9
Niedersachsen	11,1	10,3	9,3	9,1	9,2	9,6
kleinste Quote	8,7	7,8	6,6	6,5	6,2	6,6
größte Quote	12,6	11,9	10,8	10,8	11,3	11,9
Bremen	15,2	14,3	13,0	12,4	12,5	13,2
Nordrhein-Westfalen	10,7	10,2	9,2	8,8	9,2	10,0
kleinste Quote	7,7	7,5	6,5	6,2	6,6	7,3
größte Quote	15,8	15,7	14,3	13,9	14,5	15,4
Hessen	9,0	8,3	7,3	6,6	7,0	7,9
kleinste Quote	8,0	7,2	6,1	5,4	5,8	7,0
größte Quote	12,8	12,1	11,1	10,3	10,2	10,4
Rheinland-Pfalz	8,8	8,2	7,3	6,8	7,2	7,7
kleinste Quote	8,0	7,7	6,5	6,0	6,2	6,7
größte Quote	12,0	11,3	10,2	9,3	9,4	10,9
Saarland	11,5	10,8	9,8	9,0	9,1	9,5
kleinste Quote	10,9	10,0	9,1	8,0	7,5	7,9
größte Quote	13,3	12,6	11,6	10,7	10,8	11,3
Baden-Württemberg	7,1	6,5	5,4	4,9	5,4	6,1
kleinste Quote	5,8	5,4	4,4	3,9	4,3	4,9
größte Quote	10,2	9,8	8,7	8,1	8,3	8,9
Bayern	7,0	6,4	5,5	5,3	6,0	6,9
kleinste Quote	4,1	3,5	2,8	2,7	3,5	4,3
größte Quote	10,3	9,8	9,1	9,5	10,8	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	19,2	18,2	17,8	18,3	18,6	20,1
kleinste Quote	17,5	16,3	15,6	14,9	14,5	15,6
größte Quote	21,2	20,5	20,9	22,3	23,1	24,5
Berlin	16,1	15,9	15,8	16,1	16,9	18,1
Brandenburg	17,6	17,4	17,0	17,4	17,5	18,8
kleinste Quote	14,0	14,1	13,8	13,6	13,8	14,6
größte Quote	20,4	20,1	19,6	19,9	19,9	21,4
Sachsen-Anhalt	20,4	20,3	20,2	19,7	19,6	20,5
kleinste Quote	18,5	18,9	18,4	17,7	17,5	18,6
größte Quote	23,0	22,8	22,5	22,1	23,0	24,6
Thüringen	17,1	15,4	15,4	15,3	15,9	16,7
kleinste Quote	15,1	13,8	13,4	13,0	13,7	14,3
größte Quote	21,5	19,6	20,4	20,5	21,6	21,9
Sachsen	17,5	17,2	17,0	17,5	17,8	17,9
kleinste Quote	14,6	14,8	14,5	14,6	14,5	14,3
größte Quote	20,2	19,9	20,0	20,8	21,4	21,5
Deutschland	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,5
Westdeutschland	9,2	8,6	7,6	7,2	7,6	8,4
Ostdeutschland	17,8	17,3	17,1	17,3	17,7	18,5

¹⁾ Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mithelfende Familienangehörige).

Tabelle III.B.5

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ländern						
Land	Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein	33,7	35,0	35,9	34,4	34,3	34,0
Hamburg	38,3	38,9	40,0	37,1	35,0	33,3
Niedersachsen	39,4	39,4	40,9	39,7	38,4	39,3
Bremen	44,7	46,1	44,6	44,7	44,3	44,1
Nordrhein-Westfalen	43,0	43,0	45,0	44,3	43,4	41,6
Hessen	38,6	38,7	40,3	39,4	37,7	35,0
Rheinland-Pfalz	35,4	34,9	36,6	35,0	33,3	34,4
Saarland	45,9	44,1	46,0	47,4	41,6	42,0
Baden-Württemberg	35,7	34,9	35,4	33,9	32,0	32,3
Bayern	30,7	30,1	30,9	28,1	27,3	29,4
Mecklenburg-Vorpommern	37,6	35,4	36,7	37,3	36,9	38,1
Berlin	40,9	39,9	42,9	42,4	42,1	41,9
Brandenburg	38,4	34,3	39,1	39,0	40,4	41,0
Sachsen-Anhalt	39,0	37,3	41,3	42,0	41,3	41,4
Thüringen	37,0	32,7	34,4	34,9	35,6	36,6
Sachsen	36,4	35,4	38,1	38,6	40,4	41,0
Deutschland	38,0	37,1	39,0	38,3	37,6	37,6
Westdeutschland	37,9	37,7	39,0	37,7	36,4	36,1
Ostdeutschland	38,1	35,9	38,9	39,1	39,7	40,3

Tabelle III.B.6

Stellenangebot nach Ländern								
Land	Offene Stellen							
	Zugang			Bestand			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾	
	2003	Veränderung in %		2003	Veränderung in %			
	absolut	2003/02	2002/01	absolut	2003/02	2002/01	2003	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	79 818	- 14,1	- 18,0	10 771	- 25,1	- 4,6	52,5	57,9
Hamburg	53 085	- 6,8	- 23,4	7 633	- 22,3	- 5,0	61,0	68,2
Niedersachsen	247 069	- 14,5	- 24,0	34 444	- 20,4	+ 0,2	53,2	53,7
Bremen	24 886	- 20,3	- 15,7	3 411	- 32,2	- 5,5	59,6	62,8
Nordrhein-Westfalen	451 701	- 9,6	- 25,8	65 394	- 27,2	- 15,6	62,7	76,1
Hessen	163 599	- 15,7	- 26,3	25 989	- 17,3	- 16,8	67,0	68,3
Rheinland-Pfalz	145 861	- 4,4	- 18,2	27 308	- 12,3	- 2,9	66,3	71,2
Saarland	26 936	- 13,5	- 28,5	4 953	- 20,7	- 5,6	71,5	69,3
Baden-Württemberg	279 269	- 9,1	- 23,0	49 022	- 26,8	- 18,9	74,3	88,4
Bayern	334 091	- 13,8	- 30,8	56 863	- 24,8	- 17,7	73,5	79,4
Mecklenburg-Vorpommern	80 036	+ 1,0	- 31,1	7 484	- 11,3	- 1,0	40,1	38,1
Berlin	110 616	+ 3,5	- 29,8	9 291	+ 11,6	+ 18,4	36,1	36,0
Brandenburg	95 814	- 10,2	- 17,5	9 125	+ 5,7	+ 21,5	32,8	27,4
Sachsen-Anhalt	98 416	- 16,6	- 32,6	9 795	- 24,5	+ 0,4	40,5	38,6
Thüringen	86 239	- 23,2	- 31,8	10 115	- 25,8	- 2,1	48,0	43,8
Sachsen	165 998	- 22,8	- 24,7	17 063	- 23,0	+ 3,7	41,2	38,7
Bundesrepublik Deutschland	2 467 309	- 11,8	- 25,7	354 762	- 21,5	- 10,9	58,1	62,9
Westdeutschland	1 830 190	- 11,1	- 25,0	291 890	- 22,7	- 13,4	66,0	73,8
Ostdeutschland	637 119	- 13,7	- 27,8	62 873	- 15,2	+ 4,6	39,7	37,0

1) Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.B.7

Kurzarbeiter nach Ländern				
Bundesland	Bestand an Kurzarbeitern			
	2003	Veränderung in %		
		2003/02	2002/01	2001/00
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein	4 740	- 8,1	+ 10,3	+ 45,2
Hamburg	2 032	+ 9,6	+ 49,0	+ 38,9
Niedersachsen	13 936	- 4,1	+ 39,5	+ 35,0
Bremen	1 653	+ 38,5	+ 12,4	+ 49,9
Nordrhein-Westfalen	47 205	+ 3,7	+ 56,8	+ 31,2
Hessen	17 651	+ 15,4	+ 95,6	+ 51,7
Rheinland-Pfalz	9 170	+ 16,1	+ 139,6	+ 34,8
Saarland	2 495	- 1,4	+ 12,1	+ 23,4
Baden-Württemberg	34 623	- 1,9	+ 96,0	+ 122,6
Bayern	26 991	- 17,9	+ 103,8	+ 125,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 939	+ 36,7	+ 1,5	- 5,4
Berlin	4 485	- 15,8	+ 47,9	- 12,6
Brandenburg	5 675	+ 17,2	+ 18,6	- 5,4
Sachsen-Anhalt	4 613	- 20,1	+ 36,6	- 1,6
Thüringen	6 524	- 5,9	+ 26,9	+ 41,0
Sachsen	10 641	- 45,8	+ 106,2	+ 20,7
Deutschland	195 371	- 5,5	+ 68,2	+ 42,9
Westdeutschland	160 496	- 1,0	+ 72,6	+ 58,4
Ostdeutschland	34 876	- 21,9	+ 53,9	+ 8,5

Tabelle III.C.1a

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen; Deutschland								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2003	Veränderung in %			2003	Veränderung in %		
		2003/02	2002/01	2001/00		2003/02	2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alle Berufsbereiche	26 954 686	- 2,2	- 0,9	+ 0,0	4 376 767	+ 7,8	+ 5,4	- 1,0
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe davon:	406 535	- 4,3	- 2,6	- 4,5	155 149	+ 8,1	+ 2,8	+ 1,4
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	24 329	+ 3,1	- 0,1	- 2,6	9 950	+ 1,1	- 5,3	- 3,3
Forst- und Jagdberufe	31 861	- 6,4	- 4,7	- 10,8	6 176	+ 2,2	- 0,5	- 3,8
Bergleute, Mineralgewinner	39 573	- 5,9	- 7,2	- 8,9	4 333	- 19,2	- 22,7	- 11,8
Fertigungsberufe davon:	7 451 094	- 4,1	- 3,9	- 2,4	1 561 266	+ 6,5	+ 6,8	- 0,8
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	45 554	- 7,7	- 6,3	- 6,1	8 002	+ 6,1	+ 6,7	+ 3,7
Keramiker, Glasmacher	54 455	- 5,7	- 5,8	+ 0,0	7 436	+ 0,8	- 0,5	- 9,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	423 943	- 2,2	- 2,1	+ 1,1	41 609	+ 1,8	+ 0,0	- 9,7
Papierhersteller, -verarbeiter	105 903	- 4,9	- 3,7	- 0,3	10 795	+ 6,5	+ 0,3	- 7,9
Drucker	131 564	- 7,3	- 4,5	- 2,5	25 456	+ 22,8	+ 17,1	- 0,9
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	53 562	- 7,0	- 6,9	- 5,8	12 157	+ 5,4	+ 3,7	- 3,4
Metallerzeuger, -bearbeiter	521 406	- 3,8	- 3,4	+ 0,9	69 065	+ 5,0	+ 5,9	- 10,6
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 814 566	- 2,8	- 2,6	- 1,5	236 682	+ 8,9	+ 10,0	- 4,4
Elektriker	660 025	- 3,9	- 3,1	- 1,7	90 343	+ 15,7	+ 17,4	- 6,2
Montierer und Metallhilfsarbeiter	474 769	- 3,5	- 5,8	+ 2,4	117 387	+ 5,6	+ 12,6	- 4,9
Textil- und Bekleidungsberufe	113 376	- 9,4	- 9,3	- 5,1	50 951	- 2,4	- 2,4	- 8,5
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	31 328	- 7,7	- 4,5	- 4,1	8 020	- 3,5	- 9,3	- 11,8
Ernährungsberufe	717 449	- 3,1	+ 0,0	- 0,9	170 936	+ 10,6	+ 4,3	- 1,0
Bauberufe	714 671	- 7,5	- 8,9	- 11,1	281 969	+ 2,7	+ 3,6	+ 7,6
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	166 290	- 8,4	- 7,6	- 8,0	71 510	+ 7,9	+ 10,1	+ 11,5
Tischler, Modellbauer	221 395	- 8,2	- 7,3	- 5,9	70 767	+ 10,1	+ 15,5	+ 8,4
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	239 814	- 6,5	- 5,8	- 5,4	88 164	+ 9,5	+ 12,6	+ 7,7
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	375 524	- 3,1	- 2,2	+ 0,4	141 283	+ 4,1	+ 3,1	- 3,4
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	405 108	+ 0,1	- 2,2	+ 2,4	23 021	- 0,5	+ 13,3	+ 7,2
Maschinen- und zugehörige Berufe	180 392	- 3,4	- 3,6	- 3,7	35 712	- 1,6	- 4,6	- 6,1
Technische Berufe davon:	1 883 558	- 2,2	- 0,8	+ 0,5	165 855	+ 6,6	+ 1,5	- 7,6
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	719 356	- 1,3	- 0,1	+ 1,4	79 215	+ 6,1	+ 0,9	- 7,0
Techniker	895 888	- 2,6	- 1,0	+ 0,4	51 253	+ 7,4	+ 1,8	- 9,1
Technische Sonderfachkräfte	268 314	- 3,3	- 2,1	- 1,6	35 388	+ 6,8	+ 2,3	- 6,6
Dienstleistungsberufe davon:	16 901 312	- 1,5	+ 0,6	+ 1,1	2 443 736	+ 10,1	+ 5,8	- 0,4
Warenkaufleute	2 119 532	- 2,9	- 0,4	- 0,7	417 704	+ 10,0	+ 6,5	+ 1,5
Dienstleistungskaufleute	1 145 286	- 2,4	+ 0,2	+ 1,3	74 385	+ 16,7	+ 16,7	+ 6,0
Verkehrsberufe	1 140 897	- 2,2	- 1,4	- 0,4	172 868	+ 8,6	+ 7,4	- 1,3
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	822 269	- 2,6	- 2,2	+ 1,4	228 576	+ 9,4	+ 6,6	- 0,9
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	5 811 886	- 1,7	+ 0,4	+ 1,4	666 180	+ 10,4	+ 6,9	- 1,3
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	440 148	+ 0,4	+ 2,4	+ 1,0	181 935	+ 11,7	+ 6,5	+ 5,0
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	112 534	- 2,7	+ 0,4	+ 2,9	15 487	+ 11,3	+ 16,2	+ 4,7
Künstler und zugeordnete Berufe	150 317	- 3,0	- 0,6	+ 1,1	48 647	+ 16,1	+ 18,8	+ 9,3
Gesundheitsdienstberufe	1 936 346	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,5	98 003	+ 7,0	- 4,7	- 8,5
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 630 804	+ 0,9	+ 2,6	+ 2,6	182 706	+ 8,2	+ 0,1	- 2,8
Körperpfleger	173 761	- 2,4	+ 1,0	+ 0,9	25 012	+ 18,3	+ 13,5	+ 0,8
Gästebetreuer	397 807	- 2,7	+ 1,7	+ 2,6	88 943	+ 10,7	+ 8,3	+ 0,5
Hauswirtschaftliche Berufe	198 687	- 2,7	- 1,5	+ 0,0	60 146	+ 9,0	+ 3,6	- 0,4
Reinigungsberufe	821 038	- 2,4	+ 1,5	+ 1,2	183 143	+ 8,8	+ 1,4	- 2,1
Sonstige Berufe	270 055	+ 5,5	+ 3,2	+ 8,5	46 363	- 35,0	- 14,6	- 6,0

Tabelle III.C.1b

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen; Westdeutschland								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2003	Veränderung in %			2003	Veränderung in %		
		2003/02	2002/01	2001/00		2003/02	2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alle Berufsbereiche	21 730 394	- 2,0	- 0,4	+ 0,8	2 753 052	+ 10,2	+ 7,7	- 2,5
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe davon:	264 151	- 3,3	- 0,5	- 2,3	71 593	+ 10,4	+ 4,6	- 0,6
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	11 771	+ 2,7	+ 0,0	- 2,7	2 052	- 3,2	- 6,9	- 7,1
Forst- und Jagdberufe	20 370	- 5,1	- 3,9	- 8,9	2 688	+ 1,4	+ 3,0	- 9,9
Bergleute, Mineralgewinner	36 663	- 6,2	- 7,5	- 9,3	3 389	- 21,2	- 23,4	- 11,5
Fertigungsberufe davon:	6 064 491	- 3,9	- 3,3	- 1,3	973 184	+ 9,2	+ 9,4	- 3,2
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	36 046	- 7,4	- 5,4	- 5,7	5 204	+ 8,6	+ 8,5	+ 0,7
Keramiker, Glasmacher	44 822	- 5,9	- 6,7	- 0,3	4 751	+ 1,4	+ 0,5	- 11,1
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	377 096	- 2,6	- 2,5	+ 0,9	32 406	+ 3,8	+ 2,0	- 10,2
Papierhersteller, -verarbeiter	95 168	- 5,1	- 3,9	- 0,7	8 004	+ 8,5	+ 2,8	- 9,1
Drucker	117 325	- 7,6	- 4,6	- 2,6	20 058	+ 24,0	+ 19,0	- 2,1
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	44 522	- 7,5	- 7,1	- 6,4	7 766	+ 7,1	+ 6,1	- 4,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	446 092	- 4,0	- 3,8	+ 0,4	49 471	+ 6,3	+ 7,5	- 12,0
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 487 440	- 2,5	- 1,9	- 0,7	145 304	+ 13,0	+ 14,2	- 6,5
Elektriker	527 716	- 3,5	- 2,4	- 0,7	57 114	+ 20,1	+ 21,9	- 7,0
Montierer und Metallhilfsarbeiter	426 865	- 3,6	- 6,0	+ 1,8	98 872	+ 5,9	+ 14,6	- 5,0
Textil- und Bekleidungsberufe	91 932	- 10,0	- 9,3	- 4,6	30 144	- 1,4	- 1,5	- 11,3
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	25 579	- 8,6	- 4,7	- 3,8	4 349	+ 1,9	- 10,0	- 15,6
Ernährungsberufe	566 180	- 3,1	+ 0,4	- 0,7	101 004	+ 15,2	+ 7,3	- 1,6
Bauberufe	509 698	- 7,0	- 6,8	- 7,9	128 695	+ 5,7	+ 5,2	+ 6,0
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	127 487	- 8,1	- 6,2	- 4,9	37 228	+ 13,3	+ 15,9	+ 9,3
Tischler, Modellbauer	179 426	- 8,0	- 6,3	- 4,8	44 496	+ 12,6	+ 18,1	+ 4,9
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	189 339	- 5,9	- 4,2	- 3,0	50 989	+ 13,2	+ 15,2	+ 2,8
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	327 848	- 3,5	- 2,5	+ 0,3	116 832	+ 4,3	+ 3,5	- 4,0
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	306 240	+ 0,4	- 0,9	+ 3,9	14 720	+ 2,9	+ 13,7	+ 4,1
Maschinisten und zugehörige Berufe	137 670	- 3,4	- 2,7	- 2,3	15 775	+ 3,8	- 3,5	- 10,5
Technische Berufe davon:	1 585 504	- 1,9	- 0,4	+ 1,1	100 194	+ 10,4	+ 4,1	- 10,3
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	600 416	- 0,7	+ 0,6	+ 2,6	43 103	+ 11,3	+ 6,1	- 9,3
Techniker	751 547	- 2,5	- 0,8	+ 0,8	35 442	+ 9,3	+ 1,3	- 12,6
Technische Sonderfachkräfte	233 541	- 3,2	- 1,9	- 1,2	21 649	+ 10,3	+ 5,1	- 8,2
Dienstleistungsberufe davon:	13 593 794	- 1,3	+ 1,0	+ 1,7	1 573 798	+ 12,3	+ 8,0	- 1,4
Warenkaufleute	1 713 977	- 2,9	+ 0,0	- 0,1	259 120	+ 12,1	+ 8,2	+ 0,3
Dienstleistungskaufleute	993 685	- 2,1	+ 0,5	+ 1,7	52 692	+ 19,5	+ 20,2	+ 6,6
Verkehrsberufe	869 452	- 2,2	- 1,1	+ 0,2	109 878	+ 13,0	+ 12,3	- 1,4
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	703 137	- 2,5	- 2,0	+ 1,8	167 147	+ 11,0	+ 9,2	- 1,0
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	4 727 427	- 1,5	+ 0,8	+ 2,1	433 032	+ 13,3	+ 10,7	- 1,5
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	328 674	+ 1,0	+ 3,1	+ 2,3	105 433	+ 10,7	+ 5,1	+ 1,2
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	87 330	- 2,6	+ 0,8	+ 3,6	10 290	+ 12,9	+ 20,8	+ 3,9
Künstler und zugeordnete Berufe	117 725	- 3,5	- 0,6	+ 1,5	31 028	+ 17,7	+ 22,3	+ 8,4
Gesundheitsdienstberufe	1 546 702	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,5	71 839	+ 8,8	- 5,0	- 9,3
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 215 840	+ 2,1	+ 3,5	+ 4,0	118 561	+ 8,8	+ 0,9	- 4,0
Körperpfleger	127 949	- 2,7	+ 1,4	+ 1,0	17 352	+ 21,2	+ 14,8	+ 0,0
Gästebetreuer	316 975	- 2,9	+ 2,1	+ 3,2	53 673	+ 13,5	+ 9,7	- 1,8
Hauswirtschaftliche Berufe	169 555	- 2,8	- 1,7	- 0,1	33 911	+ 8,2	+ 2,3	- 3,3
Reinigungsberufe	675 366	- 2,1	+ 2,2	+ 2,2	109 843	+ 12,2	+ 3,5	- 3,3
Sonstige Berufe	183 460	+ 8,2	+ 8,0	+ 14,1	30 844	- 32,8	- 13,9	- 7,1

Tabelle III.C.1c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen; Ostdeutschland								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2003	Veränderung in %			2003	Veränderung in %		
		2003/02	2002/01	2001/00		2003/02	2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alle Berufsbereiche	5 224 292	- 3,0	- 2,9	- 3,1	1 623 715	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,5
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe davon:	142 384	- 6,2	- 6,0	- 8,1	83 556	+ 6,2	+ 1,3	+ 3,2
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	12 558	+ 3,6	- 0,3	- 2,5	7 899	+ 2,3	- 4,8	- 2,2
Forst- und Jagdberufe	11 491	- 8,8	- 6,0	- 13,9	3 488	+ 2,8	- 3,1	+ 1,3
Bergleute, Mineralgewinner	2 910	- 2,5	- 3,2	- 4,3	944	- 10,9	- 19,8	- 13,0
Fertigungsberufe davon:	1 386 603	- 4,7	- 6,5	- 6,6	588 082	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,8
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	9 508	- 8,5	- 9,5	- 7,5	2 798	+ 1,8	+ 3,8	+ 9,2
Keramiker, Glasmacher	9 633	- 5,0	- 1,5	+ 1,7	2 685	- 0,1	- 2,1	- 6,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	46 847	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,5	9 203	- 4,4	- 5,8	- 8,3
Papierhersteller, -verarbeiter	10 735	- 3,5	- 1,8	+ 2,9	2 792	+ 0,9	- 6,0	- 4,9
Drucker	14 239	- 5,0	- 3,9	- 1,4	5 399	+ 18,4	+ 10,8	+ 3,4
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	9 040	- 4,4	- 5,9	- 2,8	4 392	+ 2,4	- 0,1	- 2,0
Metallerzeuger, -bearbeiter	75 314	- 2,6	- 0,7	+ 3,9	19 593	+ 1,8	+ 2,3	- 7,2
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	327 126	- 4,1	- 5,3	- 5,1	91 378	+ 2,8	+ 4,4	- 1,4
Elektriker	132 309	- 5,5	- 5,7	- 5,4	33 229	+ 9,0	+ 11,0	- 5,0
Montierer und Metallhilfsarbeiter	47 904	- 2,4	- 3,8	+ 7,5	18 515	+ 3,7	+ 3,0	- 4,7
Textil- und Bekleidungsberufe	21 444	- 6,9	- 9,1	- 7,4	20 807	- 3,9	- 3,7	- 4,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	5 749	- 3,2	- 3,1	- 5,3	3 670	- 9,2	- 8,6	- 7,3
Ernährungsberufe	151 269	- 3,1	- 1,7	- 1,9	69 932	+ 4,7	+ 0,6	- 0,2
Bauberufe	204 973	- 8,8	- 13,7	- 17,5	153 275	+ 0,4	+ 2,4	+ 8,8
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	38 803	- 9,5	- 11,7	- 16,5	34 282	+ 2,5	+ 5,0	+ 13,5
Tischler, Modellbauer	41 969	- 9,1	- 11,3	- 10,1	26 271	+ 6,1	+ 11,7	+ 14,0
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	50 475	- 8,6	- 10,9	- 12,6	37 175	+ 4,8	+ 9,4	+ 14,2
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	47 676	- 0,1	+ 0,0	+ 1,8	24 451	+ 3,3	+ 1,5	- 0,5
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	98 868	- 0,8	- 6,1	- 1,5	8 300	- 6,1	+ 12,8	+ 12,7
Maschinisten und zugehörige Berufe	42 722	- 3,4	- 6,4	- 7,7	19 937	- 5,5	- 5,4	- 2,7
Technische Berufe davon:	298 054	- 3,6	- 2,8	- 2,7	65 662	+ 1,4	- 2,1	- 3,7
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	118 940	- 4,3	- 3,6	- 3,6	36 112	+ 0,4	- 4,2	- 4,6
Techniker	144 341	- 2,9	- 1,9	- 1,6	15 811	+ 3,5	+ 2,8	- 0,6
Technische Sonderfachkräfte	34 773	- 3,6	- 3,1	- 3,8	13 739	+ 1,6	- 1,5	- 4,4
Dienstleistungsberufe davon:	3 307 518	- 2,2	- 1,1	- 1,3	869 937	+ 6,4	+ 2,3	+ 1,2
Warenkaufleute	405 555	- 3,2	- 2,3	- 2,9	158 584	+ 6,7	+ 4,0	+ 3,2
Dienstleistungskaufleute	151 601	- 4,0	- 1,9	- 0,8	21 692	+ 10,6	+ 9,5	+ 4,9
Verkehrsberufe	271 445	- 2,4	- 2,4	- 2,3	62 989	+ 1,9	+ 0,5	- 1,2
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	119 132	- 3,2	- 3,6	- 0,8	61 429	+ 5,2	+ 0,4	- 0,5
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	1 084 459	- 2,6	- 1,6	- 1,4	233 148	+ 5,3	+ 1,0	- 0,9
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	111 474	- 1,3	+ 0,3	- 2,6	76 503	+ 13,2	+ 8,5	+ 10,9
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	25 204	- 2,9	- 1,0	+ 0,3	5 197	+ 8,3	+ 8,3	+ 6,1
Künstler und zugeordnete Berufe	32 592	- 1,0	- 0,8	- 0,2	17 619	+ 13,4	+ 13,4	+ 10,6
Gesundheitsdienstberufe	389 644	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,2	26 165	+ 2,3	- 4,0	- 6,6
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	414 964	- 2,5	+ 0,2	- 0,9	64 145	+ 7,0	- 1,3	- 0,5
Körperpfleger	45 812	- 1,5	- 0,1	+ 0,6	7 660	+ 12,2	+ 10,7	+ 2,2
Gästebetreuer	80 832	- 1,7	+ 0,0	+ 0,3	35 270	+ 6,7	+ 6,3	+ 3,9
Hauswirtschaftliche Berufe	29 132	- 2,2	- 0,8	+ 0,3	26 236	+ 10,2	+ 5,5	+ 4,0
Reinigungsberufe	145 672	- 3,5	- 1,8	- 2,7	73 300	+ 4,0	- 1,4	- 0,6
Sonstige Berufe	86 595	+ 0,1	- 4,9	+ 0,0	15 519	- 38,9	- 15,9	- 3,9

Tabelle III.C.3a

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Deutschland						
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2003	Veränderung in %		2003	2002	2001
		2003/02	2002/01			
	1	2	3	4	5	6
Alle Berufsbereiche	2 467 309	- 11,8	- 25,7	58,1	62,9	51,0
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	388 315	- 4,4	- 10,1	44,1	44,4	36,0
davon: Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	378 004	- 4,1	- 9,3	44,3	44,8	36,6
Forst- und Jagdberufe	10 311	- 16,2	- 29,5	41,0	37,2	26,2
Bergleute, Mineralgewinner	888	+ 5,3	- 52,2	28,0	30,3	15,9
Fertigungsberufe	789 933	- 9,4	- 31,9	54,3	59,8	46,9
davon: Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	2 094	- 27,9	- 53,8	50,1	49,7	29,7
Keramiker, Glasmacher	1 418	- 23,8	- 44,9	44,8	48,3	36,0
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	13 927	- 16,6	- 26,7	55,7	49,9	43,6
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	10 173	- 8,2	- 31,6	50,4	62,1	56,6
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	3 392	+ 0,4	- 43,4	35,0	42,8	28,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	41 137	+ 1,6	- 32,9	75,0	86,4	69,1
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	140 562	- 6,2	- 30,5	65,8	76,4	62,4
Elektriker	56 788	- 12,2	- 36,3	69,5	84,8	71,5
Montierer und Metallhilfsarbeiter	45 386	+ 0,6	- 38,8	50,5	46,3	39,2
Textil- und Bekleidungsberufe	9 323	- 18,3	- 30,7	51,6	55,0	43,8
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	1 469	- 24,5	- 30,9	79,8	87,9	64,2
Ernährungsberufe	115 612	- 15,3	- 27,4	56,4	65,6	52,6
Bauberufe	128 589	- 14,0	- 34,4	35,5	35,4	24,1
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	34 293	- 7,1	- 27,1	47,7	50,6	40,6
Tischler, Modellbauer	31 701	- 12,7	- 28,7	42,9	51,0	42,7
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	34 873	- 9,7	- 30,2	50,3	53,4	39,2
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	41 194	- 15,5	- 34,0	48,6	48,8	37,6
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	69 323	+ 5,5	- 27,1	53,9	49,7	33,5
Maschinenisten und zugehörige Berufe	8 679	- 10,8	- 45,2	45,2	44,4	30,5
Technische Berufe	76 269	- 13,9	- 26,4	78,5	85,2	75,4
davon: Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	37 553	- 11,8	- 30,2	87,5	94,6	82,3
Techniker	26 362	- 9,4	- 19,7	72,4	79,3	71,4
Technische Sonderfachkräfte	12 354	- 26,7	- 27,0	64,5	71,3	63,2
Dienstleistungsberufe	1 211 677	- 15,2	- 25,2	60,7	65,5	54,2
davon: Warenkaufleute	172 386	- 13,0	- 24,6	64,7	69,1	57,0
Dienstleistungskaufleute	102 606	+ 16,2	- 9,6	71,8	80,8	69,1
Verkehrsberufe	176 577	- 14,5	- 33,4	49,4	52,7	42,8
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	259 255	- 22,3	- 28,8	54,3	62,0	56,4
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	51 509	- 4,7	- 17,0	53,5	57,1	43,6
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	14 368	- 26,8	- 28,3	53,7	57,0	45,6
Gesundheitsdienstberufe	86 638	- 25,5	- 16,2	83,0	83,1	65,5
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	129 920	- 16,0	- 19,9	61,2	63,6	50,4
Körperpfleger	22 221	- 3,5	- 18,9	72,7	88,5	78,3
Gästepfleger	82 364	- 9,7	- 25,9	63,0	75,1	60,2
Hauswirtschaftliche Berufe	31 904	- 18,3	- 22,1	53,4	55,9	47,9
Reinigungsberufe	81 929	- 21,8	- 28,4	46,8	52,1	42,5

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.C.3b

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Westdeutschland						
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2003	Veränderung in %		2003	2002	2001
		2003/02	2002/01			
	1	2	3	4	5	6
Alle Berufsbereiche	1 830 190	- 11,1	- 25,0	66,0	73,8	61,5
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	301 886	- 2,9	- 4,5	63,7	62,2	48,5
davon: Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	301 886	- 2,9	- 4,5	63,8	63,0	49,3
Forst- und Jagdberufe	6 586	- 18,6	- 24,9	60,8	47,5	34,9
Bergleute, Mineralgewinner	392	+ 14,3	- 60,0	54,7	58,7	25,4
Fertigungsberufe	550 721	- 9,0	- 32,3	62,1	71,2	57,3
davon: Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1 452	- 35,3	- 54,4	58,1	54,5	33,0
Keramiker, Glasmacher	902	- 14,6	- 56,7	51,6	63,7	39,4
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	10 804	- 17,8	- 30,3	62,1	56,3	48,7
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	7 636	- 11,5	- 35,9	53,7	67,8	62,2
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	1 746	- 21,9	- 46,2	47,3	50,8	32,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	30 264	+ 3,2	- 32,8	81,8	97,4	80,6
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	102 572	- 5,6	- 29,0	72,6	87,2	75,0
Elektriker	41 468	- 13,0	- 35,9	76,2	95,9	83,2
Montierer und Metallhilfsarbeiter	37 938	- 0,7	- 37,6	56,0	52,0	44,3
Textil- und Bekleidungsberufe	5 226	- 22,3	- 32,7	66,5	71,4	58,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	1 151	- 22,4	- 30,8	83,8	98,8	74,2
Ernährungsberufe	94 554	- 14,2	- 28,0	60,2	71,9	58,4
Bauberufe	58 797	- 15,1	- 37,3	42,9	45,2	31,9
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	21 664	- 2,1	- 28,2	54,8	62,2	52,8
Tischler, Modellbauer	20 745	- 15,0	- 29,6	48,3	59,7	51,3
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	24 846	- 9,3	- 27,4	55,3	59,7	47,3
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	34 799	- 15,4	- 35,0	52,0	54,0	41,7
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	49 225	+ 7,5	- 29,4	62,0	64,0	39,6
Maschinisten und zugehörige Berufe	4 932	- 5,9	- 46,8	51,6	60,6	43,9
Technische Berufe	58 622	- 11,5	- 26,0	86,4	96,1	88,6
davon: Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	29 080	- 7,7	- 28,9	96,4	107,1	97,7
Techniker	19 679	- 8,8	- 20,8	80,4	90,4	83,7
Technische Sonderfachkräfte	9 863	- 25,0	- 26,7	69,3	78,7	72,5
Dienstleistungsberufe	918 415	- 14,6	- 25,0	66,9	74,6	63,5
davon: Warenkaufleute	134 755	- 10,5	- 22,9	70,9	78,6	68,9
Dienstleistungskaufleute	81 817	+ 16,0	- 9,3	76,7	88,9	77,5
Verkehrsberufe	137 547	- 13,5	- 33,8	53,7	58,9	48,5
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	195 036	- 23,3	- 29,5	59,9	70,5	66,2
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	37 076	+ 2,5	- 18,4	61,1	70,7	53,9
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	9 677	- 32,1	- 20,0	59,3	66,2	57,4
Gesundheitsdienstberufe	67 555	- 25,4	- 15,6	88,6	90,2	73,2
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	83 446	- 17,5	- 16,9	73,2	77,6	64,7
Körperpfleger	17 134	+ 2,0	- 19,9	78,0	100,4	90,8
Gästebetreuer	65 156	- 9,1	- 25,7	68,4	84,8	68,7
Hauswirtschaftliche Berufe	24 547	- 20,0	- 20,4	57,0	60,1	53,7
Reinigungsberufe	64 669	- 19,4	- 29,7	50,0	59,2	47,9

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.C.3c

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Ostdeutschland						
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2003	Veränderung in %		2003	2002	2001
		2003/02	2002/01			
	1	2	3	4	5	6
Alle Berufsbereiche	637 119	- 13,7	- 27,8	39,9	37,5	25,5
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	86 429	- 9,4	- 24,6	31,1	28,2	22,3
davon: Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	86 429	- 9,4	- 24,6	31,1	28,2	22,6
Forst- und Jagdberufe	3 725	- 11,6	- 36,8	30,9	29,3	18,2
Bergleute, Mineralgewinner	496	- 0,8	- 44,7	11,5	10,6	8,0
Fertigungsberufe	239 212	- 10,3	- 31,1	37,8	35,5	23,6
davon: Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	642	- 2,4	- 51,5	30,6	33,6	18,4
Keramiker, Glasmacher	516	- 35,9	- 14,4	35,0	30,6	28,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	3 123	- 12,1	- 9,4	35,4	29,8	21,3
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	2 537	+ 3,7	- 10,3	38,5	42,3	30,6
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	1 646	+ 44,0	- 36,9	25,2	29,8	20,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	10 873	- 2,6	- 33,1	55,0	56,0	38,1
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	37 990	- 7,7	- 34,2	45,8	46,1	29,6
Elektriker	15 320	- 10,0	- 37,4	49,8	51,0	37,4
Montierer und Metallhilfsarbeiter	7 448	+ 7,4	- 44,6	25,2	20,6	15,1
Textil- und Bekleidungsberufe	4 097	- 12,4	- 27,7	35,2	34,0	22,5
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	318	- 31,3	- 31,1	65,1	52,3	30,0
Ernährungsberufe	21 058	- 20,1	- 24,9	42,2	42,3	30,1
Bauberufe	69 792	- 13,1	- 31,8	29,5	27,1	16,6
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	12 629	- 14,7	- 25,5	35,8	32,6	21,3
Tischler, Modellbauer	10 956	- 8,0	- 26,8	33,0	32,7	23,6
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	10 027	- 10,7	- 36,1	37,8	37,7	21,0
Warenprüfer, Versandfertigmacher	6 395	- 15,9	- 27,9	27,5	20,7	13,3
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	20 098	+ 0,9	- 21,4	42,3	26,8	20,0
Maschinenisten und zugehörige Berufe	3 747	- 16,5	- 43,1	37,1	25,0	13,2
Technische Berufe	17 647	- 20,9	- 27,7	52,2	52,0	35,2
davon: Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	8 473	- 23,4	- 33,7	57,3	58,0	38,1
Techniker	6 683	- 11,4	- 16,4	48,3	46,6	32,8
Technische Sonderfachkräfte	2 491	- 32,9	- 27,9	44,8	44,8	30,5
Dienstleistungsberufe	293 262	- 17,0	- 25,9	43,2	40,4	27,3
davon: Warenkaufleute	37 631	- 21,0	- 29,7	43,4	40,5	25,1
Dienstleistungskaufleute	20 789	+ 17,1	- 10,5	54,6	50,7	37,5
Verkehrsberufe	39 030	- 17,7	- 32,1	35,2	33,6	23,1
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	64 219	- 19,2	- 26,7	39,0	37,7	25,6
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	14 433	- 19,3	- 13,9	40,0	33,6	24,4
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	4 691	- 12,9	- 43,7	44,2	40,2	22,7
Gesundheitsdienstberufe	19 083	- 25,9	- 18,3	62,2	57,2	38,8
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	46 474	- 13,1	- 25,1	40,9	39,3	27,4
Körperpfleger	5 087	- 18,4	- 15,9	55,6	56,1	44,0
Gästepfleger	17 208	- 11,9	- 26,5	47,7	47,0	33,0
Hauswirtschaftliche Berufe	7 357	- 11,8	- 27,6	40,5	38,9	24,3
Reinigungsberufe	17 260	- 29,4	- 23,7	36,1	30,4	21,8

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.C.4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der beruflichen Qualifikation									
Merkmal	Bestand Ende Juni					Veränderung in %			
	2003	2002	2001	2000	1999	2003/02	2002/01	2001/00	2000/99
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	26 954 686	27 571 147	27 817 114	27 825 624	27 482 584	- 2,2	- 0,9	+ 0,0	+ 1,2
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung ¹⁾	2 363 037	2 516 824	2 654 198	2 720 290	2 747 754	- 6,1	- 5,2	- 2,4	- 1,0
Arbeiter mit Berufsausbildung ¹⁾	6 302 627	6 530 606	6 755 746	6 918 928	7 046 427	- 3,5	- 3,3	- 2,4	- 1,8
Arbeiter ohne Angabe ¹⁾	1 848 228	1 829 862	1 758 995	1 676 928	1 539 536	+ 1,0	+ 4,0	+ 4,9	+ 8,9
Angestellte ohne Berufsausbildung ¹⁾	839 891	873 871	874 085	856 830	812 937	- 3,9	0,0	+ 2,0	+ 5,4
Angestellte mit Berufsausbildung ¹⁾	12 547 718	12 770 462	12 788 615	12 748 131	12 570 133	- 1,7	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4
Angestellte ohne Angabe ¹⁾	1 464 686	1 447 610	1 367 356	1 254 878	1 112 405	+ 1,2	+ 5,9	+ 9,0	+ 12,8
darunter:									
Akademiker ²⁾	2 468 875	2 462 045	2 415 851	2 358 459	2 290 555	+ 0,3	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,0
Westdeutschland									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	21 730 394	22 182 502	22 266 877	22 098 158	21 645 828	- 2,0	- 0,4	+ 0,8	+ 2,1
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung ¹⁾	2 185 817	2 324 274	2 445 730	2 500 849	2 518 719	+ 1,2	- 5,0	- 2,2	- 0,7
Arbeiter mit Berufsausbildung ¹⁾	4 775 047	4 939 704	5 075 878	5 138 074	5 177 947	- 3,9	- 2,7	- 1,2	- 0,8
Arbeiter ohne Angabe ¹⁾	1 471 052	1 453 802	1 383 581	1 298 871	1 161 399	- 1,5	+ 5,1	+ 6,5	+ 11,8
Angestellte ohne Berufsausbildung ¹⁾	745 800	775 968	777 159	762 672	723 226	- 3,9	- 0,2	+ 1,9	+ 5,5
Angestellte mit Berufsausbildung ¹⁾	10 146 457	10 296 811	10 268 639	10 174 948	9 972 774	- 1,5	+ 0,3	+ 0,9	+ 2,0
Angestellte ohne Angabe ¹⁾	1 151 509	1 134 424	1 061 345	961 653	834 809	+ 1,5	+ 6,9	+ 10,4	+ 15,2
darunter:									
Akademiker ²⁾	1 896 424	1 879 125	1 828 377	1 760 533	1 687 905	+ 0,9	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,3
Ostdeutschland									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	5 224 292	5 388 645	5 550 237	5 727 466	5 836 756	- 3,0	- 2,9	- 3,1	- 1,9
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung ¹⁾	177 220	192 550	208 468	219 441	229 035	+ 0,3	+ 0,2	- 5,0	- 4,2
Arbeiter mit Berufsausbildung ¹⁾	1 527 580	1 590 902	1 679 868	1 780 854	1 868 480	- 3,9	+ 1,0	- 5,7	- 4,7
Arbeiter ohne Angabe ¹⁾	377 176	376 060	375 414	378 057	378 137	- 2,9	- 1,8	- 0,7	+ 0,0
Angestellte ohne Berufsausbildung ¹⁾	94 091	97 903	96 926	94 158	89 711	- 1,8	+ 1,0	+ 2,9	+ 5,0
Angestellte mit Berufsausbildung ¹⁾	2 401 261	2 473 651	2 519 976	2 573 183	2 597 359	- 2,9	- 1,8	- 2,1	- 0,9
Angestellte ohne Angabe ¹⁾	313 177	313 186	306 011	293 225	277 596	+ 0,0	+ 2,3	+ 4,4	+ 5,6
darunter:									
Akademiker ²⁾	572 451	582 920	587 474	597 926	602 650	- 1,8	- 0,8	- 1,7	- 0,8

¹⁾ Ohne Auszubildende.

²⁾ Fachhochschule, Hochschule und Universität.

Tabelle III.D.1

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2003		2002		2001	
	Alle	%-Anteil an allen Beschäftigten	Alle	%-Anteil an allen Beschäftigten	Alle	%-Anteil an allen Beschäftigten
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
Insgesamt	12 181 310	45,2	12 391 665	44,9	12 372 527	44,5
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	93 930	29,2	98 747	29,7	102 398	30,1
Verarbeitendes Gewerbe	1 870 922	27,0	1 943 742	27,2	2 000 065	27,4
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	109 439	56,3	122 095	56,9	133 917	57,6
Maschinenbau	172 998	16,8	178 881	16,9	181 586	17,0
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	351 631	33,3	363 799	33,4	380 047	34,0
Baugewerbe	214 471	12,3	230 708	12,3	246 839	12,1
Dienstleistungsbereich						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2 072 362	51,4	2 145 316	51,5	2 153 805	51,2
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	431 428	29,0	446 475	29,3	454 802	29,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	584 221	55,6	596 827	55,5	593 628	55,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 473 487	47,3	1 481 527	47,4	1 459 877	47,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 031 696	59,3	1 027 366	59,0	1 026 996	58,7
Erziehung und Unterricht	675 288	65,3	689 010	65,6	679 984	65,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 476 400	80,3	2 445 679	80,2	2 378 630	80,1
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	711 129	57,8	720 811	57,6	709 355	57,4
Westdeutschland						
Insgesamt	9 585 675	44,1	9 722 108	43,8	9 653 290	43,4
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	52 019	27,8	53 895	27,9	53 289	27,8
Verarbeitendes Gewerbe	1 591 154	26,2	1 655 750	26,4	1 704 226	26,6
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	91 270	55,0	102 538	55,6	112 627	56,3
Maschinenbau	157 500	16,9	163 037	17,0	165 348	17,1
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	301 685	32,8	313 188	32,9	327 785	33,5
Baugewerbe	162 381	12,6	172 155	12,5	177 582	12,2
Dienstleistungsbereich						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	1 689 048	50,5	1 747 867	50,5	1 749 208	50,3
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	333 638	28,7	343 139	29,0	345 608	29,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	500 735	54,0	509 635	53,8	503 038	53,6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 165 667	46,7	1 175 662	46,9	1 153 040	46,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	704 894	55,8	697 310	55,5	683 300	54,9
Erziehung und Unterricht	461 625	67,4	458 112	67,5	448 336	67,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 975 322	79,9	1 944 586	79,8	1 885 870	79,7
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	533 259	58,2	534 463	58,0	521 536	57,7
Ostdeutschland						
Insgesamt	2 595 635	49,7	2 669 557	49,5	2 719 237	49,0
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	41 911	31,2	44 852	32,2	49 109	33,2
Verarbeitendes Gewerbe	279 768	32,1	287 992	32,3	295 839	32,6
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	18 169	63,8	19 557	64,7	21 290	66,0
Maschinenbau	15 498	16,1	15 844	15,9	16 238	16,2
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	49 946	36,7	50 611	36,7	52 262	37,4
Baugewerbe	52 090	11,4	58 553	11,7	69 257	11,9
Dienstleistungsbereich						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	383 314	55,8	397 449	56,0	404 597	55,6
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	97 790	29,9	103 336	30,5	109 194	30,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	83 486	67,9	87 192	67,7	90 590	67,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	307 820	49,7	305 865	49,6	306 837	49,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	326 802	68,3	330 056	68,1	343 696	68,1
Erziehung und Unterricht	213 663	61,3	230 898	62,1	231 648	62,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	501 078	81,9	501 093	81,8	492 760	81,8
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	177 870	56,5	186 348	56,6	187 819	56,6

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.D.2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Männer und Frauen, Vollzeit und Teilzeit															
Wirtschaftszweige	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni 2003														
	insgesamt		darunter (Spalte 1) ²⁾												
	absolut	1)	Männer		Frauen			Vollzeit				Teilzeit			
			absolut	1)	absolut	1)	%-Ant. Sp.1	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1	2	3	4	5	6	7	absolut	1)	absolut	1)	absolut	1)	absolut	1)
Deutschland															
Insgesamt	26 954 686	-2,2	14 773 376	-2,7	12 181 310	-1,7	45,2	14 116 383	-2,9	8 541 191	-2,6	652 035	+1,8	3 635 893	+0,6
darunter:															
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	321 134	-3,5	227 204	-2,8	93 930	-4,9	29,2	219 051	-2,6	78 773	-4,6	8 135	-10,0	15 145	-6,4
Verarbeitendes Gewerbe	6 937 910	-3,0	5 066 988	-2,8	1 870 922	-3,7	27,0	4 988 144	-3,0	1 567 552	-4,2	78 531	+11,7	303 124	-1,4
dar.: Textil, Bekleidung, Leder	194 548	-9,3	85 109	-7,9	109 439	-10,4	56,3	83 989	-8,2	92 881	-10,7	1 112	+13,6	16 543	-8,4
Maschinenbau	1 029 056	-2,8	856 058	-2,7	172 998	-3,3	16,8	848 112	-3,0	144 380	-3,9	7 926	+35,6	28 609	-0,1
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	1 056 443	-3,1	704 812	-3,0	351 631	-3,3	33,3	689 737	-3,2	301 686	-4,0	15 005	+9,2	49 914	+0,8
Baugewerbe	1 745 887	-7,2	1 531 416	-7,2	214 471	-7,0	12,3	1 515 467	-7,2	167 997	-7,3	15 791	-7,9	46 399	-6,3
Dienstleistungsbereich															
dar.: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	4 030 654	-3,3	1 958 292	-3,2	2 072 362	-3,4	51,4	1 881 418	-3,3	1 324 136	-4,3	76 272	+0,2	747 700	-1,7
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	1 489 280	-2,3	1 057 852	-1,8	431 428	-3,4	29,0	1 001 922	-2,0	314 173	-4,0	55 807	+1,3	117 182	-1,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 050 687	-2,4	466 466	-2,7	584 221	-2,1	55,6	452 124	-3,1	441 224	-3,4	14 266	+9,9	142 899	+2,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3 117 285	-0,2	1 643 798	+0,1	1 473 487	-0,5	47,3	1 532 286	+0,0	1 068 054	-1,0	110 482	+0,8	404 736	+0,6
Öffentl. Verwaltg., Verteidigung, Sozialvers.	1 741 203	+0,0	709 507	-0,6	1 031 696	+0,4	59,3	663 873	-1,1	649 828	-0,9	44 693	+5,9	381 309	+2,8
Erziehung und Unterricht	1 033 394	-1,6	358 106	-0,9	675 288	-2,0	65,3	288 345	-0,5	377 289	-3,3	69 630	-2,7	297 895	-0,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 083 164	+1,1	606 764	0,5	2 476 400	+1,3	80,3	532 213	+0,0	1 639 585	+0,1	74 233	+4,4	836 335	+3,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1 230 775	-1,6	519 646	-1,9	711 129	-1,3	57,8	465 716	-2,2	495 618	-2,3	52 843	+0,1	214 351	+1,0
Westdeutschland															
Insgesamt	21 730 394	-2,0	12 144 719	-2,5	9 585 675	-1,4	44,1	11 620 624	-2,8	6 588 013	-2,4	520 068	+2,7	2 994 457	+0,9
darunter:															
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	187 011	-3,2	134 992	-3,0	52 019	-3,5	27,8	130 904	-3,0	41 852	-3,8	4 075	-3,1	10 157	-2,0
Verarbeitendes Gewerbe	6 066 640	-3,1	4 475 486	-2,9	1 591 154	-3,9	26,2	4 404 006	-3,1	1 315 021	-4,4	71 231	+12,1	275 929	-1,3
dar.: Textil, Bekleidung, Leder	166 081	-9,9	74 811	-8,5	91 270	-11,0	55,0	73 796	-8,8	76 008	-11,4	1 007	+17,0	15 248	-8,8
Maschinenbau	932 528	-2,8	775 028	-2,7	157 500	-3,4	16,9	767 534	-3,0	130 398	-4,1	7 477	+38,0	27 094	+0,0
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	920 394	-3,4	618 709	-3,2	301 685	-3,7	32,8	605 325	-3,5	255 461	-4,4	13 334	+9,0	46 201	+0,5
Baugewerbe	1 289 043	-6,5	1 126 662	-6,6	162 381	-5,7	12,6	1 115 051	-6,7	123 076	-6,0	11 515	-3,3	39 253	-4,6
Dienstleistungsbereich															
dar.: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	3 344 255	-3,3	1 655 207	-3,2	1 689 048	-3,4	50,5	1 591 973	-3,3	1 085 260	-4,2	62 689	-0,2	603 354	-1,9
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	1 162 547	-1,9	828 909	-1,6	333 638	-2,8	28,7	780 741	-1,7	235 158	-3,3	48 061	+0,8	98 421	-1,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	927 672	-2,1	426 937	-2,5	500 735	-1,7	54,0	413 588	-2,8	369 361	-2,9	13 281	+9,9	131 293	+1,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 497 727	-0,4	1 332 060	+0,1	1 165 667	-0,9	46,7	1 242 941	+0,0	833 882	-1,3	88 307	+1,1	331 254	+0,4
Öffentl. Verwaltg., Verteidigung, Sozialvers.	1 262 981	+0,5	558 087	-0,1	704 894	+1,1	55,8	526 376	-0,8	402 288	-0,9	30 800	+11,1	302 098	+3,8
Erziehung und Unterricht	684 988	+1,0	223 363	+1,4	461 625	+0,8	67,4	170 244	+2,7	229 545	+0,8	53 006	-2,7	232 001	+0,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 471 139	+1,4	495 817	+0,7	1 975 322	+1,6	79,9	437 364	+0,2	1 282 856	+0,4	58 180	+4,8	692 092	+3,8
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	915 746	-0,6	382 487	-1,2	533 259	-0,2	58,2	343 756	-1,7	360 921	-1,6	37 994	+3,3	171 593	+2,8
Ostdeutschland															
Insgesamt	5 224 292	-3,0	2 628 657	-3,3	2 595 635	-2,8	49,7	2 495 759	-3,4	1 953 178	-3,4	131 967	-1,8	641 436	-0,7
darunter:															
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	134 123	-3,9	92 212	-2,6	41 911	-6,6	31,2	88 147	-1,8	36 921	-5,4	4 060	-16,0	4 988	-14,2
Verarbeitendes Gewerbe	871 270	-2,3	591 502	-2,1	279 768	-2,9	32,1	584 138	-2,2	252 531	-3,0	7 300	+8,8	27 195	-1,7
dar.: Textil, Bekleidung, Leder	28 467	-5,8	10 298	-3,4	18 169	-7,1	63,8	10 193	-3,4	16 873	-7,4	105	-11,0	1 295	-3,4
Maschinenbau	96 528	-3,1	81 030	-3,3	15 498	-2,2	16,1	80 578	-3,3	13 982	-2,2	449	+5,4	1 515	-1,8
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	136 049	-1,3	86 103	-1,3	49 946	-1,3	36,7	84 412	-1,5	46 225	-1,7	1 671	+11,0	3 713	+4,2
Baugewerbe	456 844	-8,9	404 754	-8,6	52 090	-11,0	11,4	400 416	-8,5	44 921	-10,5	4 276	-18,3	7 146	-14,4
Dienstleistungsbereich															
dar.: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	686 399	-3,4	303 085	-3,1	383 314	-3,6	55,8	289 445	-3,4	238 876	-4,9	13 583	+1,9	144 346	-1,2
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	326 733	-3,6	228 943	-2,8	97 790	-5,4	29,9	221 181	-3,0	79 015	-6,0	7 746	+4,5	18 761	-2,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	123 015	-4,5	39 529	-5,0	83 486	-4,3	67,9	38 536	-5,3	71 863	-5,8	985	+10,3	11 606	+6,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	619 558	+0,4	311 738	+0,2	307 820	+0,6	49,7	289 345	+0,2	234 172	+0,3	22 175	-0,3	73 482	+1,7
Öffentl. Verwaltg., Verteidigung, Sozialvers.	478 222	-1,4	151 420	-2,3	326 802	-1,0	68,3	137 497	-2,1	247 540	-1,1	13 893	-4,1	79 211	-0,7
Erziehung und Unterricht	348 406	-6,3	134 743	-4,5	213 663	-7,5	61,3	118 101	-4,7	147 744	-9,1	16 624	-2,8	65 894	-3,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	612 025	-1,0	110 947	-3,3	501 078	+0,0	81,9	94 849	-0,9	356 729	-1,3	16 053	+3,0	144 243	+3,3
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	315 029	-4,3	137 159	-4,0	177 870	-4,5	56,5	121 960	-3,6	134 697	-4,2	14 849	-7,3	42 758	-5,7

1) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2) Differenzen zu Insgesamt ergeben sich aus nicht zu zuordnenden Datenfällen.

3) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

4) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.D.3

Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Geschlecht								
Jahr	Bestand an Arbeitslosen				Arbeitslosenquoten bezogen auf			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	alle Erwerbspersonen ¹⁾	abhängige Erwerbspersonen ²⁾	alle Erwerbspersonen ¹⁾	abhängige Erwerbspersonen ²⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland								
1998	2 273 368	- 2,9	2 007 261	- 1,7	10,5	11,9	11,8	12,8
1999	2 160 461	- 5,0	1 940 037	- 3,3	9,9	11,3	11,2	12,2
2000	2 053 377	- 5,0	1 836 317	- 5,3	9,2	10,5	10,0	10,9
2001	2 063 852	+ 0,5	1 788 712	- 2,6	9,2	10,4	9,5	10,2
2002	2 239 919	+ 8,5	1 821 424	+ 1,8	9,9	11,3	9,5	10,3
2003	2 446 200	+ 9,2	1 930 567	+ 6,0	10,9	12,4	10,0	10,8
Westdeutschland								
1998	1 553 131	- 10,8	1 198 404	- 6,4	9,1	10,4	9,3	10,2
1999	1 448 541	- 6,7	1 156 179	- 3,5	8,4	9,7	8,7	9,6
2000	1 312 127	- 9,4	1 068 861	- 7,6	7,4	8,5	7,5	8,3
2001	1 287 412	- 1,9	1 033 088	- 3,3	7,2	8,3	7,0	7,7
2002	1 425 755	+ 10,7	1 072 636	+ 3,8	8,0	9,1	7,2	7,8
2003	1 594 379	+ 11,8	1 158 672	+ 8,0	8,9	10,2	7,7	8,3
Ostdeutschland								
1998	720 238	+ 19,7	808 857	+ 6,2	15,8	17,5	20,0	21,0
1999	711 920	- 1,2	783 859	- 3,1	15,5	17,3	19,1	20,2
2000	741 250	+ 4,1	767 457	- 2,1	15,9	17,8	18,2	19,3
2001	776 440	+ 4,7	755 624	- 1,5	16,6	18,5	18,1	19,0
2002	814 163	+ 4,9	748 789	- 0,9	17,5	19,5	17,9	18,9
2003	851 821	+ 4,6	771 894	+ 3,1	18,6	20,6	18,6	19,6

¹⁾ Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige).

²⁾ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

Tabelle III.D.4a

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Deutschland						
Merkmal	2003			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2002	2001	2000
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) ¹⁾	51,1	51,2	51,2
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) ¹⁾	44,3	44,1	43,8
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)	26 954 686	12 181 310	45,2	44,9	44,5	44,1
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	7 622 421	3 136 785	41,2	41,2	41,9	42,5
Bestand	4 376 767	1 930 567	44,1	44,8	46,4	47,2
darunter: Langzeitarbeitslose	1 388 425	652 885	47,0	49,7	51,2	51,1
Abgang	7 533 861	3 107 876	41,3	42,1	42,8	42,9
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	3 120 577	1 095 190	35,1	36,4	37,6	38,2
Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)						
Berufliche Weiterbildung	250 976	130 442	52,0	51,6	51,9	52,1
Trainingsmaßnahmen	77 887	35 828	46,0	47,7	49,4	50,2
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	1 544 647	727 343	47,1	36,2	48,3	36,6
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	92 443	40 727	44,1	47,3	49,8	51,3
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	44 781	19 832	44,3	46,3	48,2	49,2
<i>Beschäftigungsbegleitende Leistungen</i>						
Personal-Service-Agenturen – Bestand an Arbeitnehmern ⁴⁾	10 746	•	•	•	•	•
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	3 062	1 407	45,9	47,9	49,3	49,9
Eingliederungszuschuss	134 348	54 891	40,9	43,0	43,9	41,9
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	13 611	4 964	36,5	35,0	36,3	37,4
BSI / Eingliederungsvertrag	1 296	15	1,2	1,1	•	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	8 245	3 826	46,4	45,6	44,7	43,2
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	72 081	19 503	27,1	29,2	29,0	28,9
Existenzgründungszuschuss	40 266	16 345	40,6	•	•	•
Mobilitätshilfen (Zugang)	292 356	99 173	33,9	33,5	36,1	36,6
Leistungsempfänger ²⁾	4 068 567	1 652 576	40,6	41,2	42,6	43,4
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	69 673	25 276	36,3	31,6	26,8	25,5
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	356 850	135 409	37,9	39,0	39,8	39,4
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³⁾	719 571	337 263	46,9	47,5	48,4	49,6
Am Ende des Berichtsjahres ³⁾ noch nicht vermittelt	35 015	16 310	46,6	47,4	48,6	50,8

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

4) Daten aus sieben Monaten als 12 Monatsdurchschnitt gerechnet.

Tabelle III.D.4b

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Westdeutschland						
Merkmal	2003			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2002	2001	2000
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) ¹⁾	•••	•••	•••	51,2	51,2	49,7
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) ¹⁾	•••	•••	•••	43,8	43,5	43,1
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)	22 442 979	9 949 665	44,3	44,0	43,6	43,3
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	5 168 249	2 127 760	41,2	41,2	41,8	42,4
Bestand	2 753 052	1 158 672	42,1	42,9	44,4	44,7
darunter: Langzeitarbeitslose	778 178	323 142	41,5	44,6	46,0	45,3
Abgang	5 066 117	2 094 045	41,3	42,0	42,5	42,4
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	2 032 849	722 083	35,5	37,0	38,2	38,0
Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)						
Berufliche Weiterbildung	154 694	83 053	53,7	52,0	51,2	50,2
Trainingsmaßnahmen	52 175	22 958	44,0	45,6	46,0	45,3
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	633 940	291 333	46,0	40,3	45,5	46,3
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	22 720	8 230	36,2	38,1	38,5	38,1
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	7 518	2 849	37,9	37,8	38,5	41,4
<i>Beschäftigungsbegleitende Leistungen</i>						
Personal-Service-Agenturen – Bestand an Arbeitnehmern ⁴⁾	6 618	•	•	•	•	•
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	–	–	–	45,9	45,2	48,7
Eingliederungszuschuss	50 108	17 741	35,4	37,8	37,7	36,5
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	6 761	2 471	36,6	37,2	40,2	41,6
BSI / Eingliederungsvertrag	35	*	*	*	•	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	3 966	1 431	36,1	36,5	35,0	34,7
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	50 979	12 938	25,4	28,0	28,1	28,0
Existenzgründungszuschuss	27 433	11 548	42,1	•	•	•
Mobilitätshilfen (Zugang)	55 092	16 899	30,7	28,6	28,2	26,5
Leistungsempfänger ²⁾	2 505 405	943 387	37,7	37,9	38,9	39,1
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	55 002	16 448	29,9	24,7	19,1	16,9
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	226 317	78 099	34,5	34,6	34,0	32,1
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³⁾	501 956	236 161	47,0	47,6	48,8	49,8
Am Ende des Berichtsjahres ³⁾ noch nicht vermittelt	22 267	10 331	46,4	47,4	48,5	50,6

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

4) Daten aus sieben Monaten als 12 Monatsdurchschnitt gerechnet.

Tabelle III.D.4c

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Ostdeutschland						
Merkmal	2003			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2002	2001	2000
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) ¹⁾	51,1	51,1	57,7
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) ¹⁾	46,3	46,3	46,3
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)	4 511 707	2 231 645	49,5	48,8	48,8	48,2
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	2 454 172	1 009 025	41,1	41,3	42,2	42,8
Bestand	1 623 715	771 894	47,5	48,5	50,2	51,8
darunter: Langzeitarbeitslose	610 247	329 743	54,0	57,4	60,1	62,6
Abgang	2 467 744	1 013 831	41,1	42,3	43,2	44,1
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	1 087 728	373 107	34,3	35,2	36,7	38,4
Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)						
Berufliche Weiterbildung	96 282	47 389	49,2	51,0	53,0	55,0
Trainingsmaßnahmen	25 713	12 870	50,1	51,5	54,6	57,7
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	910 707	436 010	47,9	48,2	50,2	53,6
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	69 723	32 498	46,6	51,5	54,8	56,6
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	37 262	16 983	45,6	48,4	50,6	51,0
<i>Beschäftigungsbegleitende Leistungen</i>						
Personal-Service-Agenturen – Bestand an Arbeitnehmern ⁴⁾	4 128	•	•	•	•	•
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	3 062	1 407	45,9	48,0	49,4	49,9
Eingliederungszuschuss	84 240	37 150	44,1	46,9	49,4	48,9
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	6 849	2 493	36,4	32,8	32,5	31,8
BSI / Eingliederungsvertrag	1 261	15	1,2	•	•	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	4 279	2 394	56,0	57,9	61,4	61,3
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	21 102	6 565	31,1	32,1	30,7	30,9
Existenzgründungszuschuss	12 833	4 797	37,4	•	•	•
Mobilitätshilfen (Zugang)	237 264	82 274	34,7	36,3	39,2	42,7
Leistungsempfänger ²⁾	1 563 162	709 189	45,4	46,7	48,4	50,0
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	14 671	8 828	60,2	58,4	56,4	56,1
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	130 533	57 311	43,9	47,3	49,1	49,2
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³⁾	217 615	101 102	46,5	47,2	47,4	49,1
Am Ende des Berichtsjahres ³⁾ noch nicht vermittelt	12 748	5 979	46,9	47,5	48,9	51,0

¹⁾ Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

²⁾ Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

³⁾ Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

⁴⁾ Daten aus sieben Monaten als 12 Monatsdurchschnitt gerechnet.

Tabelle III.D.5

Sozialversicherungspflichtige Teilzeitquoten nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht ¹⁾									
Wirtschaftszweige ²⁾³⁾	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2003	2002	2001	2003	2002	2001	2003	2002	2001
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Insgesamt									
Insgesamt	15,9	15,4	14,8	16,2	15,7	15,0	14,8	14,5	14,0
darunter:									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	7,2	7,6	8,2	7,6	7,5	7,2	6,7	7,6	9,5
Verarbeitendes Gewerbe	5,5	5,3	5,1	5,7	5,5	5,3	4,0	3,9	4,1
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	9,1	8,9	8,8	9,8	9,5	9,4	4,9	4,8	4,8
Maschinenbau	3,6	3,3	3,1	3,7	3,4	3,2	2,0	2,0	1,9
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	6,1	5,8	5,8	6,5	6,1	5,8	4,0	3,7	5,5
Baugewerbe	3,6	3,5	3,5	3,9	3,8	3,7	2,5	2,7	3,1
Dienstleistungsbereich									
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und									
Gebrauchsgütern	20,4	20,1	19,6	19,9	19,6	19,2	23,0	22,5	21,5
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	11,6	11,4	11,3	12,6	12,5	12,4	8,1	7,9	7,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	15,0	14,2	13,4	15,6	14,9	14,2	10,2	9,1	8,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen,									
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	16,5	16,4	15,8	16,8	16,7	16,1	15,4	15,3	14,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	24,5	23,7	22,8	26,4	25,4	24,3	19,5	19,4	19,1
Erziehung und Unterricht	35,6	35,2	34,6	41,6	42,0	41,4	23,7	22,9	22,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	29,5	28,8	27,8	30,4	29,6	28,7	26,2	25,3	24,3
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	21,7	21,2	20,5	22,9	22,1	21,2	18,3	18,6	18,5
Männer									
Insgesamt	4,4	7,3	4,0	4,3	4,1	3,8	5,0	4,9	4,8
darunter:									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	3,6	5,5	4,4	3,0	3,0	2,8	4,4	5,1	6,6
Verarbeitendes Gewerbe	1,5	2,5	1,3	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,3
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	1,3	2,0	1,0	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0
Maschinenbau	0,9	1,2	0,6	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	2,1	3,5	2,0	2,2	1,9	1,8	1,9	1,7	3,5
Baugewerbe	1,0	1,7	1,0	1,0	1,0	0,9	1,1	1,2	1,4
Dienstleistungsbereich									
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und									
Gebrauchsgütern	3,9	6,7	3,6	3,8	3,7	3,5	4,5	4,3	3,9
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	5,3	9,5	5,0	5,8	5,7	5,5	3,4	3,1	3,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,1	4,8	2,3	3,1	2,8	2,3	2,5	2,1	1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen,									
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	6,7	11,7	6,3	6,6	6,6	6,2	7,1	7,2	6,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	6,3	9,4	5,6	5,5	5,0	4,4	9,2	9,4	9,8
Erziehung und Unterricht	19,4	34,5	19,7	23,7	24,7	24,8	12,3	12,1	11,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	12,2	20,1	11,1	11,7	11,3	10,5	14,5	14,0	13,5
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	10,2	16,3	9,4	9,9	9,5	8,8	10,8	11,2	11,1
Frauen									
Insgesamt	29,8	29,4	28,4	31,2	30,5	29,7	24,7	24,2	23,5
darunter:									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	16,1	17,2	17,2	19,5	19,2	18,7	11,9	13,0	15,5
Verarbeitendes Gewerbe	16,2	16,1	15,4	17,3	16,9	16,4	9,7	9,6	9,9
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	15,1	15,4	14,5	16,7	16,3	16,0	7,1	6,9	6,8
Maschinenbau	16,5	16,0	15,3	17,2	16,6	15,9	9,8	9,7	9,5
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	14,2	13,8	13,2	15,3	14,7	13,9	7,4	7,0	8,8
Baugewerbe	21,6	22,5	21,5	24,2	23,9	23,7	13,7	14,3	15,6
Dienstleistungsbereich									
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und									
Gebrauchsgütern	36,1	35,1	34,9	35,7	35,2	34,7	37,7	36,8	35,6
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	27,2	27,9	26,6	29,5	29,1	29,4	19,2	18,7	17,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	24,5	23,9	22,4	26,2	25,3	24,4	13,9	12,5	11,5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen,									
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	27,5	27,3	26,5	28,4	28,1	27,4	23,9	23,6	23,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	37,0	37,9	34,8	42,9	41,7	40,6	24,2	24,2	23,4
Erziehung und Unterricht	44,1	45,7	42,4	50,3	50,3	49,3	30,8	29,5	28,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	33,8	33,1	31,9	35,0	34,3	33,3	28,8	27,9	26,7
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	30,1	29,8	28,7	32,2	31,2	30,3	24,0	24,3	24,2

1) Jeweils Ende Juni.

2) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

3) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.D.6

Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte und Teilzeitarbeitslose nach Geschlecht								
Jahr	Teilzeitbeschäftigte				Teilzeitarbeitslose			
	Insgesamt ¹⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Alle Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Anteil an allen Beschäftigten in %	Insgesamt ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Alle Arbeitslosen	Anteil an allen Arbeitslosen in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland								
Männer und Frauen								
1998	3 784 939	+ 4,5	27 207 804	+ 13,9	340 819	•	4 280 629	+ 8,0
1999	3 677 618	- 2,8	27 482 584	+ 13,4	351 220	+ 3,1	4 100 498	+ 8,6
2000	3 928 650	+ 6,8	27 825 624	+ 14,1	345 995	- 1,5	3 889 695	+ 8,9
2001	4 119 534	+ 4,9	27 817 114	+ 14,8	351 916	+ 1,7	3 852 564	+ 9,1
2002	4 255 034	+ 3,3	27 571 147	+ 15,4	370 729	+ 5,3	4 061 343	+ 9,1
2003	4 287 928	+ 0,8	26 954 686	+ 15,9	393 875	+ 6,2	4 376 767	+ 9,0
Frauen								
1998	3 339 444	+ 3,0	11 947 117	+ 28,0	330 848	•	2 007 261	+ 16,5
1999	3 208 239	- 3,9	12 059 118	+ 26,6	340 398	+ 2,9	1 940 037	+ 17,5
2000	3 377 159	+ 5,3	12 281 713	+ 27,5	334 232	- 1,8	1 836 317	+ 18,2
2001	3 507 948	+ 3,9	12 372 527	+ 28,4	338 372	+ 1,2	1 788 712	+ 18,9
2002	3 614 303	+ 3,0	12 391 665	+ 29,2	354 129	+ 4,7	1 821 424	+ 19,4
2003	3 635 893	+ 0,6	12 181 310	+ 29,8	375 123	+ 5,9	1 930 567	+ 19,4
Männer								
1998	445 495	+ 17,7	15 260 687	+ 2,9	9 971	•	2 273 368	+ 0,4
1999	469 379	+ 5,4	15 423 466	+ 3,0	10 822	+ 8,5	2 160 461	+ 0,5
2000	551 491	+ 17,5	15 543 911	+ 3,5	11 763	+ 8,7	2 053 377	+ 0,6
2001	611 586	+ 10,9	15 444 587	+ 4,0	13 544	+ 15,1	2 063 852	+ 0,7
2002	640 731	+ 4,8	15 179 482	+ 4,2	16 601	+ 22,6	2 239 919	+ 0,7
2003	652 035	+ 1,8	14 773 376	+ 4,4	18 752	+ 13,0	2 446 200	+ 0,8
Westdeutschland								
Männer und Frauen								
1998	3 013 840	+ 3,0	21 329 828	+ 14,1	293 005	•	2 751 534	+ 10,6
1999	2 960 895	- 1,8	21 645 828	+ 13,7	303 398	+ 3,5	2 604 719	+ 11,6
2000	3 171 678	+ 7,1	22 098 158	+ 14,4	297 127	- 2,1	2 380 987	+ 12,5
2001	3 343 011	+ 5,4	22 266 877	+ 15,0	301 053	+ 1,3	2 320 500	+ 13,0
2002	3 474 892	+ 3,9	22 182 502	+ 15,7	316 556	+ 5,1	2 498 391	+ 12,7
2003	3 514 525	+ 1,1	21 730 394	+ 16,2	336 968	+ 6,4	2 753 052	+ 12,2
Frauen								
1998	2 680 021	+ 1,8	9 137 717	+ 29,3	284 752	•	1 198 404	+ 23,8
1999	2 609 666	- 2,6	9 266 530	+ 28,2	294 522	+ 3,4	1 156 179	+ 25,5
2000	2 750 287	+ 5,4	9 511 353	+ 28,9	287 553	- 2,4	1 068 861	+ 26,9
2001	2 868 373	+ 4,3	9 653 290	+ 29,7	290 127	+ 0,9	1 033 088	+ 28,1
2002	2 968 563	+ 3,5	9 722 108	+ 30,5	303 374	+ 4,6	1 072 636	+ 28,3
2003	2 994 457	+ 0,9	9 585 675	+ 31,2	322 195	+ 6,2	1 158 672	+ 27,8
Männer								
1998	333 819	+ 14,6	12 192 111	+ 2,7	8 254	•	1 553 131	+ 0,5
1999	351 229	+ 5,2	12 379 298	+ 2,8	8 875	+ 7,5	1 448 541	+ 0,6
2000	421 391	+ 20,0	12 586 805	+ 3,3	9 574	+ 7,9	1 312 127	+ 0,7
2001	474 638	+ 12,6	12 613 587	+ 3,8	10 926	+ 14,1	1 287 412	+ 0,8
2002	506 329	+ 6,7	12 460 394	+ 4,1	13 182	+ 20,6	1 425 755	+ 0,9
2003	520 068	+ 2,7	12 144 719	+ 4,3	14 773	+ 12,1	1 594 379	+ 0,9
Ostdeutschland								
Männer und Frauen								
1998	771 099	+ 10,9	5 877 976	+ 13,1	47 814	•	1 529 095	+ 3,1
1999	716 723	- 7,1	5 836 756	+ 12,3	47 822	+ 0,0	1 495 779	+ 3,2
2000	756 972	+ 5,6	5 727 466	+ 13,2	48 868	+ 2,2	1 508 707	+ 3,2
2001	776 523	+ 2,6	5 550 237	+ 14,0	50 863	+ 4,1	1 532 064	+ 3,3
2002	780 142	+ 0,5	5 388 645	+ 14,5	54 173	+ 6,5	1 562 952	+ 3,5
2003	773 403	- 0,9	5 224 292	+ 14,8	56 907	+ 5,0	1 623 715	+ 3,5
Frauen								
1998	659 423	+ 8,4	2 809 400	+ 23,5	46 097	•	808 857	+ 5,7
1999	598 573	- 9,2	2 792 588	+ 21,4	45 876	- 0,5	783 859	+ 5,9
2000	626 872	+ 4,7	2 770 360	+ 22,6	46 679	+ 1,8	767 457	+ 6,1
2001	639 575	+ 2,0	2 719 237	+ 23,5	48 245	+ 3,4	755 624	+ 6,4
2002	645 740	+ 1,0	2 669 557	+ 24,2	50 754	+ 5,2	748 789	+ 6,8
2003	641 436	- 0,7	2 595 635	+ 24,7	52 928	+ 4,3	771 894	+ 6,9
Männer								
1998	111 676	+ 28,0	3 068 576	+ 3,6	1 717	•	720 238	+ 0,2
1999	118 150	+ 5,8	3 044 168	+ 3,9	1 946	+ 13,3	711 920	+ 0,3
2000	130 100	+ 10,1	2 957 106	+ 4,4	2 189	+ 12,5	741 250	+ 0,3
2001	136 948	+ 5,3	2 831 000	+ 4,8	2 618	+ 19,6	776 440	+ 0,3
2002	134 402	- 1,9	2 719 088	+ 4,9	3 419	+ 30,6	814 163	+ 0,4
2003	131 967	- 1,8	2 628 657	+ 5,0	3 979	+ 16,4	851 821	+ 0,5

1) Jahresdurchschnitt; ab 1999 Stand 30. Juni (Veränderung 1999 zum 30. 6. 1998).

2) Jahresdurchschnitt

Tabelle III.E.1a

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen Ende September; Deutschland									
Merkmal		ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Alter über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003
		1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	absolut	1 396 484	1 446 799	1 047 680	1 028 769	964 313	999 336	3 943 260	4 207 783
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
Berufsausbildung	ohne	100	100	33,3	32,6	38,0	37,3	35,4	34,4
	mit	•	•	66,7	67,4	62,0	62,7	64,6	65,6
Alter:									
	15 bis unter 25 Jahre	17,4	15,0	•	•	5,4	5,5	13,0	12,3
	25 bis unter 50 Jahre	57,6	61,8	•	•	53,3	56,4	60,4	63,3
	50 bis unter 65 Jahre	25,0	23,2	100	100	41,2	38,1	26,6	24,4
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen									
	Einschränkungen	26,2	25,8	37,9	37,0	100	100	24,5	23,7
	Schwerbehinderte	4,0	4,2	7,0	7,4	15,4	16,8	3,8	4,0
	Langzeitarbeitslose	32,7	35,2	49,1	48,4	42,2	43,5	31,3	33,7
Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich in Monaten									
	bisherige Dauer	•	•	•	•	•	•	•	•
	abgeschlossene Dauer (im Juni)	16,4	16,3	24,1	25,8	19,7	19,4	14,7	14,7
		10,0	10,3	15,7	17,2	13,3	14,2	9,2	9,6
	Abgangsgrund (im Juni)								
	Arbeitsaufnahme	31,6	28,3	28,2	24,1	26,8	24,7	43,0	41,1

Tabelle III.E.1b

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen Ende September; Westdeutschland									
Merkmal		ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Alter über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003
		1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	absolut	1 044 207	1 095 363	664 868	645 476	652 063	668 068	2 440 456	2 653 311
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
Berufsausbildung	ohne	100	100	41,6	40,9	44,9	44,3	42,8	41,3
	mit	•	•	•	•	•	•	•	•
Alter:									
	15 bis unter 25 Jahre	15,2	13,3	0,0	0,0	4,7	4,8	12,7	12,2
	25 bis unter 50 Jahre	58,3	62,6	0,0	0,0	51,7	55,4	60,1	63,5
	50 bis unter 65 Jahre	26,5	24,1	100	100	43,6	39,7	27,2	24,3
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen									
	Einschränkungen	28,0	27,0	42,7	41,1	100	100	26,7	25,2
	Schwerbehinderte	4,6	4,7	8,7	9,2	17,2	18,7	4,6	4,7
	Langzeitarbeitslose	31,3	33,3	49,5	47,7	40,9	41,6	28,5	29,9
Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich in Monaten									
	bisherige Dauer	•	•	•	•	•	•	•	•
	abgeschlossene Dauer (im Juni)	16,5	15,9	20,9	22,8	20,3	19,3	14,6	13,9
		10,9	10,6	16,8	18,6	13,1	13,4	9,7	9,8
	Abgangsgrund (im Juni)								
	Arbeitsaufnahme	31,8	28,9	22,0	19,4	24,9	23,4	40,9	39,0

Tabelle III.E.1c

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen Ende September; Ostdeutschland									
Merkmal		ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Alter über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003
		1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	absolut	352 277	351 436	382 812	383 293	312 250	331 268	1 502 804	1 554 472
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
Berufsausbildung	ohne	100	100	18,9	18,6	23,6	23,2	23,4	22,6
	mit	•	•	81,1	81,4	76,4	76,8	76,6	77,4
Alter:									
	15 bis unter 25 Jahre	23,9	20,2	0,0	0,0	7,0	6,8	13,6	12,3
	25 bis unter 50 Jahre	55,6	59,5	0,0	0,0	56,8	58,4	61,0	63,0
	50 bis unter 65 Jahre	20,5	20,3	100	100	36,3	34,8	25,5	24,7
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen									
	Einschränkungen	20,9	21,8	29,6	30,1	100	100	20,8	21,3
	Schwerbehinderte	2,5	2,8	4,2	4,5	11,8	13,0	2,5	2,8
	Langzeitarbeitslose	36,7	41,2	48,4	49,7	44,9	47,1	35,8	40,2
Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich in Monaten									
	bisherige Dauer	•	•	•	•	•	•	•	•
	abgeschlossene Dauer (im Juni)	16,1	17,7	23,6	21,3	18,6	19,5	14,7	16,1
		9,7	10,3	13,9	14,6	13,5	14,5	8,9	9,5
	Abgangsgrund (im Juni)								
	Arbeitsaufnahme	30,8	26,1	37,8	32,0	31,0	27,8	46,8	45,1

Tabelle III.E.2

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter							
Merkmal	Zeit	1998	1999	2000	2001	2002	2003
		1	2	3	4	5	6
Deutschland							
1. Beschäftigte Schwerbehinderte insgesamt ¹⁾	Oktober	876 935	857 646	849 660	861 300	837 464	...
dav.: bei Arbeitgebern mit 20 (bis 2000: 16) oder mehr Arbeitsplätzen ¹⁾		747 235	731 946	723 960	735 600	711 764	...
dav.: Schwerbehinderte		666 917	647 528	641 539	...	617 670	...
Gleichgestellte		73 076	75 939	78 170	...	87 646	...
sonstige anrechnungsfähige Personen		7 242	8 479	4 251	...	6 448	...
bei Arbeitgebern mit weniger als 20 (bis 2000: 16) Arbeitsplätzen ²⁾		129 700	125 700	125 700	125 700	125 700	125 700
2. Arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt	Ende September	189 650	191 201	178 958	166 066	148 888	167 582
dav.: Schwerbehinderte		178 699	179 107	166 905	154 820	138 854	155 786
Gleichgestellte		10 932	10 094	12 053	11 246	10 034	11 796
dar.: 1 Jahr oder länger arbeitslos		88 469	87 452	76 846	70 124	58 279	60 909
3. Schwerbehinderte abhängige Erwerbspersonen (Pos. 1 und Pos. 2)	September/Oktober	1 066 568	1 048 812	1 028 816	1 027 366	986 352	...
4. Arbeitslosenquote in % ³⁾	Ende September	17,5	17,9	17,1	16,1	14,5	17,0
5. Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten	Juni	12,9	12,5	12,2	12,4	11,4	10,9
6. Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter ²⁾	Ende Dezember	...	3 100 565	...	3 117 244
von 15 bis unter 65 Jahren		...	2 177 560	...	2 156 146
7. Erwerbsquote (Pos. 3 in % von Pos. 6) ²⁾	von 15 bis unter 65 Jahren	...	33,8	...	33,0
von 15 bis unter 60 Jahren		...	48,2	...	47,6
8. Anteil von Schwerbehinderten am Zugang an allen Arbeitslosen – in %	Juni	3,2	3,2	3,4	3,4	3,1	3,6
9. Erwerbspersonen in 1000 (Inlandskonzept)		41 819	42 042	42 638	42 764	42 732	42 623
10. Anteil der Schwerbehinderten an allen Erwerbspersonen (Pos. 3 in % von Pos. 9)		2,6	2,5	2,4	2,4	2,3	...
Westdeutschland							
1. Beschäftigte Schwerbehinderte insgesamt ¹⁾	Oktober	740 191	720 693	716 084	726 400	716 813	...
dav.: bei Arbeitgebern mit 20 (bis 2000: 16) oder mehr Arbeitsplätzen ¹⁾		632 691	615 793	611 184	621 500	611 913	...
dav.: Schwerbehinderte		572 216	550 944	549 287	...	539 722	...
Gleichgestellte		53 875	56 859	58 261	...	66 726	...
sonstige anrechnungsfähige Personen		6 600	7 990	3 636	...	5 465	...
bei Arbeitgebern mit weniger als 20 (bis 2000: 16) Arbeitsplätzen ²⁾		107 500	104 900	104 900	104 900	104 900	104 900
2. Arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt	Ende September	151 048	147 921	135 854	123 057	112 013	124 607
dav.: Schwerbehinderte		144 709	141 459	129 766	117 577	106 620	117 964
Gleichgestellte		6 339	6 462	6 088	5 480	5 393	6 643
dar.: 1 Jahr oder länger arbeitslos		74 135	71 743	61 802	53 832	44 946	46 799
3. Schwerbehinderte abhängige Erwerbspersonen (Pos. 1 und Pos. 2)	September/Oktober	912 518	891 292	851 938	849 457	828 826	...
4. Arbeitslosenquote in % ³⁾	Ende September	16,9	16,9	15,2	14,4	13,2	15,0
5. Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten	Juni	13,7	13,4	12,9	13,1	11,8	11,5
6. Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter ²⁾	Ende Dezember	...	2 476 110	...	2 631 237
von 15 bis unter 65 Jahren		...	1 714 219	...	1 802 714
7. Erwerbsquote (Pos. 3 in % von Pos. 6) ²⁾	von 15 bis unter 65 Jahren	...	36,0	...	32,3
von 15 bis unter 60 Jahren		...	52,0	...	47,1
8. Anteil von Schwerbehinderten am Zugang an allen Arbeitslosen – in %	Juni	3,6	3,6	3,9	3,8	3,5	3,8
9. Erwerbspersonen in 1000 (Inlandskonzept)		34 025	34 262	33 641	33 836	33 893	33 844
10. Anteil der Schwerbehinderten an allen Erwerbspersonen (Pos. 3 in % von Pos. 9)		2,7	2,6	2,5	2,5	2,4	...
Ostdeutschland							
1. Beschäftigte Schwerbehinderte insgesamt ¹⁾	Oktober	136 744	136 953	133 576	134 900	120 651	...
dav.: bei Arbeitgebern mit 20 (bis 2000: 16) oder mehr Arbeitsplätzen ¹⁾		114 544	116 153	112 776	114 100	99 851	...
dav.: Schwerbehinderte		94 701	96 584	92 252	...	77 948	...
Gleichgestellte		19 201	19 080	19 909	...	20 920	...
sonstige anrechnungsfähige Personen		642	489	615	...	983	...
bei Arbeitgebern mit weniger als 20 (bis 2000: 16) Arbeitsplätzen ²⁾		22 200	20 800	20 800	20 800	20 800	20 800
2. Arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt	Ende September	32 256	36 916	43 116	43 002	36 866	42 972
dav.: Schwerbehinderte		27 663	31 319	37 149	37 237	32 223	37 817
Gleichgestellte		4 593	5 597	5 967	5 765	4 643	5 155
dar.: 1 Jahr oder länger arbeitslos		14 334	15 709	15 044	16 292	13 333	14 110
3. Schwerbehinderte abhängige Erwerbspersonen (Pos. 1 und Pos. 2)	September/Oktober	154 050	157 695	176 692	177 902	157 517	...
4. Arbeitslosenquote in % ³⁾	Ende September	21,1	24	27,3	24,3	20,7	27,3
5. Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten	Juni	10,5	10,1	10,0	10,5	10,3	9,4
6. Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter ²⁾	Ende Dezember	...	624 455	...	486 007
von 15 bis unter 65 Jahren		...	463 341	...	353 432
7. Erwerbsquote (Pos. 3 in % von Pos. 6) ²⁾	von 15 bis unter 65 Jahren	...	25,3	...	36,6
von 15 bis unter 60 Jahren		...	34,0	...	50,3
8. Anteil von Schwerbehinderten am Zugang an allen Arbeitslosen – in %	Juni	2,4	2,3	2,5	2,6	2,4	3,0
9. Erwerbspersonen in 1000 (Inlandskonzept)		7 794	7 779	8 997	8 928	8 839	8 779
10. Anteil der Schwerbehinderten an allen Erwerbspersonen (Pos. 3 in % von Pos. 9)		2,0	2,0	2,0	2,0	1,8	...

¹⁾ Ohne Mehrfachanrechnungen für 2001 geschätzt.

²⁾ Bei Beschäftigten Schwerbeh. werden Daten alle 5 Jahre (zuletzt 1999) erhoben und für die folgenden Jahre übernommen. Bei erwerbsf. Schwerbeh. werden Daten alle 2 Jahre erhoben (nächste Erhebung 2003; wird aber erst Ende d. Jahres veröffentlicht).

³⁾ Arbeitslosenzahl des jeweiligen Jahres bezogen auf die Zahl der schwerbehinderten Erwerbspersonen des Vorjahres.

Tabelle III.E.3a

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Deutschland												
Merkmal	Ende September 2002					Ende September 2003					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Alle Arbeitslosen	3 943 257	100	1 358 194	100	34,4	4 207 782	100	1 544 060	100	36,7	+ 6,7	+ 13,7
Männer	2 133 908	54,1	687 923	50,6	32,2	2 296 254	54,6	819 643	53,1	35,7	+ 7,6	+ 19,1
Frauen	1 809 349	45,9	670 271	49,4	37,0	1 911 528	45,4	724 417	46,9	37,9	+ 5,6	+ 8,1
Angestelltenberufe	1 547 951	39,3	500 293	36,8	32,3	1 689 113	40,1	560 058	36,3	33,2	+ 9,1	+ 11,9
Arbeiterberufe	2 395 306	60,7	857 818	63,2	35,8	2 518 669	59,9	983 975	63,7	39,1	+ 5,2	+ 14,7
Berufsausbildung ohne abgeschlossene												
Berufsausbildung mit abgeschlossener	1 396 481	35,4	517 458	38,1	37,1	1 446 798	34,4	569 092	36,9	39,3	+ 3,6	+ 10,0
Berufsausbildung	2 546 776	64,6	840 736	61,9	33,0	2 760 984	65,6	974 968	63,1	35,3	+ 8,4	+ 16,0
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen												
Einschränkungen	964 313	24,5	448 172	33,0	46,5	999 336	23,7	473 639	30,7	47,4	+ 3,6	+ 5,7
Schwerbehinderte und Gleichgestellte	148 888	3,8	65 188	4,8	43,8	167 582	4,0	67 593	4,4	40,3	+ 12,6	+ 3,7
Altersgruppen												
unter 20 Jahre	112 467	2,9	2 626	0,2	2,3	93 015	2,2	2 272	0,1	2,4	- 17,3	- 13,5
20 bis unter 25 Jahre	400 394	10,2	30 328	2,2	7,6	422 929	10,1	40 908	2,6	9,7	+ 5,6	+ 34,9
unter 25 Jahre	512 861	13,0	32 954	2,4	6,4	515 944	12,3	43 180	2,8	8,4	+ 0,6	+ 31,0
25 bis unter 50 Jahre	2 382 716	60,4	762 545	56,1	32,0	2 663 069	63,3	961 923	62,3	36,1	+ 11,8	+ 26,1
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	482 733	12,2	230 277	17,0	47,7	554 902	13,2	278 606	18,0	50,2	+ 15,0	+ 21,0
55 bis unter 60 Jahre	564 947	14,3	332 418	24,5	58,8	473 867	11,3	260 351	16,9	54,9	- 16,1	- 21,7
60 bis unter 65 Jahre	1 047 680	26,6	562 695	41,4	53,7	1 028 769	24,4	538 957	34,9	52,4	- 1,8	- 4,2
Dauer der Arbeitslosigkeit												
1 bis unter 2 Jahre	663 773	16,8	663 773	48,9	100,0	784 456	18,6	784 456	50,8	100,0	+ 18,2	+ 18,2
2 Jahre und länger	694 421	17,6	694 421	51,1	100,0	759 604	18,1	759 604	49,2	100,0	+ 9,4	+ 9,4

Tabelle III.E.3b

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Westdeutschland												
Merkmal	Ende September 2002					Ende September 2003					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Alle Arbeitslosen	2 440 455	100	785 204	100	32,2	2 653 310	100	881 201	100	33,2	+ 8,7	+ 12,2
Männer	1 369 160	56,1	432 741	55,1	31,6	1 506 619	56,8	513 351	58,3	34,1	+ 10,0	+ 18,6
Frauen	1 071 295	43,9	352 463	44,9	32,9	1 146 691	43,2	367 850	41,7	32,1	+ 7,0	+ 4,4
Angestelltenberufe	982 998	40,3	293 013	37,3	29,8	1 090 111	41,1	322 447	36,6	29,6	+ 10,9	+ 10,0
Arbeiterberufe	1 457 457	59,7	492 128	62,7	33,8	1 563 199	58,9	558 734	63,4	35,7	+ 7,3	+ 13,5
Berufsausbildung ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 044 206	42,8	375 815	47,9	36,0	1 095 362	41,3	411 552	46,7	37,6	+ 4,9	+ 9,5
mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 396 249	57,2	409 389	52,1	29,3	1 557 948	58,7	469 649	53,3	30,1	+ 11,6	+ 14,7
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen Einschränkungen	652 063	26,7	297 708	37,9	45,7	668 068	25,2	306 781	34,8	45,9	+ 2,5	+ 3,0
Schwerbehinderte und Gleichgestellte	112 013	4,6	50 563	6,4	45,1	124 607	4,7	52 092	5,9	41,8	+ 11,2	+ 3,0
Altersgruppen unter 20 Jahre	66 415	2,7	1 485	0,2	2,2	56 674	2,1	1 228	0,1	2,2	- 14,7	- 17,3
20 bis unter 25 Jahre	242 424	9,9	15 250	1,9	6,3	267 435	10,1	20 469	2,3	7,7	+ 10,3	+ 34,2
unter 25 Jahre	308 839	12,7	16 735	2,1	5,4	324 109	12,2	21 697	2,5	6,7	+ 4,9	+ 29,7
25 bis unter 50 Jahre	1 466 748	60,1	402 221	51,2	27,4	1 683 725	63,5	521 849	59,2	31,0	+ 14,8	+ 29,7
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	287 285	11,8	135 754	17,3	47,3	328 717	12,4	158 598	18,0	48,2	+ 14,4	+ 16,8
55 bis unter 60 Jahre	377 583	15,5	230 974	29,4	61,2	316 759	11,9	179 057	20,3	56,5	- 16,1	- 22,5
60 bis unter 65 Jahre	664 868	27,2	366 248	46,6	55,1	645 476	24,3	337 655	38,3	52,3	- 2,9	- 7,8
Dauer der Arbeitslosigkeit 1 bis unter 2 Jahre	371 758	15,2	371 758	47,3	100,0	463 222	17,5	463 222	52,6	100,0	+ 24,6	+ 24,6
2 Jahre und länger	413 446	16,9	413 446	52,7	100,0	417 979	15,8	417 979	47,4	100,0	+ 1,1	+ 1,1

Tabelle III.E.3c

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Ostdeutschland												
Merkmal	Ende September 2002					Ende September 2003					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Alle Arbeitslosen	1 502 802	100	572 990	100	38,1	1 554 472	100	662 859	100	42,6	+ 3,4	+ 15,7
Männer	764 748	50,9	255 182	44,5	33,4	789 635	50,8	306 292	46,2	38,8	+ 3,3	+ 20,0
Frauen	738 054	49,1	317 808	55,5	43,1	764 837	49,2	356 567	53,8	46,6	+ 3,6	+ 12,2
Angestelltenberufe	564 953	37,6	207 280	36,2	36,7	599 002	38,5	237 611	35,8	39,7	+ 6,0	+ 14,6
Arbeiterberufe	937 849	62,4	365 690	63,8	39,0	955 470	61,5	425 241	64,2	44,5	+ 1,9	+ 16,3
Berufsausbildung ohne abgeschlossene												
Berufsausbildung mit abgeschlossener	352 275	23,4	141 643	24,7	40,2	351 436	22,6	157 540	23,8	44,8	- 0,2	+ 11,2
Berufsausbildung	1 150 527	76,6	431 347	75,3	37,5	1 203 036	77,4	505 319	76,2	42,0	+ 4,6	+ 17,1
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen												
Einschränkungen	312 250	20,8	150 464	26,3	48,2	331 268	21,3	166 858	25,2	50,4	+ 6,1	+ 10,9
Schwerbehinderte und Gleichgestellte	36 875	2,5	14 625	2,6	39,7	42 975	2,8	15 501	2,3	36,1	+ 16,5	+ 6,0
Altersgruppen												
unter 20 Jahre	46 052	3,1	1 141	0,2	2,5	36 341	2,3	1 044	0,2	2,9	-21,1	- 8,5
20 bis unter 25 Jahre	157 970	10,5	15 078	2,6	9,5	155 494	10,0	20 439	3,1	13,1	- 1,6	+ 35,6
unter 25 Jahre	204 022	13,6	16 219	2,8	7,9	191 835	12,3	21 483	3,2	11,2	- 6,0	+ 32,5
25 bis unter 50 Jahre	915 968	61,0	360 324	62,9	39,3	979 344	63,0	440 074	66,4	44,9	+ 6,9	+ 22,1
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	195 448	13,0	94 523	16,5	48,4	226 185	14,6	120 008	18,1	53,1	+ 15,7	+ 27,0
55 bis unter 60 Jahre	187 364	12,5	101 924	17,8	54,4	157 108	10,1	81 294	12,3	51,7	-16,1	-20,2
60 bis unter 65 Jahre	382 812	25,5	196 447	34,3	51,3	383 293	24,7	201 302	30,4	52,5	+ 0,1	+ 2,5
Dauer der Arbeitslosigkeit												
1 bis unter 2 Jahre	292 015	19,4	292 015	51,0	100,0	321 234	20,7	321 234	48,5	100,0	+ 10,0	+ 10,0
2 Jahre und länger	280 975	18,7	280 975	49,0	100,0	341 625	22,0	341 625	51,5	100,0	+ 21,6	+ 21,6

Tabelle III.E.4

Jüngere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
Maßnahme	2001			2002			2003		
	insgesamt	dar. Jüngere ¹⁾		insgesamt	dar. Jüngere ¹⁾		insgesamt	dar. Jüngere ¹⁾	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	344 816	34 542	10,0	331 586	33 223	10,0	250 976	26 927	10,7
Trainingsmaßnahmen	51 266	8 118	15,8	61 950	10 780	17,4	77 887	15 273	19,6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	166 643	15 965	9,6	124 709	12 121	9,7	92 443	12 325	13,3
Strukturanpassungsmaßnahmen	76 466	5 331	7,0	67 421	3 538	5,2	47 843	2 050	4,3
Berufsvorbereitende Maßnahmen	93 285	89 656	96,1	106 859	102 894	96,3	108 018	104 642	96,9
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	63 322	61 226	96,7	66 753	64 284	96,3	69 181	66 148	95,6
Ausbildungsbegleitende Hilfen	63 903	62 604	98,0	63 535	62 129	97,8	60 580	59 078	97,5
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	63 086	63 086	100	82 139	82 139	100	94 790	94 790	100,0
Sofortprogramm	84 243	84 243	100	85 851	85 851	100	75 589	75 589	100,0
Arbeitslose	3 852 564	444 074	11,5	4 061 343	497 600	12,3	4 376 767	516 129	11,8
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	197 130	17 798	9,0	191 727	17 557	9,2	154 694	14 850	9,6
Trainingsmaßnahmen	29 473	4 717	16,0	38 652	6 993	18,1	52 174	10 594	20,3
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	43 495	9 402	21,6	32 724	7 479	22,9	22 720	6 431	28,3
Strukturanpassungsmaßnahmen	9 319	761	8,2	9 544	804	8,4	7 518	624	8,3
Berufsvorbereitende Maßnahmen	64 966	61 752	95,1	74 279	70 865	95,4	75 078	72 311	96,3
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	23 369	22 166	94,9	23 370	22 088	94,5	23 074	21 729	94,2
Ausbildungsbegleitende Hilfen	53 210	51 981	97,7	52 643	51 346	97,5	49 980	48 601	97,2
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	23 680	23 680	100	30 276	30 276	100	35 235	35 235	100
Sofortprogramm	35 978	35 978	100	37 053	37 053	100	32 247	32 247	100
Arbeitslose	2 320 500	267 541	11,5	2 498 391	307 667	12,3	2 753 052	328 379	11,9
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	147 686	16 744	11,3	139 859	15 666	11,2	96 282	12 078	12,5
Trainingsmaßnahmen	21 792	3 401	15,6	23 298	3 787	16,3	25 713	4 679	18,2
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	123 148	6 562	5,3	91 985	4 642	5,0	69 723	5 894	8,5
Strukturanpassungsmaßnahmen	67 147	4 570	6,8	57 877	2 734	4,7	40 325	1 426	3,5
Berufsvorbereitende Maßnahmen	28 319	27 904	98,5	32 580	32 029	98,3	32 940	32 332	98,2
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	39 952	39 060	97,8	43 383	42 196	97,3	46 107	44 419	96,3
Ausbildungsbegleitende Hilfen	10 693	10 623	99,3	10 892	10 783	99,0	10 600	10 477	98,8
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	39 406	39 406	100	51 863	51 863	100	59 555	59 555	100
Sofortprogramm	48 263	48 263	100	48 798	48 798	100	43 342	43 342	100
Arbeitslose	1 532 064	176 533	11,5	1 562 952	189 933	12,2	1 623 715	187 750	11,6

¹⁾ Unter 25 Jahre.

Tabelle III.E.5

Ältere 1) in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
Maßnahme	2001			2002			2003		
	insgesamt	dar. Ältere		insgesamt	dar. Ältere		insgesamt	dar. Ältere	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	344 816	27 738	8,0	331 586	26 517	8,0	250 976	15 423	6,1
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	166 643	61 043	36,6	124 709	50 572	40,6	92 443	36 916	39,9
Strukturanpassungsmaßnahmen	76 466	24 359	31,9	67 422	27 932	41,4	47 843	25 577	53,5
Eingliederungszuschuss ²⁾	100 101	47 341	47,3	112 272	59 769	53,2	134 348	72 093	53,7
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	33 495	4 268	12,7	32 076	3 881	12,1	8 245	898	10,9
Arbeitslose	3 852 564	1 163 490	30,2	4 061 343	1 097 597	27,0	4 376 767	1 094 265	25,0
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	197 130	12 330	6,3	191 727	11 351	5,9	154 694	7 123	4,6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	43 495	9 079	20,9	32 724	7 422	22,7	22 720	4 790	21,1
Strukturanpassungsmaßnahmen	9 319	2 514	27,0	9 544	2 833	29,7	7 518	2 433	32,4
Eingliederungszuschuss ²⁾	42 962	20 310	47,3	42 507	22 592	53,1	50 108	25 952	51,8
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	19 937	3 056	15,3	17 492	2 647	15,1	3 966	519	13,1
Arbeitslose	2 320 500	740 297	31,9	2 498 391	691 301	27,7	2 753 052	687 752	25,0
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	147 687	15 408	10,4	139 859	15 166	10,8	96 282	8 300	8,6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	123 148	51 964	42,2	91 985	43 150	46,9	69 723	32 126	46,1
Strukturanpassungsmaßnahmen	67 147	21 844	32,5	57 877	25 099	43,4	40 325	23 144	57,4
Eingliederungszuschuss ²⁾	57 139	27 030	47,3	69 765	37 178	53,3	84 240	46 141	54,8
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	13 559	1 212	8,9	14 584	1 234	8,5	4 278	379	8,9
Arbeitslose	1 532 064	423 193	27,6	1 562 952	406 296	26,0	1 623 715	406 513	25,0

1) 50 Jahre und älter.

2) Ohne EGZ für besonders betroffene Schwerbehinderte gem § 222a SGB III.

Tabelle III.E.6

Schwerbehinderte in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
	2001			2002			2003		
	insgesamt	dar. Schwerbehinderte		insgesamt	dar. Schwerbehinderte		insgesamt	dar. Schwerbehinderte	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	344 816	6 233	1,8	331 586	8 870	2,7	250 976	5 182	2,1
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	166 643	9 345	5,6	124 709	9 041	7,2	92 443	7 606	8,2
Strukturanpassungsmaßnahmen	76 466	1 570	2,1	67 422	1 518	2,3	47 843	1 284	2,7
Eingliederungszuschuss	100 101	4 434	4,4	112 272	2 160	1,9	134 348	1 474	1,1
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte 1)	16 610	16 610	100	18 546	18 546	100	16 509	16 509	100
Arbeitslose	3 852 564	171 351	4,4	4 061 343	156 909	3,9	4 376 767	167 876	3,8
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	197 130	3 652	1,9	191 727	5 009	2,6	154 694	2 917	1,9
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	43 495	3 872	8,9	32 724	3 334	10,2	22 720	2 407	10,6
Strukturanpassungsmaßnahmen	9 319	644	6,9	9 544	663	6,9	7 518	590	7,8
Eingliederungszuschuss	42 962	2 856	6,6	42 507	1 386	3,3	50 108	948	1,9
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte 1)	12 043	12 043	100,0	12 746	12 746	100,0	10 667	10 667	100
Arbeitslose	2 320 500	127 616	5,5	2 498 391	117 168	4,7	2 753 052	125 193	4,5
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	147 687	2 581	1,7	139 859	3 862	2,8	96 282	2 266	2,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	123 148	5 472	4,4	91 985	5 707	6,2	69 723	5 200	7,5
Strukturanpassungsmaßnahmen	67 147	927	1,4	57 877	854	1,5	40 325	694	1,7
Eingliederungszuschuss	57 139	1 578	2,8	69 765	774	1,1	84 240	525	0,6
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte 1)	4 567	4 567	100,0	5 800	5 800	100,0	5 842	5 842	100
Arbeitslose	1 532 064	43 735	2,9	1 562 952	39 741	2,5	1 623 715	42 683	2,6

1) Nur Eintritte; vor 2001.

Tabelle III.E.7

Langzeitarbeitslose in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
Maßnahme	2001			2002			2003		
	insgesamt	dar. Langzeit- arbeitslose		insgesamt	dar. Langzeit- arbeitslose		insgesamt	dar. Langzeit- arbeitslose	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	344 816	74 584	21,6	331 586	74 779	22,6	250 976	54 252	21,6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	166 643	134 017	80,4	124 709	92 211	73,9	92 443	53 212	57,6
Strukturanpassungsmaßnahmen	76 466	39 701	51,9	67 422	35 875	53,2	47 843	24 115	50,4
Eingliederungszuschuss ¹⁾	100 101	63 152	63,1	112 272	63 636	56,7	134 348	71 175	53,0
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	33 495	29 671	88,6	32 076	32 024	99,8	8 245	8 224	99,7
Arbeitslose	3 852 564	1 354 166	35,1	4 061 343	1 369 388	33,7	4 376 767	1 521 414	34,8
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	197 130	34 686	17,6	191 727	33 954	17,7	154 694	27 571	17,8
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	43 495	30 437	70,0	32 724	20 649	63,1	22 720	11 353	50,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	9 319	5 559	59,7	9 544	5 258	55,1	7 518	3 784	50,3
Eingliederungszuschuss ¹⁾	42 962	26 323	61,3	42 507	22 368	52,6	50 108	24 550	49,0
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	19 937	17 496	87,8	17 492	17 473	99,9	3 966	3 959	99,8
Arbeitslose	2 320 500	817 299	35,2	2 498 391	793 565	31,8	2 753 052	872 437	31,7
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	147 687	39 899	27,0	139 859	40 825	29,2	96 282	26 681	27,7
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	123 148	103 580	84,1	91 985	71 562	77,8	69 723	41 858	60,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	67 147	34 142	50,8	57 877	30 617	52,9	40 325	20 332	50,4
Eingliederungszuschuss ¹⁾	57 139	36 829	64,5	69 765	41 269	59,2	84 240	46 625	55,3
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	13 559	12 175	89,8	14 584	14 552	99,8	4 278	4 265	99,7
Arbeitslose	1 532 064	536 867	35,0	1 562 952	575 823	36,8	1 623 715	648 976	40,0

Für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die Langzeitarbeitslosigkeit voraussetzen, bleiben – nach § 18 Abs. 2 SGB III – Unterbrechungen wie z.B. Teilnahme an aktiver Arbeitsförderung, Zeiten einer kurzfristigen Beschäftigung (bis sechs Monate) und Zeiten der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder unberücksichtigt. Bei der statistischen Erhebung der Teilnehmer, die vor Maßnahmebeginn länger als ein Jahr arbeitslos waren, gelten dagegen diese Tatbestände als Unterbrechung der Arbeitslosigkeit. Deshalb ist die Zahl der geförderten Langzeitarbeitslosen im statistischen Sinne – wie sie in der Tabelle ausgewiesen wird – kleiner als die der geförderten Langzeitarbeitslosen im förderungsrechtlichen Sinne.

¹⁾ Ohne EGZ für besonders betroffene Schwerbehinderte gem. § 222a SGB III.

Tabelle III.E.8a

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Deutschland										
Merkmal		Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Arbeitslosen	absolut	65 244	58 914	58 144	454 313	491 711	528 291	3 224 717	3 392 632	3 621 347
	in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer		43,9	47,4	48,8	61,8	62,8	63,1	51,2	53,0	53,4
Frauen		56,1	52,6	51,2	38,2	37,2	36,9	48,8	47,0	46,6
Angestelltenberufe		28,2	26,4	26,3	22,2	22,8	23,4	41,7	41,9	42,8
Arbeiterberufe		71,8	73,6	73,7	77,8	77,2	76,6	58,3	58,1	57,2
Berufsausbildung										
ohne abgeschlossene Berufsausbildung		60,6	59,7	59,0	75,8	73,3	72,5	31,1	29,5	28,4
mit abgeschlossener Berufsausbildung		39,4	40,3	41,0	24,2	26,7	27,5	68,9	70,5	71,6
davon: betrieblich		20,8	20,6	20,6	16,2	17,8	18,4	58,9	60,0	60,6
Berufsfach-/Fachschule		12,2	12,3	12,2	3,3	3,2	3,2	5,1	4,9	4,9
Fachhochschule		1,0	1,6	2,0	1,0	1,4	1,5	1,5	1,9	2,2
Wiss. Hochschule		5,4	5,8	6,1	3,7	4,4	4,4	3,3	3,7	3,8
Alter										
unter 20 Jahre		4,0	3,4	2,4	2,8	2,2	1,6	3,2	2,9	2,3
20 bis unter 25 Jahre		9,9	9,9	8,5	9,5	9,3	8,6	9,5	10,3	10,3
25 bis unter 30 Jahre		10,5	11,5	12,3	13,8	14,3	14,2	8,0	8,7	9,4
30 bis unter 35 Jahre		8,7	9,4	10,3	14,8	16,0	16,7	11,1	11,3	11,0
35 bis unter 40 Jahre		11,8	11,0	10,7	13,8	14,4	15,3	13,3	13,7	14,1
40 bis unter 45 Jahre		15,5	15,1	15,4	10,4	11,2	12,3	12,6	13,5	14,6
45 bis unter 50 Jahre		14,6	14,8	15,8	9,4	9,5	10,2	12,0	12,5	13,3
50 bis unter 55 Jahre		12,6	14,1	15,7	11,5	10,6	10,2	11,9	12,4	13,6
55 bis unter 60 Jahre		6,4	5,7	6,5	10,7	9,7	9,2	14,3	11,4	9,4
60 bis unter 65 Jahre		5,9	5,0	2,3	3,4	2,7	1,7	4,2	3,2	1,9
in Arbeitslosigkeit seit										
unter 1 Monat		15,7	16,4	14,5	12,3	13,0	11,9	10,8	11,6	10,7
1 bis unter 3 Monate		25,2	25,3	19,8	18,5	17,7	16,0	18,2	17,8	17,0
3 bis unter 6 Monate		18,7	19,5	22,2	16,1	16,3	15,4	15,5	16,0	14,6
6 bis unter 12 Monate		16,5	17,4	20,8	19,4	20,3	21,5	19,7	19,7	20,6
12 bis unter 24 Monate		11,9	12,3	15,1	14,8	16,2	18,6	15,9	17,0	18,7
24 Monate und länger		11,9	9,2	7,5	19,0	16,4	16,6	19,8	17,9	18,4
mit gesundheitlichen Einschränkungen		6,0	5,7	5,1	21,6	20,1	19,2	27,0	25,4	24,7

Tabelle III.E.8b

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Westdeutschland										
Merkmal		Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Arbeitslosen	absolut	48 031	43 772	42 843	387 007	419 848	453 324	1 821 339	1 976 835	2 157 143
	in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer		43,6	47,7	49,5	62,0	63,2	63,6	53,1	54,8	55,5
Frauen		56,4	52,3	50,5	38,0	36,8	36,4	46,9	45,2	44,5
Angestelltenberufe		26,7	24,7	24,3	21,1	21,7	22,3	44,3	44,6	45,4
Arbeiterberufe		73,3	75,3	75,7	78,9	78,3	77,7	55,7	55,4	54,6
Berufsausbildung										
ohne abgeschlossene Berufsausbildung		65,3	64,4	64,3	77,1	74,5	73,5	38,2	35,6	34,0
mit abgeschlossener Berufsausbildung		34,7	35,6	35,7	22,9	25,5	26,5	61,8	64,4	66,0
davon: betrieblich		14,9	14,5	14,1	15,5	17,1	17,9	51,5	53,2	54,2
Berufsfach-/Fachschule		13,9	14,0	13,7	3,2	3,1	3,1	5,2	5,1	5,2
Fachhochschule		0,9	1,6	2,0	1,0	1,3	1,4	1,6	2,2	2,4
Wiss. Hochschule		5,0	5,6	5,9	3,2	4,0	4,0	3,4	4,0	4,1
Alter										
unter 20 Jahre		4,1	3,5	2,5	2,9	2,3	1,6	3,0	2,8	2,2
20 bis unter 25 Jahre		10,1	10,1	8,7	9,8	9,7	9,0	9,2	10,0	10,3
25 bis unter 30 Jahre		10,7	11,6	12,5	13,7	14,4	14,4	8,1	9,2	9,9
30 bis unter 35 Jahre		8,7	9,5	10,4	14,4	15,7	16,5	11,4	11,7	11,5
35 bis unter 40 Jahre		11,7	10,9	10,7	13,2	14,0	14,9	13,1	13,9	14,5
40 bis unter 45 Jahre		15,4	14,7	15,0	10,0	10,8	11,9	12,0	13,0	14,2
45 bis unter 50 Jahre		14,3	14,7	15,6	9,2	9,3	10,0	10,9	11,5	12,5
50 bis unter 55 Jahre		12,4	14,1	15,8	11,8	10,8	10,4	11,7	11,9	12,7
55 bis unter 60 Jahre		6,6	5,8	6,6	11,4	10,2	9,6	15,2	12,2	9,9
60 bis unter 65 Jahre		6,1	5,2	2,3	3,6	2,8	1,8	5,3	3,9	2,2
in Arbeitslosigkeit seit										
unter 1 Monat		16,3	16,6	15,1	12,6	13,3	12,1	11,6	12,5	11,5
1 bis unter 3 Monate		25,9	26,4	21,0	18,8	17,9	16,3	19,3	19,6	18,9
3 bis unter 6 Monate		18,5	19,2	22,3	16,0	16,4	15,5	15,3	16,2	15,5
6 bis unter 12 Monate		15,7	17,1	20,3	19,1	20,3	21,7	18,2	19,3	20,9
12 bis unter 24 Monate		10,8	11,4	14,2	14,3	15,8	18,4	14,2	15,2	17,3
24 Monate und länger		12,8	9,2	7,2	19,2	16,2	16,0	21,3	17,3	15,9
mit gesundheitlichen Einschränkungen		6,5	6,1	5,5	23,3	21,5	20,4	31,0	28,3	26,6

Tabelle III.E.8c

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Ostdeutschland

Merkmal	Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Arbeitslosen	17 213	15 142	15 301	67 306	71 863	74 967	1 403 378	1 415 797	1 464 204
absolut									
in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	44,8	46,7	46,7	60,7	60,7	60,0	48,8	50,4	50,4
Frauen	55,2	53,3	53,3	39,3	39,3	40,0	51,2	49,6	49,6
Angestelltenberufe	32,2	31,3	31,8	28,6	29,2	30,1	38,3	38,1	39,0
Arbeiterberufe	67,8	68,7	68,2	71,4	70,8	69,9	61,7	61,9	61,0
Berufsausbildung									
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	47,6	45,9	44,1	67,9	66,2	66,0	21,9	21,0	20,2
mit abgeschlossener Berufsausbildung	52,4	54,1	55,9	32,1	33,8	34,0	78,1	79,0	79,8
davon: betrieblich	37,2	38,4	38,9	20,8	21,7	21,2	68,6	69,4	70,1
Berufsfach-/Fachschule	7,7	7,5	8,1	3,9	3,9	4,0	5,0	4,6	4,5
Fachhochschule	1,2	1,8	2,1	1,2	1,7	1,9	1,3	1,6	1,8
Wiss. Hochschule	6,3	6,4	6,7	6,2	6,6	6,8	3,2	3,4	3,5
Alter									
unter 20 Jahre	3,8	3,2	2,3	2,1	1,7	1,3	3,3	3,1	2,4
20 bis unter 25 Jahre	9,5	9,4	7,8	7,7	7,3	6,1	9,8	10,7	10,2
25 bis unter 30 Jahre	10,0	11,2	11,8	14,2	13,8	13,0	7,8	8,1	8,7
30 bis unter 35 Jahre	9,0	9,4	10,2	17,3	17,8	18,0	10,8	10,7	10,3
35 bis unter 40 Jahre	12,0	11,1	10,9	17,2	17,2	17,6	13,6	13,5	13,6
40 bis unter 45 Jahre	16,1	16,3	16,7	12,5	13,3	14,7	13,4	14,2	15,3
45 bis unter 50 Jahre	15,4	15,3	16,3	10,3	10,6	11,5	13,5	13,8	14,5
50 bis unter 55 Jahre	13,1	14,1	15,4	9,9	9,7	9,5	12,1	13,2	14,8
55 bis unter 60 Jahre	5,7	5,4	6,1	6,8	6,9	6,9	13,0	10,4	8,7
60 bis unter 65 Jahre	5,4	4,6	2,4	2,1	1,9	1,4	2,7	2,3	1,5
in Arbeitslosigkeit seit									
unter 1 Monat	14,0	15,7	12,9	10,2	11,5	10,5	9,8	10,2	9,5
1 bis unter 3 Monate	23,1	22,0	16,5	16,9	16,0	13,9	16,8	15,3	14,2
3 bis unter 6 Monate	19,5	20,5	22,2	16,7	15,9	14,7	15,8	15,8	13,3
6 bis unter 12 Monate	18,7	18,2	22,4	21,1	20,3	20,9	21,7	20,4	20,0
12 bis unter 24 Monate	15,1	14,8	17,7	17,3	18,7	20,0	18,0	19,5	20,7
24 Monate und länger	9,6	8,9	8,5	17,7	17,6	20,0	17,9	18,9	22,2
mit gesundheitlichen Einschränkungen	4,4	4,5	4,2	11,9	11,7	12,0	21,7	21,4	22,0

Tabelle III.E.9

Ausländerbeschäftigung ¹⁾ und Ausländerarbeitslosigkeit					
Jahr	Sozialversicherungs- pflichtig beschäftigte Ausländer		Arbeitslose Ausländer ²⁾		
	ingesamt	darunter: Frauen in %	ingesamt	Quote	darunter: (Sp. 3) Frauen in %
	1	2	3	4	5
Deutschland					
1993	•	•	359 449	•	34,2
1994	•	•	420 903	•	33,7
1995	•	•	436 261	•	34,1
1996	2 119 558	34,0	495 956	•	33,3
1997	2 044 246	34,1	547 816	20,9	33,7
1998	2 030 266	34,0	534 008	20,2	35,1
1999	1 924 822	34,1	508 181	19,1	36,0
2000	1 963 620	34,6	470 414	17,1	37,0
2001	2 008 062	35,6	464 528	17,8	37,3
2002	1 959 953	36,2	505 414	18,9	36,5
2003	1 873 939	36,7	548 529	20,3	36,1
Westdeutschland					
1993	2 084 668	33,1	318 097	14,7	33,7
1994	2 047 604	33,7	380 334	15,9	33,3
1995	2 042 520	33,6	392 779	16,2	33,7
1996	1 996 833	33,9	446 588	18,4	32,9
1997	1 927 565	34,0	491 035	20,2	33,3
1998	1 918 162	33,8	473 051	19,2	34,8
1999	1 819 275	33,9	444 730	18,0	35,8
2000	1 862 045	34,4	405 171	15,8	36,9
2001	1 899 915	35,3	396 697	16,3	37,1
2002	1 855 906	36,0	432 619	17,4	36,1
2003	1 773 385	36,4	471 254	18,8	35,6
Ostdeutschland					
1993	•	•	41 352	•	37,7
1994	•	•	40 569	•	38,2
1995	•	•	43 482	•	38,0
1996	122 725	35,9	49 368	•	37,1
1997	116 681	36,0	56 781	•	37,0
1998	112 104	37,0	60 957	x	37,1
1999	105 547	36,5	63 452	x	37,6
2000	101 575	37,6	65 243	x	38,0
2001	108 147	40,8	67 831	x	38,5
2002	104 047	39,3	72 795	x	38,7
2003	100 554	40,4	77 275	x	39,1

¹⁾ Stand jeweils Ende Juni.

²⁾ Ab 1998 geändertes Erhebungsverfahren, somit Vorjahresvergleiche nicht möglich.

Tabelle III.E.10

Erwerbslosenquoten und Anteil Langzeiterwerbsloser an allen Erwerbslosen – Jahresdurchschnitte 2002 ¹⁾					
Land	Erwerbslosenquoten				Anteil der Langzeiterwerbslosen an allen Erwerbslosen
	Insgesamt	Jüngere (zwischen 15 und 24 Jahre)	Ältere (zwischen 50 und 64 Jahre)	Geringqualifizierte (zwischen 25 und 59 Jahre) ²⁾	
	1	2	3	4	
Belgien	7,3	18,5	3,8	10,0	49,6
Dänemark	4,6	7,9	3,7	6,2	19,6
Bundesrepublik Deutschland	8,6	9,7	8,6	15,3	47,8
Griechenland	10,0	26,4	4,3	7,8	52,2
Spanien	11,3	22,2	7,3	11,3	34,3
Frankreich	8,8	19,6	6,1	11,5	32,7
Irland	4,3	8,0	2,8	6,2	29,2
Italien	9,0	27,2	4,1	9,1	59,1
Luxemburg	2,8	8,3	:	3,9	27,4u
Niederlande	2,7	5,1	2,0	3,0	26,5
Österreich	4,3	6,8	5,6	8,2	20,3
Portugal	5,1	11,5	3,6	4,0	35,5
Finnland	9,1	21,0	7,4	11,4	21,2
Schweden	4,9	11,9	3,8	4,9	19,9
Vereinigtes Königreich	5,1	12,1	3,5	8,7	22,8
Europäische Union (15 Länder)	7,7	15,1	6,0	9,8	40,1

¹⁾ Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte 2002; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update März 2004).

²⁾ Primarbereich/Sekundarbereich Stufe 1 aus der Erhebung über Arbeitskräfte;
das sind Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die außerdem nicht mehr als einen Realschulabschluss haben.